

FACHHOCHSCHULE POTSDAM
Fachbereich Informationswissenschaften

Studiengang Archiv

Prof. Ing. Sigmund Israel Huppert – ein jüdischer Hochschuldozent
zwischen Lehre und Antisemitismus in den Jahren 1902 – 1931

DIPLOMARBEIT

zur Erlangung des Grades
eines Diplom – Archivars (FH)

vorgelegt von
Ulrich Hahnemann

Potsdam, im September 2007

Erstgutachter: Prof. Dr. Susanne Freund, Fachhochschule Potsdam
Zweitgutachter: Dipl. – Archivar (FH) Frank Esche, Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt

Inhaltsverzeichnis

Thematik	Seite
Titelblatt	1
Inhaltsverzeichnis	2
1 Einleitung	4
1.1 Problemstellung und Forschungsgegenstand	4
1.2 Forschungsstand und Quellenlage	6
2 Frankenhausen und die Gründung des Technikums 1896	10
2.1 Frankenhausen – eine thüringische Kleinstadt am Ende des 19. Jahrhunderts	10
2.2 Die Gründung des Technikums 1896 und sein Werdegang bis zum Jahre 1902	12
2.3 Die Emanzipation der Juden in Frankenhausen bis zum Eintreffen von Prof. Huppert 1902	15
3 Die Ära Professor Huppert – das Kyffhäuser-Technikum in den Jahren 1902 bis 1920	17
3.1 Kann ein „Israelit“ Direktor des „Technikum Frankenhausen“ werden?	17
3.2 Von der Vergangenheit eingeholt – der schwierige Anfang	24
3.3 Neue Fachrichtungen am Technikum – Die „Fachabteilung für Landwirtschaftlichen Maschinenbau“	28
3.4 Das „Kyffhäuser-Technikum“ – erste deutsche Lehranstalt für Flugzeugbau	33
3.5 Ruhige Jahre ? – Das Technikum in Friedens- und in Kriegszeiten	35
4 Antisemitismus und kein Ende – Prof. Hupperts Leben und Wirken in der Weimarer Republik	41
4.1 Schwarzburg ade – die Bildung des Landes Thüringen	41
4.2 Hakenkreuz und Sowjetstern – Politik gehört nicht ins Technikum	42
4.3 „Mich kann überhaupt kein Jude beleidigen“ – Prof. Huppert und seine Studierenden	49
4.4 „Moralisch ungeeignet“ zur Leitung des Technikums – Prof. Huppert und seine Dozenten	56
4.5 „Frankenhausen kann auch eine Schulstadt werden“ – Die Entwicklung des „Kyffhäuser – Technikums“ in den 20er Jahren	62
4.6 „Sie sind nicht nur der Bürgermeister, sondern auch ein Ehrabschneider“ - Prof. Hupperts folgenreiche Beziehung zum neuem Stadtoberhaupt	67
4.7 „Der aufgezwungene, aber erfolgreiche Kampf der Stadtverwaltung gegen Prof. Huppert“ – Kommunalpolitik unter dem Einfluss nationalsozialistischer Landespolitik	73
4.8 Das Technikum gehört „in deutsche Hände“ – nationalsozialistische Strömungen unter Dozenten und Studierenden	83

4.9	„Der Kampf um die Ingenieurschulen“ oder Wollte Prof. Huppert wirklich ein neues Technikum gründen?	94
5	Bad Frankenhausen und „sein Kyffhäuser – Technikum“ – Die Zeit nach Prof. Sigmund Huppert	105
6	„Rache für Sadowa“ oder Prof. Hupperts Leben ohne „sein Kyffhäuser - Technikum“	114
7	Das „Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen“ in der Überlieferung des Stadtarchivs Bad Frankenhausen	123
8	Resümee	127
9	Anhang	129
	Ausführliche Zitate	129
10	Quellen- und Literaturverzeichnis	147
10.1	Quellenverzeichnis	147
10.2	Literaturverzeichnis	150
10.3	Abkürzungsverzeichnis und Fußnotenindex	152

1 Einleitung

1.1 Problemstellung und Forschungsgegenstand

Am 23. Januar 1930 trat mit Dr. jur. Wilhelm Frick (1877-1946) der ausdrückliche Wunschkandidat von Adolf Hitler als Innen- und Volksbildungsminister in die Regierung des Freistaates Thüringen ein.¹ Er nutzte die Regierungsbeteiligung und machte Thüringen zum „Experimentierfeld“ der Nationalsozialisten. In seiner Eigenschaft als Minister für Volksbildung „säuberte“ er nicht nur das ihm anvertraute Ministerium von „unerwünschten“ Mitarbeitern, sondern suchte seinen Handlungsrahmen auch auf ihm nicht direkt unterstellte Bildungseinrichtungen auszudehnen. Bei einer dieser nichtstaatlichen Bildungseinrichtungen handelte es sich um das „Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen“, dessen Direktor zu diesem Zeitpunkt Prof. Ing. Sigmund² Israel Huppert (1871-1945) war, der sich zum jüdischen Glauben bekannte. Vor Ort bereits in einen innerstädtischen Konflikt um die zukünftige Entwicklung und Leitung des Technikums eingebunden, wurde seine Person, eingebettet in die regionalen politischen Auseinandersetzungen, zum Spielball nationalsozialistischer thüringischer Landespolitik. Dieser Konflikt stellte zugleich den Höhepunkt einer Vielzahl konfliktreicher Auseinandersetzungen dar, deren Ursachen nicht selten antisemitische Vorbehalte waren, denen sich Prof. Huppert Zeit seines Aufenthaltes in Bad Frankenhausen ausgesetzt sah. Prof. Huppert war 1902 in die kleine thüringische Stadt am Kyffhäuser gekommen, nachdem sich seine Bewerbung um die Stelle des Direktors des „Kyffhäuser – Technikum“ erfolgreich gestaltet hatte. Für fast 30 Jahre sollte die Stadt zu seiner Heimat werden. Erst ein aufflammender Konflikt um die weitere Entwicklung des Technikums zwischen Stadtvorstand, Stadtrat und Prof. Huppert, der sich zunehmend zu einem Konflikt um die Person Sigmund Huppert ausweitete, führte in der Endkonsequenz 1931 zu seinem Fortgang aus Frankenhausen.

Prof. Hupperts Schicksal als Direktor und Dozent einer höheren technischen Bildungseinrichtung stellte keineswegs einen Einzelfall eines thüringischen Hochschuldozenten oder gar Rektors jüdischen Glaubens dar. Ähnliche Schicksale ereilten auch Dozenten und Hochschullehrer an der Universität Jena oder der Weimarer Musikhochschule.³ Die Besonderheit des Schicksals Prof. Hupperts lag darin, dass er ein Opfer des nationalsozialistisch geprägten Antisemitismus der 20er und beginnenden 30er Jahre vor der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 auf Reichsebene wurde. Sein berufliches Schicksal entschied sich nicht wie das der Professoren und Dozenten an der Landesuniversität Jena oder Musikhochschule Weimar erst nach der „Machtergreifung“, sondern weit vorher. Das Leben und Wirken von Prof. Huppert, dass in den Mittelpunkt dieser Diplomarbeit gestellt wurde, stellt somit einen weiteren Baustein in der Forschung zur jüdischen Geschichte Thüringens dar. Zudem liefert die Arbeit einen detailreichen Einblick in die politischen Verhältnisse einer thüringischen Kleinstadt am Ende der Weimarer Republik und am Vorabend der nationalsozialistischen Regierungsübernahme, einen Einblick vor allem in das zum Teil politisch geprägte Tagesgeschehen, die Konflikte der politischen Gruppierungen und ihre zunehmende Unfähigkeit, sich angesichts einer gemeinsamen

¹ Neliba, Günther: Wilhelm Frick und Thüringen als Experimentierfeld für die nationalsozialistische Machtergreifung, in: Heiden, Detlev/ Mai, Gunther (Hg.): Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“. Erfurt 1996 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Bd. 2), S. 95 ff.

² Die Schreibweise des Vornamens variiert. Es finden sich die Schreibweisen Sigmund, Siegmund und Siegesmund. Es wurde mit „Sigmund“ die Schreibweise gewählt, die vorzugsweise in den amtlichen Dokumenten staatlicher Behörden und von Prof. Hupperts Seite Verwendung fand. Es ist davon auszugehen, dass diese Schreibweise von Prof. Huppert autorisiert verwendet wurde.

³ Kirsche, Brigitta: Zur Geschichte der Juden an der Universität Jena, in: Jenaer Arbeitskreis Judentum (Hg.): Juden in Jena – Eine Spurensuche. Jena 1998, S. 104 ff.

Müller, Erika/ Stein, Harry: Jüdische Familien in Weimar vom 19. Jahrhundert bis 1945 – Ihre Verfolgung und Vernichtung. Weimar 1998, S. 75 ff.

Bedrohung durch die Nationalsozialisten, sich selbst in wichtigen Sachfragen zu einigen. Immer wieder auf der Tagesordnung der politischen Entscheidungsträger stand das „Kyffhäuser – Technikum“, ein staatlich konzessioniertes Privatinstitut, dessen Leiter weitgehend selbständig agieren konnte. Er musste nicht allein Kenntnisse der Unternehmensführung besitzen, sondern trat inner- wie außerhalb der Lehranstalt auch wie ein Privatunternehmer in Erscheinung. So stand der Leiter des Technikums beständig im Blickfeld der politischen Gruppierungen. Fragen wie die bauliche Erweiterung des Technikums waren ohne die Zustimmung der politischen Gruppierungen und ihrer Vertreter im Stadtrat nicht zu lösen. Gezwungenermaßen musste sich der jeweilige Leiter bzw. Direktor mit der politischen Landschaft seiner Umgebung auseinandersetzen, ihre Nähe suchen und Förderer und Fürsprecher für seine Anliegen finden. Die geringe Größe der Stadt – 1925 ca. 7.000 Einwohner – brachte es mit sich, dass Anliegen des Technikums als bedeutendste schulische Einrichtung und zugleich wirtschaftlicher Faktor der Stadt immer wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion und Meinungsbildung standen. Handlungsweisen sowie Äußerungen des Direktors wurden schnell öffentlich und fanden Eingang in die regionale Presse und kamen dadurch zu allgemeiner Verbreitung in Bad Frankenhausen und der nächsten Umgebung. Prof. Huppert, der selbst unpolitisch blieb, bemühte sich um die Nähe zur örtlichen Politik. Manchmal suchte er sie auch zu beeinflussen. Seitens der jeweils anderen politischen Gruppierung wurde dieses Verhalten genauestens beobachtet und seit Beginn der 20er Jahre des 20. Jh. immer häufiger zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion gemacht. Seit dem Jahr 1927 war seine Person bis zum Weggang aus Bad Frankenhausen 1931 und darüber hinaus überdurchschnittlich oft Gegenstand eines regionalen Presseartikels. Unter der Einflussnahme eines sich der deutsch-völkischen Bewegung zurechnenden Bürgermeisters wiesen die Presseartikel eine zunehmende Voreingenommenheit gegenüber dem Direktor des Technikums auf, die 1930 auch vor dem Abdrucken antisemitischer Äußerungen keinen Halt mehr machten. Die innerstädtische politische Auseinandersetzung fand in Prof. Huppert das Thema, das allgemeine örtliche Themen wie die Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit, in den Hintergrund drängte und den beteiligten Politikern geeignet schien, politische Differenzen bis zur persönlichen Diffamierung zu treiben. Auf dem Höhepunkt der innerstädtischen politischen Auseinandersetzung um die Person Prof. Huppert, die 1930 durch das Zutun einzelner politischer Vertreter der Stadt untrennbar mit der nationalsozialistischen Regierungspraxis des Innen- und Volksbildungsministeriums verwoben wurde, versagten sowohl die bürgerlichen Parteien als auch SPD und KPD in der Abwehr nationalsozialistischer Einflussnahme auf das innere Gefüge des Technikums und öffneten der NSDAP Wege zur politischen Einflussnahme, die ihnen bis dahin verwehrt wurden. Jahre später, 1937, hob der Ortsgruppenleiter der NSDAP in einer Rede hervor, dass die Absetzung des Juden Prof. Huppert als Direktor des Technikums lange vor der Machtübernahme geschah und für das Wirken der NSDAP in Bad Frankenhausen den größten Erfolg darstellte.⁴ Damit vermochte die Ortsgruppe der NSDAP einen „Erfolg“ aufzuweisen, der sie in Übereinstimmung mit der thüringischen NSDAP – Spitze auf Landesebene sah. Dieser war nicht allein durch Minister Dr. Frick die vorübergehende Regierungsbeteiligung gelungen, sondern durch die Regierungsübernahme durch den Gauleiter Fritz Sauckel (1894-1946) am 26. August 1932 und damit nach Anhalt, Oldenburg und Mecklenburg – Schwerin die Bildung der vierten NSDAP-Landesregierung ebenso eine „vorgezogene Machtübernahme“.⁵ „Die mit dem 30. Januar 1933, der Ernennung A. Hitlers zum Reichskanzler, einsetzende Errichtung der NS-Diktatur in Deutschland besaß so in Thüringen erheblichen Vorlauf. Hier waren unter brutaler Einschüchterung aller Gegner demokratische Strukturen ausgeschaltet und personelle

⁴ Semester-Eröffnungsfeier der Ingenieur-Schule Bad Frankenhausen (Kyffh.), in: Frankenhäuser Zeitung (Drittes Blatt), Nr. 250, vom 26.10. 1937, o. S.

⁵ Raßloff, Steffen: Fritz Sauckel – Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Sklavenhalter“. Erfurt 2007 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Bd. 29), S. 57.

„Säuberungen“ in großem Stil durchgeführt worden.“⁶ Die der eigentlichen Machtübernahme 1933 vorausgegangenen Ereignisse in Bad Frankenhausen waren Bestandteil der politischen Entwicklung in Thüringen, in deren Mittelpunkt Prof. Huppert stand.

Darüber hinaus vermag die vorliegende Diplomarbeit einen Einblick in die Entstehung und Entwicklung der mittleren technischen Lehranstalten Thüringens zu vermitteln, die sich keineswegs allein mit dem bekanntesten thüringischen Technikum, dem im November 1894 eröffneten „Thüringischen Technikum Ilmenau“, verbindet. Noch 1903 durch den Direktor des Ilmenauer Technikums, Eduard Jentzen (1847-1905), als „minderwertige technische Lehranstalt“⁷ bezeichnet, gelang es Prof. Huppert in wenigen Jahren, das Frankenhäuser Technikum auf gleiche Augenhöhe mit Ilmenau zu führen. Mit wenigen Ausnahmen, z. B. dem Technikum Ilmenau⁸, liegen gegenwärtig kaum Studien zu dieser Thematik vor. Die Arbeit liefert einen weiteren Baustein, diese Lücke zu schließen.

1.2 Forschungsstand und Quellenlage

Auf Grund der Bedeutung die das „Kyffhäuser – Technikum“, seine Direktoren, seine Dozenten und Studenten im wirtschaftlichen wie im gesellschaftlichen Leben der Stadt einnahmen, ist es aus heutiger Sicht sehr verwunderlich, dass es zumindest zu seiner Geschichte keine ausreichenden Darstellungen gibt. Noch augenscheinlicher ist das Fehlen biographischer Studien zu seinen Direktoren oder gar von Prof. Huppert, der von den 50 Jahren des Bestehens der Lehranstalt 29 Jahre als Direktor amtierte. Eine erste geschichtliche Abhandlung zum „Kyffhäuser – Technikum“ verfasste Prof. Huppert anlässlich des 25jährigen Bestehens der Lehranstalt höchst selbst.⁹ Inhaltlich fundiert, trägt diese Abhandlung biographische Züge, die einen Blick auf die Lehrtätigkeit des Professors gewähren. Kaum zu übersehen sind jedoch die wiederholten Hervorhebungen der eigenen Leistungen: „Herr Ingenieur Huppert legte vor allem Wert auf eine neuzeitliche Ausgestaltung des Laboratoriumsgebäudes. Gleich bei seinem Amtsantritt wurden die Anlagen des elektrischen Laboratoriums erweitert, eine feste Organisation des Laboratoriums-Unterrichtes geschaffen.“ Dadurch ist diese Abhandlung bei der Heranziehung zur Erarbeitung einer Biographie kritisch zu betrachten.

Wenige Jahre danach erschien aus der Feder eines Studierenden eine knappe entwicklungsgeschichtliche Darstellung des Technikums im „Taschenbuch für die Studierenden am Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen a. Kyffh.“.¹⁰ Die Veröffentlichung dieser Darstellung geschah bereits unter dem Vorzeichen des offen zwischen dem Bürgermeister der Stadt und dem Technikums-Direktor ausgebrochenen Streites. Der Verfasser bezieht hier eine eindeutige Stellung für den Direktor. Eine Vielzahl von Abschnitten heben in z. T. überschwänglicher Anerkennung die Leistungen Prof. Hupperts hervor: „Mit großem Eifer und Verständnis widmete sich der neue Direktor seiner Aufgabe und unter seiner tatkräftigen Leitung schritt die Entwicklung der Anstalt rasch vorwärts. Er

⁶ Raßloff, Steffen: Fritz Sauckel – Hitlers Muster-Gauleiter. Heft der Reihe „Thüringen – Blätter zur Landeskunde“, hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Erfurt 2004, o. S.

⁷ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4193: Das Technikum Frankenhausen betr. 1898-1904, Blatt 100.

⁸ Es sei an dieser Stelle beispielhaft die Veröffentlichung von Ritting, Franz: Ingenieure aus Ilmenau – Historische Skizzen aus einem Jahrhundert technischer Bildung und Wissenschaftsentwicklung. Ilmenau 1994, genannt.

⁹ Huppert, Sigmund Israel: Geschichtliche Entwicklung des Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen, in: Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des Kyffhäuser-Technikum in Frankenhausen (Kyffh.) vom 15. bis 17. Mai 1921. Frankenhausen 1921, S. 3-8.

¹⁰ Hendrichs: Entstehung und Entwicklung des Kyffhäuser-Technikums, in: Taschenbuch für die Studierenden am Polytechnischen Institut Frankenhausen a. Kyffh. (Kyffhäuser-Technikum), Ausgabe 1929/1930, 2.Auflage, Dresden 1929, S. 7-10.

vergrößerte die vorhandenen Laboratorien und führte die Fachabteilung für landwirtschaftliche Maschinen als erste und einzige Fachschule dieser Art ein.“ Auch die biographischen Aspekte dieser Darstellung sind kritisch zu hinterfragen.

Nach diesen beiden zeitgenössischen Abhandlungen sollte es bis 1993 dauern, bis wieder eine Darstellung zum „Kyffhäuser-Technikum“ veröffentlicht wurde. Autor war der Gymnasiallehrer und langjährige Ortschronist Bad Frankenhausens, Harry Naumann.¹¹ Lediglich im ersten Teil fand die verdienstvolle Wirkungszeit Prof. Hupperts Erwähnung. Alle drei folgenden Teile hoben die herausragenden Leistungen während der NS-Zeit hervor, die zu einem nicht unerheblichen Grad auf die Hinterlassenschaften von Prof. Huppert und seiner Dozenten gründeten.

Im Jahre 1996 gab das „Europäische Kulturzentrum in Thüringen“, Forschungsgruppe „Geschichte der Juden im nationalsozialistischen Thüringen“, den ersten Band „Juden in Thüringen 1933-1945“ heraus.¹² Dieser erste Band enthält kurz gefasste biographische Daten zu Prof. Huppert und seiner Frau Gisela Huppert, geb. Steinberger, die sich ausschließlich auf den Inhalt einer im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar lagernden Akte gründen.¹³ Die Daten beziehen sich auf den Zeitraum 1938-1945, lassen jedoch genaue Geburts- und Sterbedaten offen. Bestätigen allerdings erstmals offiziell das von Stadtarchivar Paul Haselhuhn jun., Bad Frankenhausen, vermutete Auswanderungsziel Stockholm in Schweden. Acht Jahre später, 2003, veröffentlichte der aus Bad Frankenhausen stammende, anerkannte Heimatforscher, Fred Dittmann, unter besonderer Berücksichtigung der Sektionen Flugzeugbau und Flugbetrieb eine geschichtliche Studie zum „Kyffhäuser – Technikum“.¹⁴ Obwohl Prof. Huppert ab 1908 mit dem Aufbau der Abteilung „Flugzeugbau“ begonnen hatte, nehmen sich die Ausführungen zu seiner Person bescheiden aus. Daten, die sich vordergründig auf seine Amtszeit als Direktor beziehen, beinhalten ungenaue bzw. falsche Angaben.¹⁵

Das in der nordthüringischen Kleinstadt Sondershausen gelegene Schlossmuseum Sondershausen machte es sich 2006 zur Aufgabe, „ein bisher wenig beachtetes Feld der regionalen Geschichtsforschung zu bestellen“, nämlich die Publizierung von Aufsätzen über die Geschichte der Juden auf dem Gebiet der beiden ehemaligen thüringischen Fürstentümer Schwarzburg – Rudolstadt und Schwarzburg – Sondershausen.¹⁶ Für Bad Frankenhausen, ehemals zweitgrößte Stadt des Fürstentums Schwarzburg – Rudolstadt, hatten die beiden Autoren, Ingrid Mansel¹⁷ und Ulrich Hahnemann, den Versuch unternommen, eine biographische Skizze zum Leben und Wirken Prof. Sigmund Hupperts zusammenzustellen.¹⁸ Diese „biographische Skizze“ beruht im Wesentlichen auf der bis zum März 2006¹⁹ ausgewerteten Aktenlage des Stadtarchivs Bad Frankenhausen. Auf Grund der seither

¹¹ Naumann, Harry: Technikum, in: Mitteldeutsche Zeitung 1993, vierteilige Fortsetzung: 08.05., 25.05., 09.06. und 29.06. 1993.

¹² Juden in Thüringen 1933-1945. Biographische Daten. Band 1, hg. Vom Europäischen Kulturzentrum in Thüringen, Erfurt, Forschungsgruppe „Geschichte der Juden im nationalsozialistischen Thüringen“, Eigenverlag, 2. verbesserte Auflage, April 1996.

¹³ Ebenda, S. 121.

¹⁴ Dittmann, Fred: Zur Geschichte des Kyffhäuser – Technikum in Bad Frankenhausen – Bei besonderer Betrachtung der Sektionen Flugzeugbau und Flugbetrieb, deren Entwicklung und Auswirkungen auf die deutsche Luftfahrt. Eigenverlag, Kelbra 2003.

¹⁵ Dittmann 2003, a.a.O., S. 58.

¹⁶ Schlossmuseum Sondershausen (Hg.): Juden in Schwarzburg – Beiträge zur Geschichte der Juden Schwarzburs, Band 1. Sondershäuser Kataloge IV., Dresden/Sondershausen 2006.

Das hier wiedergegebene Zitat ist dem Vorwort der Leiterin des Schlossmuseum, Frau Christa Hirschler, entnommen.

¹⁷ Außenhandelskauffrau, bis 1990 Tätigkeit als Chefsekretärin im VEB Inducal Göllingen, jetzt im Ruhestand. Ehrenamtliche Tätigkeit im Stadtarchiv Bad Frankenhausen. Forschung und Publikation zur Frankenhäuser Stadtgeschichte, u. a. zur Geschichte der Juden und des Jüdischen Friedhofs.

¹⁸ Hahnemann, Ulrich/ Mansel, Ingrid: Prof. Sigmund Huppert – Direktor des Kyffhäuser – Technikums (Bad) Frankenhausen 1902-1931, in: Schlossmuseum Sondershausen 2006, S. 193-202.

¹⁹ Abgabetermin des Schlossmuseum Sondershausen für die Manuskripte.

fortgetriebenen Forschungen und der Auswertung weiterer Aktenbestände im Stadtarchiv Bad Frankenhausen selbst und ausgewählter Archive in- und außerhalb Thüringens müssen einige getroffene Aussagen ergänzt oder gar revidiert werden. Nichtsdestoweniger war es das erste Mal, dass sich der Person Prof. Huppert auf der Grundlage von Quellenauswertungen genähert wurde.

Im Jahre 1896 gegründet, hätte das „Kyffhäuser – Technikum“ 2006, wenn es denn nicht 1946 auf administrativem Wege geschlossen worden wäre, seinen 110. Geburtstag begehen können. Grund genug, ihm einen geschichtlichen Abriss zu widmen. Ein solcher erscheint seit Dezember 2006 als Fortsetzungsserie im „Amtsblatt der Kur- und Erholungsstadt Bad Frankenhausen“.²⁰ Bestandteil der Fortsetzungsreihe ist der fast unveränderte und ungekürzte Abdruck der „biographischen Skizze“ zu Prof. Huppert aus dem ersten Band „Juden in Schwarzburg“. Es war der Wunsch der Autoren, mittels der Veröffentlichung direkt in der einstigen Wirkungsstätte von Prof. Huppert, weiteres, im privaten Bereich befindliches Material zum „Kyffhäuser-Technikum“ aufzuspüren. Bezogen auf Prof. Huppert ist es bislang ein Wunsch geblieben.

Hinsichtlich der Quellenlage ist in zwei Bereiche zu unterscheiden. Zum ersten Bereich sind Quellen zu rechnen, die sich auf den Existenzzeitraum des „Kyffhäuser – Technikum“ 1896-1946 und auf dieses direkt beziehen. In den zweiten Bereich sind Primärquellen zu zählen, die einen eindeutigen Bezug zur Person von Prof. Huppert aufzuweisen haben. Innerhalb des Stadtarchivs Bad Frankenhausen überwiegen Archivalien mit direktem Bezug zum Technikum gegenüber Akten, die ihre Anlegung persönlichen Handlungen Prof. Hupperts zu verdanken haben. Im Stadtarchiv gibt es rund 620 Akten mit direktem Bezug zum „Kyffhäuser – Technikum“. Von diesen gehören 585 Akten zu den so genannten Personalakten²¹, darunter keine von Prof. Huppert. Seine Person ist Gegenstand in den Akten, die den Schriftverkehr mit auswärtigen, vorgesetzten Behörden beinhalten, z. B. Schriftverkehr mit dem Thüringischen Ministerium des Innern und dem Thüringischen Kreisamt Sondershausen. Drei dieser Akten sind als die Hauptquellen anzusehen für die Auseinandersetzungen zwischen Prof. Huppert, dem Bürgermeister Dr. Bleckmann und dem Stadtrat. Die weitaus meisten Akten wurden allerdings erst nach April 1931 angelegt und beziehen sich damit nicht auf die Amtszeit von Prof. Huppert von 1902 bis April 1931.

Das Thüringische Staatsarchiv Rudolstadt, Hüter und Hort der Überlieferungen zur schwarzburgischen Landesgeschichte, bewahrt Akten mit Schriftwechsel zum Kyffhäuser-Technikum aus dem Zeitraum 1896 – 1923. Hinsichtlich ihres Inhaltes bilden sie den Schwerpunkt zum Erfassen der Person Prof. Huppert als Mann von Lehre und Forschung.²²

Im Stadtarchiv Weimar wird die Überlieferung der „Ingenieurschule Weimar“, vormals „Technikum Altenburg“, aufbewahrt. Zwischen 1930 und 1932 schloss Prof. Huppert Verträge mit dem Direktor der Ingenieurschule Weimar. Aus diesem Zusammenhang heraus besitzen zwei Akten im Stadtarchiv Weimar einen direkten Bezug zu Prof. Huppert und beinhalten den Schriftwechsel des Professors mit verschiedenen Behörden in Weimar aus dem Zeitraum 1930 bis 1940 und damit bis zum Zeitpunkt der Auswanderung des Ehepaar Huppert nach Schweden. Eine weitere Akte beschäftigt sich mit den Beziehungen der

²⁰ Mansel, Ingrid/ Hahnemann, Ulrich: Aus dem Stadtarchiv – Das Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen 1896-1946, in: Amtsblatt der Kur- und Erholungsstadt Bad Frankenhausen und der Gemeinde Esperstedt, Jahrgang 17: 1. Teil, Nr. 25/ 13.12. 2006, S.7-8; Jahrgang 18: 2. Teil, Nr. 01/ 10.01. 2007, S. 12-13; 3. Teil, Nr. 06/ 21.03. 2007, S. 9-10; 4. Teil, Nr. 07/ 04.04. 2007, S. 9-10; 5. Teil, Nr. 08/ 18.04. 2007, S. 7-9; 6. Teil, Nr. 09/ 02.05. 2007, S. 7-9; 7. Teil, Nr. 11/ 30.05. 2007, S. 7-8.

Die Veröffentlichung der Fortsetzungen ist noch nicht abgeschlossen und wird in unregelmäßigen Abständen weitergeführt.

²¹ Stadtarchiv Bad Frankenhausen (StadtA BadF), 1/VI – 2J – 778: Register der Ingenieurschule – Matrikel der Studenten, Dozenten und Bewerber 1930-1943.

²² Es handelt sich um insgesamt 5 Akten im Bestand „Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres“.

„Ingenieurschule Weimar“ und dem „Kyffhäuser – Technikum“ und geht primär auch auf Prof. Hupperts Auseinandersetzungen in Bad Frankenhausen ein.

Seitens des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Weimar werden insgesamt 30 Akten aus dem Zeitraum 1920–1948 zum „Kyffhäuser – Technikum“ (ab 1937 Ingenieurschule Bad Frankenhausen) aufbewahrt.²³ Die Überlieferung im Hauptstaatsarchiv schließt an die Überlieferung im Staatsarchiv Rudolstadt an.²⁴ Unter den personenbezogenen Akten ist keine mit Bezug zu Prof. Huppert. Persönliche Schreiben und Berichte des Professors enthalten die Akten, die den allgemeinen Schriftverkehr beinhalten. Darin enthalten auch Schriftzeugnisse über den am Technikum aufkommenden Antisemitismus. Eine Akte im Bestand „Land Thüringen – Ministerium der Finanzen“ beinhaltet Wiedergutmachungsansprüche des Ehepaars Prof. Huppert, die hier von seinem in den USA lebenden Neffen, William Huppert, wahrgenommen werden. Inhaltlich setzt diese Akte erst mit dem Tod des Ehepaares Huppert an. Dennoch vermag sie einige konkrete Daten zum Eigentumsstand von Prof. Huppert vor der Emigration nach Schweden zu liefern.

Die letzten Lebensjahre in der Emigration ließen sich erst dadurch erhellen, indem im März 2007 das „Riksarkivet Stockholm“, Schweden, Kopien des im Reichsarchiv aufbewahrten Schriftwechsels Prof. Hupperts und seiner Frau mit schwedischen, deutschen und amerikanischen Behörden und der Jüdischen Gemeinde Stockholm (Mosaiska Församlingen) nach Bad Frankenhausen sandte.²⁵ Der Inhalt des Schriftwechsels stellt eine außerordentliche Ergänzung zum Nachweis der Lebensstationen des Ehepaars Huppert dar und beinhaltet einen Lebenslauf aus der „Feder“ des Professors.

Zu den Quellen aus diesen vier Archiven kommen Mitteilungen und Auskünfte von weiteren Stadt- und Hochschularchiven hinzu. Insbesondere die Mitteilungen aus dem Stadtarchiv Würzburg – Würzburg ist die Geburts- und Heimatstadt von Frau Huppert, geb. Steinberger – geben Aufschluss über die Familie der Ehefrau von Prof. Huppert. Nachfragen im Geburtsort Prof. Hupperts in Groß Koschatka/ Mähren blieben leider ohne Beantwortung.

Während der Amtszeit Prof. Hupperts als Direktor des Technikums innerhalb der Lehranstalt angefallenes und aufbewahrtes Schriftgut, hat sich mithin kaum erhalten. 1934 bezeichnete Prof. Huppert seine „Geschäftsunterlagen“ als verpackt und im Technikum eingelagert.²⁶ Der Verbleib der Unterlagen ist zurzeit ungewiss. Zurück in den Besitz von Prof. Huppert gelangten die Unterlagen jedoch nicht.

Auf Grund der fortgesetzten Forschungen seit Abdruck der „biographischen Skizze“ in „Juden in Schwarzburg“ ergibt sich für die vorliegende Diplomarbeit eine als günstig anzusprechende Quellenlage. Vor allem das Auffinden und Auswerten weiterer, als Hauptquellen anzusprechender Akten, ermöglichte es, die „biographische Skizze“ zu einer Biographie auszubauen.

²³ Diese Akten befinden sich im Bestand Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219 bis B 5249.

²⁴ Mit der Bildung des Landes Thüringen im April/Mai 1920 verloren die ehemaligen Ministerien der Freistaaten und vormaligen Monarchien nicht sofort ihre Kompetenzen. Als Übergangslösung bestanden die ehemaligen Einzelstaaten unter der so genannten Bezeichnung „Gebiete“ mit einer „Gebietsregierung“ bis zum 1. April 1923 weiter. Daraus erklärt sich, warum die Überlieferungen im Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt, das die Überlieferungen der beiden ehemaligen Einzelstaaten Schwarzburg – Rudolstadt und Schwarzburg – Sondershausen bewahrt, hinsichtlich des „Kyffhäuser – Technikums“ bis zum Jahre 1923 reichen.

²⁵ Im Herbst 2006 begannen drei Schüler des „Kyffhäuser – Gymnasium Bad Frankenhausen“ mit Forschungen zum Thema „Bad Frankenhausen im Dritten Reich 1933-1945“, das als Grundlage für ihre Seminarfacharbeit dienen soll. Seitens des Stadtarchivs wurde die Außenbetreuung dieser Seminarfacharbeit übernommen. Einer der Schüler, Herr Rene Wieser, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Kurzbiographien zu allen ehemals in Bad Frankenhausen lebenden Einwohnern jüdischen Glaubens anzufertigen. Eine Kurzbiographie betrifft Prof. Huppert. Um den Nachweis zu erbringen, dass das Ehepaar Huppert wirklich nach Stockholm auswanderte bzw. dort verstarb, setzte sich Herr Wieser auf Anraten des Stadtarchivs mit dem „Riksarkivet Stockholm“ in Verbindung und erhielt daraufhin eine positive Rückantwort in Form der oben erwähnten Kopien. Die Kosten übernahm die Stadtverwaltung resp. das Stadtarchiv.

²⁶ StadtA Weimar, Bestand 5/ 51 Ingenieurschule, 2/267: Rente Huppert 1930-1940, Blatt 110-114.

2 Frankenhausen und die Gründung des Technikums 1896

2.1 Frankenhausen – eine thüringische Kleinstadt am Ende des 19. Jahrhunderts

Frankenhausen²⁷, eine Kleinstadt in Nordthüringen, am Fuße des Kyffhäusergebirges gelegen, zählte um 1900 rund 6.200 Einwohner.²⁸ Administrativ gehörte die Stadt zum Fürstentum Schwarzburg – Rudolstadt, einem der acht thüringischen Kleinstaaten.²⁹ Das Fürstentum bestand seit 1599 aus zwei, territorial voneinander getrennten Landesteilen, der Oberherrschaft Rudolstadt und der Unterherrschaft Frankenhausen.³⁰ Rudolstadt war die Residenz. Hier hatten Fürst, Landesregierung und Landtag ihren Sitz. Frankenhausen war Verwaltungssitz der Unterherrschaft und zugleich Sitz des gleichnamigen Landratsamtes. Nach dem Stand von 1905 umfasste das Fürstentum 940,39 km² und 96.835 Einwohner.³¹ Für die Zeitgenossen war die Stadt keine „eigentliche Industriestadt im modernen Sinne“, sondern weit eher ein ruhiger Gewerbe- und Kurort.³² Zu den vorherrschenden Gewerbebezügen gehörten Gerbereien, die Zigarren- und Knopffabrikation. Letztere wies um 1900 mit rund 350-400 Personen die höchste Beschäftigtenzahl auf.³³ Die einst blühende Salzgewinnung war zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.³⁴ Bedingt durch den Niedergang des Salinewesens gewann die Verwendung der Sole zu Heilzwecken an Zuwachs und der Kur- und Badebetrieb wurde zu einer wichtigen Erwerbsquelle.³⁵ Nicht wenige Frankenhäuser hatten sich auf den vor allem im Sommer stark frequentierenden Fremdenverkehr eingerichtet und hielten Zimmer zur Vermietung vor. Insgesamt gesehen waren die wirtschaftlichen Verhältnisse der einstmals reichsten Stadt Schwarzburgs nicht auf Rosen gebettet.

Das Vorhandensein nur weniger Fabrikationszweige, die zudem wie die Knopffabrikation im höchsten Grade von der Mode und damit der Konjunktur abhängig waren, führte immer wieder zu sozialen Spannungen. Zwischen 1890 und 1911 erlebte die Knopffabrikation vier große Konjunktureinbrüche, die mit einer lang anhaltenden Arbeitslosigkeit einhergingen.³⁶ Jeder Konjunktureinbruch war deshalb von Massenstreiks begleitet, die mehrere Wochen oder gar Monate dauerten. Von einem solchen Massenstreik war Frankenhausen im Jahre 1900 betroffen. Die zum Teil heftigen Auseinandersetzungen bescherten den Sozialdemokraten

²⁷ Der Titel „Bad“ wurde Frankenhausen erst im April 1927 auf eigenen Antrag hin, durch die Thüringische Landesregierung zugesprochen. Innerhalb des Textes wird sowohl die Schreibweise Frankenhausen, als auch Bad Frankenhausen verwendet.

²⁸ Ferschke, Hermann: Soolbad Frankenhausen am Kyffhäuser in Vergangenheit und Gegenwart. Frankenhausen 1903, S. 47.

Der Kyffhäuser und seine Umgebung – Ergebnisse der heimatkundlichen Bestandsaufnahme in den Gebieten von Kelbra und Bad Frankenhausen. Hg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Geographisches Institut, Arbeitsgruppe Heimatforschung. Reihe „Werte unserer Heimat – Heimatkundliche Bestandsaufnahme in der Deutschen Demokratischen Republik, Band 29. Berlin 1976, S. 191.

Die angegebene Einwohnerzahl ist ein angenäherter Wert aus den in beiden Büchern angegebenen Zählwerten.

²⁹ Ferschke 1903, a.a.O., S. 47.

Klein, Thomas (Hg.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945. Reihe B, Band 15: Thüringen, Marburg/Lahn 1983, S. 286.

³⁰ Hirschler, Christa/Hahnemann, Ulrich: Das Fürstliche Haus Schwarzburg-Sondershausen. Reihe „Deutsche Fürstenhäuser“, Heft 10. Werl 2004, S. 6 und 10.

³¹ Mast, Peter: Thüringen – Die Fürsten und ihre Länder. Graz/Wien/Köln 1992, S. 154 f.

³² Ferschke 1903, a.a.O., S. 47 f.

³³ Hahnemann, Ulrich: Von Knopfmachern und Knöpfen – 300 Jahre Knopferstellung im Kyffhäusergebiet. Treuen/Vogtland 1999, S. 22.

³⁴ Hahnemann, Ulrich: Von Berg- und Salzordnungen – Zum schwarzburgischen Bergrecht vor dem Einsetzen des Kalibergbaus im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen 1892. Sondershäuser Hefte zur Geschichte der Kali-Industrie, Heft 12. Sondershausen 2005, S. 17 f.

³⁵ Pflaumbaum, Liselotte: Beitrag zur Frankenhäuser Stadtgeschichte. Veröffentlichungen des Kreisheimatmuseums Bad Frankenhausen, Heft 1. Bad Frankenhausen 1969, S. 18 ff.

³⁶ Hahnemann 1999, a.a.O., S. 17 ff.

ungewöhnlichen Zulauf. Viele Knopfmacher, aber auch Knopffabrikanten waren als Stadträte und Landtagsabgeordnete über die Maßen politisch aktiv. Seit 1871 hatte die Sozialdemokratie sowohl im Stadtrat als auch im Schwarzburg – Rudolstädtischen Landtag stetig an Einfluss gewonnen. Mit dem Frankenhäuser Knopfmacher Johann August Friedrich Welke (1841-1885) zog 1871 überhaupt erstmals ein Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in einen Landtag ein.³⁷ Wenn auch zukünftig mit Höhen und Tiefen versehen, legte er damit den Grundstein, dass Frankenhäuser auch über die Zeit des Deutschen Kaiserreiches hinaus eine der Hochburgen der Sozialdemokratie in Deutschland blieb. Auf Landesebene gelang den Schwarzburg-Rudolstädtischen Sozialdemokraten 1902 der eindrucksvollste Wahlsieg der Sozialdemokratie in Thüringen.³⁸ Sie hatten im Landtag fast die Hälfte der Sitze errungen. Nur wenige Wochen, nachdem Prof. Huppert das Direktorat des Technikums angetreten hatte, wurde der Frankenhäuser Sozialdemokrat Franz August Wilhelm Winter (1860-1920) zum stellvertretenden Landtagspräsidenten gewählt.³⁹ Der regierende Monarch, Fürst Günther Victor von Schwarzburg-Rudolstadt (1852-1925), führte ein zurückgezogenes Leben und überließ selbst wichtige repräsentative Aufgaben lieber seiner Gemahlin, Fürstin Anna Luise (1871-1951).⁴⁰ Die jeweils amtierenden, konservativ eingestellten Staatsminister hatten dadurch weitgehend freie Hand. Von 1888 bis zum 31. März 1903 amtierte der äußerst konservative Staatsminister Wilhelm von Starck (1835-1913).⁴¹ Sein Nachfolger wurde der den rechten Nationalliberalen nahe stehende Franz Freiherr von der Recke (1854-1923), der das Amt des Staatsministers vom 1. April 1903 bis zum 25. Mai 1919 bekleidete.⁴² Bis 1907 Leiter des Innen- und Finanzressorts, übernahm er nun die Ministerialabteilung für Kirchen- und Schulfragen und war damit direkter Ansprechpartner für Prof. Huppert in Angelegenheiten des Technikums. Die Sozialdemokraten drängten im Landtag massiv auf die Trennung von Staat und Kirche und von Kirche und Schule und stießen hier auf den energischen Widerstand des Staatsministers.⁴³ Unterstützung erhielten sie dabei zeitweilig von den Liberalen im Landtag. Einen maßgeblichen politischen Einfluss außerhalb der Stadtgrenzen von Frankenhäuser, in den umliegenden Dörfern der Unterherrschaft, übte der „Bund der Landwirte“ und die weitgehend mit ihm identische Deutschkonservative Partei aus.⁴⁴ Teilweise antisemitisch eingestellt, besaß sie im ländlichen Raum eine breite Massenbasis. Herausragender Vertreter in der schwarzburgischen Unterherrschaft Frankenhäuser war der Landwirt und Gutsbesitzer, Wilhelm Carl Robert Kämmerer (1848-1930), im nahe gelegenen Dorf Ringleben, mit kurzer Unterbrechung Mitglied des Landtages von 1890-1919.

Frankenhäusers Stadtväter waren seit der Zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht uneingeschränkt bemüht gewesen, höhere Schulen in Frankenhäuser zu etablieren. Nachdem bereits im Oktober 1872 ein Realprogymnasium eröffnet worden war, erhielt dieses erst 1890/1894 ein eigenständiges Schulgebäude.⁴⁵ Der etwa zur gleichen Zeit angebotenen Einrichtung eines Technikums, standen Stadtrat und Stadtverwaltung ablehnend gegenüber.⁴⁶ Je ein Angebot des Ingenieurs W. Hep, Lehrer an der Baugewerksschule Bad Sulza, 1878 und des Direktors des Technikums Genthin, Direktor Terkorn, 1881, wurden nicht angenommen.

³⁷ Lengemann, Jochen: Landtag und Gebietsvertretung von Schwarzburg-Rudolstadt 1821-1923. Biographisches Handbuch. (Parlamente in Thüringen 1809-1952; Teil 1), (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Thüringen; Große Reihe; Band 1), Jena/Stuttgart 1994, S. 36 f. und 263 f.

³⁸ Hess, Ulrich: Geschichte Thüringens 1866 bis 1914. (Aus dem Nachlaß herausgegeben von Volker Wahl), Weimar 1991, (Regionalgeschichtliche Forschungen im Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger Weimar), S. 376.

³⁹ Hess 1991, a.a.O., S. 484; Lengemann 1994, a.a.O., S. 269 f.

⁴⁰ Hess 1991, a.a.O., S. 482; Hirschler/Hahnemann 2004, a.a.O., S. 15 f.

⁴¹ Hess 1991, a.a.O., S. 482 f.; Lengemann 1994, a.a.O., S. 104.

⁴² Hess 1991, a.a.O., S. 482 f.; Lengemann 1994, a.a.O., S. 114.

⁴³ Hess 1991, a.a.O., S. 484 f.

⁴⁴ Hess 1991, a.a.O., S. 383 f.

⁴⁵ Kreisheimatmuseum Bad Frankenhäuser (Hg.): Bad Frankenhäuser in alten Ansichten und kurzen Texten. Bearbeitet von Ulrich Hahnemann und Helga Ritter. Reutlingen 1998, S. 49.

⁴⁶ Huppert 1921, a.a.O., S. 3.

Eine der Ursachen lag in der mangelnden finanziellen Unterstützung der Landesregierung Schwarzburg-Rudolstadt. Diese gab, nicht zuletzt durch den wachsenden Einfluss der Sozialdemokratie, reichlich Geld für das Volksschulwesen aus, jedoch gab es nur ein humanistisches staatliches Gymnasium in der Residenz Rudolstadt.⁴⁷ Ansonsten blieb das höhere Schulwesen eine Angelegenheit der jeweiligen Kommune und wurde lediglich mit Zuschüssen bedacht. Zudem wurde, durch ein Gesetz aus dem Jahre 1873 sanktioniert, die Schulaufsicht nebenamtlich durch Geistliche besorgt. Die Wahrnehmung der Schulaufsicht bei Gründung eines Technikums war nicht auszuschließen.

2.2 Die Gründung des Technikums 1896 und sein Werdegang bis zum Jahre 1902

Es war Winter 1896, als der Baumeister Simon Karl Müller (geb. 1867 in Paris, Sterbejahr und -ort unbekannt) aus Hannover dem Stadtrat seine Pläne zur Einrichtung eines Technikums unterbreitete.⁴⁸ In seinen Sitzungen vom 6. und 21. Februar 1896 hatte sich der Stadtrat mit dem Vorhaben befasst und leitete die von Müller eingereichten Unterlagen an das Fürstliche Landratsamt Frankenhausen mit der Bitte weiter, bei den Landesbehörden die erforderliche Erlaubnis einzuholen. Im Anschreiben schilderte der Stadtrat seine Beweggründe:

„Der Stadtrath hofft, dass auch das Technikum fördernd auf die Entwicklung des hiesigen Gewerbes einwirkt, da sich viele der hiesigen Gewerbetreibenden wohl kaum die Gelegenheit entgehen lassen werden, die in ihr Fach ev. Einschlagenden Fächer zu belegen bzw. die betreffenden jüngeren Elemente zum Besuch der Schule anzuhalten. Der Stadtrath hofft auch abgesehen von dem Nutzen, den die das Technikum besuchenden Schüler sowie die Lehrer der Anstalt hiesigen Gewerbetreibenden und Privaten zweifellos bringen, dass die Bauthätigkeit hier gehoben wird. Bei dem Wachsen der Anzahl der das Technikum besuchenden Schüler wird es nach und nach an geeigneten Logis und Pensionen fehlen und wird so auch eine belebende Wirkung auf die Bauthätigkeit ausgeübt werden.

Der gegenwärtige Bestand an Wohnungen dürfte zunächst zureichen. Durch die im Sommer hier Wohnung nehmenden Badegäste hat sich eine große Anzahl von Einwohnern mit dem Vermieten von Wohnungen und gegebenen Falles auch zu Gewährung von Kost an die das Technikum besuchenden Schüler haben. Es giebt hier auch sehr einfache Wohnungen und Pensionen, die auch den Mitteln einiger bemittelter Schüler gerecht werden“.⁴⁹

Vom Landratsamt mit wohlwollendem Zusatz versehen und weitergeleitet, erhob das zuständige Fürstliche Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, nicht unerhebliche Bedenken:

„Wir wollen im Allgemeinen nicht verkennen, dass eine auf festen Grundlagen errichtet und gedeihlich sich entwickelnde Privat „Unterrichts“ Anstalt vorgedachter Art der Einwohnerschaft eines Ortes und diesem selbst nach den verschiedensten Richtungen zum Vortheil gereichen kann und wir möchten auch der Stadt Frankenhausen und ihrer Einwohnerschaft solche Vortheile um so mehr wünschen, als dieselbe neuer Einnahmequellen und Handel und Gewerbe fördernder Einrichtungen sehr bedarf. Allein das uns vorgelegte Project des Müllerschen Technikums hat doch nach mehreren Richtungen hin zu nicht unerheblichen Bedenken Veranlassung gegeben“.⁵⁰

Bedenken bestanden vor allem an den Fähigkeiten von Baumeister Müller und seinem Lehrprogramm. Es wurde mit dem, des seit 1894 bestehenden „Thüringischen Technikum Ilmenau“ verglichen und als mangelhaft eingestuft. Am Ende dennoch alle Bedenken beiseite

⁴⁷ Langbein, A.: Die Vereinigung der Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt. Sonder-Abdruck aus „Die Grenzboten“, Heft 20 und 21. Berlin 1916, S. 11-12.

⁴⁸ StadtA BadF, 1/VI-76: Die Gründung eines Technikums in hiesiger Stadt betr. 1896-1909, Blatt 1 ff.

⁴⁹ Ebenda, Blatt 2-3.

⁵⁰ Ebenda, Blatt 14 f.

schiebend und den wirtschaftlichen Vorteil der Stadt im Auge, gab das Ministerium am 28. April 1896 seine Zustimmung zur Gründung. Strikt zu unterbleiben hatten jedoch alle Publizierungen, die in irgendeiner Weise darauf schließen lassen könnten, es handele sich um eine Staatliche Lehranstalt. Die Verwendung des Namens „Schwarzburg – Rudolstädtisches Technikum“ war daher nicht gestattet. Von Seiten des Stadtrats war man mit der Entscheidung zufrieden und stellte mit dem ehemaligen Refektorium des Klosters, das seit 1552 bereits als Schulgebäude im Dienst war, eines der ältesten Gebäude Frankenhausens als Lehrgebäude bereit. Die Eröffnung des „Technikum Frankenhausen a. Kyffh.“ erfolgte schließlich am 5. Oktober 1896.⁵¹

Einige der nach Frankenhausen kommenden Ingenieure hatten bereits einschlägige Erfahrungen an anderen Techniken, z. B. in Strelitz (Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz) oder Lemgo (Fürstentum Lippe-Detmold), sammeln können.⁵² Der Aufschwung der deutschen Industrie brachte es mit sich, dass sich die Nachfrage nach gut ausgebildeten Ingenieuren und Technikern vervielfachte.⁵³ Vor allem die raschen Fortschritte im Maschinenbau und der Elektrotechnik zwangen selbst Mittel- und Kleinbetriebe, zumindest qualifizierte Techniker einzustellen.⁵⁴ Die Absolventen der Hochschulen reichten keineswegs mehr aus, um den Bedarf decken zu können. So entstanden besonders nach 1880 zahlreiche Fachschulen, die sich wie ein Netz über ganz Deutschland ausbreiteten. Die nach eigenem Bekunden älteste Gründung war 1865/67 das „Technikum Mittweida“, die heutige „Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida (FH)“.⁵⁵ Da an staatlichen technischen Lehranstalten Mangel herrschte, vermochten sich die privaten Gründungen zu behaupten und z. T. gut zu entwickeln. Vorbehalte und Widerstände seitens der staatlichen Gründungen und seitens der Hochschulen blieben nicht aus.

Von Mittweida übertrug sich die Bezeichnung „Technikum“ auf alle nachfolgenden Gründungen dieser Art. Nicht jede Gründung war von bleibendem Erfolg gekrönt. Mangel an Kapital, unzureichende Ausstattungen und damit schwindende Schülerzahlen oder unzulängliche Fachkenntnisse und Führungsqualitäten der meist als Privatunternehmer fungierenden Gründer, führten recht häufig zum Eingehen der kaum noch überschaubaren Gründungsversuche. Sprangen die Kommunen finanziell helfend bei oder übernahmen gar die Lehranstalten in eigene Regie, waren sie nicht selten mit diesen Angelegenheiten überfordert. Ähnliche Befürchtungen hatte nicht umsonst das zuständige Ministerium in Rudolstadt bezüglich Frankenhausen geäußert. Stadtvorstand und Stadtrat hatten sich darüber im Klaren zu sein, dass eine Übernahme in Staatseigentum als völlig ausgeschlossen anzusehen war. Staatsrat Dr. Carl Friedrich August Otto Körbitz (1844-1920), der durchaus liberale Anschauungen⁵⁶ vertrat, wollte keinerlei staatliche Unterstützung in Aussicht stellen.⁵⁷ Vorgeschlagen und umgesetzt wurde jedoch die Bildung eines Kuratoriums zur

⁵¹ Ebenda, Blatt 18 f.

⁵² ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4192: Das Technikum Frankenhausen 1896-1898, Blatt 21 und 55-58.

⁵³ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195: Das Technikum Frankenhausen betr. 1908-1912, „Denkschrift des Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ 1910, Blatt 128-144.

⁵⁴ Rittig, Franz: Ingenieure aus Ilmenau – Historische Skizzen aus einem Jahrhundert technischer Bildung und Wissenschaftsentwicklung. 1. Auflage, Ilmenau 1994, S. 9 f.

⁵⁵ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 128-144.

Denkschrift über das Technische Unterrichtswesen. Hg. von der Geschäftsstelle des Verbandes höherer technischer Lehranstalten, Sitz Mittweida. Mittweida 1925, S. 4 ff. Die Denkschrift wurde wahrscheinlich von Prof. Holz, Direktor am Technikum Mittweida, selbst verfasst, jedoch von weiteren 5 Direktoren der Technika Altenburg, Bingen, Frankenhausen, Ilmenau und Strelitz mit unterzeichnet. Für Frankenhausen hat Prof. Huppert gezeichnet.

Stascheit, Werner: Alfred Udo Holz – Direktor einer privaten technischen Lehranstalt, in: Alfred Udo Holz, Direktor des Technikums Mittweida – Ein Lebensbild zum 50. Todestag. Hg. vom Rektor der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida (FH), Mittweida 1995, S. 42 ff.

⁵⁶ Hess 1991, a.a.O., S. 483; Lengemann 1994, a.a.O., S. 198 f.

⁵⁷ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 14 ff.

Beaufsichtigung des Technikum. Dieses bestand aus dem Bürgermeister, zwei Stadträten, einem weiteren Vertreter der Bürgerschaft in Person des Rektors des Realprogymnasiums und dem Technikumsdirektor, dem allerdings auf Grund von Privatinteressen nur eine beratende Stimme zuerkannt wurde. Die Staatsregierung behielt sich nur die allgemeine Oberaufsicht vor. Wahrgenommen wurde diese durch einen ernannten Staatskommissar, der u. a. die Aufsicht bei den Abgangsprüfungen führte und die Abgangszeugnisse gegenzeichnete, damit sie offiziellen Charakter erhielten. Festgeschrieben waren die für das Kuratorium maßgebenden Bestimmungen in einem so genannten „Regulativ“.

Schon nach kurzem Bestehen des Technikum bewahrheiteten sich die durch die Landesregierung gegenüber Baumeister Müller gehegten Befürchtungen. Unzweifelhaft ein guter Praktiker, fiel es ihm schwer, im täglichen Ablauf den richtigen Umgang mit Dozenten und Schülern zu finden. Im Frühjahr 1897 reichten die Schüler eine Protestnote zu Gunsten eines Dozenten beim Landrat ein.⁵⁸ Was folgte, war ein unüberbrückbares Zerwürfnis zwischen Direktor Müller und den meisten Dozenten, das schließlich gerichtlich ausgetragen wurde. In einer im Oktober 1897 in Umlauf gekommenen, gedruckten Rechtfertigungsschrift betonte Direktor Müller ausdrücklich den Charakter des Privateigentums des von ihm gegründeten Technikum:

„Die Anstalt, deren bedeutende Kosten ich, von einer geringen Beihilfe der Stadt abgesehen, allein aus meinen persönlichen Mitteln bestritten habe und noch bestreite, ist also mein Privateigentum. Ich bin demnach nicht etwa nur ein Beamter derselben, der eventuell auch wider seinen Willen von derselben entfernt werden könnte“.⁵⁹

Staatlicherseits wurde dieser Sachverhalt nicht in Frage gestellt. Die Beziehungen zwischen Stadtrat und Direktor allerdings als beschädigt angesehen. Das Landratsamt legte Direktor Müller nahe, „zurückzutreten“ und die Leitung einem geeigneten Dozenten zu übertragen. Es sollte vermieden werden, dass Direktor Müller das Technikum auflösen, seine Schüler mitnehmen und somit der Stadt eine inzwischen unverzichtbare Erwerbsquelle verloren gehen könnte.⁶⁰

Der hier geschilderte Sachverhalt ist wesentlich zum Verstehen der Auffassungen Prof. Hupperts über den Eigentumscharakter der von ihm übernommenen und geleiteten Lehranstalt.

Mittels Vergleich schied Direktor Müller zum 15. Januar 1898 aus dem Vertrag aus.⁶¹ Kurzzeitiger Nachfolger wurde Architekt und Kunstmaler Peter Krug. Inzwischen war den Stadtvätern auch klar geworden, dass zum Erhalt des Technikums unbedingt der Bau eines neuen Lehrgebäudes beitragen könnte und es begannen erste Planungen. Fertig gestellt und probenhalber bezogen wurde der Umbau des alten Schulgebäudes dann im Herbst 1901.⁶² Zu diesem Zeitpunkt besaß das Technikum mit Oberingenieur Joseph Krämer (gestorben 1902) aus Potschappel bei Dresden seit 1. April 1902 einen neuen Direktor.⁶³ Auf dessen Wunsch hin beschloss der Stadtrat eine neue Anstaltsbezeichnung. Jetzt lautete der Name „Technische Lehranstalt Frankenhausen am Kyffhäuser – Schule für Maschinenbau & Elektrotechnik – Baugewerkeschule – Tiefbauschule“. Bisher waren die Fachrichtungen Hoch- und Tiefbau bestimmend gewesen. Nun kamen mit Maschinenbau und Elektrotechnik zwei Fachrichtungen dazu, die am „Thüringischen Technikum Ilmenau“ schon für einen gehörigen Aufschwung gesorgt hatten. Paragraph 2 des zwischen Stadtrat und Oberingenieur Krämer geschlossenen Vertrages zur Übernahme des Technikum betonte ausdrücklich den Charakter einer Privatanstalt des Technikum. Dem Stadtrat stand die Aufsicht, dem Staat⁶⁴ die

⁵⁸ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 48 f.

⁵⁹ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4192, a.a.O., Blatt 143.

⁶⁰ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4192, a.a.O., Blatt 144 ff.

⁶¹ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 98 ff.

⁶² StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 210 ff.

⁶³ StadtA Bad F, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 175 ff.

⁶⁴ Die Bezeichnung Staat bezieht sich auf das Staatswesen Schwarzburg-Rudolstadt.

Oberaufsicht zu. Direktor Krämer war keine lange Amtszeit beschieden. Zum Jahreswechsel 1901/1902 war er ein schwer kranker Mann, der nach kurzer Leidenszeit verstarb. Seine Erben, Frau und Kinder, führten die Lehranstalt mit Hilfe eines staatlicherseits anerkannten Ingenieurs bis zum Ende des Wintersemesters 1901/1902 weiter. Dann übernahm die Stadt das Technikum in eigene Regie und musste sich überraschenderweise nach einem neuen Direktor und damit Betreiber umsehen.

2.3 Die Emanzipation der Juden in Frankenhausen bis zum Eintreffen von Prof. Huppert 1902

Die Frankenhäuser und ihr Stadtvorstand taten sich während des gesamten 19. Jahrhunderts schwer im Umgang mit der jüdischen Bevölkerung.⁶⁵ Erst im Jahre 1813 wurde überhaupt einem Juden und seiner Familie gestattet, sich innerhalb der Mauern der Stadt niederzulassen. Dabei handelte es sich um eine Ausnahmegenehmigung, weil der betreffende Jude, Salomon Schönland, sich während der Befreiungskriege als Dolmetscher für die Stadtverwaltung bei Verhandlungen mit durchziehenden und verweilenden russischen Truppen eingesetzt hatte. Ansonsten waren Frankenhausens Stadtväter bemüht, den Zuzug von Personen jüdischen Glaubens zu verhindern oder, wenn schon insgeheim zugezogen, wieder auszuweisen. Anfänglich mit Zustimmung des Landratsamtes, später auch gegen dessen Einwände wurden die Juden in das zur schwarzburgischen Unterherrschaft Frankenhausen gehörige Dorf Immenrode, eine ca. 30 km von Frankenhausen entfernt liegende Exklave, abgeschoben. Das Dorf beherbergte auf diese Art und Weise die größte jüdische Gemeinde des Fürstentums Schwarzburg – Rudolstadt im 18. und 19. Jahrhundert und trug sich den abfälligen Namen „Juden - Immenrode“ ein.⁶⁶ Eintragungen ins Bürgerbuch datieren erst aus den Jahren 1845 und 1847.⁶⁷ Damit wurden jedoch nur die Juden legitimiert, die bereits seit Jahren von Immenrode aus immer wieder versuchten, sich in Frankenhausen anzusiedeln. Staatsbürgerliche Rechte waren damit noch nicht verbunden. Deshalb richtete die israelitische Gemeinde zu Frankenhausen ein Gesuch an den Landtag und erbat darin eine Abänderung des bestehenden Grundgesetzes, damit auch den Juden staatsbürgerliche Rechte zuerkannt werden mögen.⁶⁸ Der Landtag ließ die Petition durch eine Spezialkommission beraten, die dem Landtag nachstehende Empfehlung gab:

„Das Gutachten des Specialausschusses über die Petition der israelitischen Gemeinde zu Frankenhausen vom 4. Febr. 1864 wegen Abänderung des Grundgesetzes betreffend geht dahin: der Specialausschuß empfiehlt dem Landtage folgenden Beschluß: der Landtag hält es sowohl der geschichtlichen Entwicklung, als den Grundsätzen der Humanität für angemessen, dass eine Gleichstellung der Bekenner des jüdischen Glaubens mit denen der christlichen Religion im Bezug auf den Genuß der staatsbürgerlichen Rechte erfolge unter Festsetzung derjenigen Modificationen, welche durch die religiöse Verschiedenheit nothwendig geboten sind; weshalb der Landtag an Fürstliche Staatsregierung den Antrag richtet: dass dieselbe auf dem Wege der Gesetzgebung in dieser Richtung vorschreiten wolle“.

Fast vier Jahre gingen ins Land, bevor am 17. Januar 1868 das Gesetz über die staatsrechtliche Stellung der Juden im Fürstentum Schwarzburg – Rudolstadt beschlossen wurde.⁶⁹ Das Gesetz legitimierte von nun an den Zuzug von Juden aus Immenrode nach

⁶⁵ Hahnemann/Mansel 2006, a.a.O., S. 59 ff.

⁶⁶ Vergl. hierzu Winkler, Doreen/Kutscha, Hannelore: „Juden-Immenrode“. Die größte jüdische Gemeinde des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt im 18. und 19. Jahrhundert, in: Schlossmuseum Sondershausen 2006, a.a.O., S. 49 ff.

⁶⁷ Hahnemann/Mansel 2006, a.a.O., S. 62 ff.

⁶⁸ ThStA Rudolstadt, Landratsamt Frankenhausen, Nr. 63: Das Gesuch der Israeliten zu Frankenhausen, Gleichstellung der Juden bez. der staatsbürgerlichen Rechte betr. 1864.

⁶⁹ Winkler/Kutscha 2006, a.a.O., S. 57.

Frankenhausen, die alsbald die absolute Mehrheit unter den Frankenhäuser Juden bildeten. Auf Reichsebene rein rechtlich abgeschlossen wurde der Emanzipationsprozess durch das Gesetz vom 22. April 1871.⁷⁰

Im Jahre 1850 hatte die jüdische Gemeinde mit staatlicher Zustimmung Land erwerben können, um etwas außerhalb der Stadt einen Friedhof anzulegen.⁷¹ Die erste Beisetzung erfolgte 1857. Vorbehalte gegen die Emanzipation der Juden in Frankenhausen scheinen allerdings weiterhin latent gewesen zu sein. Daraufhin deutet jedenfalls die Schändung des Jüdischen Friedhofes im Jahre 1884, bei der zahlreiche Grabsteine umgeworfen oder zerstört wurden. Obwohl eine Belohnung ausgesetzt wurde, vermochten die Behörden keine Aufklärung der Vorkommnisse herbeizuführen.

Im wirtschaftlichen Leben der Stadt spielten die Juden eher eine Nebenrolle, wenn auch zeitgenössische Beschwerden von einheimischen Gewerbetreibenden Gegenteiliges vermuten ließen.⁷² In der Regel trieben sie Handel mit Tuch, Wolle und Bekleidung und ihre Geschäfte waren nicht umfangreicher als die christlicher Einwohner. Unterstützt durch Bürgermeister und Rat, gelang es den Handwerksinnungen stets und ständig sich bis zur Einführung der Gewerbefreiheit im Fürstentum 1864, sich gegen die Aufnahme von Juden in ihre Innungen zu sperren. Eine Ausnahme bildete hier das Handwerk der Klempner, die 1852 einen jüdischen Klempnergesellen gewähren ließen.

In politischer Hinsicht scheint die Mehrheit der ortsansässigen Juden den bürgerlichen Parteien und Gruppierungen zugetan gewesen zu sein. Jedenfalls unterstützten sie seit 1871 immer wieder Wahlaufufe bürgerlicher Kandidaten mit ihrer Unterschrift.⁷³ Kandidaten der Sozialdemokratie fanden keine ersichtliche Unterstützung.

Bezogen auf die Gesamtzahl der Bevölkerung im Fürstentum war die Zahl der jüdischen Staatsbürger bzw. Einwohner gering. Laut Statistik aus dem Jahre 1864 gab es 99,64% Protestanten, 0,21% Israeliten und 0,15% Katholiken.⁷⁴ Im Landratsamtsbezirk Frankenhausen war der Anteil der Juden an den Religionsgruppen etwas höher. Hier war das Verhältnis 99,06% Protestanten, 0,88% Israeliten und 0,06% Katholiken. Nach 1900 begann die katholische Religionsgemeinde die Jüdische zu überflügeln. 1913 bekannten sich im Fürstentum 78 Personen zum jüdischen Glauben.⁷⁵ Insgesamt 21 von ihnen lebten in Frankenhausen. Darunter Prof. Huppert und seine Frau. Zum Vergleich, noch 1853 wohnten fast 150 Juden allein im Dorf Immenrode.⁷⁶

⁷⁰ Winkler/Kutscha 2006, a.a.O., S. 57.

⁷¹ Hahnemann/Mansel 2006, a.a.O., S. 65 ff.

⁷² Hahnemann, Ulrich: Die jüdischen Einwohner im Wirtschaftsleben der Stadt Frankenhausen, in: Schlossmuseum Sondershausen 2006, a.a.O., S. 71 ff.

⁷³ Hahnemann/Mansel 2006, a.a.O., S. 64.

⁷⁴ Klein 1983, a.a.O., S. 272.

⁷⁵ Hahnemann/Mansel 2006, a.a.O., S. 64.

⁷⁶ Winkler/Kutscha 2006, a.a.O., S. 57.

3 Die Ära Professor Huppert – das Kyffhäuser-Technikum in den Jahren 1902 bis 1920

3.1 Kann ein „Israelit“ Direktor des „Technikum Frankenhausen“ werden?

Die Suche nach einem neuen Direktor für das Technikum gestaltete sich für Stadtvorstand und Stadtrat weit schwieriger als gedacht. Gegen Ende des Wintersemesters 1901/1902, im März 1902, besuchten noch ganze 56 Schüler die Lehranstalt.⁷⁷ Für das Sommersemester befürchtete Oberbürgermeister Arthur Rudolph Heuschkel (1859-1929)⁷⁸ ein Absinken auf 22 Schüler. Der übergangsweise von den Erben Oberingenieur Krämers eingesetzte Leiter, Ingenieur Rohde, sollte die Lehranstalt, soweit kein geeigneter Nachfolger gefunden würde, im Namen und als Vertreter des Stadtrates weiterführen. Diese Lösung, darüber war sich der Stadtrat einig, würde die Übernahme des Technikums in städtisches Eigentum bedeuten. So waren die Mitglieder des Stadtrates erleichtert, als Oberbürgermeister Heuschkel am 24. März 1902 in Person des Ingenieurs Hugo Terrot aus Stuttgart einen Bewerber vorstellen konnte, auf den die Wahl des Stadtrates schließlich fiel. Nur wenige Tage nach seiner vertragsmäßigen Verpflichtung, die Leitung zu übernehmen, trat Ing. Terrot vom Vertrag zurück. Allem Anschein nach waren mehr Bewerbungen beim Stadtvorstand eingegangen, als die des Ing. Terrot. Am 28. März 1902 fertigte das Landratsamt Frankenhausen einen Bericht an das zuständige Ministerium in Rudolstadt ab, in dem die Entbindung Ing. Terrots durch den Stadtvorstand erst für den Zeitpunkt offenkundig werden sollte, wenn ein anderer „Leiter und Unternehmer“ gefunden sei.⁷⁹ „Um dies zu beschleunigen“, so weiter der Bericht, „hat sich der Stadtrath mit dem Lehrer am Rheinischen Technikum zu Bingen, Ingenieur Huppert, israelitischer Religion, in Verbindung gesetzt, welcher nach den eingezogenen Erkundigungen und den wieder zurückgesendeten Zeugnissen befähigt und geeignet erschienen sei, die Stellung zu übernehmen.“ Die Formulierung der zurückgesendeten Zeugnisse scheint ein Hinweis darauf zu sein, dass Ingenieur Huppert zur Bewerberrunde um Ing. Terrot gehörte, dessen Zeugnisse nach dem Auswahlverfahren zur Entlastung zurückgegeben worden waren. Sein Interesse scheint dennoch ungebrochen gewesen zu sein, denn wenige Tage darauf, am 1. April, ist er bei einer „außerordentlich vertraulichen Sitzung“ des Stadtrates persönlich anwesend.⁸⁰ Oberbürgermeister Heuschkel verwies eingangs der Sitzung auf die Tatsache, „dass Herr Ingenieur Huppert als einziger Bewerber um die Direktorstelle von der Lage der Sache sich informiert habe und auch seine Bewerbung aufrecht erhalte“. Ing. Huppert wurde aufgefordert, Auskunft über seine theoretische wie praktische Ausbildung und über seinen Gesundheitszustand und seine Vermögensverhältnisse zu geben. Er unterzog sich bereitwillig allen Befragungen, bat jedoch darum, seine endgültige Zusage erst zum 1. Mai abgeben zu müssen. Dagegen votierten mehrere Stadträte, worauf Ing. Huppert erklärte, seine Entscheidung bis zum 25. April bekannt geben zu wollen. Der Zustimmung des Stadtrates folgte dessen Bitte, Ing. Huppert möge die Lehr- und Lernmittel, die von der Witwe des Oberingenieurs Krämer angekauft werden sollten, zu begutachten. Auch hiermit erklärte sich Ing. Huppert einverstanden, insbesondere deshalb, weil er die Lehr- und Lernmittel bei Übernahme des Technikums ebenso zu übernehmen gedachte. Schließlich wurde mit ihm der Vertragsentwurf durchgesprochen und seine Anmerkungen zur Kenntnis genommen.

⁷⁷ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 230 ff.

⁷⁸ StadtA BadF, 1/II C-31: Wahl des Ersten Bürgermeisters Heuschkel, Oberbürgermeister 1892-1930, Blatt 59 ff. (Lebenslauf + Führungszeugnisse) und Anhänge o. F. (Nachruf). A.R. Heuschkel war vom 1. Februar 1893 bis 31. Januar 1902 Bürger- bzw. Oberbürgermeister von Frankenhausen. Er war gezwungen, sein Amt aus gesundheitlichen Gründen niederzulegen. Galt schon den Zeitgenossen als Förderer städtischer Interessen.

⁷⁹ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 240 ff.

⁸⁰ StadtA BadF, 1/II A-191: Stadtratssitzungs-Protokolle 1901-1906, Blatt 27-30.

Eine weitere vertrauliche Sitzung folgte, diesmal in Abwesenheit von Ing. Huppert, am 10. April.⁸¹ Aus dem Protokoll dieser Sitzung ist zu entnehmen, dass es eine ganze Reihe von weiteren Bewerbern gegeben haben muss, mit denen neben Ing. Huppert verhandelt worden war. Letztlich empfahl der Oberbürgermeister den Stadträten, für Ing. Huppert „zu rücksichtigen“. Seine Äußerung, der „Gesamtstadtrath“ habe sich zustimmend geäußert, deutet jedenfalls daraufhin, dass keine Einwände erhoben wurden.

Die von Ing. Huppert erbetene Bedenkzeit hatte wohl nichts damit zu tun, sich über Annahme oder Ablehnung des vom Stadtrat unterbreiteten Angebots der Übernahme des Technikums einig zu werden. Hiergegen spricht, sich auch nach Rücksendung seiner Bewerbungsunterlagen sofort nach Frankenhausen begeben zu haben, um vor Ort die Aufrechterhaltung seiner Bewerbung persönlich zu vertreten. Wenn auch die niedrige Schülerzahl am Technikum nachdenklich gestimmt haben dürfte, blieb ihm jedoch nicht verborgen, mit welchem Eifer Stadtrat und ein Teil der vermögenden Bürgerschaft am weiteren Ausbau der Technikumsgebäude arbeiten ließen.⁸² Vielmehr gab es zwei andere Gründe. Am „Technikum Bingen“, seiner derzeitigen Wirkungsstätte, besaß er einen Anstellungsvertrag. Diesen Vertrag galt es zu lösen. Er bezeichnete es als „Auseinandersetzung“ mit seinem dortigen Direktor und Arbeitgeber.⁸³ Weit wichtiger war ihm die Frage, ob sein „israelitisches Glaubensbekenntnis“ ein Hindernis in der Übernahme der Direktorenstelle darstellen würde. Er bat Oberbürgermeister Heuschkel, sich diskret bei der Staatsregierung in Rudolstadt zu erkundigen, ob es Vorbehalte gegenüber seiner Person gebe. Unter Einhaltung des Dienstweges richtete OB Heuschkel eine diesbezügliche Anfrage an den Landrat, Geheimen Regierungsrat Wilhelm Anton Klipsch (1827-1905), mit der Bitte, in dieser Angelegenheit die Staatsregierung zu kontaktieren:

„Frankenhausen, den 16. April 1902. Hochverehrter Herr Geheimer Regierungsrat.

Der Fachlehrer am Rheinischen Technikum Bingen, Ingenieur Huppert, beabsichtigt gegebenen Falles die Leitung und Unternehmung der hiesigen Technischen Lehranstalt zu übernehmen. Derselbe befürchtet ganz grundlos, dass ihm wegen seines israelitischen Glaubensbekenntnisses Schwierigkeiten wegen der Bestätigung bereitet werden und hat sich nach heute eingegangener Erklärung mit Zustimmung des Stadtrates definitive Entscheidung bis 25. des Mts. einschließlich vorbehalten. Die Zeugnisse des Herrn Huppert sind sehr gut und lauten auch die in Zwickau und Bingen eingeholten Auskünfte günstig.“⁸⁴

Oberbürgermeister Heuschkel vergaß nicht, den Landrat darauf hinzuweisen, dass bei einer Ablehnung Ing. Hupperts die Stadt ohne einen weiteren fachlich und finanziell leistungsfähigen Bewerber dastehen würde. Zweifel an einer positiven Entscheidung des Ministeriums habe er bei Ing. Huppert damit zu zerstreuen versucht, indem er die „liberale Denkungsart der Hohen Fürstlichen Behörde“ hervorgehoben habe. Landrat Klipsch leitete die Anfrage noch am gleichen Tag weiter, schilderte ihre Dringlichkeit und bat um Auskunft, „ob die von pp. Huppert gehegte Befürchtung, er werde als Jude die Bestätigung nicht erhalten, berechtigt ist“.⁸⁵ Ohne ersichtlichen Grund entschuldigte sich der Landrat, „diesen Weg zur Klärung der Sache gewählt zu haben“. Gut möglich, dass der altgediente Landrat sich auch selbst rückversichern wollte. Selbst einer alteingesessenen Frankenhäuser Familie⁸⁶ entstammend, hatte er als Bürgermeister von Frankenhausen (1865-1868) und als Landrat (ab

⁸¹ Ebenda, a.a.O., Blatt 32-34.

⁸² Vorfristig fertig geworden war im Herbst 1901 der Umbau des alten Schulgebäudes. Die Neuerrichtung des Anbaues war dagegen erst im Rohbau abgeschlossen. Die Innenausstattung war noch nicht völlig vollendet. Vergleiche dazu StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 218 ff.

⁸³ StadtA BadF, 1/II A-191, a.a.O., Blatt 27-30.

⁸⁴ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 242-243.

⁸⁵ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4193: Das Technikum Frankenhausen betr. 1898-1904, Blatt 68.

⁸⁶ Wippermann, Ernst August Anton: Stammtafeln der in der Stadt Frankenhausen größtentheils schon seit längerer Zeit heimisch gewesen Familien. Sondershausen 1843, Tafel „Familie Klipsch“.

1868-1905)⁸⁷ die entscheidenden Phasen der rechtlichen Emanzipation der Juden in der Stadt und dem Landratsamtsbezirk, einschließlich dem Dorf Immenrode, miterlebt.

Im Ministerium, Abteilung Inneres, musste die vertrauliche Anfrage wohl erst gar nicht diskutiert werden. Bereits zwei Tage nach dem Schreiben vom Oberbürgermeister traf am 18. April 1902 beim Landrat die Antwort ein:

„Unter Bezugnahme auf das an den Unterzeichneten gerichtete Schreiben vom 16. ds. Mts., die Besetzung der Direktorstelle am dortigen Technikum betreffend, wird Ew. Hochwohlgeboren hiermit zur Bescheidung des Stadtraths unter Rückgabe der eingereichten Anlagen eröffnet, dass wir in der Religion des Ingenieurs Siegmund Huppert kein Hindernis für Genehmigung der Anstellung desselben an der gn. Anstalt erblicken würden.“⁸⁸

Unterzeichnet war das Antwortschreiben vom liberal eingestellten Staatsrat Dr. Körbitz. Seine Bedenken richteten sich gegen die Ankündigung des Oberbürgermeisters, angesichts geringer Schülerzahlen die daran orientierten städtischen Zuschüsse, von 3.000 M jährlich auf 5.000 M zu erhöhen.

Sich mit Schreiben vom 23. April beim Landrat bedankend, unterrichtete ihn OB Heuschkel von der Zusage Ing. Hupperts, die Direktion bis spätestens 1. Oktober 1902 übernehmen zu wollen.⁸⁹ Einen Tag später informierte OB Heuschkel die Stadträte sowohl über die telegraphische als auch briefliche Bestätigung Ing. Hupperts, die Direktion antreten zu wollen.⁹⁰ Beraten wurde die durch Dr. Körbitz kritisierte Zuschussfrage. Eine Entscheidung sollte allerdings erst während der Aushandlung des Vertrages mit Ing. Huppert fallen. Schließlich gab es Wichtigeres zu besprechen. Inzwischen wurde klar, dass die aufgenommene und vom Ministerium bestätigte Anleihe in Höhe von 58.000 Mark für die Neubauten überschritten würde. Es wurde nun von einer Gesamtsumme von 78.000 M ausgegangen, wobei noch offen war, wie die Anleihe gedeckt werden sollte. Anschließend wurde sich nochmals ausführlich der Person Sigmund Huppert zugewendet. Oberbürgermeister Heuschkel verlas dabei die in den Bewerbungsunterlagen eingefügten Zeugnisse des neu auserkorenen Direktors. Da es sich um eine öffentliche Stadtratssitzung handelte, die wie meistens gut besucht war, erfuhren alle Anwesenden erstmals näheres über den neuen Leiter des Technikums. Der Oberbürgermeister schloss die Stadtratssitzung mit der Feststellung: „In der Person des Herrn Huppert sei ein tüchtiger Direktor gewonnen und lauten auch die übersandten Zeugnisse sehr günstig.“ Zwei Tage später druckte die Lokalzeitung diese Rede des Bürgermeisters in zusammengefasster Form.⁹¹ Seine Religionszugehörigkeit war weder in der Rede des Bürgermeisters noch in der „Frankenhäuser Zeitung“ zur Sprache gekommen.

Wer war nun dieser Ing. Sigmund Huppert, der sich so intensiv und nachhaltig um die Übernahme des Technikums bemüht hatte und welche Voraussetzungen brachte er mit? Sigmund Israel Huppert war am 18. Oktober 1871 in Koschatka in Mähren und damit in der K. u. k. Monarchie Österreich-Ungarn geboren worden.⁹² Sein Vater, Bernhard Huppert, ein Speditionsvorsteher und seine Mutter, Resi Huppert, geb. Ambor, waren beide Juden. Seinen

⁸⁷ Lengemann 1994, a.a.O., S. 193 f.

⁸⁸ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 244.

ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4193, a.a.O., Blatt 69.

⁸⁹ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 247.

⁹⁰ StadtA BadF, 1/II A-191, a.a.O., Blatt 35-36.

⁹¹ Frankenhäuser Zeitung – Amtliches Nachrichtenblatt für die Unterherrschaft des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt, Nr. 97, vom 26.04. 1902, Spalte „Lokales, Inländisches, Provinzielles“.

⁹² Mitteilung des Riksarkivet Stockholm, Herr Lars Hallberg, Schreiben vom 21.03. 2007. Die Mitteilung beinhaltete Kopien von Akten zum Ehepaar Huppert aus verschiedenen Beständen des Reichsarchivs. Hier: Statens utlännings Commission, Centraldomen Sigmund Huppert, Rapport der Polizei Stockholm vom 22. Mai 1942. In diesem Schreiben wie in allen anderen Dokumenten im Schwedischen Reichsarchiv wurde der Geburtstag mit 18. Oktober 1871 angegeben.

StadtA BadF, 1/II A-414: Erwerbung des Bürgerrechts 1907-1919, Laufende Nr. 304 und enthaltener Original-Antrag mit persönlicher Unterschrift von Prof. Huppert. Hier wurde zweimal der 5. Oktober 1871 als Geburtstag vermerkt. Der Vorname wurde beide Male Sigmund geschrieben.

Vater bezeichnete ein nach der Emigration nach Schweden verfasster Polizei-Rapport als „österreichischen Mitbürger“, worunter mit einiger Wahrscheinlichkeit der Besitz der staatsbürgerlichen Rechte zu verstehen war. In einem „jüdischen Elterhaus“ erzogen, wohnte er bis 1883 in seinem Geburtsort, in dem er auch vier Jahre die Volksschule besuchte. Mit 13 Jahren wurde er im „mosaischen Glaubensbekenntnis konfirmiert“. An der „Landesoberrealschule“ in Mährisch-Ostrau legte er 1890 das Abitur ab.⁹³ Anschließend studierte er an der „Deutschen Technischen Hochschule Brunn“ Maschinenbau und legte 1892 die „erste Staatsprüfung für das Ingenieurbaufach“ ab.⁹⁴ Von 1894 bis 1895 leistete er seinen Militärdienst in einem Pionier-Bataillon in Klosterneuburg bei Wien ab. Danach sammelte er zwei Jahre praktische Erfahrungen in der „Königsfelder Maschinenfabrik Brunn“, in der er laut Zeugnis vom 1. April 1897 als Konstrukteur tätig war.⁹⁵ Hierauf wechselte er von der Praxis in die Lehre. Sein Weg führte ihn vom 15. April 1897 bis April 1899 an die „Ingenieurschule Zwickau“ in Sachsen und damit wohl erstmals auf das Gebiet des Deutschen Kaiserreiches.⁹⁶ Damit trat er seine Stelle wenige Tage vor der offiziellen Gründung der Ingenieurschule am 26./27. April 1897 an. Nach Inhalt seiner Zeugnisse leitete er hier erfolgreich den Unterricht in Mechanik, Festigkeitslehre, Dampfkessel sowie Feldmessen und Nivellieren. Von Zwickau ging er als Fachlehrer für Maschinenbau, Mechanik, Festigkeitslehre und graphische Statik an das „stark besuchte Technikum in Bingen“.⁹⁷ Das „Technikum Bingen“ war erst 1897 durch den Regierungsbaumeister Hoepke (1865-1928) gegründet und mit Beginn des Sommersemester der Unterricht aufgenommen worden. Sigmund Huppert konnte hierdurch nicht nur Erfahrungen als Fachlehrer bzw. Dozent sammeln, sondern erlebte, wie schon in Zwickau, gleichzeitig Auf- und Ausbau eines Technikums von Beginn an mit. Erfahrungen, die in Frankenhausen gefragt waren. Daraufhin deutet zumindest der in der „Frankenhäuser Zeitung“ abgedruckte Ausspruch von Oberbürgermeister Heuschkel: „Die ausgezeichnete theoretische und praktische Ausbildung des Herrn Ingenieur Huppert bürgt dafür, dass der richtige Mann an der richtigen Stelle so Gott will gefunden sein wird“.⁹⁸

Ein Jahr vor seinem Eintreffen in Frankenhausen heiratete Sigmund Huppert 1901 in Würzburg Gisela Steinberger.⁹⁹ Gisela Huppert wurde am 14. Juni 1877 in Würzburg als Tochter des jüdischen Weingroßhändlers und Weingutsbesitzer Moritz Steinberger (1850-1916) und seiner Frau Klara, geb. Ehrenberger (1853-1936, in Würzburg verstorben), geboren. Sie studierte Mathematik. Wann und wo ist unbekannt. Ebenso ist unbekannt, wann

⁹³ Mitteilung Riksarkivet Stockholm 2007, a.a.O., Bestand: Judiska församlingen, Stockholm, Dossier Sigmund und Gisela Huppert: Curriculum vitae of Professor Sigmund Huppert, Engeneer and formerly Director of the High Technical Institution at Frankenhausen a.K. i. Thuring. (Maschinenschriftlicher, nicht autorisierter Lebenslauf).

⁹⁴ Frankenhäuser Zeitung Nr. 97, 1902, a.a.O.

Mitteilung Riksarkivet Stockholm 2007, a.a.O., Curriculum vitae.

⁹⁵ Frankenhäuser Zeitung Nr. 97, 1902, a.a.O.

⁹⁶ Frankenhäuser Zeitung Nr. 97, 1902, a.a.O.

Mitteilung von Frau Sabine Körner, Westsächsische Hochschule Zwickau“, Hochschularchiv, vom 11. April 2006. Nach Mitteilung von Frau Körner verließ Ing. Huppert die Ingenieurschule Zwickau im April 1899. Diese Angabe ist dem Jahresbericht der Ingenieurschule 1899 entnommen. Personalunterlagen sind leider nicht vorhanden.

⁹⁷ Frankenhäuser Zeitung Nr. 97, 1902, a.a.O.

Mitteilung von Herrn Holger Riesch, Fachhochschule Bingen, vom 7. April 2006. Die Fachhochschule Bingen, wie der Name nach Erlangung der Selbständigkeit 1996 lautet, besitzt nach Auskunft von Herrn Riesch keine „speziellen Unterlagen oder Publikationen zum Lehrkörper des Technikums um 1900“.

⁹⁸ Frankenhäuser Zeitung Nr. 97, 1902, a.a.O.

⁹⁹ Mitteilung des Stadtarchiv Würzburg, Herr H.P. Baum, vom 10.04. 2006. Die Mitteilung des Stadtarchivs Würzburg umfasste Seite 583 aus Strätz, Reiner: Biographisches Handbuch Würzburger Juden 1900-1945 (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 4, I-II, 1989) mit Angaben zur Familie Steinberger einschließlich Gisela und Sigmund Huppert; Kopie des Einwohnermeldebogens von Moritz Steinberger, dem Vater von Gisela Huppert und Kopie der Aufenthaltsanzeige von Moritz Steinberger.

und wo sie ihren späteren Mann, Sigmund Huppert, kennen lernte. Um es vorwegzunehmen, ihre Ehe blieb kinderlos.

Sigmund Hupperts offizieller Zusage schlossen sich die notwendigen Vertragsverhandlungen an, deren Grundlage der vorhergehende Vertrag mit Oberingenieur Krämer bildete. Bereits während der Verhandlungen machte Ing. Huppert unmissverständlich deutlich, dass ihm nicht allein an einer einfachen Übernahme des Technikums gelegen war, sondern dass er die Lehranstalt vollkommen umgestalten und nach seinen Lehransichten gestalten wollte. Sichtbarstes Zeichen dafür war sein vom Stadtrat „angenehm“ aufgenommener und letztlich umgesetzter Wunsch, der Lehranstalt den kurzen aber zugkräftigen Namen „Kyffhäuser Technikum Frankenhausen“ verleihen zu können.¹⁰⁰ Spätestens seit Fertigstellung und Einweihung des „Kaiser Wilhelm Denkmals“ im Kyffhäusergebirge wusste fast jeder Deutsche etwas mit dem Begriff Kyffhäuser anzufangen. Den Namen der Lehranstalt gerade mit dem Gebirge und seinem Denkmal zu verbinden, das seit dem Spätmittelalter durch die sich verbreitende Kyffhäusersage den Wunsch der Deutschen nach Einigkeit und Stärke symbolisierte wie kaum ein zweiter Ort in Deutschland, kann als ein glücklicher und gelungener Schachzug Sigmund Hupperts angesehen werden. Offiziell erhielt die Lehranstalt den Namen im Mai 1902. Dagegen kamen die Vertragsverhandlungen nicht vorwärts. Dr. Körbitz bezeichnete die eingereichten Fassungen als mangelhaft und mahnte Nachbesserungen an. So verzögerte sich die Vertragsunterzeichnung über die offizielle Amtseinführung hinaus.

Von einer einfachen Amtseinführung kann jedoch kaum gesprochen werden. Der Beginn des Wintersemesters 1902/1903 am 27. Oktober 1902 gestaltete sich zu einer regelrechten Eröffnungsfeier, die nichts vermissen ließ.¹⁰¹ In Anwesenheit von Vertretern der staatlichen Behörden, der Geistlichkeit, des Oberbürgermeisters, des Stadtrates, der Honoratioren der Bürgerschaft, zahlreichen Einwohner und natürlich aller Lehrer und Technikumsschüler wurde die Eröffnungsfeier im Hörsaal der Lehranstalt begangen. Ganz bewusst in den Mittelpunkt gestellt wurden dabei der neue Direktor, Ing. Sigmund Huppert und seine Frau. Mittels Handschlag übergab Oberbürgermeister Heuschkel Ing. Huppert die Lehranstalt, unter Betonung, dass dieser der durch das Fürstliche Staatsministerium „bestätigte Leiter und Unternehmer“ desselben sei. Für die Festansprache war Kirchenrat Hesse gewonnen worden. Das Thema seiner Festrede lautete „Religion und Kunst in ihrem Wechselverhältnis“. Den Gedanken der Kunst sah er dabei mit dem Technikum verbunden. Ausgehend von den am Technikum gelehrten Baufachrichtungen gab er einen Überblick über die frühen, in der Bibel erwähnten Bauwerke und ihre Baumeister. Besonders hervor hob er dabei die „Geschichte des Volkes Israel“ und „das wunderbare Bauwerk des Salomonischen Tempels“. Hieran anschließend wandte er sich der christlichen Kunst zu. Seine in der „Frankenhäuser Zeitung“ wörtlich abgedruckte Festrede vermittelte dem zeitgenössischen Leser ein Bild des friedlichen Miteinanders zwischen jüdischen und christlichen Glauben.

Im Anschluss an die Festrede von Kirchenrat Hesse hielt Ing. Huppert seine Eröffnungsansprache und legte dar, welche Ziele er mit seinem Wirken als Direktor verfolgen und was er von den Technikumsschülern erwarten würde:

„Hochgeehrte Gäste, werthe Kollegen, liebe Schüler!

Eine Festliche Stunde seltener Art hat uns hier vereinigt; gilt es doch, dem „Kyffhäuser-Technikum“, welches in Zukunft berufen sein soll, eine Pflanz- und Pflegestätte für deutsche technische Wissenschaft zu sein, das vortrefflich eingerichtete Heim zu übergeben. Nehmen Sie, geehrter Herr Oberbürgermeister, meinen herzlichen Dank für die warmen, mir und der Anstalt spendeten Begrüßungsworte; möge die Hoffnung die alle Freunde der Anstalt an

¹⁰⁰ StadtA BadF, 17VI-76, a.a.O., Blatt 249 f.

¹⁰¹ Frankenhäuser Zeitung – Amtliches Nachrichtenblatt für die Unterherrschaft des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt, Nr. 252, vom 28.10. 1902, Artikel „Technikums-Feier“.

Alle Ausführungen dieses Abschnittes beruhen auf dem oben genannten ausführlichen Zeitungsartikel. In den Akten der betreffenden Archive in Rudolstadt und Frankenhausen ist nichts über die Eröffnungsfeier erwähnt.

diese knüpfen, in Erfüllung gehen, mögen die Wünsche, die bei der Eröffnungsfeier des „Kyffhäuser-Technikums“ geäußert worden sind, wahr werden und so zum Segen aller Beteiligten, zum Segen der Stadt und ihrer Bewohner gereichen.

An diesem ersten Festtage, der nach der Neuorganisation jung zu benennenden Anstalt, betrachte ich es als meine Ehrenpflicht allen Denen, die sich um die Errichtung unseres Heims Verdienste erworben haben, öffentlich meinen Dank abzustatten und Ihnen allen, meine hochgeehrten Damen und Herren, welche zu dieser festlichen Stunde in so großer Zahl der Einladung gefolgt sind, um der Feier eine würdigere und wirkungsvollere Weihe zu verleihen, sage ich für Ihr Erscheinen meinen verbindlichsten Dank und gestatte mir an diesen anknüpfend, Ihnen insbesondere ans Herz zu legen, dem Kyffhäuser-Technikum, dem Leiter desselben, dem Lehrerkollegium und der gesamten Technikerschaft volles Vertrauen und geneigtes Wohlwollen entgegen zu bringen; andererseits darf ich wohl die Zusicherung abgeben, dass wir alle ihnen Dank dafür wissen und bestrebt sein werden, dieses Vertrauen in erhöhtem Maße zu gewinnen.

Das „Kyffhäuser-Technikum“ hat durch seine Neuorganisation höhere Ziele anzustreben, hat aber auch zugleich höhere Zwecke und verantwortungsvollere Aufgaben zu erfüllen. Dieser schwierigen, verantwortungsvollen Aufgabe, die ich von dem Augenblicke der Übernahme des Technikums zu erfüllen habe, bin ich mir voll und ganz bewusst. Strengste Pflichterfüllung nach außen und innen, gepaart mit inniger Hingabe an den Lehrerberuf, sind unumgänglich notwendig zur Ausfüllung meines Postens. Meine schwachen Kräfte will ich voll und ganz in den Dienst der Anstalt stellen, nach außen, um das Ansehen derselben zu heben und zu befestigen, den Namen des „Kyffhäuser-Technikums“ zu einem möglichst glanzvollen zu gestalten, nach innen, meine bescheidenen Kenntnisse vollends der Schule und ihren Besuchern, die im Drange nach gründlichem Wissen und Können hierher gekommen, zu widmen. Um alle die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich der Erledigung der Arbeit entgegenstellen, mit Erfolg aus dem Wege zu räumen, dazu benötige ich nun neben dem Wohlwollen und Entgegenkommen des Stadtrats auch der thatkräftigen Unterstützung des mir zur Seite stehenden Lehrerkollegiums. Ich wende mich an dasselbe, um es zu bitten, seine Kräfte mit mir in den Dienst des Kyffhäuser-Technikums zu stellen. Noch eines weiteren festen Fundamentes bedarf eine Anstalt, wie es die unsrige ist, soll die gedeihliche Entwicklung derselben gesichert sein. Ich meine damit, daß eine solche Anstalt des Vertrauens und der Wertschätzung ihrer Besucher sein muß, und da wende ich mich an Sie, meine Herren Techniker. Es ist ein schöner, aber auch verantwortungsvoller Beruf, den Sie gewählt haben. Geachtet und von Wertschätzung getragen, steht der Mann der Technik draußen in der menschlichen Gesellschaft und keiner, der Verständnis den gewaltigen Leistungen der Technik entgegen bringt, wird ihm dem Ausübenden und seiner Thätigkeit die Achtung versagen. Haben wir es doch vor nicht langer Zeit gehört, wie Se. Majestät der deutsche Kaiser selbst dem technischen Berufe und seinen Vertretern seine allerhöchste Anerkennung ausgesprochen und offen bekannte, dass der Technik die Zukunft gehöre, ihr aber auch die verantwortungsvolle Aufgabe zugesprochen werden müsse an dem nach neueren Gesetzen zu konstruierenden Aufbau der menschlichen Gesellschaft, an der Lösung der sozialen Aufgabe thatkräftigst mitzuarbeiten.“¹⁰²

Die keinesfalls nur von seiner Seite immer wieder betonte „Neuorganisation“ der Lehranstalt, sollte rund ein Vierteljahrhundert später wieder Gegenstand von Äußerungen der städtischen Vertreter und Sigmund Huppert werden. Zu keinem Zeitpunkt der Feierlichkeiten außer Acht gelassen hatte Ing. Huppert, sich mit Dankesäußerungen an die Vertreter der Staatsregierung, vor allem Landrat Klipsch, zu wenden. Veranlasst durch die Studierenden, wurde kurz nach der Ansprache von Sigmund Huppert ein Huldigungstelegramm an den Landesherrn, Fürst Günther Victor, abgesendet. Noch in derselben Nacht, während der fortwährenden Feierlichkeiten, traf das Dankestelegramm des Fürsten ein. Ing. Huppert brachte die „besten

¹⁰² Frankenhäuser Zeitung, Nr. 252, vom 28.10. 1902, a.a.O.

Wünsche für das Gedeihen des Instituts“ sofort zur allgemeinen Kenntnis und bewirkte damit das Ausbringen eines „dreifach kräftigen Hochs“ auf den „Durchlauchtigsten Landesherrn“. Hier deutete sich bereits Ing. Hupperts zukünftige Handlungsweise an, sich hinsichtlich des Technikums weit mehr an die Bürgermeister und Stadtrat übergeordneten Behörden und Personen zu wenden, als an diese selbst.

Bei allem Bemühen, den Eindruck zu erwecken, die „Neuorientierung“ sei ein Neuanfang, war doch offensichtlich, dass Ing. Huppert erst die „Zweite Wahl“ darstellte. Den ihm wahrscheinlich nicht angenehmen Makel, nicht die „Erste Wahl“ des Stadtrates gewesen zu sein, suchte er Zeit seines Lebens zu verschleiern. Der von ihm 1929 im „Taschenbuch für die Studierenden“ am „Kyffhäuser – Technikum“ gebilligte Text eines Studierenden, macht dies anschaulich deutlich:

„Von den 11 eingezogenen Bewerbungen fiel die Wahl auf Herrn Ingenieur Sigmund Huppert, z. Zt. Lehrer am Technikum Bingen. Dieser übernahm sogleich die Leitung der Anstalt. Am 7. April 1903 wurde der feste Vertrag mit Direktor Huppert unterzeichnet“.¹⁰³

Das Datum der Vertragsunterzeichnung verweist darauf, dass noch das gesamte Wintersemester 1902/1903 verging, bis beide Vertragspartner in Übereinstimmung mit dem Staatsministerium die Unterzeichnung vornahmen.¹⁰⁴ Als Ursache für diese monatelange Verzögerung war wohl die Aufstellung der Prüfungsordnung verantwortlich, die des Öfteren zu Reibereien mit den staatlichen Behörden führte und Ing. Hupperts gesamte Aufmerksamkeit in Anspruch nahm. Obwohl die Unterzeichnung erst im April 1903 vorgenommen werden konnte, war der Beginn der Vertragsdauer auf den 1. Oktober 1902 festgesetzt worden. Paragraph 1 beinhaltete die rechtlichen Verhältnisse:

„§ 2. Die Anstalt ist eine Privatanstalt, sie steht unter Aufsicht des Stadtrates, des dazu bestellten Kuratoriums und unter der Oberaufsicht des Staates. Ein Staatskommissar führt in den Reife- und Abgangsprüfungen den Vorsitz. Seitens des Kuratoriums ist ein Mitglied desselben in die Prüfungskommission zu entsenden“.

Paragraph 2 führte die seitens der Stadt gewährten Unterstützungen auf. Sie bestanden hauptsächlich in der kostenfreien Überlassung der Schul- und Verwaltungsräume und der im Besitz der Stadt befindlichen Lehr- und Lernmittel. Miete oder Pacht wurden demnach nicht erhoben. Gewährt wurde zudem eine jährliche finanzielle Unterstützung in Höhe von 5.000 M. Lehr- und Lernmittel, die davon bezahlt wurden, hatten als Eigentum der Stadt zu gelten. Hinsichtlich der Höhe der Unterstützungssumme setzte sich der Stadtvorstand über die Empfehlung der Staatsbehörden hinweg, diesen Betrag so niedrig als möglich zu halten. Vermindert werden konnte der Zuschuss lediglich, wenn die Schülerzahl 100 und mehr erreichte. Bei 100 Schülern bzw. Studierenden 4.000 M, bei 120 = 3.000 M. Würden 300 und mehr Studierende das Technikum besuchen, fiel die Unterstützung ganz aus. Jetzt würde sich der Zahlungsfluss umkehren. Vom Schulgeld jeden Schülers über 300 fließen dann 15% der Kämmerei zu. Die Kosten für die Instandhaltung wurden geteilt. Alle Gebäude gingen zu Lasten des Direktors. Maschinen und Beleuchtungseinrichtungen trug die Stadt. Zur Sicherheit für alle Ansprüche hatte Ing. Huppert eine Kautions von 4.000 M in Wertpapieren zu hinterlegen und haftete ansonsten mit seinem Vermögen. Während der Vertragsdauer noch fünf Jahre nach Beendigung durfte er in den um das Fürstentum Schwarzburg – Rudolstadt gelegenen Staaten und preußischen Provinzen eine gleichartige Lehranstalt begründen. Bezüglich der Eigentumsrechte war auch der Inhalt von Paragraph 13 von Bedeutung:

„§ 13. Falls Herr Direktor Huppert während der Vertragsdauer stirbt, so fällt die Anstalt an die Stadtgemeinde und hat Letztere das Inventar, die Bibliothek und Lehr- und Lernmittel den Erben, soweit diese Gegenstände nicht Eigentum der Stadtgemeinde sind, mit 75% des zu ermittelnden Zeitwertes abzunehmen, falls die Erben es nicht vorziehen, die Anstalt durch einen Vertreter unter den bestehenden Bedingungen weiter fortführen zu lassen. Die

¹⁰³ Hendrichs 1929, a.a.O., S. 8.

¹⁰⁴ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 288-291 und 251 ff.

Anstellung des Vertreters unterliegt der Genehmigung des Stadtrates und bezüglich der Fürstlichen Oberbehörden“.

Es lässt sich bei Betrachtung einiger Paragraphen dieses Vertrages, der auf drei Jahre geschlossen wurde und seine Gültigkeit bis zum 30. September 1906 besaß, die Vermutung nicht ausschließen, dass ihm der zwischen dem Direktor des „Thüringischen Technikum Ilmenau“ und dem Stadtvorstand Ilmenau am 23. Juni 1894 geschlossene Vertrag zum Vorbild gedient hatte.¹⁰⁵ Übereinstimmungen gibt es hinsichtlich der Bestimmungen über den Privatcharakter der Anstalten, die Übernahme der Anstalt bei Tod des Direktors oder die 15%tige Schulgeldabgabe bei einer Frequentierung von über 300 Technikumsbesucher. Der Ilmenauer Vertrag wies gegenüber dem Frankenhäuser Vertrag Vorteile bei der Bezuschussung auf, die in den ersten beiden Vertragsjahren 6.000 M betragen sollte. Die Anstellung des Schuldieners geschah auf Kosten der Stadt. Ing. Huppert hatte Schuldieners bzw. Hausmeister aus dem städtischen Zuschuss von 5.000 M zu begleichen. Sein Vorteil lag darin, dass er für das neue Lehrgebäude keinen Mietzins zu entrichten hatte wie in Ilmenau gefordert. Dagegen sah der Frankenhäuser Vertrag von 1903 mit Ing. Huppert noch keine Bestimmung vor für den Fall, dass der Direktor das Technikum verlegen sollte. Paragraph 10 in Ilmenau sagte dazu Folgendes aus:

„§ 10. Falls Director Jentzen wider den Willen des Stadtgemeindevorstandes mit seiner Schule in Ilmenau fortziehen sollte, so hat er alle bis dahin empfangenen Geldunterstützungen zurückzuzahlen“.

Zu beachten gilt es die Formulierung „seiner Schule“. Eine diesbezügliche Äußerung Ing. Hupperts sollte viele Jahre später in Frankenhäusen die Gemüter „zum Kochen bringen“.

3.2 Von der Vergangenheit eingeholt – der schwierige Anfang

Sigmund Huppert hatte wohl nichts dem Zufall überlassen wollen. Vom Tag seiner Zusage an den Oberbürgermeister, die Direktion zu übernehmen, bis zum Vorlesungsbeginn des Wintersemesters 1902/1903, am 5./6. Oktober 1902, hatte er zielbewusst auf diesen Tag zugearbeitet. Nach dem Sommersemester waren noch ganze 8 Studierende dem Technikum treu geblieben.¹⁰⁶ Dem erfahrenen und nicht gerade unbeliebten Fachlehrer folgten vom „Rheinischen Technikum Bingen“ 2 Lehrer und 46 Studierende nach Frankenhäusen. Durch Rühren der Werbetrommel kamen zu Beginn des Wintersemesters 96 Studierende zusammen.¹⁰⁷ Damit lag die Belegung ganz knapp unter der geplanten Mindestzahl an Technikumsbesuchern von 100 Studierenden. Bei der „Neuorientierung“ des Technikums verließ sich Direktor Huppert nicht ausschließlich auf seine bislang gesammelten Erfahrungen an insgesamt 3 Technika. Viel wichtiger erschien ihm, sich Thüringens erfolgreichstes Technikum, das „Thüringische Technikum Ilmenau“, einmal aus der Nähe zu betrachten. Getarnt als Vertreter eines Patentzirkelherstellers reiste Sigmund Huppert am 5. Januar 1903 nach Ilmenau, suchte das Technikum auf und überredete jeweils einzeln Hausmeister und Heizer, ihm die Räumlichkeiten zu zeigen und gegen Erstattung von 30 RM eine Studierendenliste zu besorgen.¹⁰⁸ Anschließend versuchte er unerkannt Ilmenau zu verlassen, wurde allerdings überraschenderweise von Regierungsbaumeister Hoepke, Direktor des „Rheinischen Technikum Bingen“, auf dem Bahnhof erkannt. Direktor Hoepke, in Bingen einst Ing. Hupperts Arbeitgeber, teilte seine Feststellung dem Leiter des „Thüringischen

¹⁰⁵ Jacobs, Peter: „Ilmenau soll leben ...“ – Die Geschichte des Thüringischen Technikums von 1894 bis 1955 und der studentischen Verbindungen und Vereine von 1894 bis heute. Wehrheim 1994, S. 31-34.

¹⁰⁶ Huppert 1921, a.a.O., S. 4.

¹⁰⁷ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194: Das Kyffhäuser-Technikum Frankenhäusen betr. 1905-1908, Blatt 118-119, Schülerzahlen.
StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 392-395.

¹⁰⁸ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4193, a.a.O., Blatt 78-80 und Blatt 94-95.

Technikum Ilmenau“, Direktor Eduard Jentzen, umgehend mit. Bevor Direktor Hoepke nach Bingen gegangen war, um selbst ein Technikum analog dem in Ilmenau zu gründen, war er Fachlehrer unter Direktor Jentzen in Ilmenau gewesen. Beide standen auch nach dem Fortgang von Regierungsbaumeister Hoepke weiterhin in gutem Einvernehmen, ganz im Gegensatz zu dem Verhältnis von Direktor Hoepke zu Ing. Huppert. Direktor Jentzen, der inzwischen von seinen beiden Mitarbeitern über den unbekannten Handlungsreisenden und seine Wünsche informiert war, erkannte in diesem nach den Mitteilungen von Direktor Hoepke Ing. Huppert, Direktor des „Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen“. Um sich ganz sicher zu sein, entsendete er den Heizer Emil Vogt in Begleitung seines Sekretärs Heinrich Beck nach Frankenhausen. Im Technikum Frankenhausen identifizierte der Heizer Ing. Huppert als die Person, die als Handlungsreisender versuchte, das Technikum Ilmenau „auszuspionieren“.¹⁰⁹ In Anbetracht dieser Erkenntnis handelte Direktor Jentzen umfassend und entschlossen. Er ließ seinen Rechtsanwalt eine Klage wegen unlauterem Wettbewerb gegen S. Huppert prüfen und beim zuständigen Gericht in Eisenach einreichen. Gleichzeitig informierte er das Fürstlich Schwarzburg - Rudolstädtische Staatsministerium am 29. Januar über die Vorgehensweise Ing. Hupperts. Seinem Schreiben fügte er Protokolle mit Aussagen seiner Mitarbeiter und Direktor Hoepkes bei. Das Staatsministerium veranlasste daraufhin das Landratsamt Frankenhausen, Ing. Huppert zu verhören.¹¹⁰ Sigmund Huppert gab nicht nur zu, am Technikum Ilmenau gewesen zu sein, sondern hätte auch andere Technika aufgesucht und sich von den Schuldienern Angaben zu Lehrkräften und Studierenden besorgt. Er wurde strengstens verwarnt, zukünftig derartige Handlungen zu unterlassen.

Direktor Jentzen war jedoch noch einen Schritt weitergegangen. Auf einer Sitzung von Direktoren verschiedener technischer Lehreinrichtungen, am 1. und 2. Februar 1903, war es zur Bildung eines „Verbandes höherer technischer Lehreinrichtungen in Deutschland“ gekommen.¹¹¹ Zu dessen Mitgliedern gehörten die Technika Mittweida, Ilmenau, Bingen, Altenburg, Hainichen/Sachsen und die Ingenieurschulen Zwickau und Mannheim. Zum ersten Vorsitzenden wurde Prof. A. Holz, Direktor des ältesten Technikums in Mittweida, gewählt. Das Thema der Gründungssitzung befasste sich mit den „unsoliden Zuständen“ auf der „sogenannten Gewerbe-Akademie Friedberg in Hessen“. Eine darüber verfasste Denkschrift wurde dem Fürstlichen Staatsministerium überreicht. Zugleich hatte es Direktor Jentzen durchgesetzt, dass ihm die Verbandsmitglieder erlaubten, „das unmoralische Verfahren des Direktor Huppert Frankenhausen ... öffentlich zu geißeln“. Unter der Überschrift „Unlauterer Wettbewerb auf technischem Schulgebiete“ veröffentlichte er einen Artikel in der Ilmenauer Zeitung.¹¹² Ing. Hupperts Name wurde in dem Artikel nicht genannt. Dafür das Technikum, dessen Direktor Huppert war, im Vergleich zum Technikum Ilmenau als „minderwertige technische Lehreinrichtung“ bezeichnet.¹¹³ Ing. Huppert reagierte sofort und wies mit einem eigenen Artikel in der Zeitung alle Vorwürfe zurück, die seine Person und das von ihm geleitete „Kyffhäuser - Technikum“ betrafen. Den Vorwurf der „Minderwertigkeit“ lastete er jedoch nicht vordergründig Direktor Jentzen, sondern Direktor Hoepke an:

„Dieser unwahre Vorwurf entspringt dem Hasse des Direktors des Technikums in Bingen, der es nicht verschmerzen konnte, dass sich 50 Studierende dieses Instituts in Anerkennung meiner Lehrtätigkeit und im Vertrauen, sich unter meiner Leitung eine gründliche Ausbildung anzueignen, mir aus freiem Entschlusse bei meiner Übersiedelung nach Frankenhausen angeschlossen haben“.

¹⁰⁹ Ebenda, Blatt 86-87.

¹¹⁰ Ebenda, Blatt 89-90. Das Verhör fand am 23.02. 1903 in Frankenhausen statt.

¹¹¹ Ebenda, Blatt 94-97.

¹¹² Ebenda, Blatt 98-100.

¹¹³ Zitat Direktor Jentzen: „Es ist wahr, dass das Technikum zu Frankenhausen bezüglich der Lehrmittel, des Lehrkörpers, der Wohlfahrts-Einrichtungen für Techniker (Stipendien, Legate u. s. w.) im Vergleich zum Thüringischen Technikum eine „minderwertige“ technische Lehreinrichtung ist.“

In der Zurückweisung des Vorwurfes der Minderwertigkeit sah sich Direktor Huppert in voller Übereinstimmung mit dem Fürstlichen Staatsministerium in Rudolstadt. Mit Schreiben vom 7. März 1903 wurde Direktor Jentzen über die Maßregelung Ing. Hupperts informiert.¹¹⁴ Gleichzeitig und mit aller Deutlichkeit wurde seine Behauptung als „abfällige Kritik“ zurück- und darauf hingewiesen, dass sich Direktor Huppert im Gegenzug eine Privatklage offen halte. Zudem seine Gegendarstellung in der Ilmenauer Zeitung durchaus richtig- und zufrieden stellend gewesen sei. Das Schreiben des Fürstlichen Ministeriums beantwortete Jentzen umgehend mit einer Entschuldigung.¹¹⁵ Für Rudolstadt und Ilmenau galt die Angelegenheit damit als erledigt, jedoch nicht für Direktor Hoepke in Bingen.¹¹⁶ Dieser beharrte weiter auf dem Standpunkt, sein ehemaliger Mitarbeiter Ing. Huppert vollführe ein „unsauberes Treiben“ und der „Gebrauch seiner Mittel“, etwas zu erreichen, sei von „Unlauterkeit“ geprägt. Obwohl ihm einst, 1897, selbst rund 60 Studierende aus Ilmenau nach Bingen gefolgt waren, vermochte er es nicht verwinden, dass Ing. Huppert fast 50 Studierende und zwei junge Fachlehrer nach Frankenhausen gefolgt waren. In der Tat hatte Direktor Hupperts Vorgehensweise in Ilmenau Erfolg. Vor Beginn des Sommersemesters 1903 wechselten 17 Studierende von Ilmenau nach Frankenhausen. Die Mitnahme und Abwerbung von Studierenden eines anderen Technikums war jedoch ganz alltäglich, wie Direktor Hoepke mit seinem eigenem Vorgehen bereits deutlich gezeigt hatte. Auch Direktor Jentzen war „auf diesem Gebiet kein unbeschriebenes Blatt“.¹¹⁷ Nachdem er 1894 das 1882 wahrscheinlich von ihm selbst gegründete Technikum in Neustadt-Glewe (Mecklenburg-Schwerin) in Richtung Ilmenau verließ, „warb“ er von seinem eigenen Technikum viele Studierende ab, die dann seinen Grundstock in Thüringen bildeten. Gegenüber Direktor Jentzen ging Direktor Hoepke noch einen Schritt weiter. Er griff die Person Ing. Huppert persönlich an. Letztlich brachte er dessen „Glaubensgenossen“ ins Spiel. Ing. Huppert sei es „gleichgültig“, welche Gedanken diese über ihn und seine Handlungsweisen hegen würden. Direktor Huppert ging auf die persönlichen Vorwürfe von Direktor Hoepke nicht mehr ein. Bereits in seiner Eröffnungsansprache in Frankenhausen hatte er zu den Ereignissen in den letzten Tagen seiner Wirkungszeit in Bingen Stellung genommen und sich bei denen bedankt, die in dieser Zeit zu ihm gestanden hatten:

„Einem Teile von Ihnen bin ich zu besonderem Danke verpflichtet, zu Dank verpflichtet für das Vertrauen, das Sie dadurch bekundet haben, dass Sie in wahrer Erkenntnis der Dinge, in richtiger Beurteilung der Vorkommnisse der letzten Tage meiner Lehrtätigkeit am Rheinischen Technikum nicht Worte, nicht Kämpfe gescheut habe, um Ihrer Überzeugung nach zu handeln“.¹¹⁸

Es muß an dieser Stelle völlig offen bleiben, ob Ing. Hupperts Befürchtungen, in Frankenhausen als Jude nicht willkommen zu sein, in irgendeiner Weise mit den erwähnten „Vorkommnissen“ in Bingen oder gar mit Direktor Hoepke in Zusammenhang stehen.

Direktor Hoepke, der sämtliche Schreiben an das Fürstliche Ministerium, Abteilung Inneres, nach Rudolstadt gesendet hatte, bekam keine Rückantwort. Allerdings hatte er einen gewissen Erfolg aufzuweisen. Direktor Huppert hatte in persönlichen Anschreiben an die Abzuwerbenden erwähnt, dass die Studierenden der Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik ein Ingenieur-Diplom erhalten würden.¹¹⁹ Im Januar 1904 wurde Direktor Huppert vom Ministerium unmissverständlich dazu aufgefordert, das Wort „Diplom“ in allen Werbeschriften, Briefköpfen und Lehrprogrammen durch den Wortlaut „Abgangsprüfung durch Staatskommissar“ zu ersetzen. In diesem Fall hatte es auch nichts geholfen, dass sich

¹¹⁴ Ebenda, Blatt 100.

¹¹⁵ Ebenda, Blatt 135-137.

¹¹⁶ Ebenda, Blatt 147-148; 207-209.

¹¹⁷ Jacobs 1994, a.a.O., Seite 29 und 34.

¹¹⁸ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 252, vom 28.10. 1902, a.a.O.

¹¹⁹ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4193, a.a.O., Blatt 82-83; 123-134; 211 und 216-217.

eine Abordnung des Stadtrates¹²⁰, zusammengesetzt aus Vertretern der Bürgerlichen¹²¹ und der Sozialdemokraten, im Ministerium für das Diplomingenieurzeugnis einsetzten und vorbehaltlos die Überzeugungen ihres Technikumsdirektors vertraten. Diese Angelegenheit war von nicht unerheblicher Wichtigkeit für den Besuch des Technikums. Eine Lehranstalt, welche ein Diplomingenieurzeugnis auszustellen vermochte, wurde von zukünftigen Studierenden bevorzugt ausgewählt. Eine höhere Belegung bedeutete für die Stadt wie für den Unternehmer einen höheren Gewinn. Somit hatten beide Seiten ein gemeinschaftliches Interesse an dieser Angelegenheit. Schließlich schaltete sich im Namen seiner Staatsregierung der Königlich Sächsische Gesandte für die thüringischen Staaten mit Sitz in Weimar, Freiherr von Reitzenstein, ein und forderte vom Fürstlichen Staatsminister, Franz Freiherr von der Recke (1854-1923), persönliche Aufklärung über die Vorgänge in Frankenhausen.¹²² Er reagierte damit auf wiederholte Klagen der Technischen Hochschule Dresden, nach deren Erkenntnissen das Frankenhäuser Technikum zu den Lehranstalten ohne Hochschulcharakter gehören würde, die „Ingenieur-Diplome“ widerrechtlich ausstellten. Sächsische Lehranstalten gehörten angeblich nicht dazu. Gestützt auf Informationen des Stadtrates und insbesondere Direktor Hupperts, stellte Freiherr von der Recke in diplomatischen Ton klar, dass es sich für das „Kyffhäuser - Technikum“ um eine vorübergehende Ausnahmeregelung gehandelt habe, weil auch die thüringischen Technika Ilmenau¹²³ und Hildburghausen und das vom ehemaligen Frankenhäuser Technikumsdirektor, Simon Müller, in Limbach in Sachsen errichtete Technikum derartige Diplome ausstellen würden. Obwohl damit die Beschwerden des Königlich Sächsischen Gesandten vom Tisch waren, musste Direktor Huppert die neuen Lehrpläne und Programm im August 1904 nochmals zur Prüfung einreichen. Die Bedeutung einer möglichen Erteilung eines „Ingenieur-Diploms“ war jedoch auch für das „Kyffhäuser-Technikum“ so bedeutsam, dass Direktor Huppert, jede Maßregelung in Kauf nehmend, es immer wieder versuchte, dem Staatsministerium das Wort „Diplom“ enthaltene Programme und Lehrpläne zur Genehmigung vorzulegen. Und nicht nur das. Um sich mit der Königlich Sächsischen Staatsregierung in ein gutes Einvernehmen zu setzen, wurde im Winter 1906 der Professor der Technischen Hochschule Dresden, Geheimer Hofrat Prof. Lucas, zum Staatlichen Prüfungskommissar am „Kyffhäuser-Technikum“ bestellt.¹²⁴ Demgegenüber versuchte Direktor Huppert Prof., Dr. Ing. Nachtweh von der „Technischen Hochschule Hannover“ in Vorschlag zu bringen, mit dem er durch sein gesteigertes Interesse am landwirtschaftlichen Maschinenwesen schon geraume Zeit in Kontakt stand. Im Ministerium in Rudolstadt wurde dieses Ansinnen gar nicht erst weiter verfolgt. Es blieb bei Prof. Lucas als neuem Staatskommissar.

¹²⁰ Dabei handelte es sich um die bürgerlichen Stadträte, die Knopffabrikanten Theodor Hoffmann (1848-1912) und Paul Landgraf (1861-1939) und den Sozialdemokraten und später ersten sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Franz Winter (1860-1920), gelernter Knopfmacher und von Beruf Kaufmann. Alle drei Stadträte waren zugleich Landtagsabgeordnete.

¹²¹ Mit dem Wort „Bürgerlich“, „Bürgerlicher Stadtrat“ und „Bürgerliche Fraktion“ (Stadtrat) wurden in der Diplomarbeit Mitglieder des Stadtrates bezeichnet, die sich keiner bestimmten bürgerlichen Partei zuordnen ließen. Im Stadtrat von Bad Frankenhausen schlossen sich jeweils Kandidaten in einer Fraktion zusammen, die bei der Wahl z. T. jeder für sich antraten. Zumeist traten sie als so genannte „Unabhängige“ bei den Wahlen an. Im Stadtrat schlossen sie sich dann zu losen Bündnissen zusammen, um überhaupt gegen die gut organisierten Parteien von SPD und KPD (nach 1920) eine Chance bei Abstimmungen zu haben.

¹²² Ebenda, Blatt 243-244; 246-247; 255-257 und 270.

¹²³ Jacobs 1994, a.a.O., Seite 41. Abgebildet ist hier ein „Diplom-Prüfungs“ Zeugnis aus der Zeit „von 1904“ für „Maschinen-Ingenieure“. Freiherr von der Recke's Informationen entsprachen somit in Bezug auf Ilmenau der Richtigkeit.

¹²⁴ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 19-24.

3.3 Neue Fachrichtungen am Technikum – Die „Fachabteilung für Landwirtschaftlichen Maschinenbau“

Die in der Eröffnungsansprache angekündigte „Neuorientierung“ des Technikums sollte keine leere Phrase bleiben und bezog sich ebenso auf die Fachrichtungen. Während des Direktorats von Oberingenieur Krämer waren bereits die Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik neu eingeführt worden. Vorreiter in diesen Bereichen war das „Thüringische Technikum Ilmenau“, wo sich das Direktorat einen regen Zulauf an Studierenden versprach.¹²⁵ Prof. Georg Schmidt, seit 1. Oktober 1903 der Nachfolger von Direktor Jentzen in der Leitung des Ilmenauer Technikums, hob bereits in einer Rede 1894 hervor, das es „bis dato keine ähnliche Fachschule“ gab, die soviel Sorgfalt auf den Unterricht der Elektrotechnik legte. Bekanntermaßen hatte sich Direktor Huppert über die Ilmenauer Verhältnisse bestens informiert. Sein Interesse am „Kyffhäuser-Technikum“ eine neue Fachrichtung zu etablieren, fiel auf die Landmaschinentechnik. Im Juni 1905 bat er Staatsminister Freiherr von der Recke um die Gewährung einer persönlichen Audienz, um ihm sein Projekt, die Errichtung einer „Fachschule für Landwirtschaftlichen Maschinenbau“ sowie die „Gründung eines Halbjahreskurses für Landwirte zur Ausbildung in der Handhabung moderner landwirtschaftlicher Maschinen“, vorstellen zu können.¹²⁶ Schon in seinem Gesuch verwies er auf Anregungen und Unterstützung seitens des „Verbandes der Fabrikanten für landwirtschaftlichen Maschinenbau“ und der „Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft“ in Berlin, mit denen er schon 1904 über sein Vorhaben gesprochen hatte.¹²⁷ Staatsminister von der Recke gewährte ihm umgehend die gewünschte Audienz und ließ sich die Angelegenheit ausführlich darlegen.¹²⁸ Grundsätzlich gab er seine Zustimmung, verlangte jedoch schnellstens die Anpassung der Lehrpläne und das Einholen der Zustimmung des Stadtrates. Den hatte Direktor Huppert bisher außen vor gelassen. Die positive Grundstimmung des Staatsministers nutzend, begründete er die neue Fachabteilung und informierte darüber am 7. Juli 1905 das Ministerium, Abteilung Inneres, in Rudolstadt.¹²⁹ In einer umfassenden Darlegung begründete er seinen Schritt.¹³⁰ Ohne die erforderliche Genehmigung abzuwarten, begann er zum Jahreswechsel 1905/1906 unter der Überschrift „Erste deutsche Ingenieurschule für landwirtschaftliche Maschinen“ in der Presse für die neue Fachabteilung zu werben, nachdem der Lehrbetrieb zum Wintersemester 1905/1906, im Oktober, mit Vorlesungen begonnen hatte.¹³¹ Hinderlich für den Lehrbetrieb war das Fehlen geeigneter Räume, vor allem für die Aufstellung der landwirtschaftlichen Maschinen, die Direktor Huppert durch die Industrie und die Fachverbände zur Verfügung gestellt worden waren.¹³² Dem Raummangel suchten die erst spät informierten Stadtväter durch den Neubau einer Maschinenhalle abzuhelpen.¹³³ Das Vorhaben drohte zu scheitern, weil das unmittelbar an das Technikum angrenzende Gelände zur Fürstlichen Domäne gehörte und der Domänenpächter sich gegen den Verkauf durch die Fürstliche Kammerverwaltung wehrte. Diese Tatsache vor Augen, beschloss der Stadtrat am 23. Juli 1906 den Erweiterungsbau und billigte im Nachhinein Direktor Hupperts Alleingang. Über die Erweiterung des Technikums, das sich unter der Leitung von Direktor Huppert gut entwickelt habe, war sich der Stadtrat

¹²⁵ Rittig 1994, a.a.O., S. 13.

¹²⁶ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 13, Gesuch vom 9. Juni 1905.

¹²⁷ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 118-119; Das Datum „Sommer 1904“ benannte Direktor Huppert in einem Schreiben an das zuständige Ministerium in Rudolstadt am 29.01. 1908.

¹²⁸ Ebenda, Blatt 14-15, Audienz vom 17. Juni 1905.

¹²⁹ Ebenda, Blatt 16-17.

¹³⁰ Vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

¹³¹ ThStA, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 20.

¹³² Huppert 1921, a.a.O., Seite 4-5.

¹³³ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 285-287; 294; 297-298; 305-317; 360-380 und 389.

grundsätzlich einig. Allerdings nicht über die Aufbringung der Baukosten und die Verteilung der Lasten. Während die bürgerlichen Abgeordneten im Wesentlichen dem Plan des Bürgermeisters Martin Sternberg (1868-1937, Bürgermeister von 1903-1915)¹³⁴ ihre Zustimmung gaben, die städtischen Steuern vorübergehend zu erhöhen, um die Tilgung des aufgenommen Kredits sicherzustellen, stimmten die Sozialdemokraten dagegen. Inzwischen gab es innerhalb der Frankenhäuser Bevölkerung und im Umland erheblichen Widerstand gegen den Finanzierungsplan. Dem Domänenpächter Hornung war es gelungen, eine Allianz aus Gutsbesitzern und Bauern der gesamten schwarzburgischen Unterherrschaft Frankenhausen zusammenzubringen. Eine von 130 Landwirten unterschriebene Petition, sich bei der Stadtverwaltung gegen eine Erhöhung der Grundsteuern zu verwenden, erreichte im Dezember 1906 das Ministerium, Abteilung Inneres, in Rudolstadt. Hinter der Petition stand der „Bund der Landwirte“ unter Führung des Gutsbesitzers Robert Kämmerer. Gegen diese Petition setzte sich der Stadtrat unter Führung des Bürgermeisters Sternberg erfolgreich und einmütig zu Wehr. Vom „Bund der Landwirte“ ließ man sich innerhalb der eigenen Stadtmauern nicht dirigieren. Die Petition wurde vom Ministerium verworfen und an den Stadtrat zurückverwiesen. Eine zweite Petition, eingereicht durch die Frankenhäuser Knopfmacher, brachte die Einmütigkeit ins Wanken. Fast alle sozialdemokratischen Stadträte waren selbst Knopfmacher und mussten auf ihre Wählerschicht und Berufsgenossen erhebliche Rücksicht nehmen. Zudem war diese Eingabe am 4. August 1906 auf einer sozialdemokratischen Volksversammlung durch die Arbeiterschaft beschlossen worden. Letztendlich war es dem Geschick von Bürgermeister Sternberg zu danken, alle Bedenken zu zerstreuen und den Erweiterungsbau durchzusetzen. Er überzeugte den Ehrenbürger, Bankier und Mäzen der Stadt, Wilhelm Schall (1828-1916), ein Drittel der Gesamtsumme bereitzustellen, während sich in den Rest Stadtverwaltung und vermögende Bürger der Stadt teilten. Alle Schwierigkeiten überwunden, konnte noch im Dezember 1906 die Maschinenhalle an den Direktor des Technikums übergeben werden, an deren Planung und innerer Ausgestaltung Direktor Huppert reichlich Anteil hatte.¹³⁵ Der Bau des sich anschließenden Laboratoriums wurde im April 1907 genehmigt und Ende desselben Jahres fertiggestellt.¹³⁶ Direktor Huppert verabsäumte es nicht, in der Festschrift zum 25jährigen Jubiläum der Lehranstalt auf die Verdienste von Bürgermeister Sternberg zu verweisen.¹³⁷ Indirekt hatte Direktor Huppert mit der Umsetzung der Erweiterungsbauten auf die Vorgänge am Technikum Ilmenau reagiert, an dem der neue Direktor, Prof. Schmidt, 1904 die Errichtung einer modernen Maschinenhalle realisieren konnte.¹³⁸ Im Technikum Ilmenau scheint S. Huppert nicht nur einen Konkurrenten innerhalb Thüringens, sondern auch ein Vorbild erblickt zu haben.

Nach Fertigstellung der Maschinenhalle und des Laboratoriums füllten sich die Säle nicht allein mit Studierenden. Im Jahre 1907 unterbreitet Direktor Huppert dem „Preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten“ den Vorschlag, dass Lehrpersonal an den preußischen Landwirtschaftsschulen und Landwirte nach Frankenhausen zur

¹³⁴ StadtA BadF, 1/II D-334: Personalsachen Bürgermeister Martin Sternberg 1903-1946. Martin Sternberg gehörte zu den befähigten Bürgermeistern von Frankenhausen. Für seine Verdienste verlieh ihm Fürst Günther Victor am 21.08. 1908 den Titel Oberbürgermeister. 1916, nach Beendigung seiner Amtszeit als Bürgermeister, wurde er in seiner Heimat Pommern Syndikus des Pommerschen Viehhandelsverbandes mit Sitz in Stettin. Er verstarb 1937 in Pommern.

¹³⁵ StadtA BadF, 1/VIII-51: Erweiterungsbau Kyffhäuser-Technikum und Neubau einer Maschinenhalle 1906-1907.

¹³⁶ StadtA BadF, 1/VIII-49: Baugenehmigungen/Baurisse, Blatt 61, Baugenehmigung Laboratorium 1907.

StadtA BadF, 1/VIII-52: Kyffhäuser-Technikum. Erweiterungsbau und Neubau des Laboratoriums 1907.

StadtA BadF, 1/VIII-55: Belege zur Abrechnung über den Erweiterungsbau des Kyffhäuser-Technikums Frankenhausen 1907-1909.

¹³⁷ Huppert 1921, a.a.O., Seite 4.

¹³⁸ Rittig 1994, a.a.O., Seite 21.

Weiterbildung im Fach Landmaschinenbau zu entsenden.¹³⁹ Das Ministerium stimmte nach Prüfung des Sachverhaltes durch einen Sachverständigen, Prof. Dr. Fischer, Berlin, zu und entsandte von da an jeden Herbst 20-40 Personen aus allen Teilen Preußens zu einer 3-4wöchigen Weiterbildung ans „Kyffhäuser-Technikum“. Für Direktor Huppert stellte dieses einen beachtlichen Prestigeerfolg dar. Nun war er nicht mehr auf das Erscheinen der schwarzburgischen Landwirte angewiesen, die in ihrer Petition einen Besuch ausgeschlossen und dessen Notwendigkeit verneint hatten.

Seine Eile zur Gründung dieser Fachabteilung hatte sich gelohnt. Von nun an konnte er zu Recht damit werben, dass das „Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen“ die erste Lehranstalt Deutschlands war, die Techniker und Ingenieure im Bau landwirtschaftlicher Maschinen ausbildete.¹⁴⁰

Den Einsatz, den er bis dahin in der Neuorientierung des Technikums gezeigt hatte, sollte sich ebenfalls auszahlen. Besonders der zielgerichtete Aufbau der „Fachabteilung für landwirtschaftlichen Maschinenbau“ bewog Bürgermeister Sternberg und den Stadtrat, im Sommer 1906 vorfristig mit Direktor Huppert über den Abschluss eines neuen Vertrages zu verhandeln, obwohl der andere erst 1908 ablaufen würde.¹⁴¹ Hatte der Technikumsdirektor 1902/03 die Vertragsbedingungen von Oberingenieur Krämer akzeptiert, so präsentierte er sich nun als schwieriger und unnachgiebiger Verhandlungspartner, der sogar ein Scheitern der Verhandlungen nicht ausschloss. Nur mit viel Mühe und großen Zugeständnissen war es Bürgermeister Sternberg, der persönlich an dem Direktor festhalten wollte, gelungen, S. Huppert am 3. September des Jahres zur Unterschreibung eines Vertrages zu bewegen.¹⁴² Auf dem behördlichen Dienstwege über das Landratsamt wurde der bereits unterschriebene Vertrag nach Rudolstadt eingereicht. Im Ministerium war man über das voreilige Vorgehen entrüstet und maßregelte den Landrat Dr. Thiemer¹⁴³, den Vertrag nicht als Entwurf eingereicht zu haben. Mit Reskript vom 11. Oktober 1906 wurden Abänderungen der Vertragspunkte angemahnt. Das Landratsamt missachtete dieses Reskript unter dem Gesichtspunkt, dass es dann erneut zu schwierigen Verhandlungen gekommen wäre. Dieses Fehlverhalten wurde vom Ministerium erst im Januar 1908 entdeckt. Zu seiner Rechtfertigung übersandte Landrat Dr. Thiemer, die auf Grund des Reskripts von Bürgermeister Sternberg verfasste Stellungnahme, nach.¹⁴⁴ Bürgermeister Sternberg verwendete in der Stellungnahme Formulierungen, die einer seiner Nachfolger, Dr. Bleckmann, zwei Jahrzehnte später, nicht mehr gebrauchen wird. So bezeichnete er das Technikum als Direktor Huppert „seine Anstalt“ und den Direktor als „Besitzer“. Noch wesentlich eindeutiger waren die Paragraphen des Vertrages selbst.¹⁴⁵ Paragraph 1 hob wiederum den Charakter des Technikums als Privatanstalt hervor. Entscheidend waren jedoch die Paragraphen 10 und 11. Ersterer räumte Direktor Huppert ein eindeutiges Verkaufsrecht ein, bei dem die Stadt allerdings das Vorkaufsrecht behielt. Letzterer war eine unmissverständliche Äußerung zum Eigentumsrecht an der Lehranstalt:

¹³⁹ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195: Das Technikum Frankenhausen betr. 1908-1912, Blatt 95 ff., Auszug (Seite 27) aus der Druckschrift „Lehrpläne und Programme des Technikums Frankenhausen“ vom 1. Oktober 1908.

Huppert 1921, a.a.O., Seite 4-5.

¹⁴⁰ Hendrichs 1929, a.a.O., S. 8.

ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 118-119; Bericht Direktor Hupperts an das Fürstliche Ministerium, Abteilung Inneres, vom 29.01. 1908.

¹⁴¹ StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 305-314.

¹⁴² Ebenda, Blatt 389.

ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 123-128.

¹⁴³ Dr. Thiemer war seit 1904 Landrat. Biographische Angaben zu seiner Person sind weiter keine bekannt.

¹⁴⁴ Zum Inhalt der Stellungnahme vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitat, das Schreiben des Landrats vom 16. März 1908.

¹⁴⁵ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 129-135.

StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 397-405.

„§ 11. Nach Ablauf des Vertrages verbleibt die Anstalt ausschließlich der Anstaltsgebäude und der der Stadtgemeinde gehörigen Einrichtung, Lehr- und Lernmitteln und Maschinen Eigentum des Direktors Huppert. Ein Jahr vor Ablauf dieses Vertrages ist über den Abschluß eines weiteren Vertrages zu verhandeln, jedoch verpflichtet sich die Stadtgemeinde dem Direktor Huppert die bei Ablauf dieses Vertrages bestehenden Anstaltsgebäude nebst Schulmaterialien fernerhin für den Anstaltsbetrieb vorzuhalten, falls die Jahresschülerzahl mindestens 200 beträgt und falls weitere Leistungen als das Vorhalten der Anstaltsgebäude von dem Direktor Huppert nicht beansprucht werden“.

Der Vertrag, der eine Gültigkeit bis zum 30.09. 1914 erhalten hatte, wurde vom Ministerium besonders in Bezug auf das Verkaufsrecht kritisiert. Die Einräumung eines Eigentumsrechtes am Technikum hatte das Ministerium davon abhängig gemacht, inwieweit davon städtisches Eigentum an Grund und Boden betroffen sei und Widerspruch weiter nicht erhoben. Diese neu fest geschriebenen Vertragsbedingungen banden Direktor Huppert zwar an die Stadt, waren jedoch nur dem Willen des jetzigen Stadtrates und des amtierenden Bürgermeisters geschuldet. Zukünftige Betrachtungen sollten diesen Umstand ganz besonders deutlich machen. Jetzt setzte der Stadtrat noch eine Zusage obenauf, indem Direktor Huppert zur Einrichtung der Maschinenhalle und der Laboratorien mit Maschinen und Anlagen, ein Darlehn in Höhe von 15.000 RM erhielt.

Ausgestattet mit diesem Vertrag, ging Direktor Huppert an den weiteren Ausbau seiner neuen Fachabteilung. Außer Preußen beschickten nun auch andere deutsche Bundesstaaten seine Spezialkurse. Dazu gesellten sich Teilnehmer aus seiner alten Heimat, der Habsburgermonarchie, Dänemarks, Bulgariens und vor allem Luxemburgs, das 1909 und 1910 gleich zwei Kurse nur mit eigenen Landeskinderen belegen ließ. Lehrmethoden und Lehrerergebnisse erschienen den Luxemburgern so bedeutend, dass ihm 1910 der „Orden der Eichenkrone“ verliehen wurde, dessen Großmeister der jeweils regierende Großherzog ist.¹⁴⁶ Im Jahre 1911 schlossen sich gleich zwei Auszeichnungen an, die Direktor Huppert und dem Technikum auf der Internationalen Landwirtschaftsausstellung in Buenos Aires/ Argentinien zuteil wurden:

„Auf Grund der Beteiligung an der Internationalen Ausstellung für Landwirtschaft Buenos Aires erhielt der Unterzeichnete im Namen des Deutschen Arbeitsausschusses vom Direktor des Reichsamtes des Innern nachfolgendes Schreiben:

Beifolgend beehre ich mich, dem Polytechnischen Institut das Diplom über den ihm auf obiger Ausstellung zuerkannten „Ersten Preis“ für Mitarbeit nebst zugehöriger „silberner Medaille“ mit meinem Glückwunsche zu übersenden.“¹⁴⁷

Da es sich bei der Fachabteilung um ein Novum an einer deutschen höheren Lehranstalt handelte, lagen kaum Lehrbücher vor. Zusammen mit seinen Dozenten, den Diplom-Ingenieuren Hermann Schwarzer¹⁴⁸, Alfred Fröhlich (geb. 1874, Sterbejahr und -ort unbekannt)¹⁴⁹, Hermann Lingens (1916 gefallen)¹⁵⁰ und Rudolf Wotruba (geb. 1868, Sterbejahr und -ort unbekannt)¹⁵¹, gab er 1911 den „Leitfaden der Maschinen und Elektrotechnik für Landwirte“ heraus, der zudem durch das Preußische Ministerium für

¹⁴⁶ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 150, vom 1. Juli 1910: Artikel „Auszeichnung“.

Huppert 1921, a.a.O., S. 5.

Der Orden war 1841 durch König Wilhelm II. der Niederlande und Großherzog von Luxemburg gestiftet worden und kann an In- und Ausländer für zivile und militärische Leistungen gleichermaßen verliehen werden.

¹⁴⁷ Mitteilung Riksarkivet Stockholm 2007, a.a.O., Curriculum vitae.

Programm und Lehrpläne – Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen am Kyffhäuser/Thüringen, 17. Auflage, Bad Frankenhausen um 1930, S. 7.

¹⁴⁸ H. Schwarzer war von 1906 bis 1914 erstmals Dozent am Technikum.

¹⁴⁹ StadtA BadF, 1/II A-414, a.a.O., Laufende Nr. 477. A. Fröhlich war von 1904 bis 1920 Dozent am Technikum.

¹⁵⁰ H. Lingens war von 1908 bis 1914/1916 Dozent am Technikum. Er war der einzige, im Ersten Weltkrieg gefallene Dozent.

¹⁵¹ StadtA BadF, 1/II A-414, a.a.O., Laufende Nr. 468. R. Wotruba war von 1908 bis 1919 Dozent am Technikum.

Landwirtschaft, Domänen und Forsten finanziell gefördert worden war.¹⁵² Die dabei demonstrierte Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit seinen Dozenten und Angestellten sollte eine Ausnahmerecheinung bleiben, die es in dieser Form nicht wieder geben sollte. Sein Verhalten, fachliche Gleichwertigkeit oder gar Überlegenheit neben sich nicht zu dulden, sollte sich zu einer Charaktereigenschaft S. Hupperts mit fatalen Folgen entwickeln.

Der Einführung vor allem dieser neuen Fachabteilung hatte Direktor Huppert seine vielleicht höchste Ehrung in seinem Leben zu verdanken, die Verleihung des Titels Professor. Im Juni 1911 unterbreitete der amtierende Staatskommissar für das Technikum, Baurat Möhrenschrager, dem Ministerium, Abteilung Inneres, den Vorschlag, Direktor Huppert für seine Bemühungen um das Technikum den Titel Professor verleihen zu lassen.¹⁵³ Während sich Baurat Möhrenschrager vorbehaltlos für die Verleihung aussprach, stellten sich Landrat und Oberbürgermeister dagegen. Dieses Mal wollte S. Huppert eine vorzeitige Vertragsverlängerung, die der Stadtrat allerdings als nicht notwendig zurückgestellt hatte. Direktor Huppert darüber empört, drohte, das Technikum und die Stadt zu verlassen. Einen Sinneswandel bewirkte die Aussicht des Professorentitels. Zu verdanken hatte er diesen der Hartnäckigkeit von Baurat Möhrenschrager, der auf die Professorentitelverleihungen am Technikum Altenburg und Ilmenau hinwies. Jeweils im Jahre 1908 waren die dortigen Direktoren Anselm Nowak (Technikum Altenburg) und Georg Schmidt (Technikum Ilmenau) durch ihre Landesherren, Herzog Ernst II. von Sachsen-Altenburg (1871-1955) und Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar-Eisenach (1876-1923), zu Professoren ernannt worden.¹⁵⁴ Bereits 1902 war Alfred Udo Holz, Direktor des „Technikum Mittweida“, mit dem Professorentitel für sein Wirken geehrt worden.¹⁵⁵ Im August 1912 wurde schließlich auch Direktor Huppert diese besondere Auszeichnung zuteil:

„Wir Günther, von Gottes Gnaden Fürst zu Schwarzburg, urkunden und bekennen hiermit, Daß Wir Uns in Gnaden bewogen gefunden haben, dem Direktor am Kyffhäuser – Technikum zu Frankenhausen, Siegmund Huppert, den Titel Professor zu verleihen.

Zu Urkund dessen haben Wir gegenwärtiges Dekret eigenhändig vollzogen und Unser Fürstliches Insiegel beidrücken lassen.

So geschehen Rudolstadt, den 21. August 1912. Günther.“

Den nunmehrigen Professor Siegmund Huppert dürfte die Auszeichnung durch den regierenden Fürsten mit Stolz erfüllt haben, was ihn jedoch nie darin hinderte, den Vorgang ganz nach seinem Geschmack auszuschnücken. Das Ernennungsdatum verlegte er zumeist um einen Tag vor. Damit fiel es auf den 20. August, dem Geburtstag von Fürst Günther Victor.¹⁵⁶ Ein anderes Mal datierte er die Auszeichnung auf die Feier zum 15jährigen Bestehen des Technikums.¹⁵⁷ Richtig ist, dass Fürst Günther Victor die Auszeichnungen anlässlich seines Geburtstages bewilligte, die Ernennungsurkunde jedoch erst am folgenden Tag ausgestellt wurde. Im Unterschied zur Verleihung bei Prof. Schmidt, die in der örtlichen Presse „kaum Beachtung gefunden“ haben soll¹⁵⁸, wurde bei Prof. Huppert nicht nur die Ernennung offiziell in der „Frankenhäuser Zeitung“ publiziert.¹⁵⁹ Spätestens am 24. August

¹⁵² ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 209.

¹⁵³ Ebenda, Blatt 197-198 u 207.

¹⁵⁴ Ebenda, Blatt 193-194.

Jacobs 1994, a.a.O., S.

¹⁵⁵ Hahn, Annerose/ Stascheit, Marion: Alfred Udo Holz – ein Leben für das Technikum Mittweida, in: Alfred Udo Holz, Direktor des Technikums Mittweida – Ein Lebensbild zum 50. Todestag. Hg. vom Rektor der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida (FH), Mittweida 1995, S. 27.

¹⁵⁶ Hendrichs 1929, a.a.O., S. 9.

¹⁵⁷ Huppert 1921; a.a.O., S. 6. Nach den eigenen Worten von Prof. Huppert: „Das 30 semestriges Bestehen des Instituts durfte nicht sang- und klanglos vorüberziehen. Der 18. August 1911 versammelte die anwesenden Technikums-Besucher zum Festakt und Festkommers. Fürst Günther von Schwarzburg-Rudolstadt nahm die Feier zum Anlaß, um den bisherigen Leiter zum Professor zu ernennen.“

¹⁵⁸ Jacobs 1994, a.a.O., S. 51.

¹⁵⁹ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 195, vom 22. August 1912: „An Auszeichnungen bzw. Verleihungen in der Unterherrschaft unseres Fürstentums anlässlich des Geburtstages Sr. Durchlaucht des Fürsten sind zu erwähnen:

wusste es die ganze Stadtgemeinde. An diesem Tag ehrten die Dozenten und Studierenden ihren Direktor mit einem Fackelzug und anschließendem Kommers im Rathaus, bei dem zahlreiche Einwohner zugegen waren.¹⁶⁰

Für ihn wichtigste Tatsache war allerdings die nunmehrige Gleichstellung in der Titulatur mit den Direktoren der anderen beiden großen thüringischen Technika. In Bezug auf eine in der Schwarzburgischen Unterherrschaft Frankenhausen lebende und arbeitende Persönlichkeit war die Verleihung des Professorentitels eine Ausnahme.

Die Einrichtung der „Fachabteilung für landwirtschaftlichen Maschinenbau“ blieb die nachhaltigste Neuerung aus der Ära Prof. Huppert und überdauerte sogar die Schließung des „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“ am 6. Januar 1946 auf Befehl der SMAD Thüringen. Umgewandelt in eine „Landesschule der MAS“ (Maschinenausleihstationen)¹⁶¹ im Jahre 1949, bestand diese als „Schule für Landmaschinentechnik“ eigenständig bis zur Wendezeit 1989/1990, bevor ihre Pforten geschlossen wurden.

3.4 Das „Kyffhäuser-Technikum“ – erste deutsche Lehranstalt für Flugzeugbau

Nachdem die „Fachabteilung für landwirtschaftlichen Maschinenbau“ eingeführt und etabliert war, wendete sich Direktor Huppert dem Flugwesen zu. Angeregt durch die mit Erfolg gekrönten Flugversuche des deutschen Flugpioniers Hans Grade in Magdeburg, erarbeitete er 1908 unter dem Namen „Grundzüge der Flugtechnik (Aeronautik)“ einen Lehrplan für das neue Lehrgebiet Flugtechnik.¹⁶² Dieser Lehrplan ist Bestandteil des Druckes „Lehrpläne und Programme“ des Technikums Frankenhausen, der am 1. Oktober 1908 fertig gestellt und durch den Staatskommissar genehmigt worden war. Direktor Hupperts Bekundungen zufolge begann er bereits 1908 mit Vorträgen in diesem Fach.¹⁶³ Im Vordergrund standen zunächst Ausführungen zum Ballon- und Luftschiffbau. S. Huppert sammelte selbst praktische Erfahrungen. 1909 war er Teilnehmer einer Ballonfahrt von Erfurt nach Stendal.¹⁶⁴ Noch im gleichen Jahr reiste er nach Berlin, um auf dem Tempelhofer Felde einer Flugvorführung des amerikanischen Flugpioniers Orvill Wright zu verfolgen.¹⁶⁵ Über den Beginn von Vorträgen über Theorie und Bau von modernen Luftfahrzeugen wurde jedoch erst 1909 offiziell berichtet.¹⁶⁶ Demnach hielt Direktor Huppert seinen ersten Vortrag vor den Studierenden des Technikums am 29. April 1909. Vorerst handelte es sich nur um ein allgemeines Zusatzfach, ohne speziellen Abschluss.

Innerhalb der Technikerschaft lösten Hupperts Vorträge eine große Euphorie aus, die sich auf zahlreiche Frankenhäuser Einwohner übertrug. Dozenten, Studierende und interessierte Frankenhäuser schlossen sich 1909 zum „Flugtechnischen Verein Ikaros“ zusammen, der im Jahr darauf beim Amtsgericht Frankenhausen ins Vereinsregister eingetragen wurde und an

... Ferner wurde dem Direktor des Kyffhäuser-Technikums in Frankenhausen Siegmund Huppert der Titel „Professor“ ... verliehen.“

¹⁶⁰ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 198, vom 25. August 1912: „Ehrung.“

¹⁶¹ StadtA BadF, 1/VI-1J-7: Auflösung und Wiedereröffnung der Ingenieurschule 1949, Blatt o. F. Schreiben Land Thüringen, Ministerium für Volksbildung, vom 09.04. 1949, an die Stadtverwaltung Bad Frankenhausen.

¹⁶² ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 95. Blatt 95 beinhaltet einen Originaldruck „Lehrpläne und Programme“ des Technikums Frankenhausen vom 1. Oktober 1908. Auf Seite 63 finden sich die Erläuterungen zum Fach „Grundzüge der Flugtechnik“.

¹⁶³ Huppert 1921, a.a.O., S. 6-7.

¹⁶⁴ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 196, vom 24. August 1909, Lokales.

¹⁶⁵ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 218, vom 18. September 1909, Lokales.

¹⁶⁶ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 100, vom 30. April 1909, Lokales.

ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 57-59. Bericht Direktor Hupperts vom 7. August 1909 an das Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres.

das Technikum angeschlossen war.¹⁶⁷ Direktor Hupperts und des Vereins Bemühungen, Flugpionier Hans Grade, der zugleich Ehrenmitglied¹⁶⁸ des Vereins war, zu einem Schaufliegen nach Frankenhausen zu holen, waren von Erfolg gekrönt. Am 19. März 1911 startete Hans Grade zu einem Schauflug über Frankenhausen.¹⁶⁹ Sein Auftritt in Frankenhausen wurde zu einem Großereignis, bei dem Direktor Huppert einen öffentlichen Vortrag zur Flugtechnik hielt.

Da das Technikum in Frankenhausen die erste Lehranstalt in Deutschland war, die Vorträge zur Flugtechnik anbot, existierte dazu auch kein Lehrmaterial. Dieses lieferte der Direktor selbst. Im Jahre 1913 verlegte er im Verlag Julius Springer, Berlin, sein Werk: „Leitfaden der Flugtechnik“.¹⁷⁰ Wie seinem Vorwort zu entnehmen war, betätigte er sich längere Zeit als „Delegierter der Sportkommission der Deutschen Flugplatz-Gesellschaft, Berlin, während der internationalen Berliner Flugwochen“, auf denen er reichliche Erfahrungen sammeln konnte. Obwohl es bereits zahlreiche Schriften über die Flugtechnik gab, galt sein Buch schon zu seinen Lebzeiten unangefochten als das „erste grundlegende technische Werk über den Flugzeugbau“ in deutscher Sprache.¹⁷¹ Wurde diese Tatsache auch ein Jahr nach Erscheinen des Buches in Fachkreisen nicht in Frage gestellt, so doch erhebliche Kritik am fachlichen Inhalt geübt.¹⁷² Prof. Huppert ficht diese Kritik nicht an. Während des Ersten Weltkrieges stellte er seine Kenntnisse in den Dienst des Deutschen Kaiserreiches und der Kaiserlichen Luftwaffe. Auf der Grundlage seines Buches unterrichtete er zwischen 1915 und 1918 Piloten und technische Kräfte in Flugzeugkonstruktionslehre an der Ausbildungsstätte Köslin/Pommern.¹⁷³ Viele der ehemaligen Auszubildenden durfte er nach dem Krieg am Technikum als Studierende begrüßen.

Mit Ende des Ersten Weltkrieges setzte eine vollkommene Neuorganisation dieser, bisher nicht völlig ausgebildeten Fachabteilung, ein. Hierfür gewann Prof. Huppert in dem Hamburger Ingenieur Hugo Henry Philipp Kromer (geb. 1887, Sterbejahr und -ort unbekannt) einen vorzüglichen Fachmann auf dem Gebiet des Luftschiff- und Flugzeugbaues.¹⁷⁴ Im Auftrag des Technikumsdirektors erarbeitete H. Kromer einen Lehrplan für die neue „Abteilung für Luftschiff- und Flugzeugbau“, der im August 1919 erstmals im Druck erschien.¹⁷⁵ Die neue Abteilung wurde zu einem eigenständigen Institut erhoben. Insgesamt umfasste das Studium lediglich ein Semester, baute aber auf einem abgeschlossenen Maschinenbaustudium von fünf Semester Dauer auf. Ingenieur Kromer

¹⁶⁷ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 294, vom 17. Dezember 1909, Lokales: Verein für Flugtechnik Ikaros. Frankenhäuser Zeitung, Nr. 207, vom 6. September 1910, Lokales: Flugtechnischer Verein „Ikaros“ – Versammlung.

¹⁶⁸ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 195, vom 23. August 1910, Lokales: Verein für Flugtechnik „Ikaros“.

¹⁶⁹ Hahnemann/Mansel 2006, a.a.O., S. 194 und 195. Anlässlich des Schaufluges entstand ein Foto, das den Flugpionier, seinen Techniker und Sigmund Huppert kurz vor dem Start zeigen. Es handelt sich dabei um eines von zwei heute bekannten Photographien von Prof. Huppert.

¹⁷⁰ Huppert, Siegmund: Leitfaden der Flugtechnik. Für Ingenieure, Techniker und Studierende. Berlin 1913. Nach seinen eigenen Angaben – vergl. Huppert 1921, a.a.O., S. 6 – gab er das Werk bereits 1912 heraus. Eine Ausgabe 1912 ließ sich jedoch bisher nicht ausfindig machen.

¹⁷¹ Huppert 1921, a.a.O., S. 6.

¹⁷² ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196: Das Kyffhäuser-Technikum – Polytechnisches Institut zu Frankenhausen betr. 1913-1921, Blatt 63. Staatskommissar Möhenschlager reicht beim Ministerium, Abteilung Inneres, ein Exemplar (Nr. 3, 1914) der „Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure“ ein, welche die Kritik an Hupperts Buch enthält.

¹⁷³ Huppert 1921, a.a.O., S. 6.

Mitteilung Riksarkivet Stockholm 2007, a.a.O., Curriculum vitae.

¹⁷⁴ StadtA BadF, I/II A-414, a.a.O., Nr. 525: Hugo Kromer kam am 8.5. 1919 nach Frankenhausen, erhielt als einer der letzten nach altem Ritus am 26.11. 1919 das Bürgerrecht und die Schwarzburg - Rudolstädtische Staatsbürgerschaft verliehen.

ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 279-280.

Huppert 1921, a.a.O., S. 6-7.

¹⁷⁵ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 182 und 183-184.

wurde zum loyalsten Mitarbeiter Prof. Hupperts, der selbst in Krisensituationen zu seinem Direktor und Arbeitgeber stand.

Am ältesten Technikum, demjenigen in Mittweida, wurden ab 1909 Vorträge über Flugtechnik angeboten.¹⁷⁶ Doch erst 1925 fand das Lehrgebiet „Flugzeugbau“ eine Aufnahme in den Lehrplan.

3.5 Ruhige Jahre ? – Das Technikum in Friedens- und in Kriegszeiten

Nachdem der Geheime Hofrat Prof. Lucas noch die Osterprüfungen im April 1909 am Technikum abgenommen hatte, schied er aus dem Amt des Staatskommissars für das „Kyffhäuser - Technikum“.¹⁷⁷ Sein Nachfolger wurde mit Baurat Möhrenschrager¹⁷⁸ nun wieder ein Staatsbeamter des Fürstentums Schwarzburg - Rudolstadt. In seiner vergleichsweise langen Wirkungszeit in dieser Funktion, entwickelte sich ein spürbares Vertrauensverhältnis zwischen ihm und dem Technikumsdirektor.

Obwohl das „Kyffhäuser-Technikum“ unter Direktor Huppert einen spürbaren Aufschwung genommen hatte und er dafür den Professorentitel verliehen bekam, wurde Prof. Huppert und dem Frankenhäuser Technikum seitens des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ die volle Anerkennung versagt. Die Aufnahme in den Verband blieb vorerst eine Wunschvorstellung. Zu einem nicht unerheblichen Teil hatte dieses Prof. Huppert selbst verschuldet. Er konnte und wollte es nicht unterlassen, für die Absolventen des Technikums ein Diplom auszustellen. Nun war das Ausstellen von Diplom-Zeugnissen nicht allein am Frankenhäuser Technikum üblich, bekanntlich war dies auch in Ilmenau der Fall, doch hatte der Verband in dieser Hinsicht inzwischen ein verbindliches Verhalten erwirkt. Am 10. Oktober 1908 hatten die Vertreter der thüringischen Staatsregierungen auf der Konferenz zu Arnstadt vereinbart, für die in ihrem Territorium liegenden privaten wie staatlichen, höheren technischen Lehranstalten den Gebrauch des Wortes „Diplom“ vollständig zu untersagen.¹⁷⁹ Diesem Beschluss hatte die Staatsregierung des Fürstentums Schwarzburg – Rudolstadt vorbehaltlos zugestimmt. Wer sich nicht daran hielt, waren Prof. Huppert und Oberbürgermeister Sternberg. Zum Abschluss des Studiums händigten sie den Absolventen ein von ihnen beiden unterschriebenes Diplom aus. Das blieb weder dem Verband noch den anderen Staatsregierungen verborgen. Im Jahre 1909 erinnerten sowohl die Großherzogliche Sächsische Staatsregierung Weimar als auch die Herzoglich Sächsische Staatsregierung Altenburg Staatsminister Freiherr von der Recke an das einst gegebene Wort.¹⁸⁰ Am 23. August 1909 wurden sowohl das Landratsamt Frankenhausen als auch der Oberbürgermeister und der Technikumsdirektor unmissverständlich davon in Kenntnis gesetzt, dass Ausstellen von Diplomen sofort einzustellen. Prof. Huppert berief sich in seinen diesbezüglichen Stellungnahmen immer wieder auf das Verhalten von Prof. Schmidt in Ilmenau, ähnlich zu handeln. Zugleich machte er darauf aufmerksam, dass vor allem ausländische Studenten das Frankenhäuser Technikum wegen der Ausstellung eines Diploms aufsuchen würden. Nach der Umsetzung des Verbots verließen diese, insbesondere Studierende aus Russland, das Technikum.¹⁸¹ Die zurückgebliebenen russischen Studierenden protestierten 1910 erfolgreich

¹⁷⁶ Domschke, J.-P./Hahn, A./Hofmann, H./Saß, K./Stascheit, M./Stascheit, W.: Vom Technikum zur Hochschule – 125 Jahre technische Bildung in Mittweida. Eigenverlag Hochschule Mittweida, 1.Auflage, Mittweida 1992, S. 47.

¹⁷⁷ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 33 und 47-48.

¹⁷⁸ Obwohl erst Beamter im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt und anschließend auch für das Land Thüringen (ab 1920/1923) ließ sich weder im Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt noch im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar eine Personalakte finden.

¹⁷⁹ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 51-56.

¹⁸⁰ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 74.

¹⁸¹ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 82. Nach Fortfall des Diplomzeugnisses verließen 32 Studierende, zumeist Ausländer, das Technikum.

gegen das Verbot.¹⁸² Mit Zustimmung Weimars und gegen die „schweren Bedenken“ Altenburgs und sehr zur Freude Direktor Hupperts gewährte das Fürstliche Staatsministerium im Februar 1910 eine vorübergehende Ausnahmegenehmigung für alle die Studierenden, die ihr Studium vor Aussprechen des Verbots begonnen hatten.

Vom „Verband höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“, der mit den Technika in Mittweida und Bingen und der Ingenieurschule Zwickau nicht nur Mitglieder in Thüringen (Altenburg, Hildburghausen, Ilmenau) besaß, wurden die Vorgänge in Thüringen genauestens beobachtet. Im Februar 1910 kündigte Prof. Alfred Udo Holz (1859-1945)¹⁸³, Direktor des ältesten Technikums in Mittweida, dem Fürstlichen Staatsministerium eine Denkschrift des Verbandes an.¹⁸⁴ Ohne den Namen „Kyffhäuser-Technikum“ auch nur zu nennen, erinnerte Prof. Holz das Staatsministerium daran, auch in seinem Staatsgebiet gegen Missstände vorzugehen, besonders gegen die Ausstellung von Diplomen. Das Erteilen eines Diploms sei ausdrücklich den Hochschulen vorbehalten. Ungehalten zeigten sich die Mitglieder des Verbandes auch darüber, dass einige Technika dazu übergingen, sich aus Werbezwecken Namenszusätze wie Polytechnikum oder polytechnisches Institut zuzulegen. In den Augen der Verbandsmitglieder genühten die bestehenden Bezeichnungen Technikum und Ingenieurschule vollauf. Unglücklicherweise ließ sich auch Direktor Huppert dazu inspirieren. Zum Vorbild nahm er sich wahrscheinlich das in der größten schwarzburgischen Stadt Arnstadt gelegene und 1903 gegründete „Polytechnische Institut Arnstadt“.¹⁸⁵ Arnstadt lag im Fürstentum Schwarzburg – Sondershausen, dessen Fürstenhaus vor dem Aussterben stand.¹⁸⁶ Möglicherweise befürchtete Direktor Huppert bei einem Anfall des Fürstentums Schwarzburg - Sondershausen an die Linie Schwarzburg - Rudolstadt und einer Vereinigung beider Fürstentümer Nachteile für das Frankenhäuser Technikum. Jedenfalls überzeugte er Stadtrat, Landratsamt und Staatsregierung, der Namensänderung in „Kyffhäuser-Technikum - Polytechnisches Institut“ ihre Zustimmung zu geben.¹⁸⁷ Am 28. Juli 1908, im gleichen Jahr wie in Arnstadt, erteilte das Ministerium, Abteilung Inneres, die Erlaubnis, den Namen zu führen. Damit hatte sich Direktor Huppert vorerst den Weg zur Aufnahme in den „Verband höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ verbaut.

Im Nachhinein betrachtet, beeinflussten die Vorbehalte des Verbandes die stetige Aufwärtsentwicklung des „Kyffhäuser-Technikum“ kaum. Dennoch war es noch ein weiter Weg, um als gleich geachtetes Mitglied in die erste Reihe der Technika aufzurücken. Für den Aufwärtstrend unter Direktor Huppert sprechen auch die Studierendenzahlen, hier im Vergleich mit anderen Technika:

¹⁸² ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 96-109.

¹⁸³ Zu Leben und Werk vergleiche: Alfred Udo Holz, Direktor des Technikums Mittweida – Ein Lebensbild zum 50. Todestag. Hg. Vom Rektor der Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida, Mittweida 1995.

¹⁸⁴ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 102 und 128-144.

Den genauen Inhalt der Denkschrift vergleiche im Anhang, ausführliche Zitate.

¹⁸⁵ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 62-63.

Chronik von Arnstadt. Zeittafel/Lexikon. – Festschrift zur 1300-Jahrfeier der Stadt Arnstadt, hg. von Kirchschrager, Andrea/ Lappe, Ulrich/ Unger, Peter. (Veröffentlichungen des Historischen Vereins für Schwarzburg, Gleichen und Hohenlohe in Thüringen 3), 1. Auflage, Arnstadt 2003, S. 391-392.

Das Institut wurde am 15.10. 1903 als Gewerbeakademie Arnstadt durch Dipl.-Ing. Tobias Glatz begründet und erhielt im Jahre 1908 den Namen „Polytechnisches Institut zu Arnstadt in Thüringen“.

¹⁸⁶ Die Linie Schwarzburg-Sondershausen erlosch mit Fürst Karl Günther (1830-1909) 1909 im Mannesstamm und wurde durch die Linie Schwarzburg-Rudolstadt, den regierenden Fürsten Günther Victor (1852-1925), beerbt.

¹⁸⁷ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 177.

ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 66.

StadtA BadF, 1/VI-76, a.a.O., Blatt 429.

Jahr ¹⁸⁸ Technika:	Frankenhausen ¹⁸⁹	Ilmenau ¹⁹⁰	Altenburg ¹⁹¹	Mittweida ¹⁹²
1902/03	96	814		
1904/05	144	644		
1908/09	182	520		
1910/11	145	550	204	1.340
1914				1.325
1914/15	177	150		513
1915	23			350
1916				240
1919	182	1.200 ¹⁹³		1.703 (262) ¹⁹⁴
1919/20	480	ca. 1.000	405	

Interessant erscheint auch die Herkunft der Studierenden. Bezogen auf die statistischen Angaben aus dem Zeitraum 1907 bis 1913 kamen 9% der Studierenden aus dem Fürstentum Schwarzburg - Rudolstadt, 68% aus anderen deutschen Bundesstaaten und immerhin 23% aus dem Ausland, insbesondere dem Russischen Reich und der Habsburger Monarchie.¹⁹⁵

Die Bezeichnung der Technikumsbesucher als Studierende und ihrer Ausbildung als Studium war keinesfalls verbindlich geregelt. Oberbürgermeister Sternberg beschwerte sich im Februar 1908 beim Landratsamt Frankenhausen darüber, dass im zur Prüfung vorgelegten Programm des Technikums, überall die Worte Studium und Studierender gestrichen worden seien.¹⁹⁶ Er hielt die vorgeschriebene Beibehaltung des Wortes Schüler für völlig unangebracht, denn die Studierenden seien alle über das Schulalter hinaus und hätten zum großen Teil schon eine praktische Arbeit ausgeführt. Seiner Beschwerde wurde nicht stattgegeben. So blieben bis in die 20er Jahre die Bezeichnungen Studierende, Schüler oder Besucher gebräuchlich. In den 1912 bestätigten Disziplinar-Vorschriften für die Besucher des Technikums, wurde jedoch ausdrücklich die Bezeichnung „Studierender“ verwendet.¹⁹⁷

Von Beginn seines Direktorats bis zum Ende des Ersten Weltkrieges scheint Prof. Huppert, mit einer gewissen Vorliebe auch Dozenten aus der Habsburgermonarchie bevorzugt eingestellt zu haben.¹⁹⁸ Beobachtet werden konnte auch, dass einige der Dozenten, sowohl aus Deutschland wie Österreich-Ungarn, jüdischen Glaubens waren. Gesicherte Angaben hierüber sind nur wenige vorhanden, da bei der Einstellung am Technikum oder der Verleihung der Staats- und Bürgerrechte Angaben zur Religion nicht mehr gemacht wurden. Mit dem jüdischen Dozenten und Ingenieur Alfred Fröhlich (geb. 1874, Sterbetag- und ort unbekannt)

¹⁸⁸ Doppelzahlen stehen jeweils für das Wintersemester, Einzeljahre für das Sommersemester.

¹⁸⁹ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 118-119.

ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 12-14 und 135-136.

Huppert 1921, a.a.O., S. 7.

¹⁹⁰ Jacobs 1994, a.a.O., S. 38.

¹⁹¹ StadtA Weimar, Bestand Ingenieurschule Weimar, 51 0/274: Schülerzahlen 1931-1940: Blatt 1.

¹⁹² Alfred Udo Holz – Direktor des Technikums Mittweida 1995, a.a.O., S. 12 und 24.

Domschke, J.-P./Hahn, A./Hofmann, H./Saß, K./Stascheit, M./Stascheit, W.: Vom Technikum zur Hochschule – 125 Jahre technische Bildung in Mittweida. Mittweida 1992, S. 58 ff.

¹⁹³ Rittig 1994, a.a.O., S. 29. Es handelt sich um die Anzahl der Bewerber allein zum Sommersemester 1919.

¹⁹⁴ Zahlen in Klammern stehen für den zahlenmäßigen Anteil an Ausländern.

¹⁹⁵ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 2967: Die Einwanderung insbesondere russischer, polnischer und österreich-ungarischer Staatsangehöriger nach den östlichen Grenzprovinzen von Preußen und deren Naturalisation betr. 1885-1919, Blatt 7-88, betrifft vor allem die zum Studium nach Frankenhausen kommenden Studierenden aus dem Russischen Reich, einschließlich Polen und dem Baltikum.

¹⁹⁶ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, a.a.O., Blatt 110-112.

¹⁹⁷ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 247-248.

Zu Auszügen aus der Disziplinar-Vorschrift vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

¹⁹⁸ An einer Übersicht aller ehemals am Technikum wirkenden Dozenten und Lehrer, ihrer Herkunft, Ausbildung, Religion und Lebensdaten arbeitet der Autor zur Zeit noch.

hat Prof. Huppert möglicherweise eine engere Beziehung knüpfen können.¹⁹⁹ Wie Sigmund Huppert hatte er zuvor in Brünn gearbeitet, vielleicht sogar auch dort studiert.²⁰⁰ Er war einer der wenigen Dozenten, der die Schwarzburg - Rudolstädtische Staatsangehörigkeit (1912) und das Bürgerrecht der Stadt (1913) erwarb und über einen ungewöhnlich langen Zeitraum am Technikum unterrichtete. Sigmund Huppert, der noch 1903 den oftmaligen Dozentenwechsel am Technikum Bingen als einen Nachteil für die Studierenden erkannte, war nun selbst dazu übergegangen, Dozenten nur kurzzeitig an sich zu binden.²⁰¹ Eine von ihm anlässlich des 25jährigen Bestehens des Technikums herausgegebene Übersicht, über alle seit Gründung wirkenden Fachlehrer, macht anschaulich, dass die Wirkungszeiten meist nur zwischen 2 und 6 Jahren lagen.²⁰² Die Verträge, mit denen sich die Fachlehrer an eine Lehranstalt banden, kennzeichnete der Staatskommissar, Geheimer Hofrat Prof. Lucas, 1908 als „ziemlich harte Verträge“.²⁰³ Ob hierin oder im persönlichen Verhalten von Prof. Huppert eine Ursache für den schnellen Dozentenwechsel lag, muss mangels aussagekräftiger Unterlagen für den Zeitraum 1902 bis 1920 unbeantwortet bleiben. Lediglich ein größerer Konflikt mit einem Dozenten wurde überliefert. Nachdem der Dipl.-Ing. Hermann Lingens, der seit Oktober 1907 am Technikum lehrte, 1914 als Leutnant eingezogen worden war, kürzte ihm Prof. Huppert das Gehalt.²⁰⁴ Leutnant Lingens beschwerte sich hierüber beim zuständigen Ministerium, wurde jedoch auf den Klageweg verwiesen. Direktor Huppert hatte die Gehaltskürzung mit sinkenden Einnahmen aus dem Technikumsbetrieb begründet. Im Juni 1916 fiel Hermann Lingens bei Verdun und seine Frau beklagte sich nun ihrerseits über die hartnäckige Ablehnung seitens Prof. Huppert. Hiermit schien der Vorgang abgeschlossen, doch in den Zwanziger Jahren wurde er wieder aktuell.

Die überaus positive Entwicklung des Technikums, der für ihn vorteilhafte Vertrag von 1906 und die Unterstützung der Technikumsangelegenheiten durch die Mehrheit des Stadtrates und den Oberbürgermeister dürften Sigmund Huppert zu einem entscheidenden Schritt veranlasst haben. Am 6. April 1907 wurde er auf dem Landratsamt Frankenhausen zum „Untertan des Fürstentums Schwarzburg - Rudolstadt verpflichtet“.²⁰⁵ Der Verpflichtung als neuer Staatsangehöriger folgte am 2. November 1908 die Erteilung des Bürgerrechtes der Stadt Frankenhausen durch Oberbürgermeister Sternberg.²⁰⁶ Die Verleihung des Bürgerrechts erfolgte auf Grund eines Stadtratsbeschlusses vom 30. Oktober 1908. Damit hatte sich Direktor Huppert ganz offensichtlich für Frankenhausen als neue und dauerhafte Heimat entschieden.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrach den Aufwärtstrend. Viele der Studierenden wie Dozenten meldeten sich freiwillig zum Militärdienst und verließen noch im Spätherbst das Technikum.²⁰⁷ Neu aufgenommene Studierende des Wintersemesters 1914/1915 glichen die Abgänge nur kurzzeitig aus. Studierende aus Russland und anderen Staaten wurden auf einmal zu „Feinden“ und durch Verfügung des Staatsministers, Franz Freiherr von der Recke, vom 19. Dezember 1914 von der Zulassung an Lehrinrichtungen des Fürstentums

¹⁹⁹ StadtA BadF, 1/II A-414, a.a.O., Nr. 477: Ingenieur Alfred Fröhlich, geb. 03.01. 1874 in Damboritz (Tschechei).

Juden in Thüringen 1933-1945, 1996, a.a.O., S. 68.

²⁰⁰ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4193, a.a.O., Blatt 240.

Alfred Fröhlich kam im März/April 1904 an das Frankenhäuser Technikum und blieb bis 1920.

²⁰¹ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4193, a.a.O., Blatt 82-83.

²⁰² Huppert 1921, a.a.O., S. 23.

²⁰³ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 1-10.

²⁰⁴ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 133-136 und 143-144.

²⁰⁵ StadtA BadF, 5a/2: Fürstlich Schwarzburgisches Landratsamt Frankenhausen – Aufnahmen in den Untertanenverband 1906-1921, Blatt o. F.

²⁰⁶ StadtA BadF, 1/II A-414, a.a.O., Nr. 304 und inliegender Original-Antrag zur Erteilung des Bürgerrechts, unterzeichnet von Sigmund Huppert.

²⁰⁷ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 95, 104-106, 111, 115-117 und 135-136.

ausgeschlossen.²⁰⁸ Prof. Huppert setzte sich wiederholt für diese Studierenden ein und erwirkte Ausnahmeregelungen. Finanzielle Interessen konnten ihm hier nicht unterstellt werden. Abgeschlossen von der Heimat, ging einigen Studierenden sofort das Geld aus und sie studierten kostenlos weiter. Gerade gegen russische Studierende, die unter den Ausländern den größten Anteil gestellt hatten, kam es zu regelrechten Hasstiraden.²⁰⁹ Für die Studierenden, die einberufen wurden oder gedachten, sich freiwillig „zur Fahne“ zu melden, erbat er Sonderregelungen bei den Abschlusszeugnissen.²¹⁰ Ihnen sollte entweder auf Grund ihrer bisher erbrachten Leistungen ein Abschlusszeugnis ausgestellt werden oder sie sollten eine so genannte Notprüfung belegen können. Er berief sich bei seinen Vorschlägen auf angebliche Verhaltensmuster an den Königlich Preußischen Maschinenbauschulen. Vom Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe wurde Prof. Hupperts Behauptung widerlegt und der preußische Gesandte in Weimar forderte den Fürstlichen Staatsminister auf, dieses Verhalten zu tadeln. Seine wiederholten Missachtungen staatlicher Vorgaben und teilweise widersprüchlichen Behauptungen brachten ihm dann 1914 die Missbilligung des Fürstlichen Staatsministeriums ein.²¹¹ Im Namen des Ministeriums sprach der Landrat am 5. September 1914 im Beisein von Oberbürgermeister Sternberg die Missbilligung aus. Nachhaltig getrübt wurde dadurch das Verhältnis zu den staatlichen Behörden nicht. Seit Winter 1916 gestaltete sich die Weiterführung des Studienbetriebes äußerst schwierig.²¹² Fast alle Fachlehrer waren zum Militär eingezogen worden. Prof. Huppert, der nun selbst sein Fachwissen in den Dienst des Militärs stellte, musste das Technikum auf nicht absehbare Zeit schließen.²¹³ Widerstände gegen diese Entscheidung waren nicht erkennbar. Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten war auch keine andere Entscheidung möglich gewesen. Als Privatinstitut speiste sich der Betrieb des Technikums aus den Schulgeldern der Studierenden. Im Gegensatz hierzu hatte Prof. Schmidt, Direktor des Technikums in Ilmenau, einen schweren Kampf mit Bürgermeister und Stadtrat auszutragen, die sich einer Schließung vehement entgegenstellten.²¹⁴ Prof. Schmidt richtete Schreiben in äußerst „scharfen Ton“ an den Bürgermeister, indem er dessen Verhalten als einem der Daheimgebliebenen und nicht aktiv Dienenden offen kritisierte. Denn die Stadt forderte weiterhin die vertragsmäßig vereinbarten Abgaben. Nur das Einschreiten des Großherzoglichen Staatsministeriums verhinderte ein totales Eskalieren der Situation. In Frankenhausen standen Bürgermeister und Stadtrat zu ihren, dem Technikumsdirektor gegebenen Zusagen. Prof. Huppert, der bis Kriegsende seinen Verpflichtungen als Ausbilder Genüge leistete, konnte das „Kyffhäuser-Technikum“ am 15. Januar 1919 wiedereröffnen.²¹⁵ Dabei zeigte sich, nicht nur beim Technikum in Frankenhausen, ein nie da gewesener Andrang an Studierenden. Für diese mehr als doppelt so hohen Besucherzahlen war kaum Platz in den Unterrichtsräumen. Wohnraum in der Stadt gab es kaum noch. Abgewiesen wurde dennoch niemand. Kriegsbeschädigte und bedürftige Kriegsteilnehmer durften zu gesonderten Konditionen das Studium aufnehmen. Im April 1919 erinnerte Prof. Huppert das Staatsministerium daran, dass dem Technikum per Verfügung vom 23. April 1913 eine Beihilfe in Höhe von 300 RM in Aussicht gestellt worden war.²¹⁶ Im nunmehrigen

²⁰⁸ Vergleiche hierzu im Anhang, Ausführliche Zitate.

²⁰⁹ Vergleiche hierzu im Anhang, Ausführliche Zitate.

²¹⁰ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 98 und 111.

²¹¹ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 102.

²¹² ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 139.

²¹³ Huppert 1921, a.a.O., S. 6.

²¹⁴ Jacobs 1994, a.a.O., S. 54-55.

Rittig 1994, a.a.O., S. 29.

²¹⁵ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 166-169.

Huppert 1921, a.a.O., S. 7.

²¹⁶ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 174.

Bei den Haushaltsberatungen im Landtag besaß in der Wahlperiode vom 7.6. 1912 bis zum 31.3. 1919 die SPD die einfache Mehrheit und stellte mit Franz Winter aus Frankenhausen den Landtagspräsidenten. Insgesamt

Staatshaushaltsplan war das Geld eingestellt worden, wodurch einer Auszahlung nichts mehr im Wege stand. Die staatliche Beihilfe war allerdings an eine Bedingung geknüpft. Sie durfte ausdrücklich nur zur Unterstützung bedürftiger Studierender aus Schwarzburg – Rudolstadt verwendet werden.

stammten (SPD und Bürgerliche zusammen) 4 der 16 Abgeordneten aus Frankenhausen. (Vergl. Lengemann 1994, a.a.O., S. 125-126).

4 Antisemitismus und kein Ende – Prof. Hupperts Leben und Wirken in der Weimarer Republik

4.1 Schwarzburg ade – die Bildung des Landes Thüringen

Kaum zu übersehen waren auch für den Technikumsdirektor, die mit dem Ausgang des Krieges einhergehenden politischen und personellen Veränderungen. In Folge der Abdankung des Kaisers dankte als letzter deutscher Fürst überhaupt am 23. November (für Rudolstadt) und am 25. November (für Sondershausen) 1918 Fürst Günther Victor ab.²¹⁷ Der Übergang von der Monarchie zu den beiden Freistaaten Schwarzburg – Rudolstadt und Schwarzburg – Sondershausen geschah auf parlamentarisch-rechtlichem Wege in „geordneten Bahnen“. Obwohl sich auch in Frankenhausen ein von SPD und USPD dominierter Arbeiter- und Soldatenrat bildete, blieben Übergriffe und Ausschreitungen vorerst aus.²¹⁸ Im Mai 1919 trat Franz Freiherr von der Recke von seinem Amt als Staatsminister beider schwarzburgischen Fürstentümer zurück.²¹⁹ Die Position als Staatsminister beider Fürstentümer hatte er nach Aussterben der Linie Schwarzburg – Sondershausen 1909 übernommen. Entgegen aller Bemühungen Fürst Günther Victors und seines Staatsministers, war es zu keiner „Wiedervereinigung“ der zwei schwarzburgischen Staaten gekommen. Nun bahnten sich in Thüringen weit größere Veränderungen an.

Vorsitzender des Gesamtministeriums des Freistaats Schwarzburg – Rudolstadt bzw. der Gebietsregierung war vom 23. November 1918 bis Ende März 1922 der Sozialdemokrat Ernst Emil Hartmann (1868-1942).²²⁰ Landtagspräsident des Schwarzburg – Rudolstädtischen Landtages wurde wiederholt vom 6. Mai 1919 bis zu seinem Tod am 13. Februar 1920 der Frankenhäuser Sozialdemokrat Franz Winter. Im Landtag besaß die SPD zu diesem Zeitpunkt die absolute Mehrheit. Seit dem Ausscheiden Martin Sternbergs aus dem Amt des Bürgermeisters 1915 lösten sich hier schnelle Wechsel und Vakanz einander ab. In den ersten Jahren nach dem Weltkrieg wurde das Amt zum überwiegenden Teil von Kandidaten der SPD beansprucht und besetzt. Von 1919 bis 1925 führten zumeist kommissarisch eingesetzte Bürgermeister aus den Reihen der SPD die städtischen Geschäfte. Bei nicht ganz 7.000 Einwohnern Frankenhausens zählte die SPD 1920 immerhin noch 275 Mitglieder.²²¹ Über die Mitgliederzahlen der anderen politischen Kräfte sind keine Angaben aktenkundig geworden. Im Frankenhäuser Stadtrat besaß die SPD 1920 noch die einfache Mehrheit.²²² Seit 1921 lag sie mit den Vertretern der bürgerlichen Parteien meist gleich auf. Mehrheiten ergaben sich nur noch, wenn die 1-2 Stadträte von USPD bzw. KPD den Vorstellungen der SPD folgten.

²¹⁷ Jonscher, Reinhard: Kleine thüringische Geschichte – Vom Thüringer Reich bis 1945. 1.Auflage, Jena 1993, Seite 210 ff.

Hirschler/ Hahnemann 2005, a.a.O., S. 23.

²¹⁸ Regionalmuseum Bad Frankenhausen, IX/i-10: Protokollbuch des Arbeiterrates 1919, Blatt 1-13.

Zum Vorsitzenden des Frankenhäuser Arbeiterrates wurde mit dem Weißgerber Karl Hahnemann am 28.März 1919 der Urgroßvater des Autors gewählt. Für die SPD war auch der kommissarische Bürgermeister August Otto vertreten, seitens der USPD der Stadtrat Karl Vollmar, der später wieder der SPD beitrug. Die Vertreter der Demokratischen Partei spielten eine untergeordnete Rolle. Das Protokollbuch beinhaltet lediglich Vorgänge zur Lebensmittel- und Wohnraumbeschaffung und die Verhinderung von Ausschreitungen.

²¹⁹ Lengemann 1994, a.a.O., S. 114, 129.

²²⁰ Lengemann 1994, a.a.O., S. 162-163; Thüringen Handbuch 1999, a.a.O., S. 587; Kurzbiographie Emil Hartmann (SPD); Dezember 1906 Mitbegründer des Sozialdemokratischen Vereins in Rudolstadt; Staatsrat für Rudolstadt (Mitglied der Thüringischen Landesregierung) in der Regierung des Staatsministers Dr. Paulssen (DDP), vom 10.11. 1920 bis 7.10. 1921; Thüringischer Finanzminister vom 7.10. 1921 bis 23.2. 1924 in der Regierung des Staatsministers Fröhlich (SPD).

²²¹ Regionalmuseum Bad Frankenhausen, IX/i-9: Protokollbuch der SPD – Ortsgruppe Frankenhausen 1914-1933, Blatt 35. Mitgliederstand zum 16.10. 1920.

²²² StadtA BadF, 1/II A-455: Bürgermeister, Geldkämmerer und Stadtverordnete von 1673-1948. Blätter ohne Folierung.

Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte mit dem Übergang von der Monarchie zur Republik eine entscheidende Zäsur in der Deutschen Geschichte. Am 6. Februar 1919 trat die Nationalversammlung in Weimar zusammen, um hier am 31. Juli des Jahres die erste republikanische Verfassung für Deutschland zu verabschieden.²²³ Doch Thüringen war nicht nur Schauplatz der verfassungsgebenden Versammlung, sondern das Gebiet veränderte sich selbst. Nachdem bereits während des Jahres 1919 in Weimar als „Verwaltungskonferenzen“ bezeichnete Zusammenkünfte von Vertretern der kleinstaatlichen Regierungen stattgefunden hatten, verabschiedete die Nationalversammlung am 23. April 1920 das „Gesetz über die Bildung des Landes Thüringen“.²²⁴ Das Gesetz trat zum 1. Mai 1920 in Kraft. Unter Ausschluss der thüringischen Gebiete Preußens und dem Gebiet Sachsen – Coburg, das sich für Bayern ausgesprochen hatte, entstand mit Thüringen ein Mittelstaat von 11.765 km² Größe und 1,512 Millionen Einwohnern. Zur Landeshauptstadt wurde Weimar bestimmt. Innerhalb der Weimarer Republik bedeutete es die größte innerdeutsche Gebietsveränderung. Den bisherigen sieben Einzelstaaten, darunter auch Schwarzburg – Rudolstadt, war eine Übergangszeit beschieden, in der sie mit der Bezeichnung „Gebiete“ als „Kommunalverbände höherer Ordnung mit dem Rechte der Selbstverwaltung“ weiter bestanden. Jeder Einzelstaat behielt seinen Landtag, jetzt „Gebietsvertretung“ genannt, und seine Landesregierung, die als „Gebietsregierung“ bezeichnet wurde. Alle beschlossenen Übergangsvereinbarungen behielten bis zum 1. April 1923 ihre Gültigkeit.

Obwohl nun ein Bundesland, besaß Thüringen nicht einmal dem Namen nach einen Ministerpräsidenten. Den Vorsitz der Landesregierung führte der Staatsminister, der selbst noch ein Ministerium zu verwalten hatte und von den Mitgliedern des Staatsministeriums gewählt wurde. Seine Stellung war äußerst schwach. Besaß er doch nicht einmal gegenüber den anderen Ministern bzw. Staatsministern Weisungsbefugnisse. Insgesamt gab es vier Fachministerien. Hinzu kamen noch drei Staatsräte. Auf diese Weise sollte sichergestellt werden, dass sich alle sieben Einzelstaaten in der Regierung vertreten sahen. Die Unterlassung, einen starken Ministerpräsidenten aufzubauen, gestaltete sich für die Zukunft des Landes als sehr problematisch.

Bekanntlich war die Vereinigung der beiden schwarzburgischen Fürstentümer nicht zustande gekommen. Mittels der Verwaltungsreform, die zum 1. Oktober 1922 in Kraft trat, wurden 15 Landkreise geschaffen. Aus den beiden ehemaligen schwarzburgischen Unterherrschaften Sondershausen und Frankenhausen mit ihren Landratsämtern wurde der neue Landkreis Sondershausen geschaffen. Sitz des Landratsamtes wurde Sondershausen. Damit war auf unterster Ebene eine Vereinigung vollzogen worden, die den beiden Einzelstaaten verwehrt geblieben war. Für Frankenhausen bedeutete diese Veränderung den Verlust als Verwaltungssitz und den Abzug einer relativ zahlungskräftigen Beamtenschaft.

Die bis zum April 1923 vereinbarte Übergangszeit brachte es mit sich, dass sich die Zuständigkeiten der Landesregierung und der Gebietsregierungen zum Teil überlagerten. Der Leiter des Frankenhäuser Technikums fand nun seine Ansprechpartner in Rudolstadt als auch in Weimar. Von 1920 bis 1924 besaß Thüringen von der Sozialdemokratie geführte Landesregierungen.

4.2 Hakenkreuz und Sowjetstern – Politik gehört nicht ins Technikum

Von Juni 1920 an beginnend, also kurz nach Bildung des Landes Thüringen, setzte im „Gebiet Rudolstadt“ eine Debatte über die ausländischen Besucher am „Kyffhäuser - Technikum“ ein.²²⁵ Unter den 506 Studierenden befanden sich 16 Ausländer. Seitens des

²²³ Jonscher 1993, a.a.O., S. 212.

²²⁴ Jonscher 1993, a.a.O., S. 220 ff.

²²⁵ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 216, 227-228.

Landratsamtes Frankenhausen wurde dem Ministerium, Abteilung Inneres, vorgeschlagen, die Zahl der Ausländer auf 5% zu begrenzen, so lange der gute Besuch durch deutsche Staatsangehörige anhalte. Polnischen Staatsangehörigen, die nicht deutscher Abstammung waren, wurde der Besuch gänzlich untersagt. Im Dezember 1920 unterrichtete das Thüringische Wirtschaftsministerium das Rudolstädter Ministerium über die Herausgabe von „Richtlinien über die Zulassung von Ausländern an privaten technischen Lehranstalten in Thüringen“.²²⁶ Demzufolge waren Ausländer nicht grundsätzlich vom Besuch ausgeschlossen, jedoch wurde ihre Zahl auf maximal 10% beschränkt. Empfohlen wurde die Ablehnung von Aufnahmegesuchen von Polen, Tschechen und Slowaken, es sei denn, sie waren deutscher Herkunft. Daraufhin musste Prof. Huppert alle Gesuche von Polen ablehnen, von denen einige ihr Studium bei Kriegsbeginn abgebrochen hatten.

Seit 1920 waren Bestrebungen des Landes Thüringen erkennbar, die auf die Ausarbeitung einer Schulordnung für die privaten technischen Lehranstalten zielten.²²⁷ Die Prof. Huppert von der Gebietsregierung Rudolstadt vorgelegte Schulordnung, die sich an preußischen Vorbildern orientierte, wurde von ihm nicht befürwortet. Nach seiner Meinung wurden in Thüringen bestehende Besonderheiten, wie das Existieren von Ausschüssen der Technikerschaft, nicht berücksichtigt. Gleich den Direktoren der anderen Technika in Thüringen und Vertretern von Studierenden und von Fachlehrern derselben war Prof. Huppert am 1. März 1921 ins Thüringische Wirtschaftsministerium eingeladen.²²⁸ Diskutiert wurde hier unter Vorsitz von Wirtschaftsminister August Frölich (1877-1966; SPD)²²⁹ die mögliche endgültige Fassung einer „Schulordnung“.²³⁰ Ein wichtiger Passus der Ordnung war darauf gerichtet, die Studierenden der Lehranstalten, die noch immer als Anstaltsbesucher deklariert wurden, in die „Aufrechterhaltung von Ordnung und der guten Sitten“ mitverantwortlich zu machen. Die Bildung von Vereinen war ihnen zwar gestattet, jedoch die Beteiligung an studentischen Verbindungen grundsätzlich untersagt.

Für das „Kyffhäuser-Technikum“ wurde durch den Stadtrat am 10. November 1920 eine neues „Regulativ, die Zusammensetzung, die Geschäftsordnung und die Befugnisse des Kuratoriums“ verabschiedet.²³¹ Mit diesem Regulativ bewahrte sich vorerst der Stadtrat noch einen genügenden Einfluss auf die Vorgänge am Technikum und die Kontrolle über die Handlungen des Direktors. Zwei Jahre später sollte sich dies grundsätzlich ändern. Doch zuvor gab es noch einen triftigen Grund zum Feiern. Im Oktober 1921 jährte sich die Gründung der Lehranstalt zum 25. Mal. Von Prof. Huppert wurden die Feierlichkeiten auf Mitte Mai vorgezogen.²³² Er nannte das Sommersemester 1921 das Jubiläumssemester. Es wurde ausgiebig gefeiert. Gefeiert im Besonderen wurde der Direktor, der nicht vergaß, denen zu danken, die seiner Meinung nach zum Gedeihen der Lehranstalt beigetragen hatte:

„Auf die gewonnene Entwicklung zurückblickend, empfindet es das Kyffhäuser – Technikum als seine vornehmste Pflicht, am heutigen Tage aller derer in tiefer Dankbarkeit zu gedenken, die ihm zu diesem Aufstieg verholfen haben. Den Bürgern und Bürgerinnen von Frankenhausen sei Dank gebracht für ihre freundliche Gesinnung, die sie unserer Technikerschaft nie versagt haben; dem Stadtrat von Frankenhausen gebührt warmer Dank für

²²⁶ Ebenda, Blatt 242-243.

²²⁷ Ebenda, Blatt 229 und 235.

²²⁸ Ebenda, Blatt 271.

²²⁹ Thüringen-Handbuch 1999, a.a.O., S. 579-581. Kurzbiographie August Frölich (1877 Sippersfeld (Rheinpfalz) -1966 Weimar); seit 1900 Mitglied der SPD; November 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Altenburg; November 1918 – März 1919 Staatsrat und Mitglied des Staatsministeriums Sachsen-Altenburg; März 1919 – Juli 1921 Vorsitzender Staatsministerium bzw. Gebietsregierung; November 1920 – Oktober 1923 Wirtschaftsminister in Thüringen; Oktober 1921 – Februar 1924 Vorsitzender des Staatsministeriums, mit zwei Tagen Unterbrechung im Oktober 1923; 1946 Eröffnungsvorsitzender des Vereinigungsparteitages von SPD und KPD in Thüringen.

²³⁰ Ebenda, Blatt 212-215. Vollständigen Wortlaut vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

²³¹ Ebenda, Blatt 260-261. Vollständigen Wortlaut vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

²³² Huppert 1921, a.a.O., S. 7-8. Die Feierlichkeiten zum 25jährigen Bestehen fanden vom 15. bis 17. Mai 1921 statt.

seine Opferbereitschaft, für seine stete Bereitschaft, den Ausbau der Anstalt zu fördern, für das tiefe Verständnis, mit dem er stets den an ihn herangetragenen Anregungen begegnete und für seine klare Einsicht in das, was der Stadt und ihren Bürgern nutzt und frommt.

Das Schwarzburg – Rudolstädtische Ministerium, unter dessen Schutz und Schirm die Anstalt seit ihrer Gründung steht, hat sich für alle Zeit ihren besonderen Dank gesichert, übte die unmittelbare Aufsicht in wohlwollender, die Fortentwicklung der Anstalt fördernder Weise aus und seine Organe, die Herren Regierungs- und Landräte, haben niemals gezögert, ihre freundliche Gesinnung der Anstalt gegenüber zu bekunden.“

Namentlich gedachte er allerdings nur Altbürgermeister Martin Sternberg und Staatskommissar Möhrenschrager, der nach wie vor dieses Amt bekleidete. Gedacht wurde auch der im Weltkrieg 1914-1918 gefallenen Techniker, insbesondere auch Dipl.-Ing. Lingens, den er als „bewährten, treuen und jederzeit hilfsbereiten Mitarbeiter“ charakterisierte.²³³ Für die Gefallenen wurde zwar ein Gedächtnisblatt in die Festschrift eingefügt, jedoch keine Gedenktafel innerhalb des Technikums angebracht.²³⁴

Die vermeintliche „freundliche Gesinnung“ der Einwohner sollte sich als trügerisch erweisen. In der Einstellung vieler Frankenhäuser zum Technikum täuschte sich Prof. Huppert. Bereits am ersten Tag der Technikumsfeier, am 15. Mai 1921, machten sich ernsthafte Differenzen breit. Zur Ausschmückung des Technikums hatte Stadtrat Friedrich Schünzel (1875-1963)²³⁵, zugleich amtierender kommissarischer Bürgermeister, schwarz-rot-goldene Fahnen ausgegeben.²³⁶ Die Verwendung schwarz-weiß-roter Fahnen war verboten. Dennoch schmückte ausgerechnet die von geladenen Gästen zu durchschreitende Ehrenpforte dieses Symbol des „alten Deutschland“ und nicht das der Republik. Angesichts der beginnenden Feierlichkeiten wurden von kommunaler Seite keine Vorwürfe erhoben. Wenige Wochen später, Ende Juni 1921, erreichten mehrere anonyme Briefe und Karten das Thüringische Wirtschaftsministerium.²³⁷ Darin wurden Dozenten und Lehrer des „Kyffhäuser-Technikums“ beschuldigt, der „Organisation Escherich (Orgesch)“²³⁸ anzugehören. Die anonymen Briefeschreiber drohten mit Maßnahmen gegen die Beschuldigten, wenn die staatlichen Behörden nicht einschreiten würden. Denn seit dem 24. Juni 1921 handelte es sich um eine verbotene Organisation. Anfang Juli forderte das Wirtschaftsministerium den Direktor des Technikums zu einer Stellungnahme auf. Prof. Huppert ließ in seiner Stellungnahme erkennen, dass er politisch durchaus auf dem Laufenden war:

„Diese Schreiber können nur aus der Mitte der äußeren radikalen kommunistischen Partei stammen, denen die hiesigen Techniker aus gewissen Gründen, wofür die politischen Umstände allein nicht maßgebend erscheinen, ein Dorn im Auge sind. Die politische Zerrissenheit im Reiche macht sich auch in einem kleinen Ausschnitt bemerkbar, wie es die Kleinstadt, wie es die Schule ist. Es ist tief bedauerlich, dass die Techniker hier in dieser Stadt in das politische Getriebe hinein gezerrt werden, und ich wage es offen hier auszusprechen, dass dabei die beiden äußersten radikalen Gruppen Schuld tragen. Auf der einen Seite, wie

²³³ Huppert 1921, a.a.O., S. 7.

²³⁴ Festschrift 1921, a.a.O., S. 22.

²³⁵ StadtA BadF, 1/II D-658: Personalakte Bürgermeister Friedrich Schünzel, 1947. F. Schünzel wurde am 05.01. 1875 in Frankenhäusen geboren. Er war vom 07.05. 1921 bis 01.09. 1921 Zweiter Bürgermeister; vom 1.9. 1921 bis zum 23.11. 1922 kommissarisch Erster Bürgermeister; vom 23.11. 1923 bis 31.03. 1925 vom Stadtrat gewählter Erster Bürgermeister in Frankenhäusen. Gehörte seit 1894 völlig überzeugt der Sozialdemokratie an. Wurde nach Einmarsch der Amerikanischen Truppen am 12.04. 1945 von den Besatzungsbehörden als Bürgermeister eingesetzt. Nach Vereinigung von SPD und KPD 1946 war er Mitglied der SED.

²³⁶ StadtA BadF, 1/II A-199: Protokolle der Stadtrats-Sitzungen 1910-1926, o. F., Sitzung von Stadtrat, Kuratorium und staatlichen Vertretern am 28. Juli 1921.

²³⁷ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219: Technikum Frankenhäusen, Band VI, 1920-1926, Blatt 38-41.

²³⁸ Die „Organisation Escherich“, kurz „Orgesch“ genannt, wurde am 9. Mai 1920 in Regensburg als Reichsweiter Dachverband der Einwohnerwehren gegründet. Gründer war der Führer des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns, Georg Escherich (1870-1941). Auf Anordnung der Reichsregierung waren die Organisation am 24. Juni 1921 verboten worden.

vorhin geschildert, die links radikalen, auf der anderen Seite tragen aber auch die Deutsch-Völkischen Rechtsparteigruppen ihr Scherflein dazu bei. In der letzten Zeit trat dies deutlich in die Erscheinung. Drucksachen mit Schmähversen gemeinster Prägung, herausgegeben vom Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund²³⁹ werden den ahnungslosen Technikern zur Weiterverbreitung in die Hände gedrückt. Ein tiefrauriger Zustand, gegen den ich mich als Schulmann mit aller Kraft zu wehren wissen werde. Innerhalb der Schule stehe ich auf dem Boden der Neutralität und habe bisher diesen keinen Augenblick verlassen. Es ist daher auch eine Verleumdung, wenn die Hindenburgfeier politisch ausgeschlachtet wird. Niemals ist seitens der Schüler, geschweige denn seitens der Lehrer offiziell ein Wort gegen die Regierung gesprochen worden. Ich persönlich muß mich mit aller Entschiedenheit dagegen verwahren in diesen politischen Hexenkessel hineingezerzt zu werden.“²⁴⁰

Er hielt jedoch alle angeblichen geheimen Versammlungen von Dozenten und Studierenden, zumal als Mitglieder einer verbotenen Organisation, für Phantastereien. Doch das von ihm gezeichnete Phantasiegebilde war die Wirklichkeit und machte auch vor ihm, als Direktor nicht halt. Die angeblich „ahnungslosen Techniker“, so wurden die Studierenden genannt, verbarriadierten seine Türen, stopften Sand in die Schlüssellocher und beschmierten Wände und Türen „mit dem Hakenkreuz“.²⁴¹ Im Ministerium wurden die Vorkommnisse ernst genommen. Das Thüringische Wirtschaftsministerium lud am 28. Juli 1921 zu einer Zusammenkunft nach Frankenhausen, an der Ministerialdirektor Dr. Rauch, der Schwarzburg - Rudolstädtische Staatsrat Ernst Robert Otto (1874-1948)²⁴², Staatskommissar Möhrenschrager, Prof. Huppert, Vertreter aller Fraktionen des Stadtrates, des Kuratoriums und Dozenten und Studierende des Technikums teilnahmen.²⁴³ Den Vorsitz führte im Auftrag von Wirtschaftsminister August Frölich Ministerialdirektor Dr. Rauch. Das Vortragen der Vorwürfe gegen die Dozenten und Studierenden übernahm Staatsrat Otto, selbst Mitglied der SPD und 1919/1920 kommissarisch I. Bürgermeister von Frankenhausen und dadurch mit den Verhältnissen in der Stadt vertraut. Den Dozenten wurde unterstellt, in- und außerhalb des Technikums Politik zu treiben und sich in ungebürender Weise an den Zusammenkünften der studentischen Verbindungen zu beteiligen. Unter den Studierenden würden Flugblätter mit Deutsch-Völkischen Inhalt verteilt. Demonstrativ würde bei offiziellen Anlässen die schwarz-weiß-rote Fahne gehisst. Die „Technische Nothilfe“, eigentlich eine Hilfsorganisation der Dozenten und Studierenden, würde missbraucht werden. In Wahrheit sei dahinter ein

²³⁹ Raßloff, Steffen: Fritz Sauckel – Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Sklavhalter“.

(Schriften der „Landeszentrale für politische Bildung Thüringen“, Heft 29), Erfurt 2007, S. 19 ff. Hier aus seinem Buch zitiert:

Deutsch-Völkischer Schutz- und Trutzbund (DVSTB); „Der DVSTB war am 16. Februar 1919 zunächst als Deutscher Schutz- und Trutzbund gegründet worden und nannte sich seit der Verschmelzung mit dem Deutschvölkischen Bund (DVB) am 1. Oktober 1919 DVSTB. Als Hauptinitiator trat der Alldeutsche Verband (ADV) unter seinem Vorsitzenden Heinrich Claß auf; der 1912 gegründete antisemitische Reichshammerbund Alfred Roths, des ersten DVSTB – Hauptgeschäftsführers, stellte den organisatorischen Kern und ging 1920 im neuen Bund auf. Der Zusammenschluß mit dem DVB schließlich sicherte dem DVSTB die Anhänger der Antisemitenparteien der Kaiserzeit. ... Es war „die erklärte Absicht seiner Initiatoren, mit Hilfe einer antisemitischen Organisation eine Massenbasis für ihre gegen die neue demokratische Republik gerichtete Politik zu gewinnen“.“

²⁴⁰ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 43-44. Antwortschreiben Prof. Hupperts vom 8.7. 1921.

²⁴¹ StadtA BadF, I/II A-199, a.a.O., o. F. (Sitzung vom 28.7. 1921).

²⁴² Lengemann 1994, a.a.O., S. 227-229. Ernst Robert Otto, Mitglied der SPD, war zwischen 1919 und 1922 mindestens zweimal als kommissarischer I. Bürgermeister für Frankenhausen tätig. Von November 1919 bis März 1922 Mitglied des Gesamtministeriums des Freistaates Schwarzburg-Rudolstadt bzw. der Gebietsregierung Rudolstadt und zeitweilig stellvertretender Vorsitzender. 1920 bis 1922 Regierungsrat im Thüringischen Wirtschaftsministerium in Weimar, dort 1922 bis 1924 Ministerialrat (Vortragender Rat). Wandte sich 1917 gegen die Kriegspolitik der SPD, kehrte ihr jedoch nicht den Rücken. Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Rudolstadt 1918/1919.

²⁴³ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 70 ff. StadtA BadF, I/II A-199, a.a.O., o. F. (Sitzung vom 28.7. 1921).

„verkappter, politischer Verein“, möglicherweise ein Form der „Orgesch“ verborgen. Besonders rücksichtslos und verwerflich sei „im Hinblick darauf, dass der Direktor Jude ist“, das Tragen von Hakenkreuzen und das Beschmieren von Türen und Wänden mit diesem Symbol. In der sich anschließenden, von Dr. Rauch geführten Aussprache, stellte sich heraus, dass ein Studierender während der Vorlesung eines Dozenten den Ausruf getan hatte „Jude und Österreicher“. Der Ausruf hätte sich auf Befragen des Dozenten gegen Direktor Huppert gerichtet. Dr. Rauch und Staatsrat Otto hegten die Vermutung, dass „den Juden die Schuld an unserem Zusammenbruche in die Schuhe“ geschoben werden sollte.

Als Sprecher der Dozenten und Studierenden trat Ingenieur Erich Rummel (geb. 1891, Sterbedatum und -ort unbekannt), gebürtiger Frankenhäuser, ehemals Studierender und seit 1919 zum zweiten Mal Dozent für Elektrotechnik am Technikum, auf.²⁴⁴ Er vermochte Staatsrat Otto davon zu überzeugen, dass die Dozenten, fast alle ehemalige Offiziere, keiner geheimen Organisation angehörten und ihre Uniformen nur auf Grund ihrer persönlichen wirtschaftlichen Lage tragen würden.²⁴⁵ Eine „Technische Nothilfe“ würde es nachweisbar auch an anderen Technika geben. Dort würden sie allerdings von der Direktion geleitet, hier seien die Dozenten zum eigenen Handeln gezwungen. Seitens der gesamten versammelten Technikerschaft wurde eine Verbindung der Deutsch-Völkischen Techniker mit den Hakenkreuzschmiererein bestritten. Dafür sei ihnen „das Hakenkreuz viel zu heilig“.

Die anwesenden Stadträte von SPD, der Weißgerber Friedrich Schünzel (1875-1963) und USPD, der Knopfmacher Karl Vollmar (1874-1958), waren mit den gegebenen Antworten weder zufrieden noch teilten sie die Meinung von Ing. Rummel.²⁴⁶ Die während der Technikumsfeier gehisste schwarz-weiß-rote Fahne wurde von der Frankenhäuser Arbeiterschaft als „Provokation“ angesehen und die „Technische Nothilfe“ als eine gegen die Arbeiter gerichtete Geheimversammlung. In seiner Funktion als kommissarischer I. Bürgermeister betonte Friedrich Schünzel, dass die Einwohner „zum Teil dem Technikum feindlich, die Mehrzahl gleichgültig und nur ein ganz kleiner Teil wohlwollend gegenüberstehe“. Feindlich deshalb, weil man im Technikum eine Brutstätte der Reaktion sehe, wofür die Stadt noch gehörige Opfer bringt. Gleichgültig deshalb, weil man den Wert eines Technikums nicht erkannt hat und keine Vorteile für die Stadt erkenne. Wohlwollend nur von einigen Einwohnern, die sich aber nicht durchzusetzen vermochten. Ministerialdirektor Dr. Rauch warf jedoch ein, dass die „Knopfmacherkreise“ sehr radikal seien und „Belästigungen“ von Technikern auch nicht ausgeschlossen seien.

Von den Stadträten kam nicht nur Kritik, sie unterbreiteten auch Vorschläge zur Entspannung der Lage. Angesprochen wurde dabei auch Prof. Huppert. Die Streitigkeiten um seinen neuen Vertrag müssten beigelegt werden. Als Fachlehrer dürfen künftig nur zuverlässige Personen herangezogen werden. Politik hat im Technikum nichts zu suchen. Weder „Hakenkreuz noch Sowjetstern oder schwarz-weiß-rote Abzeichen“ gehören in eine Lehranstalt. In den studentischen Vereinigungen sind „Fröhlichkeit, Liebe und Freundschaft“ zu pflegen, „nicht aber Rassenhaß und Bekämpfung Andersdenkender“. Bürgermeister Schünzel hob ausdrücklich den wirtschaftlichen Wert des Technikums für die Stadt hervor und versprach die Schaffung ausreichender Lehrräume für die gestiegene Zahl Studierender. Staatsrat Otto versprach, für die Vergrößerung der Schule ausreichend Land aus dem Besitz der ehemals fürstlichen Domäne zur Verfügung zu stellen. Mit diesem Versprechen von Stadtrat und Gebietsregierung setzten sich die städtischen Vertreter für die Zukunft ganz gehörig unter Druck. Aus dem Munde von Staatsrat Otto musste Prof. Huppert noch die Dr. Rauch an das

²⁴⁴ StadtA BadF, 1/VI-1J-10.12: Personalakte Ingenieur Erich Rummel, Kyffhäuser-Technikum.

ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5226: Ingenieurschule Bad Frankenhausen – Lehrkräfte betr., Blatt 201 ff.

²⁴⁵ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 70 ff.

StadtA BadF, 1/II A-199, a.a.O., o. F. (Sitzung vom 28.7. 1921).

²⁴⁶ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 70 ff.
StadtA BadF, 1/II A-199, a.a.O., o. F. (Sitzung vom 28.7. 1921).

Ministerium mitgegebene Bitte vernehmen, sich für „eine baldige Verstaatlichung des Technikums“ auszusprechen.

Eine Aufklärung im eigentlichen Sinne erbrachte die Aussprache nicht. Ministerialdirektor Dr. Rauch ermahnte die Dozenten lediglich, den guten Ruf der Anstalt mit ihrem Verhalten nicht zu beschädigen. Den Studierenden führte er vor Augen, dass die neu herausgegebene Schuldordnung „zur Beseitigung nicht geeigneter Elemente“ genügend Handlungsspielraum biete. Vom Studienbetrieb ausgeschlossen wurde allerdings kein Studierender. Eine persönliche Konsequenz zog allein Dozent Erich Rummel. Er verließ das Technikum nach Abschluss des Sommersemesters 1921.²⁴⁷ Ob die zum Teil antisemitisch geprägten Vorgänge am Technikum den Anlass ergaben, dass der jüdische Dozent Alfred Fröhlich aus dem Kreis der Fachlehrer schied, muss offen bleiben.²⁴⁸ Sein Name wurde bei den Dozenten des Sommersemesters 1921 nicht mehr erwähnt.

Prof. Huppert scheint die drohende Verstaatlichung des Technikums ernst genommen zu haben und suchte gegen zu steuern. Anfang September 1921 fragte der „Bund der technischen Angestellten und Beamten, Ortsgruppe Gotha“, im Wirtschaftsministerium an, ob es über Verhandlungen zwischen der Stadtverwaltung Gotha und Prof. Huppert zur Verlegung des Technikums von Frankenhäusen nach Gotha informiert sei.²⁴⁹ Vom Bund wurde die Verhinderung des Vorhabens verlangt, weil in Gotha Wohnungsnot herrsche und eine erfolgreiche Etablierung fragwürdig erscheine. Zur Stellungnahme aufgefordert, wiegelte Prof. Huppert zunächst ab. Räumte dann aber ein, dass ihn die beengten Raumverhältnisse in Frankenhäusen dazu verleitet hätten, auf das Angebot des Gothaer Oberbürgermeisters Dr. Scheffler zu reagieren. Ins Wirtschaftsministerium eingeladen, wurde Dr. Scheffler im Januar 1922 mitgeteilt, dass einer Verlegung des Technikums nicht zugestimmt werde. Prof. Huppert erhielt eine entsprechende Mitteilung. Ob er nun wollte oder nicht, das „Kyffhäuser - Technikum“ blieb an den Standort Frankenhäusen gebunden.

Frankenhäusens Stadtväter hielten Wort und bemühten sich um neue Räumlichkeiten für das Technikum.²⁵⁰ Im Februar 1922 kaufte die Stadt das dem Technikum gegenüberliegende Gasthaus „Weintraube“. Nach dem Umbau und der Einrichtung von Dozentenzimmern, Vortragsräumen und einem Laboratorium für Flugzeugbau wurde es dem Technikumsdirektor zur Nutzung übergeben. Allen Beteiligten war klar, dass dies nur eine kurzzeitige Erleichterung hinsichtlich des notwendigen Raumbedarfs darstellte. Zugleich beschleunigte der Stadtrat die Verhandlungen über die Verlängerung des Vertrages mit Prof. Huppert. Bei den beiden vertraulichen, entscheidenden Sitzungen des Stadtrates am 9. August 1921 und 14. März 1922, in denen über die Änderungswünsche des Professors hinsichtlich des vorhergehenden Vertrages beraten wurde, war Direktor Huppert anwesend.²⁵¹ Er bemühte sich zuerst um die Streichung der so genannten „Konkurrenzklausele“ im Vertragsentwurf. Die Klausel untersagte ihm bekanntlich, nach einem Wegzug aus Frankenhäusen binnen weniger Jahre ein neues Technikum im weiteren Umkreis von Frankenhäusen begründen zu können. Grund für diesen Wunsch könnten die schwebenden Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister von Gotha gewesen sein. Ohne Kenntnis von den Verhandlungen zu haben, lehnte der Stadtrat diesen Wunsch einstimmig ab. Dafür kam die Mehrheit des

²⁴⁷ StadtA BadF, 1/VI-1J-10.12, a.a.O., o. F.

²⁴⁸ Mitteilung Stadtarchiv Eisenach, Herr Dr. Reinhold Brunner, vom 29. März 2007. Alfred Fröhlich ging zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter nach Eisenach und trat hier in den Schuldienst ein. Er erreichte die Stellung eines Schulrates. In den Unterlagen des Stadtarchivs Eisenach ist er erst im Jahr 1925 nachweisbar. Im Sommersemester 1921 war er jedoch schon nicht mehr am Technikum. Nach Huppert 1921, a.a.O., S. 23, ist er 1920 ausgeschieden. A. Fröhlich emigrierte 1937 mit seiner Familie nach Barcelona/ Spanien und trug sich mit der Absicht, nach England auszuwandern. Das weitere Schicksal der Familie ist nicht bekannt.

²⁴⁹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 78-80, 83 und 88-89.

²⁵⁰ StadtA BadF, 1/II A-199, a.a.O., o. F. Vertrauliche Stadtratssitzung vom 19. Januar 1922, geleitet vom kommissarisch I. Bürgermeister Schünzel.

²⁵¹ StadtA BadF, 1/II A-199, a.a.O., o. F. Vertrauliche Stadtratssitzungen vom 9. August 1921 und 14. März 1922, beide geleitet vom kommissarisch I. Bürgermeister Friedrich Schünzel.

Stadtrates Prof. Huppert in zwei anderen Punkten sehr entgegen. Paragraph 1 des Vertrages erhielt den von ihm gewünschten Wortlaut:²⁵²

„§ 1: Die Stadt Frankenhausen erklärt sich damit einverstanden, dass die unter dem Namen ‚Kyffhäuser - Technikum zu Frankenhausen‘ im Jahre 1902 von Herrn Direktor Professor Sigmund Huppert umorganisierte Lehranstalt mit den Fachabteilungen:

1. Maschinenbau,
2. Elektrotechnik,
3. Landwirtschaftlicher Maschinenbau, verbunden mit Lehrkursen für Landwirte,
4. Flugzeug- und Motorenbau,
5. Hoch- und Tiefbau,
6. Eisenhoch- und Brückenbau,

nach Maßgabe nachstehender Bestimmungen von ihm weitergeführt werden.“

Vom Stadtrat wurden damit die Verdienste, die sich Direktor Huppert um die Neuorganisation des Technikums erworben hatte, voll anerkannt. Durch die Einfügung der Jahreszahl „1902“ könnte fast von einer Neugründung durch Sigmund Huppert gesprochen werden. Der Vertrag fand die Zustimmung des gesamten Stadtrates und wurde vom I. Bürgermeister Friedrich Schünzel, SPD, wie seinem bürgerlichen Stellvertreter am 17. März 1922 unterzeichnet. Die Vertragsdauer war auf 10 Jahre festgesetzt.

Der andere Punkt betraf die Abänderung der Ziffern 5 und 10 im Regulativ. Das Kuratorium des Technikums, dessen Vorsitzender stets der Bürgermeister war, verzichtete damit auf seinen Einfluss bei Anstellung oder Entlassung von Lehrkräften und die Festlegung der Höhe des Schulgeldes. Der vom Stadtrat am 14. März 1922 beschlossene Nachtrag zum Regulativ vom 10. November 1920²⁵³ wurde Bestandteil des Vertrages.

Jetzt galt es, die Genehmigung durch die zuständigen Behörden, das Landratsamt Frankenhausen und die Thüringische Ministerien für Wirtschaft und Volksbildung zu erlangen. Während Landrat August Reinbrecht (gest. 1929)²⁵⁴ dem erst nach langen Verhandlungen zustande gekommenen Vertrag seine Zustimmung erteilte und dies auch dem Wirtschaftsministerium empfahl, äußerte dieses am 29. Mai 1922 „die schwersten Bedenken“.²⁵⁵ Es unterzog die geänderten Ziffern des Regulativs, das zudem Bestandteil des Vertrages geworden war, heftiger Kritik:

„Die schwersten Bedenken haben wir dagegen, dass in dem uns vorgelegten Regulativ die Rechte des Kuratoriums in einer Weise beschnitten worden sind, die ihm beinahe jeden Einfluss auf die Leitung des Technikums nehmen. ... Wir halten es für außerordentlich bedenklich, wenn dem Eigentümer und Leiter des Technikums allein die Festsetzung der Höhe des Schulgeldes und die Anstellung und Entlassung der Lehrer überlassen wird, ohne dass dem Kuratorium auch nur die Einsichtnahme des Haushaltsplanes zusteht.“²⁵⁶

Bei einer persönlichen Besprechung im Wirtschaftsministerium wurden Landrat Reinbrecht und dem stellvertretenden Bürgermeister, Hildebert Sengelaub, mitgeteilt, dass zu diesem Vertrag keine Zustimmung erfolgen würde. Inzwischen war es in Weimar zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministerien für Wirtschaft, Inneres und

²⁵² Vollständigen Wortlaut des Vertragstextes vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

²⁵³ Seitens der Gebietsregierung Rudolstadt, Abteilung des Innern, wurde dieses Regulativ am 3. Februar 1921 genehmigt.

²⁵⁴ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 85 a: Protokollbuch des Kreisrats des Landkreises Sondershausen, begonnen am 7.10. 1922, beendet am 17.12. 1932, Blatt 201-204. August Reinbrecht, geb. in Borxleben in der Unterherrschaft Frankenhausen, war im Ersten Weltkrieg Landrat im Schwarzburg – Rudolstädtischen Landratsamt Königsee; zum 1. Oktober 1919 wurde er Landrat im Landkreis Frankenhausen bestellt; nach Zusammenschluss der Kreise Sondershausen und Frankenhausen zum 1. Oktober 1922 Landrat des neuen Kreises Sondershausen bis zu seinem plötzlichen Tod 1929. Wurde als ein „Kind des Kreises“ bezeichnet und handelte auch dementsprechend.

²⁵⁵ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5223: Den Vertrag zwischen der Stadt und dem Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen betr. 1922-1928, Blatt 4 und 8.

²⁵⁶ Ebenda, Blatt 8 und 10.

Volksbildung über die Zuständigkeit für die Genehmigung des Vertrages gekommen. Staatsminister August Frölich (Minister für Wirtschaft) lud daraufhin seine Ministerkollegen Karl Hermann (1885-1973, Minister für Inneres)²⁵⁷, Emil Hartmann (Minister für Finanzen) und Max Greil (1877-1939, Minister für Volksbildung)²⁵⁸ am 21. Dezember 1922 zu einer klärenden Sitzung in sein Ministerium.²⁵⁹ In dieser, eigentlich nichtigen Angelegenheit, wurde nun der Nachteil offensichtlich, dass Thüringen keinen weisungsberechtigten Ministerpräsidenten besaß. Sowohl der Innenminister Hartmann, als auch der Volksbildungsminister Greil beharrten zunächst auf ihrer Zuständigkeit. Hartmann hatte Landratsamt und Stadtverwaltung schon im Mai 1922 wissen lassen, dass eine Genehmigung seinerseits nur erfolgen könne, wenn binnen 4 Monaten eine Inventaraufstellung erfolge, wodurch die Eigentumsfrage zwischen Stadt und Prof. Huppert bezüglich der Lehrmittel und anderer Gegenstände einwandfrei geklärt sei. Letztlich wurde die Zuständigkeit des Wirtschaftsministeriums festgestellt, dass dem Vertrag jedoch seine volle Zustimmung versagte. Erster Bürgermeister Friedrich Schünzel hatte sich unter Hinweis, dass es im „vertragslosen Zustand nicht weitergehe“, vergeblich bemüht, Staatsminister und SPD-Genossen August Frölich zu einer bedenkenlosen Genehmigung zu bewegen.²⁶⁰ Inzwischen musste er einräumen, dass Prof. Huppert aus Paragraph 1 des neuen Vertrages ableitete, das Technikum als Schule gehöre ideell ihm. Der Direktor fühlte sich berechtigt, das Technikum nach Ablauf dieses Vertrages 1931 verkaufen oder verlegen zu können. Friedrich Schünzel erkannte an, dass die Eigentumsfrage am Inventar völlig zu klären sei. Ein vollständiges Inventarverzeichnis wurde dem Wirtschaftsministerium jedoch nicht vorgelegt. Ohne eindeutige Klärung der Verhältnisse wurde auf der Grundlage des neuen, durch den Stadtrat beschlossenen und dem Landrat befürworteten Vertrag, weiter gearbeitet.

4.3 „Mich kann überhaupt kein Jude beleidigen“ – Prof. Huppert und seine Studierenden

Prof. Huppert, der durchaus die Möglichkeit hatte, Studierende des Technikums zu verweisen, hatte bei der ersten Auseinandersetzung mit antisemitischem und politischem Hintergrund keinen Gebrauch davon gemacht. Seine Einstellung änderte sich, als sich derartige unliebsame Zeitercheinungen noch drastischer wiederholten. Noch während in Weimar über die Genehmigung seines neuen Vertrages verhandelt wurde, entluden sich in Frankenhausen hitzige Auseinandersetzungen. Unter den Studierenden gab es nicht nur Anhänger der Deutsch-Völkischen Bewegung oder von Rechtsparteien. Wenn in der Zahl auch wesentlich geringer, orientierten sich Studierende vereinzelt nach links. Als am 24. Juni 1922 der Reichsaußenminister und Jude Walther Rathenau ermordet wurde, kam es am 27. und 28. Juni in Frankenhausen zu Demonstrationen.²⁶¹ Den Deutsch-Völkischen galt der Außenminister „als die Verkörperung der verhassten 'Judenrepublik'“. ²⁶² Organisiert von linken Gruppen und Parteien wie dem Gewerkschaftskartell und der KPD, mischten sich unter die Demonstranten auch Linksradikale. Ihre Demonstrationen richteten sich gegen die gesamte Technikerschaft, in denen sie mehrheitlich Anhänger des rechten Spektrums sahen. Die beiden Vorsitzenden der Ortsgruppen von Gewerkschaft und KPD, die Weißgerber Karl

²⁵⁷ Thüringen Handbuch 1999, a.a.O., S. 590. Kurzbiographie Karl Hermann; 1905-1918 SPD; 1918-1923 USPD; 1923-1933 SPD; 7. Oktober 1921-20. Februar 1924 Minister des Innern.

²⁵⁸ Thüringen Handbuch 1999, a.a.O., S. 585. Kurzbiographie Max Greil; November 1919-1922 Mitglied USPD; 1922-1933 Mitglied SPD; 14. Oktober 1921-20. Februar 1924 Minister für Volksbildung.

²⁵⁹ Ebenda, Blatt 33.

²⁶⁰ Ebenda, Blatt 3 und 34.

²⁶¹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 139-142.

²⁶² Raßloff 2007, a.a.O., S. 20-21.

Hahnemann (1872-1940)²⁶³ und Hugo Rumpf (1898-1958), hatten mit Prof. Huppert über die Vermeidung von Zusammenstößen unterhandelt. Schließlich nahmen sie seinen Vorschlag, den Unterricht einfach fortzusetzen und die Studierenden damit auf Anwesenheit zu verpflichten, an. Nicht alle Studierenden leisteten der Anordnung Folge. Einer von ihnen, selbst Kommunist, brachte die Demonstranten dazu, die Lokale bzw. so genannten Konstanten der studentischen Verbindungen zu attackieren. Von Prof. Huppert zur Rede gestellt, beharrte der Studierende auf seinen Ansichten. Der Direktor wies ihn kurz entschlossen aus dem Technikum aus. Nun suchte der Studierende bei den örtlichen Vertretern der Kommunistischen Partei Unterstützung. Die mit keinem Außenstehenden abgesprochene, aber auf der Grundlage des neuen Regulativs rechtsgültige Handlung, führte unter den Linken zu abermaligen Protesten. Als Vorsitzender der KPD forderte Hugo Rumpf, unterstützt von Vertretern der Gewerkschaft und der SPD²⁶⁴, die sofortige Rücknahme des Ausschlusses vom Studienbetrieb. Ein völlig entrüsteter Direktor Huppert beugte sich nach langem Widerstand und tumultartigen Szenen diesem ungeheuren Druck und ließ den Studierenden wieder ans Technikum zurückkehren. Anschließend suchte er beim zuständigen Wirtschaftsministerium um Rat und Unterstützung nach. Von Seiten des Ministeriums wurde die Handlungsweise des Studierenden zwar missbilligt, doch auch Prof. Huppert wurde für seinen voreiligen Entschluss keine Anerkennung gezollt.²⁶⁵ Angesichts der Tatsache, dass der Studierende ans Technikum zurückkehren durfte, beruhigten sich die Gemüter in- und außerhalb des Technikums wieder etwas.

Wie angespannt die politische Situation während des gesamten Sommers war, zeigte sich anlässlich der Einweihung des „Ehrenmals für die im Weltkriege gefallenen Frankenhäuser“ am 13. August 1922.²⁶⁶ Errichtung und Einweihung des Ehrenmals, die vor allem von den Hinterbliebenen wie den bürgerlichen Parteien bewerkstelligt worden war, wurde von der gesamten Technikerschaft ignoriert. Sie blieben fast geschlossen fern. Auch die Anwesenheit Prof. Hupperts war nicht nachweisbar.

Es verging wiederum fast ein Jahr, bis die nächste ernsthafte Auseinandersetzung zwischen Prof. Huppert und einem Teil seiner Studierenden hervortrat. Ausgelöst wurde sie durch einen Beschluss des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“, dem das „Kyffhäuser-Technikum“ spätestens seit 1922²⁶⁷ angehörte. Am 23. Mai 1923 hatte der Verband eine Erhöhung des Schulgeldes für das laufende Sommersemester beschlossen und seinen Mitgliedern zur Umsetzung empfohlen.²⁶⁸ Zu dieser schritt Prof. Huppert Ende Mai und forderte von den Studierenden eine Nachzahlung von 60.000 Mark. Ausländische Studierende sollten das verlangte Schulgeld nach staatlicher Vorgabe in Devisen entrichten. Daraufhin beschwerte sich am 10. Juni des Jahres der „Bund der Studierenden höherer technischer Lehranstalten Deutschlands, Ortsausschuss der Allgemeinen Technikerschaft Frankenhäuser“, beim Thüringischen Wirtschaftsministerium.²⁶⁹ Dem Direktor wurde von dieser Seite aus mitgeteilt, dass sich das Ministerium nicht in die „privatrechtlichen

²⁶³ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 139-142. Urgroßvater des Autors Ulrich Hahnemann.

²⁶⁴ Hier vor allem in der Person Karl Hahnemann, dem Urgroßvater des Autors.

²⁶⁵ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 152. Das Antwortschreiben an Huppert datierte vom 11. Oktober 1922 und nahm nochmals Bezug auf den Rathenaumord.

²⁶⁶ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 187, vom 14. August 1922: Lokales- Einweihung Ehrenmal.

²⁶⁷ Stascheit, Werner: Alfred Udo Holz – Direktor einer privaten höheren technischen Lehranstalt, in: Alfred Udo Holz 1995, a.a.O., S. 47. Da der Verband seit Gründung 1902 seinen Sitz am Technikum Mittweida hatte, werden Unterlagen zum Verband im Hochschularchiv der Hochschule Mittweida (FH) verwahrt. Unter den 1922 gezählten Mitgliedern befand sich auch das Technikum Frankenhäuser.

²⁶⁸ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219: Differenzen der Technikerschaft mit dem Leiter des Technikums Frankenhäuser 1923, Blatt 31. Schreiben Prof. Hupperts vom 30. Juni 1923 an das Thüringische Volksbildungsministerium in Weimar.

Frankenhäuser Zeitung, Nr. 158, vom 10. Juli 1923: Anzeige „Zur Aufklärung!“ von Prof. Huppert im Anzeigenteil.

²⁶⁹ Ebenda, Blatt 1 bis 3.

Verhältnisse am Technikum einmischen“ könne. Das Technikum sollte jedoch nicht allein als „wirtschaftliches Unternehmen“ betrachtet und auf die Nachzahlung verzichtet werden. Zudem wurde er schwer gerügt, da mit 20% der Ausländeranteil unter den Studierenden um ein vielfaches überschritten wurde. Bei den deutschen Studierenden machte sich eine ablehnende Haltung gegen die Ausländer breit, weil diese zum Teil über zahlungskräftige Devisen verfügten und nicht über eine inflationäre Währung wie sie. Sie drohten mit Abwanderung vom Technikum, falls die Nachzahlung nicht fallengelassen würde.²⁷⁰

Der Direktor des Technikums war weder mit der Antwort des Ministeriums noch mit dem Verhalten der Mehrzahl seiner Studierenden einverstanden. Dem Volksbildungsministerium unterstellte er gar Unwissenheit über die wirkliche Lage:²⁷¹

„Das titl. Ministerium will nicht wissen und – begreifen, was hier wohl jeder Bürger empfindet, dass dieser sogenannte wirtschaftliche Kampf nur als Vorwand dient für eine gemeine antisemitische Anpöbelung seitens verschiedener Heißsporne, Hakenkreuzler, sogenannte Ehrhardsleute, befinden sich nachweislich unter den Technikern und diese sind vor allem Schürer in dieser Sache.“

Diese „Heißsporne“ machten nun die „Frankenhäuser Zeitung“ zum Schauplatz ihrer „Anpöbelungen“. In einem Schmähartikel Anfang Juli titulierte sie ihren Direktor als den „kleinen Israel“, den „ihr Deutschtum“ nichts angehe.²⁷² Jetzt löste ein Artikel den anderen ab. Zunächst versuchte Prof. Huppert eine sachliche Klarstellung, die jedoch von den Studierenden, die sich mit den Technikern Ernst Zander und Robert Reuschling, erstmals namentlich machten, nicht unbeantwortet blieb.²⁷³ Zwischenzeitlich hatte Ernst Zander als Vorsitzender der „Allgemeinen Technikerschaft“ einen Protestzug gegen den Direktor organisiert, der allerdings nicht eskalierte. Eine Eskalierung war zu keinem Zeitpunkt ausgeschlossen, da die Auseinandersetzungen nicht auf das Technikum beschränkt blieben. Anlässlich eines Spazierganges dreier Studierender, darunter Ernst Zander, wurden diese von Frankenhäuser Arbeitern angegriffen und zusammengeschlagen.²⁷⁴ Einer der Studierenden konnte dem Überfall leicht verletzt entkommen und holte seinerseits Verstärkung aus den Reihen der Studierenden. Diesen gelang es, einen Arbeiter aufzuspüren. Nachdem dieser ebenso misshandelt worden war, wurde er der örtlichen Polizei übergeben. Es stellte sich heraus, dass es sich um einen der KPD nahe stehenden Arbeiter handelte. Den Aussagen des in Gewahrsam genommenen Arbeiters wurde entnommen, dass die Arbeiter besonders den „gut Deutsch gesinnten“ E. Zander im Visier hatten.

Völlig unverhofft erhielt Prof. Huppert von zwei Seiten Unterstützung. Dozent Hugo Kromer verteidigte Direktor Huppert in einer eigenen Anzeige und wies den Vorwurf von E. Zander und R. Reuschling, der Professor betreibe einen „Handel mit geistiger Ware“, in scharfen wie spöttischen Ton zurück.²⁷⁵ Schließlich seien die Studierenden am Technikum, um sich fürs Leben mit „geistiger Ware“ zu versorgen. Nun wurde auch H. Kromer eine Zielscheibe der Studierenden Zander und Reuschling, die auch weiterhin gedachten, sich am Technikum für die „Aufrechterhaltung des Deutschen Geistes“ einzusetzen.²⁷⁶

Unterstützung fand er aber auch unter den Studierenden, besonders unter den ausländischen und denen jüdischer Herkunft. Im Juni 1923 wurden der jüdische Studierende Erich Salomonowitsch, seine Schwester, ein weiterer jüdischer Studierender tschechischer Herkunft und ein Studierender aus China von Mitgliedern der Verbindungen Saxonia und Thuringia aufgefordert, sofort den von ihnen besuchten Kurbad zu verlassen.²⁷⁷ Sich der Übermacht der

²⁷⁰ Ebenda, Blatt 11.

²⁷¹ Ebenda, Blatt 31.

²⁷² Frankenhäuser Zeitung, Nr. 152, vom 3. Juli 1923: „Unser Deutschtum“.

²⁷³ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 158, vom 10. Juli 1923: „Zur Aufklärung!“ (von Huppert).

Frankenhäuser Zeitung, Nr. 159, vom 1. Juli 1923: „Zur Aufklärung“ (von Zander/Reuschling).

²⁷⁴ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 12.

²⁷⁵ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 160, vom 12. Juli 1923. Anzeige ohne Titel im Anzeigenteil.

²⁷⁶ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 161, vom 13. Juli 1923: Anzeige „Richtigstellung“.

²⁷⁷ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5229, a.a.O., Blatt 25.

Studierenden aus den Verbindungen beugend, verließen sie den Ball. Der Tscheche Imre Por (Emmerich Politzer) wurden von den „Thüringen“ umstellt und niedergeschlagen. Seinen Hilferufen folgend, eilte ein Frankenhäuser Anwohner nach draußen, worauf sich die Studierenden zurückzogen. In einer Zeitungsanzeige machte E. Salomonowitsch die Frankenhäuser auf die Vorfälle aufmerksam und rief sie auf, derartige Handlungen in ihren „Mauern“ nicht zu dulden.²⁷⁸

Nachdem schriftliche Aufklärung und Ermahnung nichts fruchteten, schloss Prof. Huppert Mitte Juli die drei Studierenden Ernst Zander, R. Reuschling und C. Appenrodt, die zugleich den Vorsitz der „Allgemeinen Technikerschaft“ bildeten, vom Besuch des Technikums aus.²⁷⁹

Diese antworteten ihrerseits mit Demonstrationszügen, Boykott des Studienbetriebes bis hin zu Organisation eines Studierendenstreiks.²⁸⁰ Während der Abhaltung von Versammlungen der Studierenden äußerte E. Zander mit Blick auf den Technikumsdirektor „Mich kann überhaupt kein Jude beleidigen“. Ganz unverhohlen sprach Robert Reuschling gegenüber Dozent H. Kromer aus, worum es der „Allgemeinen Technikerschaft“ ging:

„Die 60.000 M sind nur eine Lappalie. Wir kämpfen für das Deutschtum.“

Gegen Studierende, die sich weigerten, mitzumachen, wurde mit Androhung von Gewalt gedroht. Pensionen und Unterkünfte, in denen vorrangig jüdische Studierende wohnten, wurden von Studierenden der Verbindung „Saxonia“ attackiert.²⁸¹ In Sorge um ihre Gesundheit suchten einzelne jüdische Studierende den Schutz der Arbeiterschaft. Zahlreiche Arbeiter übernahmen die Bewachung der Unterkünfte und den persönlichen Schutz in der Öffentlichkeit. Besonders der Streik der Studierenden fand die völlige Ablehnung aller Frankenhäuser „Sozialisten“, wie es der spätere Gymnasiallehrer, Studienrat und sozialdemokratische Stadtrat, Otto Schröder, ausdrückte.²⁸² Heute würden sie selbst streiken, morgen als leitende Ingenieure Arbeiter aussperren.

Über alle Ereignisse und Direktor Hupperts Reaktion erfuhren das Wirtschafts- und Volksbildungsministerium aus schriftlichen Berichten und Beschwerden von Dozenten und Studierenden.²⁸³ Alle Beteiligten wurden von den beiden Ministerien, die nun augenfällig zusammen arbeiteten, nach Weimar vorgeladen. Verhandelt²⁸⁴ wurde jedoch nicht in einem Raum, da Prof. Huppert es abgelehnt hatte, mit seinen Kontrahenten zusammen zu sitzen. Das Ergebnis der Verhandlung wurde dem Vorsitzenden des Staatsministeriums, Wirtschaftsminister A. Frölich, im Beisein vom Staatskommissar für das „Kyffhäuser-Technikum“, Möhenschlager, vorgetragen.²⁸⁵ Entschlossen trafen er und sein Ministerium ihre Entscheidung, die am 23. Juli 1923 an alle Beteiligten übermittelt wurde. Nicht allein in Frankenhausen, sondern an allen thüringischen Technika wurde sie den Direktoren, Dozenten und Studierenden zur Kenntnis gebracht:

„An die Besucher des Kyffhäuser-Technikums in Frankenhausen. Durch Beschluss des Thüringischen Wirtschaftsministeriums sind die Vertreter der Allgemeinen Technikerschaft, die Techniker Zander, Reuschling und Appenrodt, wegen schwerer Verstöße gegen die Schulordnung vom Besuche sämtlicher thüringischer Fachschulen ausgeschlossen worden. Es ist dem Wirtschaftsministerium bekannt, dass ein großer Teil der Technikerschaft das Verhalten der drei Ausgewiesenen gebilligt hat.

²⁷⁸ Frankenhäuser Zeitung, Nr., vom 30. Juni 1923: Anzeige „Bürger Frankenhausens! An Euch geht mein Ruf!“.

²⁷⁹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5229, a.a.O., Blatt 14.

²⁸⁰ Ebenda, Blatt 34 ff.

²⁸¹ Ebenda, Blatt 25.

²⁸² Ebenda, Blatt 38.

²⁸³ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5229, a.a.O., Blatt 14, 25, 28 und 34 ff.

²⁸⁴ Die Verhandlungen wurden von Regierungsrat Dr. Guyet (Wirtschaftsministerium) und Frau Regierungsrat Dr. Essig (Volksbildungsministerium), im Beisein von Staatskommissar Möhenschlager, geführt.

²⁸⁵ Ebenda, Blatt 55 ff.

ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 183-190.

An die Techniker, die die Anstalt weiter besuchen wollen, richten wir daher die Mahnung, sich streng nach den Vorschriften der Schulordnung zu richten. Bei Verstößen dagegen wird unnachsichtlich eingeschritten.

Wir können uns dem Eindruck nicht verschließen, dass ein großer Teil der Besucher des Technikums den Zweck des Schulbesuchs erkennt und Unzufriedenheit gegen die Leitung des Technikums unter der Technikerschaft schürt. Mit dem Geiste der Schule und mit den ernstesten wirtschaftlichen Verhältnissen Deutschlands ist ein solches Verhalten nicht vereinbar. Jeder Besucher des Technikums hat die Pflicht, in erster Linie seine Ausbildung zu fördern und sich seinem Studium hinzugeben, im eigenen Nutzen und zum Besten der Allgemeinheit auf seinem Gebiet zu wirken.“

An Prof. Huppert ging zur gleichen Zeit die Aufforderung, für die ordnungsgemäße Aufrechterhaltung des Studienbetriebes Sorge zu tragen. Anzeichen von Schwierigkeiten waren umgehend nach Weimar zu melden.

Innerhalb der Studierenden wurde die Entscheidung des Wirtschafts- bzw. Staatsministeriums diskutiert. Bereits am Tage der Publikation der Entscheidung, stimmten 468 der Studierenden über diese ab.²⁸⁶ Davon lehnten 342 die Entscheidung ab, 17 enthielten sich der Stimme und nur 109 wollten sie uneingeschränkt akzeptieren. Viele bekundeten ihre Ablehnung auch öffentlich, indem sie mit Abwanderung drohten. Das Ausweichen in thüringische Technika war ihnen nicht verwehrt. Viele schlossen diesen Ausweg aber aus. Daher entschlossen sich einige Studierende, das Angebot unzufriedener Dozenten anzunehmen und zusammen in ein anderes Bundesland auszuweichen. Dort sollte ein neues Technikum gegründet werden. Für die Abwanderung wurde am schwarzen Brett geworben. Im August des Jahres erhob auch der „Bund der Studierenden Höherer Technischer Lehranstalten Deutschlands“ offiziell Einspruch beim Ministerium, der jedoch eindeutig abgelehnt wurde.²⁸⁷

Prof. Huppert hatte sich angesichts des anhaltenden Widerstandes mit dem Gedanken getragen, den von ihm verhängten Ausschluss der drei Studierenden Zander, Reuschling und Appenrodt aufzuheben, doch das entschiedene Handeln des Ministeriums unterband vorerst jeglichen Alleingang.²⁸⁸ Wiederholt und bis zuletzt hatte er seine persönliche Entscheidung mit dem Beschluss des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ erklärt.²⁸⁹ Unter Vorsitz von Prof. Holz, Direktor des Technikum Mittweida, war der Beschluss über die Forderung einer Nachzahlung von den Studierenden, auch von den Direktoren Prof. Hoepke, Technikum Bingen und Prof. Schmidt, Technikum Ilmenau, getragen worden. Es war wohl keineswegs die erste Entscheidung des Verbandes, höhere Forderungen finanzieller Art an die Studierenden der Technika zu stellen. Bereits für das Sommersemester 1920 war kurzfristig das Schulgeld von 250 M auf 350 M heraufgesetzt worden.²⁹⁰ Zur Begründung wurde die Erhöhung der Dozentengehälter angegeben. Am „Thüringischen Technikum Ilmenau“ rief dieses den Protest der Studierenden hervor, die in der Stadt Plakate verteilten, auf denen Prof. Schmidt „gemäßregelt“ wurde. Prof. Schmidt reagierte mit der Schließung des Technikums. Die Studierenden stellten daraufhin bei der Stadtverwaltung Ilmenau den Antrag, den Pachtvertrag für die städtischen Gebäude mit dem Direktor zu kündigen und das erhöhte Schulgeld zu stunden. Ein einberufener allgemeiner Sonderausschuss regelte die Verhältnisse. Prof. Schmidt stiftete 10.000 M aus seinem Vermögen für erkrankte Techniker, die Erhöhung des Schulgeldes wurde beschlossen. Die Mehreinnahmen durften jedoch nur für die Dozentengehälter verwendet werden. Anschließend erschienen jeweils eine Presseerklärung der Studierenden und des Direktors, in denen die Beilegung der Differenzen verkündet wurde.

²⁸⁶ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5229, a.a.O., Blatt 59.

²⁸⁷ Ebenda, Blatt 64 ff.

²⁸⁸ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219, a.a.O., Blatt 183-190.

²⁸⁹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5229, a.a.O., Blatt 39.

²⁹⁰ Jacobs 1994, a.a.O., S. 57 f.

Auch am Technikum Ilmenau war das Verhalten der Studierenden durch Schulgesetze geregelt.²⁹¹ Prof. Schmidts Vorgänger, Direktor Jentzen, reagierte auf Verstöße mit Ausweisungen. Studentische Verbindungen waren verboten und von ihm keineswegs gern gesehen. Gestattet waren lediglich „Techniker-Vereine“. Er setzte sogar bei der Polizei Belohnungen aus, wenn ihm Verbindungen gemeldet würden, die Mensuren schlagen. Prof. Schmidt war in dieser Hinsicht nicht ganz so streng, doch sah er es schon 1903 für einen Direktor als erforderlich an, über ein „großes Geschick“ zu verfügen, „die Schüler in Zucht und Ordnung zu halten, ohne sie abzustoßen, also auch ohne vor ihnen zu katzbuckeln“.²⁹² Schon bei seiner Übernahme des Technikums machte Direktor Huppert den Studierenden klar, was er von ihnen verlangte und erwartete. Dabei klammerte er ein fröhliches Studierendendasein nicht aus:

„Werte Techniker! Wir müssen viel von Ihnen verlangen, soll das gestellte Lehrziel erreicht werden und dadurch die Erwartungen und die Hoffnungen Ihrer Eltern erfüllt werden, die Sie uns zur Ausbildung hierher gesandt haben. Möge also unser Wahlspruch in Zukunft lauten: Laboremus, lasst uns arbeiten.

Genießen Sie dabei die Gegenwart in frohen Jugendmüte, doch denken Sie stets an die Zukunft, damit Sie den Anforderungen und Anstrengungen derselben einst gewachsen sind. Lassen Sie diese ernsten Gedanken hie und da an sich herantreten, das wird Sie stets davor bewahren, von den vorgeschriebenen Bahnen weit abzuschwenken.

Lassen Sie sich also die Arbeit nicht verdrießen, bedenken Sie, daß Ihnen nach absolviertem Studium, wenn Sie demselben mit Ernst und Eifer obgelegen, da draußen im harten Kampf, den man das praktische Leben nennt, der Lohn nicht ausbleiben wird und Sie sich durch ein erfolgreiches Studium eine höhere Stellung in der menschlichen Gesellschaft verschaffen. Das alles sind wohl zu erwägende Umstände, mit Vorteilen verknüpft, die einer Anstrengung wohl wert sind. Durch Kampf zum Sieg!“²⁹³

Bei seinem Antritt existierte bereits die „Freie Verbindung Saxonia“, die am 30. November 1896 als erste Verbindung bzw. Korporation ins Leben gerufen worden war.²⁹⁴ Bis auf die Schweizer Landsmannschaft 1932 wurden alle anderen wichtigen Verbindungen und Vereine während seiner Amtszeit und mit seiner Zustimmung als Direktor gegründet. Darunter auch die „Burschenschaft bzw. Akademische Verbindung Thuringia“ am 1. Januar 1903, als erste in seiner Amtszeit. Differenzen mit den Mitgliedern der Verbindungen aus der Zeit vor der Weimarer Republik sind nicht überliefert worden. Selbst für Ausweisungen von Studierenden aus politischen oder religiös motivierten Gründen sind in den Akten der einst zuständigen Schwarzburg – Rudolstädtischen Behörden und Ministerien keine Anhaltspunkte vermerkt worden. Erst unter dem Eindruck des Aufbegehrens der Studierenden 1921 gegenüber seiner Person setzte er die in der vom Thüringischen Wirtschaftsministerium initiierten Privatschulordnung verankerten Richtlinien über das Verbot „studentischer Verbindungen“ um.²⁹⁵ So durften sich die Verbindungen nicht mehr als solche bezeichnen und außerhalb der Ferienzeiten keine Mensuren schlagen. Innerhalb der Verbindungen, wie z. B. der Thuringia, wurden die Weisungen des Direktors in den Vereinsmitteilungen diskutiert.²⁹⁶ Dabei wurde festgestellt, dass die Weisungen durchaus annehmbar waren. Der Alt-Herren-Verband der Thuringia versicherte Direktor Huppert Anfang 1922, Zeitungsartikel jedweder Art nicht mehr in der Presse zu lancieren und sich an die Vorgaben des Ministeriums zu halten. Man legte sich eine Reihe von Verpflichtungen auf, deren Einhaltung als „Ehrenpflicht“ angesehen wurde. Inwieweit die „Alt-Herren“ Einfluss auf die „Aktivitas“, die Studierenden, zu nehmen

²⁹¹ Ebenda, S. 55 f.

²⁹² Ebenda, S. 50.

²⁹³ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 252, vom 28. Oktober 1902, a.a.O., Artikel „Technikums-Feier“.

²⁹⁴ Taschenbuch für die Studierenden 1929, a.a.O., S. 21, „Korporationen und Vereine“.

²⁹⁵ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 212-215.

²⁹⁶ Mitteilungsblätter der Akademischen Verbindung „Thuringia“, 3. Jahrgang, Nr. 1, Frankenhäuser Januar/Februar 1922, S. 3, „Vom A.H.V.“ (Alt-Herren-Verband).

vermochten, zeigten dann die Ereignisse der Jahre 1922 und 1923. Prof. Hupperts Verhältnis zu den „Alt-Herren“, besonders der Thuringia, scheint offenbar bis Ende der 20er Jahre recht gut gewesen zu sein.²⁹⁷ Noch 1929 wurde er zu einem Vortrag auf dem 20. Alt-Herren-Tag eingeladen. Mit „eindringlichen Worten“ sprach er hierbei auf die „Aktivitas“, seine derzeitigen Studierenden ein, ihre Pflicht als Studierende zu tun. Seine Worte verhallten jedoch fast ungehört. Seitens der Alt-Herren wurde „betrübt“ festgestellt, „dass der Geist in der Aktivitas sich nicht ganz deckt mit dem unserer Zeit, jedoch wird davon abgesehen, Einzelfälle zu besprechen.“

Von Seiten einiger Dozenten wurde Prof. Huppert sogar vorgeworfen, die Studentenverbindungen deshalb walten zu lassen, weil sie ihm als „Lockmittel“ für neue Studierende dienen würden.²⁹⁸ Die Vorwürfe kamen von Dozenten, die am Treiben der Verbindungen teilgenommen hatten und nun selbst ein Einschreiten der Behörden verlangten. Der Technikumsdirektor wurde hier keinesfalls als der große Widersacher studentischer Verbindungen dargestellt. Dagegen spricht auch sein eigenes Verhalten. Im September 1925 stellte er bei der Stadtverwaltung den Antrag, ihm die Konzession für die von ihm erworbene Gastwirtschaft „Werners Garten“ zu erteilen.²⁹⁹ Nach heftigem Widerstand des Frankenhäuser Gastwirtsverein wurde ihm die Konzession im September des darauf folgenden Jahres durch das Kreisverwaltungsgericht zugestanden. Ende August 1926 hatte sich am Technikum die „Katholische Technische Verbindung Winfridia“ gegründet, die das Gartenlokal zu ihrer „Konstante“ erwählte.³⁰⁰ Damit seine neuen Gäste ausreichend Platz fanden, ließ er gegen den heftigsten Widerstand des stellv. Bürgermeisters Gustav Ibing (1879, Sterbejahr und – ort unbekannt, SPD)³⁰¹ 3 von 4 vorhandenen Wohnungen umbauen und bot den Studierenden auch kostengünstige Zimmer zum Wohnen an. Angesichts der in Frankenhäusen herrschenden Wohnungsnot machte er sich somit bewusst zur Zielscheibe öffentlicher Kritik.

Prof. Holz, Direktor des Technikum Mittweida, hatte bereits 1892 Studentenverbindungen verboten, die landsmännischen Charakter trugen.³⁰² Daraufhin hatten rund 200 Studierende vor dem Technikumsgebäude demonstriert. 1902 hob er das Verbot wieder auf. Wahrscheinlich hatte ihm die Erfahrung gelehrt, „daß sich junge Menschen nicht derart

²⁹⁷ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Amtsgericht Frankenhäusen Nr. 32: Alt-Herren-Verband der Verbindung „Thuringia“ in Frankenhäusen (NS-Altherrenverband der Deutschen Studenten Fachschulring Ingenieurschule Bad Frankenhäusen, Altherrenschaft der Kameradschaft I 8 Wallner) 1926-1946, Blatt 18-21.

²⁹⁸ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 299-300. Brief des Dozenten Dipl.-Ing. Lenkeit vom 1. April 1921 an die Gebietsregierung Rudolstadt.

²⁹⁹ StadtA BadF, 2/V-9: Gewerbepolizei – Konzessionen 1925-1938, Blatt 1-23.

³⁰⁰ Taschenbuch für die Studierenden 1929, a.a.O., S. 22.

ThStA Rudolstadt, Thüringisches Amtsgericht Bad Frankenhäusen Nr. 16: Alt-Herren-Verband der katholisch – technischen Verbindung „Winfridia“ 1930-1939. Die Eintragung ins Vereinsregister erfolgte 27. August 1930. In der Satzung wurde das offizielle Gründungsdatum des Alt-Herren-Verbandes mit dem 20. August 1928 angegeben.

³⁰¹ StadtA BadF, 1/II D – 306: Personalakte Bürgermeister Gustav Ibing 1923-1946. G. Ibing wurde am 03.05. 1879 in Sprockhövel im Ruhrgebiet geboren. Er absolvierte eine Ausbildung im Zeitungswesen und arbeitete 1906 zeitweise bei einer Zeitung in Ilmenau. Im Mai 1917 wurde er durch den Oberbürgermeister von Mainz in den städtischen Dienst der Stadt berufen. 1918 zum Stadtverordneten gewählt. Zeitweilig Chefredakteur der Mainzer Volkszeitung. Bewarb sich am 17.02. 1923 um die Stelle des Zweiten Bürgermeisters (Ersten Beigeordneten) von Frankenhäusen und wurde am 02.03. 1923 durch die sozialdemokratische Mehrheit gewählt. Er verließ Mainz, weil: „Was mich veranlasst, meinen gerade im besetzten Gebiet wichtigen Posten eines öffentlichen Verteidigers der deutschen Interessen am Rhein und eines Bekämpfers der separatistischen Bewegung zu verlassen, ist der Umstand, dass meinem Wirken hier über kurz oder lang zwangsläufig ein Ziel gesetzt sein wird.“ Seine Amtszeit lief am 22.07. 1931 aus. Eine Wiederwahl wurde vom Stadtrat ausgeschlossen, weil die Stelle aus finanziellen Gründen eingespart wurde. Er erhielt ein Ruhestandsgehalt seitens der Stadt. Er wendete sich daraufhin von der SPD ab und trat im Juli 1932 der NSDAP bei. 1935 arbeitete er im Range eines Oberscharführers als Fürsorgereferent bei der „SA der NSDAP, Brigade 43, Thüringen Mitte, Rudolstadt“. Lebte 1941 in Rudolstadt. Auf Verfügung des Ersten Bürgermeister Friedrich Schünzel (SPD, 1946 SED) wurde sein Ruhestandsgehalt wegen NSDAP – Mitgliedschaft vom September 1946 an nicht mehr ausgezahlt.

³⁰² Hahn, Annerose/Stascheit, Marion 1995, a.a.O., S. 18 ff.

disziplinieren lassen, und daß es klüger ist, die Mehrzahl der Studenten auf seiner Seite zu wissen“. Aktivitäten der „schlagenden Verbindungen“ führten auch zu Reibereien mit dem Stadtrat. Allerdings verfehlten „Ausweisungen vom Studium und Polizeistrafen, z.B. Gefängnis, Festungshaft oder hohe Geldstrafen“ ihre Wirkung nicht.

Nach dem entschiedenen Einschreiten des zuständigen Thüringischen Wirtschaftsministeriums beruhigten sich die Gemüter nur langsam. Am Technikum bildete sich am 25. Mai 1925 ein „Allgemeiner Studentenausschuss (ASTA)“ mit dem Zweck, „die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Studierenden zu wahren, sich gegenseitig zu unterstützen, um so jedem einzelnen durch Zusammenschluss zu einer Einheit die Durchführung seines Studiums in der heutigen schweren Zeit möglichst zu erleichtern“.³⁰³

Der „ASTA“ trat die Nachfolge der „Allgemeinen Technikerschaft“ an. Laut Statut waren dem „ASTA“ alle politischen und religiösen Angelegenheiten entzogen. Dem „ASTA“ angegliedert waren eine Wirtschaftsabteilung und die Studentenhilfe. Letztere war auf Initiative von Prof. Huppert entstanden, der ihr Räume im neuen Gebäude „Weintraube“ einräumte. Ziel war, minderbemittelte Studierende kostengünstig mit Speisen zu versorgen. Hieraus entstand in den 30er Jahren die Mensa der „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“.

Zögerlich reagierten die Verbindungen auf die Weisung des Direktors, ihre Namen zu ändern. Der Alt-Herren-Verband der Thuringia beschloss erst auf der Jahreshauptversammlung im Juli 1927 die Namensänderung in „Alt-Herren-Verband der Burschenschaft Thuringia e.V.“.³⁰⁴ In der im Jahre zuvor verabschiedeten Satzung wurde jedoch eindeutig vermerkt, dass „Radikale Elemente, die mit ihren Handlungen und Überzeugungen schädlich auf das Corporationsleben wirken“, nicht aufgenommen werden.

4.4 „Moralisch ungeeignet“ zur Leitung des Technikums – Prof. Huppert und seine Dozenten

Mit der Neufassung des Vertrages zwischen Prof. Huppert und der Stadt Frankenhausen im März 1922 war auch das Regulativ für das Kuratorium des „Kyffhäuser-Technikums“ geändert worden. Auf Wunsch von Prof. Huppert, verzichteten Bürgermeister und Stadtrat im Namen des Kuratoriums, auf die ihnen zukommende Anhörung des Direktors bei Einstellung und Entlassung von Dozenten.³⁰⁵ Sie beraubten sich damit freiwillig jeder zukünftigen Einflussnahme auf die Auswahl der Dozenten durch den Direktor des Technikums. Für den Direktor fielen auf diese Art fast alle Hindernisse, die ihn im Umgang mit seinen Angestellten Einschränkungen auferlegt hatten. Die Erreichung dieses Zieles schien ihm so wichtig, dass er mit aller Hartnäckigkeit die Vertragsverhandlungen führte. Begründet werden kann sein Verhalten mit dem gespaltenen Verhältnis, dass er zu seinen Dozenten und Angestellten hatte. Aus dem Zeitraum vor dem Ersten Weltkrieg waren keine aussagekräftigen Unterlagen über die Beziehungen von Prof. Huppert zu seinen Mitarbeitern aufzufinden gewesen. Insbesondere nicht über gestörte Beziehungsverhältnisse bis hin zu handfesten juristischen Auseinandersetzungen. Erst während des Krieges offenbarte sich ein Zerwürfnis mit einem der Dozenten, dem Dipl.-Ing. Hermann Lings.³⁰⁶ Unter Berücksichtigung der sich mit Beginn des Krieges verschlechternden Finanzsituation des Technikums, hatte er dem zum Militär eingezogenen Dozenten das Gehalt gekürzt. Nachdem seine an das Ministerium Rudolstadt gerichtete Beschwerde auf den Rechtsweg verwiesen wurde und er an der Front fiel, wiederholte seine Witwe die Klage. Sie beschuldigte den Technikumsdirektor 1916, ihrem Mann gegenüber eine „ungerechte Sache“ verfolgt zu haben. Der Fortgang des Krieges

³⁰³ Hendrichs 1929, a.a.O., S. 9. Desgl. Taschenbuch für die Studierenden 1929, a.a.O., S. 13-19, Statuten des ASTA aus dem Jahre 1929.

³⁰⁴ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Amtsgericht Frankenhausen Nr. 32, a.a.O., Blatt 4 und 11.

³⁰⁵ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5223, a.a.O., Blatt 4-8.

³⁰⁶ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 143-144.

ließ die Angelegenheit verblassen. Die rechtfertigende Stellungnahme des Direktors genügte dem Ministerium, die vermeintlich „ungerechte Sache“ nicht weiter zu verfolgen.

1920 zeigte es sich dann, dass es mit den Beziehungen von Prof. Huppert zur Mehrheit seiner Dozenten nicht zum Besten stand. Im Juni 1920 reichte der Dozent, Ing. Paul Seifert³⁰⁷, eine „Denkschrift das Technikum betreffend“ an den Abgeordneten der Gebietsvertretung Rudolstadt und zeitweiligen kommissarischen Bürgermeister von Frankenhausen, Ernst Otto, ein.³⁰⁸ Er sah den Studienbetrieb am Technikum durch „ständige Verhandlungen über Besoldung“ der Dozenten beeinträchtigt. Auf Dozenten und Studierende gleichermaßen bezogen, warf er dem Direktor vor, „mit lebenden Menschen ein Geschäft“ zu machen. Einen Ausweg sah er in der Verstaatlichung der Lehranstalt.

Im April 1921 wurde der Gebietsregierung Rudolstadt eine Beschwerdeschrift des Dozenten Gustav Lenkeit³⁰⁹, der seine Stelle erst zum 1. Januar des Jahres angetreten hatte, zugestellt.³¹⁰ Sein Lehrgebiet, Eisenhoch- und Brückenbau, war der Umstrukturierung der Fachabteilungen nach dem Kriege zum Opfer gefallen. Seine Beschwerde hatte er ausdrücklich während der Vorbereitungen zum 25jährigen Bestehen der Lehranstalt eingereicht. Er warf Prof. Huppert eine übertriebene Sparsamkeit vor, die zu einer Unterbezahlung der Lehrer, aber auch zur Einstellung unerfahrener Dozenten führe. Viele Fachlehrer seien gezwungen, ihre Besoldung durch Privatunterricht aufzubessern. Einige würden so schlecht besoldet, dass sie an Unterernährung leiden würden. Er verwies vor allem auf einen Mangel an Diplom-Ingenieuren unter den Dozenten hin, der sogar dazu führe, dass Frau Huppert Unterrichtsstunden abhielte, was „bedauerlicherweise“ zur „Belustigung“ der Studierenden beitragen würde. Auch er sah in der Verstaatlichung die einzige Möglichkeit, die Missstände zu beseitigen:

„Um die Missstände zu beseitigen, würde eine Verstaatlichung der Privatanstalt notwendig sein, da damit die Sorgen der Lehrer aufhören und sich auch Spezialisten mit genügender Praxis nach bestandener Diplomhauptprüfung (Dipl.-Ing.) bereit finden würden, im Lehramt eine Lebensbetätigung zu suchen, so daß nicht wie jetzt bisweilen, Ingenieure, die gerade an der Hochschule oder gar an einer technischen Mittelschule ihre Abschlussprüfung bestanden haben, als Fachlehrer der Privatschule verpflichtet zu werden brauchen.

Einer ev. Verstaatlichung würde Herr Prof. Huppert sicher entgegentreten, weil dann der große Unternehmervorgewinn fortfallen, seine Macht, die er als Arbeitgeber auf die Lehrer sich anmaßt, beseitigt werden würden. Dem gegenüber stände eine ruhige und praktische Durchbildung der Schüler, der Zweck der Aufsicht durch die staatlich angestellten Lehrer, die, der Nahrungssorgen enthoben, sich - in ständiger Verbindung mit der Industrie - auf Fortschritte dem Unterricht dienstbar machen könnte.“

Der Vorwurf der Unterbezahlung wurde von der Gebietsregierung Rudolstadt ernst genommen. Anfang Juni 1921 teilte Landrat Reinbrecht der Gebietsregierung mit, dass entsprechend der Thüringer Besoldungsordnung gezahlt würde, womit die „wichtigsten Missstände“ beseitigt sein dürften. Allerdings hielt er dem gesamten Technikum zugute: „Im übrigen muss doch auch anerkannt werden, dass die jungen Leute auf dem Technikum etwas Tüchtiges lernen und auch der Ton unter ihnen ein guter ist“. Den ersten Teil der Aussage bestritt außer den Klage führenden Lehrkräften niemand, der zweite Teil ist bereits widerlegt worden.

Umfassend beraten wurden die von den Dozenten angesprochenen „Missstände“ erstmals auf der von Ministerialdirektor Dr. Rauch geleiteten „Gemeinschaftssitzung“ aller Beteiligten am 28. Juli 1921.³¹¹ Im Namen von Stadtverwaltung und Stadtrat erklärte Bürgermeister F.

³⁰⁷ Ebenda, Blatt 279-280. Dipl.-Ing. Paul Seifert hatte seine Stelle am Technikum am 1. April 1919 angetreten.

³⁰⁸ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5223, a.a.O., Blatt 3-7.

³⁰⁹ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 279-280. G. Lenkeit hatte an der Technischen Hochschule Danzig studiert und war Dipl.- Bauingenieur.

³¹⁰ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 299-300.

³¹¹ StadtA Bad F, 1/II A - 199, a.a.O., o. F.

Schünzel, es sei notwendig, den Dozenten eine „auskömmliche Bezahlung“ zu gewähren. Vor allem sei ein schneller Wechsel der Dozentenschaft „zu unterbinden“ und auf Kontinuität bei den Fachlehrern zu setzen. Mit Blick auf den Direktor, die Dozenten und die Studierenden betonte er, „die Wahl der Allgemeinheit ist über die Wahl des eigenen Ichs zu stellen“. Abschließend und im Rückblick auf die Denkschrift von Dozent P. Seifert warb der nunmehrige Staatsrat Ernst Otto beim Thüringischen Wirtschaftsministerium für die Verstaatlichung.

Im Februar 1922 erreichte den thüringischen Minister für Volksbildung, Minister Greil, ein Schreiben des Abgeordneten des Preußischen Landtages, Abgeordneter Kleinspehn aus Nordhausen.³¹² Er unterrichtete den Minister über ihm von Dozenten des Frankenhäuser Technikums zugetragene Klagen. Geklagt wurde vor allem über die in immer kürzeren Zeitabständen erfolgende Einstellung und Entlassung von Fachlehrern. Dabei kam er zu der Einschätzung, „durch die sehr große Fluktuation der Lehrer scheint sich auch zu bewahrheiten, dass der Direktor alles andere ist, wie ein gerecht und sozial empfindender Mensch, auch nur durchschnittlicher Art.“ Vom Ministerium beauftragt, beantwortete der kommissarische I. Bürgermeister Staatsrat E. Otto die Anfrage: „Prof. Huppert ist ein tüchtiger und fleißiger Mann, seine Frau ist mit am Technikum als Lehrerin tätig, aber er besitzt die Eigenschaft, allzu viel an sich zu denken. Der fortgesetzte Lehrerwechsel ist ein großes Übel.“ In guter Kenntnis der Verhältnisse am Technikum musste er einräumen, dass die Leistungen der Studierenden zurückgegangen waren. Dieser Zustand war auch nicht mehr zu verheimlichen, weil Regierungskommissar Möhrenschrager sich in schriftlicher Form unzufrieden über die Prüfungsergebnisse geäußert hatte. Allerdings wies er einige Klagepunkte des Dozenten Ing. R. Schmidt zurück und übermittelte seine Sichtweise auch dem Wirtschaftsministerium.³¹³ Nicht zurückgewiesen werden konnten jedoch die Tatsachen, dass 10 von 14 Dozenten entlassen worden waren oder freiwillig das Technikum verließen, weil Prof. Huppert die vorgegebenen Gehaltsgruppen zu umgehen suchte.

Wesentlich schärfer wurden die Formulierungen des Dozenten Carl Ladewig³¹⁴, der sich im Zuge des von E. Zander im Juli 1923 organisierten Studierendenstreiks als „Obmann der Dozentenschaft“ an das Thüringische Wirtschaftsministerium wandte.³¹⁵ Nach seiner Meinung hatte Prof. Huppert mit dem Ausschluss der drei Vorsitzenden der „Allgemeinen Technikerschaft“ die Lage verschärft. Lehrsäle seien verschlossen und Dozenten ausgesperrt worden. Gegenüber Dozenten wie Studierenden betriebe der Direktor ein „Spitzeltum“, um an Informationen zu kommen, die sich auf seine Person bezogen. Um Ersatz für unliebsame Dozenten zu finden, würde er in Fachzeitschriften annoncieren. Seine gesamten Vorwürfe ließ er in den Ausspruch münden:

„Da Prof. Huppert sich moralisch für ungeeignet zur Leitung der unter Staatsaufsicht stehenden öffentlichen Lehranstalt erwiesen hat, ist ihm persönlich die Konzession zur Weiterführung der Anstalt zu entziehen.“

Daraufhin kam es am 17. Juli 1923 zu der bekannten Verhandlung in Weimar, bei der Prof. Huppert sich weigerte mit den Dozenten, darunter Ing. Ladewig, in einem Raum zu sitzen.³¹⁶ Einige Dozenten wie Dr. Grundmann und Dipl.-Ing. R. Schmidt³¹⁷ sympathisierten offen mit den opponierenden Studierenden. Durch einen Aushang am Schwarzen Brett warben sie um Studierende, die Willens waren, dass Technikum mit ihnen zu verlassen, um in Zerbst eine

³¹² ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5219, a.a.O., Blatt 128 ff.

³¹³ Ebenda, Blatt 133-134.

³¹⁴ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 279-280. Marine-Ingenieur Carl Ladewig wirkte seit Oktober 1920 am Technikum. Er war zuvor und während des Ersten Weltkrieges Lehrer an der Unterseebootschule.

³¹⁵ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5229, a.a.O., Blatt 14, 16 und 28.

³¹⁶ Ebenda, Blatt 34 ff.

³¹⁷ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 279-280. Ing. R. Schmidt war seit dem 1. Oktober 1921 Dozent am Technikum.

neue Lehranstalt zu gründen.³¹⁸ Die grundlegenden Fachabteilungen sollten ausgerechnet in Prof. Hupperts Vorzeigefachrichtungen Flugzeug- und Landmaschinenbau bestehen. Wie vom Wirtschaftsministerium gefordert, unterrichtete er diese Stelle über die anhaltenden „Schwierigkeiten“ am Technikum, denn inzwischen war ein Teil der Studierenden zusammen mit den Dozenten „geschlossen nach Zerbst ausgezogen“. Aus Opposition gegen die Entscheidung des Ministeriums, den Vorsitz der „Allgemeinen Technikerschaft“ in Thüringen vom Besuch eines Technikums auszuschließen, entschieden sich die Abwanderer nicht für den Gang an eine thüringische Lehranstalt. Das Ministerium von Staats- und Wirtschaftsminister Frölich reagierte auch diesmal. Im Auftrag des Ministeriums setzte sich Regierungsrat Guyet mit dem Staatsministerium Anhalt, Regierungspräsidenten Mühlenbein in Dessau in Verbindung und bat um einschreitende Maßnahmen:

„Das Ministerium steht der Errichtung des Technikums in Zerbst natürlich an sich gleichgültig gegenüber. Die Hauptsache für uns ist, dass in Frankenhausen durch den Abzug der unruhigen Elemente wieder erträgliche Verhältnisse geschaffen werden. Natürlich aber würde es auf die Besucher der thüringischen technischen Lehranstalten einen für uns erwünschten Eindruck machen, wenn der Abzug nach Zerbst durch Verhinderung der Gründung des Technikums dort auf Schwierigkeiten stoßen würde.“³¹⁹

Seiner Bitte wurde Folge geleistet. Der Magistrat der Stadt Zerbst, der sich bereits über die Ansiedlung eines Technikums gefreut hatte, wurde beschieden, dass die Staatsregierung die „schärfsten Bedingungen“ bei der Errichtung stellen würde und „die Sache aussichtslos sei“. Vor allem die linksgerichteten Parteien im Stadtrat lehnten den Zuzug der Studierenden zusätzlich ab.

Diese Maßnahme des Thüringischen Wirtschaftsministeriums zeigte erhebliche Wirkung. Die zurückgebliebenen Studierenden nahmen den Studienbetrieb wieder auf. Prof. Huppert, der sich durch die erwiesene Unterstützung des Ministeriums gestärkt fühlte, kündigte allen Lehrern, die sich während der Auseinandersetzungen mit den Studierenden gegen ihn gestellt hatten. Gegenüber dem Staatsministerium Anhalt versuchte Regierungsrat Guyet die Ursachen für die Widerstände gegen Prof. Huppert zu erklären:

„Die ganzen Vorgänge haben ihren eigentlichen Grund darin, dass die Technikerschaft seit einiger Zeit gegen Herrn Prof. Huppert, dem Leiter des Technikums stark eingenommen ist, und zwar aus Gründen, die unserer Ansicht nach zum großen Teil in seiner Person die Ursache haben. Huppert leitet zweifellos das Technikum mit großen Geschick und der Unterricht, der von ihm erteilt wird, wird allgemein als gut anerkannt. Huppert hat es auch verstanden, im Laufe der Zeit sich, zum Teil unter erheblichen Aufwendungen, zum großen Teil durch Schenkungen früherer Technikumsbesucher und interessierter Firmen, ein reiches Lehrmaterial am Technikum zu schaffen – Flugzeuge, Lokomobilen, Motoren usw. Huppert ist aber auch zweifellos ein sehr tüchtiger Geschäftsmann, der es versteht, bei der Führung seiner Geschäfte seine eigenen Vorteile nicht zu vergessen.

Das wird ihm von seinen Studierenden verdacht. Wie Ihnen ja wahrscheinlich von Köthen her bekannt ist, ist an den meisten Techniken in Deutschland eine scharf antisemitische Stimmung der Studierenden bemerkbar, die sich wenigstens bei uns in Thüringen durch sehr unliebsame Reibungen mit anders denkenden Kreisen, insbesondere mit der Arbeiterschaft, bemerkbar gemacht hat. Dadurch ist in allen Städten, in denen sich Techniken befinden, eine recht erhebliche Spannung politischer Art eingetreten.

Diese Strömung hat sich nun in Frankenhausen auch gegen Prof. Huppert, der ebenso wie seine Frau, Jude ist, gerichtet und dabei zu recht unliebsamen Szenen geführt.

Die Lehrerschaft des Technikums hat von Anfang an Huppert gegenüber eine sehr feindliche Haltung eingenommen, da offenbar Huppert in der Bezahlung seiner Lehrkräfte ziemlich knauserig war. Nur einer seiner Lehrer, allerdings der tüchtigste und für mich seinem ganzen Eindruck nach der sympathischste, hat zu seinem Direktor gehalten. Die anderen haben die

³¹⁸ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5229, a.a.O., Blatt 55 ff. und 60.

³¹⁹ Ebenda, Blatt 61-63.

Partei der Schüler ergriffen und dabei Huppert rechte Ungelegenheiten gemacht. Das fand schließlich seinen Ausdruck darin, dass sie es ablehnten, über die Ausweisung der drei jetzt ausgewiesenen Techniker in der dafür zuständigen Lehrerkonferenz Beschluss zu fassen und zwar unter Vorgabe formaler, ziemlich nichtiger Gründe. Huppert hat nun seinen sämtlichen Lehrern zum 1. Oktober gekündigt; die Kündigung ist vom Schlichtungsausschuss auch bestätigt worden. Die Herren sind darüber natürlich sehr ungehalten und haben sich bemüht, die Kündigung rückgängig zu machen. Huppert will aber mit ihnen nichts mehr zu tun haben und ist bei der Kündigung geblieben.“³²⁰

Der erwähnte, einzige zum Direktor stehende Dozent, war H. Kromer gewesen. Aus Protest gegen das Verhalten von Studierenden wie das seiner Dozentenkollegen hatte er seinen Vertrag am Technikum selbst gelöst. Von Prof. Huppert wurde er jedoch wieder auf seine Stelle als Leiter der Luftfahrzeugbauabteilung berufen. Hugo Kromer, der bereits 1909 sein erstes Patent im Bereich des Luftfahrzeugbaues ausgestellt bekam, hatte 1919 die Aufgabe übernommen, die Luftfahrzeugabteilung am Technikum völlig neu zu strukturieren. Gleich seinem Direktor in Hinsicht auf das gesamte Technikum, nahm er für sich in Anspruch, diese Abteilung „begründet“ zu haben.³²¹ Seine Forderungen an den Direktor und Arbeitgeber bestanden nicht in Gehaltsforderungen, sondern waren rein fachlicher Natur. Er drängte Prof. Huppert, die Luftfahrzeugbauabteilung besser auszustatten und sich bei den städtischen Behörden für die Anlegung eines Flugplatzes einzusetzen. Der Professor sträubte sich gegen diese Forderungen und reklamierte die Luftfahrzeugabteilung für sich. Nach achtjähriger Wirkungszeit entließ Prof. Huppert schließlich 1927 seinen treuesten Mitarbeiter, der sich zu keiner Zeit gegen ihn gestellt hatte, aus fachlicher Missgunst.³²² Selbst nach seiner Entlassung beteiligte er sich nicht an den offenen und geheimen Machenschaften der anderen Dozenten gegen seinen ehemaligen Arbeitgeber. Er bedauerte lediglich, dass auch er den Professor von der „traurigen Seite“ kennen lernen musste. Bei den Studierenden löste die Entlassung Proteste aus, weil Dozent Kromer bei ihnen inzwischen als loyaler und fachlich kompetenter Ingenieur anerkannt war. Prof. Huppert hatte ihm eine allseits beachtete Luftfahrzeugabteilung zu verdanken, die in den 30er Jahren zum Aushängeschild des Technikums und schließlich einer der Hauptgründe für die Schließung 1946 wurde.

Einer der Dozenten, der zum 1. Oktober 1923 von Prof. Huppert gekündigt wurde, war der bereits erwähnte Ing. Erich Rummel.³²³ Nach seiner offenkundigen Beteiligung an den Vorkommnissen 1921 und seinem freiwilligen Ausscheiden, war er 1922 wieder eingestellt worden. Auch nach diesem unfreiwilligen Ausscheiden kehrte er unter dem Direktorat von Prof. Huppert von 1927 bis 1928 noch einmal zurück. Der Professor, der ihm schon 1921, allerdings schon zum 26. Mai, ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt hatte, tat dieses auch 1928. Noch 1940, nach seiner letztmaligen Dozententätigkeit am Technikum von 1938 bis März 1940, bewarb er sich mit denen von Prof. Huppert einst ausgestellten und unterzeichneten Zeugnissen. Neben Hermann Schwarzer gehörte Erich Rummel zu den wenigen Dozenten, die wiederholt am Technikum eine Anstellung fanden.

Sein Verhalten, neuen Dozenten keine langfristigen und gut dotierten Verträge anzubieten, konnte oder wollte Prof. Huppert bis zum Ablauf seiner Konzession zum 31. März 1931 nicht ablegen. Im April 1926 hatte der neue Staatskommissar Probst, der schon zu Monarchiezeiten als solcher für das „Thüringische Technikum Ilmenau“ fungiert hatte, dass „Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen“ in näheren Augenschein genommen.³²⁴ Er verlangte, „zur Vermeidung häufigen Lehrerwechsels“, die Einrichtung einer Pensionskasse in

³²⁰ Ebenda, Blatt 61 f.

³²¹ StadtA BadF, 1/VI-78: Bewerbungen als Leiter des Kyffhäuser-Technikum 1930. o. F. Schreiben H. Kromers an Ing. Haarmann vom 13. Mai 1928 und vom 16. Februar und 17. Mai 1931 an Ersten Bürgermeister Dr. Bleckmann.

³²² ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5227: Die Lehrer am Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen 1930-1936, Blatt 75 ff.

³²³ StadtA BadF, 1/VI-1J-10.12, a.a.O., Personalakte o. F.

³²⁴ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5227, a.a.O., Blatt 235.

ähnlicherweise, wie sie am Technikum Ilmenau bereits existierte. Eine Pensionskasse hatte Direktor Huppert am Technikum bisher nicht in Erwägung gezogen und wollte es auch weiterhin nicht.

Ein Blick auf das Technikum Ilmenau wie auch das Technikum Mittweida ermöglicht auch eine, zumindest vergleichsweise Einordnung von Prof. Hupperts Umgang mit seinen Dozenten. Am Technikum Ilmenau verfügten die Dozenten zwar über eine Pensionskasse, vorteilhaft war sie allerdings nur für die altgedienten Fachlehrer. Hinsichtlich junger, neu eingestellter Fachlehrer agierte Prof. Georg Schmidt gleich anderen Unternehmern.³²⁵ Sie erhielten lediglich Verträge für ein Semester und konnten nur bleiben, wenn für das nächste Semester genügend Anmeldungen von Studierenden vorlagen. Umso mehr Studierende an das Technikum strömten, umso höher die Einnahmen des Direktors. Reichten die Einnahmen nicht aus, wurde der Vertrag nicht verlängert. Manch junger Dozent kündigte angesichts der als „Kettenkündigungen“ bezeichneten Verfahrensweise des Direktors gleich selbst.

Am ältesten deutschen Technikum, dem Technikum Mittweida, pflegte der Direktor³²⁶, Prof. Alfred Udo Holz, ein außergewöhnlich gutes Verhältnis zu seinen Dozenten und gleichzeitigen Angestellten.³²⁷ Prof. Holz hatte bereits 1896 auf eine „mehrjährige unterschwellige Kritik“ reagiert und für seine Fachlehrer eine Gehaltsskala eingeführt, die für tüchtige Lehrkräfte einen finanziellen Anreiz darstellte. In Krisenzeiten wie dem Ersten Weltkrieg bemühte er sich um die Unterbringung überhängender Lehrkräfte an den Städtischen Schulen in Mittweida und wendete erhebliche Eigenmittel auf, um die Not seiner Mitarbeiter abzufedern. Er galt bei Auseinandersetzungen als nicht nachtragend. Bereits 1900 vermerkte ein Revisionsbericht an das Königliche Ministerium in Dresden über Prof. Holz: „Holz ist ein ruhiger Mann, der den an Unternehmern solcher Privatschulen zu weilen bemerkbaren Geschäftsgeist nur im guten Sinne besitzen soll. Seine Lehrer scheinen ihn zu verehren.“³²⁸ Dennoch führte er gegenüber seinen Mitarbeitern einen straffen Leitungsstil.³²⁹

Ab April 1893 erhielten neu eingestellte Lehrer einen gedruckten Kontrakt und zusätzlich ein „Dienstreglement für die Lehrer des Technikum Mittweida“ ausgehändigt. Dieses Dienstreglement scheint Prof. Huppert zum Vorbild für die von ihm ab 1. April 1922 aufgestellten und angewendeten Anstellungsbedingungen genommen zu haben.³³⁰ Sie traten ganze zwei Wochen nach Bestätigung des neuen Vertrages von Direktor Huppert am 17. März des Jahres und der Abänderung des Regulativs in Kraft. Einführung und Anwendung eines Dienstreglements dürfte für Prof. Huppert auf dem Vorbild der Mitglieder des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ beruht haben. Der Verband hatte das „Kyffhäuser-Technikum Frankenhausen“ nach dem Weltkrieg aufgenommen. Seiher berief sich Frankenhausens Technikumsdirektor häufig auf Entscheidungen des Verbandes, um seine eigenen Handlungen zu rechtfertigen.

Es muss abschließend festgehalten werden, dass es Prof. Huppert zu keinem Zeitpunkt vom Ende des Weltkrieges bis zum Auslaufen seines Vertrages 1931 schaffte, ein ungetrübtes Verhältnis zu seinen Dozenten und Angestellten aufzubauen. Von Ausnahmen wie den Dozenten Hugo Kromer oder Hermann Schwarzer abgesehen, stellte sich die Mehrheit von ihnen, besonders in Streitfällen mit Studierenden, grundsätzlich gegen ihn.

³²⁵ Jacobs 1994, a.a.O., S. 77.

³²⁶ Direktor des Technikum Mittweida von 1891 bis 1936.

³²⁷ Hahn, Annerose/Stascheit, Marion: Alfred Udo Holz – ein Leben für das Technikum Mittweida, in: Alfred Udo Holz – Direktor des Technikums Mittweida 1995, a.a.O., S. 12-16.

³²⁸ Ebenda, S. 15.

³²⁹ Ebenda, S. 13.

³³⁰ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220: Kyffhäuser-Technikum (Leitung Huppert) Bad Frankenhausen 1927-1931, Blatt 325-326.

4.5 „Frankenhausen kann auch eine Schulstadt werden“ – Die Entwicklung des „Kyffhäuser – Technikums“ in den 20er Jahren

Nach Ende des Ersten Weltkrieges befand sich Frankenhausen nach wie vor in einer wirtschaftlichen Krise. Der Kur- und Badebetrieb kam nur äußerst langsam wieder in Schwung. Solbad Frankenhausen war kein mondänes Bad. Hierher kamen vor allem die weniger begüterten Kurpatienten. Die Knopfindustrie, die vordergründig Perlmutter verarbeitete, das importiert werden musste, litt unter einem Rohmaterialmangel.³³¹ Zahlreiche Knopfmacher waren ohne eine feste Beschäftigung. Viele Einwohner trugen durch Landwirtschaft im Nebenerwerb zum Familienunterhalt bei. Umso größer waren die Hoffnungen, die sich mit der Entwicklung des „Kyffhäuser – Technikums“ verbanden. Ein in der „Frankenhäuser Zeitung“ 1919 veröffentlichter Artikel fasste diese Hoffnungen zutreffend zusammen: „Unser Städtchen ist eine Badestadt, eine Industriestadt und eine Bauernstadt und kann auch eine Schulstadt werden.“³³² Die Hoffnung, eine Schulstadt zu werden, sollten sich durch die Anstrengungen des „Kyffhäuser – Technikums“ vollauf erfüllen.

Dem von Prof. Huppert 1919 verpflichteten Ing. Hugo Kromer gelang es innerhalb weniger Wochen, aus der „Flugzeugkonstruktionslehre“ die neu konzipierte „Luftfahrzeugbauabteilung“ zu bilden.³³³ Am 18. August 1919 genehmigte das Staatsministerium, Abteilung Inneres, Lehrplan und Programme der neuen Abteilung.³³⁴ Die Bestätigung der Prüfungsordnung folgte im Februar 1920.³³⁵ Im Gegensatz zu den anderen Abteilungen besaß dieses von Beginn an eine Sonderrolle, indem es bis 1927 als selbständig organisiertes Institut existierte. Institutsleiter war bis zu seinem unfreiwilligen Ausscheiden Ing. Kromer. Waren im Wintersemester 1919/20 insgesamt 22 Studierende eingeschrieben, vervierfachte sich deren Zahl fast bis zum Sommersemester 1921 auf 83 Studierende.³³⁶ Prof. Huppert und sein Institutsleiter betrachteten die Ausbildung „tüchtiger technischer Hilfskräfte“ als einen wichtigen Beitrag für den „technischen Wiederaufbau“ nach den harten Friedensbedingungen für Deutschland. Das Wort „Hilfskräfte“ macht allerdings die unterschiedlichen Ansichten zwischen Prof. Huppert und Ing. Kromer hinsichtlich des Studienabschlusses sichtbar. Während es Ing. Kromer um die Ausbildung von Ingenieuren ging, war sein Direktor in seinen Vorkriegsansichten haften geblieben. Ihm ging es lediglich um eine Ergänzung des Maschinenbaustudiums. Dem Aufbau eines eigenständigen Studienganges „Luftfahrzeugbau“ stand er skeptisch gegenüber. Seine Vorstellungen gingen nicht über die Vermittlung grundsätzlicher Kenntnisse im Flugzeugbau hinaus. Zum Teil gegen den Widerstand seines Arbeitgebers musste Ing. Kromer den intensiven Ausbau betreiben. Im neuen, umgebauten Lehrgebäude „Gasthaus Weintraube“ wurde eine Werkstatt zum Bau von kleinen, zumeist Segelflugzeugen eingerichtet. Die umliegenden Hanglagen mit ihren optimalen Windströmungen ermöglichten den Studierenden, ihre selbst gefertigten Segelflugzeuge zu testen.

1922 begründete Ing. Kromer zusammen mit interessierten Studierenden des Instituts die „Flugwissenschaftliche Vereinigung e.V. (Bad)“³³⁷ Frankenhausen.“³³⁸ Zielsetzung der Vereinigung war die Mitwirkung „am Wiederaufbau der deutschen Luftfahrt und an der

³³¹ Hahnemann 1999, a.a.O., S. 23.

³³² Frankenhäuser Zeitung, Nr., vom 19.04. 1919.

³³³ StadtA BadF, 1/VI-78, a.a.O., Schreiben H. Kromers an Ing. Haarmann vom 13.Mai 1928 und vom 16.Februar und 17.Mai 1931 an Ersten Bürgermeister Dr. Bleckmann.

³³⁴ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 177-178 und 183-185.

³³⁵ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5219, a.a.O., Blatt 113. Die Bestätigung erfolgte am 13.Februar 1920, der Nachtrag wurde am 6.Februar 1922 genehmigt.

³³⁶ Huppert 1921, a.a.O., S. 6-7.

³³⁷ Der Namenszusatz „Bad“ wurde erst nach April 1927 beigelegt.

³³⁸ StadtA BadF, 1/VI-78, a.a.O., Schreiben H. Kromers an Ing. Haarmann vom 13.Mai 1928 und vom 16.Februar und 17.Mai 1931 an Ersten Bürgermeister Dr. Bleckmann.

Taschenbuch für die Studierenden 1929, a.a.O., S. 23 f.

Erforschung des Segelfluges“. Hauptzweck war die Sammlung von Geldern, um eigene Motor- und Segelflugzeuge konstruieren und bauen zu können. An der geringen finanziellen Ausstattung scheiterte Mitte der 20er Jahre schließlich der erste Versuch, eine derartige Vereinigung am Leben zu erhalten. Wieder belebt wurde die Vereinigung erst nach Ing. Kromers Ausscheiden 1927.³³⁹ Den Vorsitz führte dann sein Nachfolger als Fachlehrer für „Luftfahrzeugbau“, Dipl.-Ing. Karl Haarmann (geb. 1897, Sterbejahr und –ort unbekannt)³⁴⁰. Der Technikumsdirektor zeigte anfangs nur wenig Interesse an der Vereinigung. Nachdem er Ing. Kromer entlassen hatte, gliederte sich die Vereinigung näher an die „Luftfahrzeugbauabteilung“ an, dass sich nun auch im Namen ausdrückte: „Flugwissenschaftliche Vereinigung am Kyffhäuser-Technikum e.V.“ und in der Satzung verankert wurde. Bei einigen Vereinsmitgliedern aus Studierendenkreisen löste dieses Protest aus und sie verließen die Vereinigung.

Insgesamt erlebte das Flugwesen durch die Initiativen am Technikum eine ungeahnte Begeisterung auch innerhalb der städtischen Bevölkerung. Bürgermeister Dr. Karl Bleckmann (geb. 1892, Sterbejahr und –ort unbekannt)³⁴¹ erreichten zahlreiche Denkschriften, in denen Vorschläge über die Anlage eines Flugplatzes unterbreitet wurden. Daran beteiligte sich auch Ing. Kromer, der hierin keine Unterstützung bei Prof. Huppert fand. Erst nach Kromers Ausscheiden griff er die Flugplatzfrage aus Sicht des Technikums auf und wendete sich nun selbst direkt an den Bürgermeister, ohne jedoch Gehör zu finden.

Die Absolventen der Luftfahrzeugbauabteilung fanden Anstellung in den führenden Flugzeugfabriken Deutschlands. Ing. Kromer war es gelungen, intensive Kontakte zu den „Junkers-Werken“ in Dessau zu knüpfen. Prof. Huppert bediente sich für Werbezwecke in den Studienprogrammen oftmals der Erfolge gerade dieser Abteilung, allerdings ohne jemals auf Ing. Kromer oder seinen Nachfolger, Dipl.-Ing. Haarmann, namentlich einzugehen.³⁴² Die in Frankenhausen erzielten Leistungen fanden durchaus Beachtung. Nach dem Besuch der Internationalen Luftfahrtausstellung („Ila“) 1928 schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“: „Auch unsere technischen Hochschulen, besonders Aachen und Stuttgart und das Technikum Frankenhausen leisten höchst lobenswerte Forschungsarbeit“.³⁴³ 1926 wurden Luftfahrzeug- und Kraftfahrzeugbau zu einer Fachabteilung zusammengeführt. Der Kraftfahrzeugbau war 1909 erstmals im Lehrprogramm erwähnt worden, ohne allerdings zu größerer Bedeutung zu gelangen. Die Fachabteilung hat durchaus dazu beigetragen, das Renommee des Technikums spürbar anzuheben. Hier zeigte das Frankenhäuser Technikum seine Vorbildwirkung auf andere Technika wie Ilmenau oder Altenburg/Weimar, die erst in den 20er Jahren mit dem Aufbau ähnlicher, aber längst nicht so erfolgreicher Fachabteilungen begannen.³⁴⁴

Prof. Huppert, der nach dem Ersten Weltkrieg selbst bedeutend weniger Anteil an der Thematik Flugwesen nahm, widmete sich umso mehr seinem „Zögling“ Landmaschinenbau. Nach intensivsten Bemühungen entsendete das Preußische Landwirtschaftsministerium seit 1921 wieder Lehrer an landwirtschaftlichen Schulen zu Sonderkursen an das Frankenhäuser

³³⁹ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Amtsgericht Bad Frankenhausen Nr. 29: Flugwissenschaftliche Vereinigung Bad Frankenhausen (Kyffh.) 1928-1934, Blatt 1 ff. Beim Amtsgericht (Bad) Frankenhausen wurde die Vereinigung 1928. Die Satzung datierte vom 5. September 1928.

³⁴⁰ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 279 ff.: Dipl.-Ing. Karl Haarmann trat seine Stelle am Technikum am 1. April 1927 in Nachfolge von Ing. Kromer an.

³⁴¹ StadtA BadF, 1/II D-307.1: Personalakte Dr. Karl Bleckmann, Bürgermeister, 1925-1942, Blatt 1 ff. Dr. Bleckmann wurde auf Beschluß des Stadtrates vom 23. Juli 1925 und nach Verpflichtung am 13. August 1925 als Bürgermeister eingesetzt. Offiziell ging seine Wahlzeit vom 8. Juli 1926 bis 12. August 1931. Er schied am 21. August 1931 offiziell aus dem Amt.

³⁴² ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 27 ff. Broschüre (Druck) „Studienprogramm der ersten deutschen Ingenieurschule für Luft- und Kraftfahrzeugbau am Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen am Kyffhäuser“, ca. 1928.

³⁴³ Ebenda, Blatt 8; Broschüre (Druck) „Programm und Lehrpläne Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen am Kyffhäuser, Thüringen“, 17. Auflage, nach 1927.

³⁴⁴ Jacobs 1994, a.a.O., S. 68.

Technikum.³⁴⁵ Im November 1922 befürwortete gar der „Verband der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Thüringens“ die Einrichtung einer Beratungsstelle für landwirtschaftliche Maschinen am Technikum.³⁴⁶ Der Abteilung wurde national wie international hohes Lob gezollt. Geheimer Regierungsrat Dr. G. Fischer, Prof. an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, der die Abteilung im Auftrag des Preußischen Landwirtschaftsministerium besichtigte, sprach sich gegenüber seiner vorgesetzten Behörde „in hohem Maße anerkennend“ aus.³⁴⁷ Auch diese Fachabteilung gehörte nach wie vor zu den Aushängeschildern des Technikums, rückte aber hinter der Fachabteilung Luftfahrzeug- und Kraftfahrzeugbau ins zweite Glied.

In einem Bericht über das Wintersemester 1925/26 wurden erstmals Betriebswirtschaftslehre und Staatsbürgerkunde als neu aufgenommene Fächer erwähnt.³⁴⁸ Auch am Technikum Ilmenau waren diese beiden Fächer 1926 neu ins Lehrprogramm genommen worden.³⁴⁹

Bezüglich der Betriebswirtschaftslehre orientierten sich viele Technika an amerikanischen Vorbildern. Allerdings waren die Technika weit davon entfernt, sich blindlings an in den USA geübten Grundsätzen zu orientieren. In ihrer 1925 erschienen „Denkschrift über das Technische Unterrichtswesen“ erkannten die Mitgliedstechnika des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ zwar die Notwendigkeit an, ihre Absolventen auf betriebswirtschaftlichen Gebiet besser zu schulen, zweifelten aber die stupide Übertragung amerikanischer Verhältnisse auf das Nachkriegsdeutschland an.³⁵⁰

Der gute Besuch des Technikums hielt vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zum Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929 an, um dann leicht abzufallen. Allerdings waren am Frankenhäuser Technikum die Rückgänge in der Zahl der Studierenden keinesfalls so dramatisch wie an den anderen Mitgliedstechnika des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“. Frankenhausen rangierte jetzt in dieser Hinsicht zeitweilig neben Ilmenau und Altenburg/Weimar:

Jahr	Technika:	Frankenhausen ³⁵¹	Ilmenau ³⁵²	Altenburg/Weimar ³⁵³	Mittweida ³⁵⁴
1920		506 (16) ³⁵⁵			
1921			1.087		ca. 1.600
1922		498			
1922/23				634	
1923		526 (120)	1.076		2.142 ³⁵⁶
1925/26		490 (15)			
1926		501 (18)			
1926/27			> 900		
1928/29				377	1.377

³⁴⁵ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5219, a.a.O., Blatt 110. Bericht Prof. Hupperts an das Thüringische Wirtschaftsministerium aus dem Jahre 1922.

³⁴⁶ Ebenda, Blatt 161.

³⁴⁷ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 8.

³⁴⁸ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5219, a.a.O., Blatt 214-217.

³⁴⁹ Jacobs 1994, a.a.O., S. 68 f.

³⁵⁰ Denkschrift 1925, a.a.O., S. 9 f.

³⁵¹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5219, a.a.O., Blatt 122 und 273.

StadtA BadF, 1/VI-78, a.a.O., Namentliche Tabelle aller Studierenden 1930/31.

Hendrichs 1929, a.a.O., S. 10.

³⁵² Jacobs 1994, a.a.O., S. 58.

Rittig 1994, a.a.O., S. 54.

³⁵³ StadtA Weimar, Bestand Ingenieurschule Weimar, 51 0/274, a.a.O., Blatt 1.

³⁵⁴ Hahn, Annerose/Stascheit, Marion 1995, a.a.O., S. 34 und 36.

Vom Technikum zur Hochschule 1992, a.a.O., S. 58 ff.

³⁵⁵ Zahlen in Klammern stehen für den zahlenmäßigen Anteil an Ausländern.

³⁵⁶ Davon waren rund 50% Studierende aus dem Ausland.

1928				1.446
1929	> 450			
1930		751		1.098
1930/31	319	634		
1931	306	327	457 ³⁵⁷ (99)	
1931/32			477	
1932	249	422	515	
1933	< 300	237	505	
1934				371

Auf den Anstieg der Studierenden musste Prof. Huppert mit einer Erweiterung des Fachlehrerkollegiums reagieren. Die Zahl der Lehrkräfte lag in den 20er Jahren zwischen 14 (1925) und 18 (1921) Dozenten.³⁵⁸ Hinzu kamen noch Prof. Huppert und seine Frau, die Mathematikunterricht erteilte. Am Technikum Mittweida waren 1920 vergleichsweise schon 60 Fachlehrer beschäftigt.³⁵⁹

Am 16. Januar 1926 wurde der Direktor des „Kyffhäuser-Technikums“ genau wie seine Kollegen an den anderen thüringischen Technika vom Volksbildungs- und Justizministerium darüber in Kenntnis gesetzt, dass jetzt dieses entgegen dem Inhalt der Privatberufsschulordnung vom 1. Mai 1925 für die Erlaubniserteilung bzw. Konzession zum Betrieb eines Technikums und für die Aufsicht desselben zuständig sei.³⁶⁰ Er wurde aufgefordert, innerhalb von 4 Wochen einen Antrag auf Erteilung zur Erlaubnis des Betriebes und der Leitung des „Kyffhäuser – Technikums“ zu stellen. In seinen Antrag vom 10. Februar 1926 fügte Prof. Huppert die Formulierung „Das Institut besteht seit 1902 in seiner Neuorganisation“ ein. Sein Antragsschreiben hinterlässt den unbedingten Eindruck, als ob ihm daran gelegen war, die Einrichtung des Frankenhäuser Technikums mit seinem Antritt des Direktorats zu verbinden. Die Hürden für die Erlaubnis- bzw. Konzessionserteilung wurden von Seiten des Ministeriums sehr hoch gesetzt. Schon im November 1925 hatte der vom Ministerium beauftragte „Staatskommissar für die maschinen-technischen Lehranstalten“, Staatskommissar Probst, das „Kyffhäuser – Technikum“ einer eingehenden Besichtigung unterzogen. Im April 1926 legte er die Auflagen vor, die für eine Erlaubniserteilung zu erfüllen waren. Kritikwürdig hielt er den „häufigen Lehrerwechsel“, der zu vermeiden sei. Für die enorm gestiegene Studierendenzahl befand er die vorhandenen Lehr- und Unterrichtsgebäude nicht für ausreichend. Das Lehrgebäude „Gasthaus Weintraube“ wurde nur als Teillösung angesehen. Dennoch erhielt Prof. Huppert am 20. November 1926 die Erlaubniserteilung bis auf Widerruf „zum Betrieb und der Leitung der Anstalt sowie zur Unterrichtserteilung“. Allerdings unter Erfüllung einer Auflage. Ein neues Lehrgebäude mit mindestens einem Versuchsraum sollte dem Technikum angegliedert werden. Würde es sich um einen Neubau handeln, sollte dieser bis zum 1. Oktober 1927 errichtet sein. Diese Auflage stellte sowohl den Direktor als auch den Stadtrat vor eine nur schwer lösbare Aufgabe. Bereits kurz nach der Besichtigung durch Staatskommissar Probst hatte Frankenhausens stellvertretender Bürgermeister, Gustav Ibing, das Ministerium gebeten, der Stadt bei der Finanzierung des Technikums mit einem Zuschuss behilflich zu sein.³⁶¹ Das Volksbildungs- und Justizministerium hatte abgelehnt. Frankenhausens Stadtrat

³⁵⁷ Einschließlich von 17 in Begleitung von Prof. Huppert zugewanderter Studierender vom Technikum Frankenhause.

³⁵⁸ ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, a.a.O., Blatt 279-280. ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5219, a.a.O., Blatt 214-217.

³⁵⁹ Hahn, Annerose/Stascheit, Marion 1995, a.a.O., S. 12.

³⁶⁰ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5219, a.a.O., Blatt 214-217, 228, 235, 240-241 und 273.

³⁶¹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5219, a.a.O., Blatt 217. Schreiben vom 26. November 1925.

beschloss am 18. Februar 1927, einen Neubau zu errichten.³⁶² Dem Ministerium für Inneres und Wirtschaft, das sich nun wieder für zuständig befand, erklärte Bürgermeister Dr. Bleckmann im November 1927, dass sich der Neubau verzögere. Die Neubaupläne könnten erst zum 1. Dezember 1927 fertig gestellt werden. Schuld an der Verzögerung sei Prof. Huppert, der inzwischen eigene Ziele verfolge.

Prof. Huppert, der sich von Beginn an den Geschehnissen der anderen Technika orientierte, hatte durch die Aufnahme des „Kyffhäuser – Technikum“ in den „Verband höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ noch wesentlich mehr Einblick in die Abläufe der anderen Verbandsmitglieder. So war ihm nicht entgangen, dass Prof. Holz für das Technikum Mittweida zwischen 1925 und 1927 eine neue Halle für die Modellsammlungen realisierte.³⁶³

Dem Andrang an Studierenden am Technikum Ilmenau vermochte Prof. Schmidt nur Stand zu halten, indem er im April 1920 in der ehemaligen Baugewerkeschule in Bad Sulza/Thüringen eine Außenstelle einrichtete.³⁶⁴ In einem Nachtrag zu seinem Vertrag mit der Stadt Ilmenau wurde er im Oktober 1921 dazu verpflichtet, die Außenstelle nach Schaffung ausreichender Unterrichtsräume sofort aufzugeben. Seine wiederholten Meinungsverschiedenheiten mit Ilmenaus Stadtvätern hatten ihn „Lehren“ ziehen lassen und er entschloss sich 1925, auf eigene Kosten ein neues Gebäude zu errichten. Im Herbstsemester 1926 konnte das neue Gebäude bezogen und die Außenstelle Bad Sulza vertragsmäßig aufgegeben werden. Die Vorgehensweise von Prof. Schmidt scheint für Frankenhausens Technikumsdirektor, der bislang in dieser Hinsicht mit den Stadtvätern keine Schwierigkeiten hatte, Vorbildwirkung gehabt zu haben. Jedenfalls strebte er ohne Einbeziehung von Stadtrat und Kuratorium die Erweiterung des Technikums an.

Die erworbene Mitgliedschaft des „Kyffhäuser – Technikum“ im „Verband höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ dürfte für Prof. Huppert noch weitaus mehr bedeutet haben. Jetzt war es nicht mehr das unter seiner Leitung stehende Technikum in Frankenhausen, gegen das sich der Verband stark machte. Die Aktivitäten richteten sich vielfach gegen die vergleichbaren staatlichen Lehranstalten, bei denen man eine bevorzugte Behandlung durch die staatlichen Stellen zuerkennen glaubte.³⁶⁵ In Prof. Alfred Udo Holz, der tragenden Gestalt des Verbandes, sah Prof. Huppert sein wohl größtes Vorbild eines Technikumsdirektors, an dem er sich immer öfter orientierte. Eine ganz besondere Genugtuung war es ihm wohl, nun mit dem von ihm geleiteten Technikum gleichrangig neben seiner einstigen Wirkungsstätte, dem Technikum Bingen, zu stehen. Inwieweit er Anteil hatte an der Abfassung wichtiger Schriften des Verbandes, bleibt ungewiss. Die nach 1910 zweite wichtige „Denkschrift“ des Verbandes aus dem Jahre 1925 hat er jedenfalls mit unterzeichnet.³⁶⁶ Mit der Denkschrift wehrten sich die Verbandsmitglieder gegen den Vorwurf der „Minderwertigkeit“. Private Lehranstalten würden durch staatliche Stellen weit höhere Auflagen zu erfüllen haben wie die staatlichen Lehranstalten. Wie diese Auflagen aussehen konnten, ist oben bereits geschildert worden. Der Einfluss des Verbandes war allerdings begrenzt und verringerte sich noch dadurch, dass in ihm immer weniger Technika ihre Mitgliedschaft suchten. Die Denkschrift hatten noch ganze 6 Technikumsdirektoren unterzeichnet. Im Februar 1922 hatte der Verband einschließlich des Technikum Frankenhausen noch 13 Mitglieder gezählt.³⁶⁷ Dennoch hielt Prof. Huppert während seines Direktorats an der Verbandsarbeit fest.

³⁶² StadtA BadF, Thür. Ministerium A/2: Schriftwechsel der Stadtverwaltung Bad Frankenhausen mit dem Thüringischen Ministerium für Inneres und Wirtschaft, Abt. Inneres, 1923-1930, Blatt 114-116.

³⁶³ Hahn, Annerose/Stascheit, Marion 1995, a.a.O., S. 28 f.

³⁶⁴ Jacobs 1994, a.a.O., S. 64 f.

³⁶⁵ Denkschrift 1925, a.a.O., S. 3 ff.

³⁶⁶ Ebenda, S. 16.

³⁶⁷ Hahn, Annerose/Stascheit, Marion 1995, a.a.O., S. 47.

4.6 „Sie sind nicht nur der Bürgermeister, sondern auch ein Ehrabschneider“ - Prof. Hupperts folgenreiche Beziehung zum neuen Stadtoberhaupt

Auf Beschluss des Stadtrates vom 23. Juli 1925 wurde Dr. Karl Bleckmann als Erster Bürgermeister der Stadt Frankenhausen gewählt.³⁶⁸ Er war unter den zahlreichen Interessenten, die sich auf die Stelle beworben hatten, ausgesucht worden. Obwohl die SPD im Stadtrat 7 Mandate innehatte, während die bürgerliche Fraktion nur über deren 6 verfügen konnte, wurde mit Dr. Bleckmann seit vielen Jahren wieder ein Kandidat des bürgerlichen Lagers gewählt. Im August 1892 geboren, war Dr. Bleckmann noch keine 33 Jahre alt, als er sein neues Amt antrat. Jung und ehrgeizig suchte er sich seinen Platz in der politischen Landschaft und der Frankenhäuser Gesellschaft zu erarbeiten. In das erste Jahr seiner Amtszeit fiel auch die Auflage des Thüringischen Volksbildungs- und Justizministeriums, den Rummangel am Technikum zu beheben. Mitte September 1926, zwei Monate bevor Prof. Huppert die Erlaubniserteilung durch das Ministerium erhielt, besuchte der Erste Bürgermeister den Direktor des Technikums in seinen Büroräumen.³⁶⁹ Unter vier Augen lenkte der Bürgermeister das Gespräch auf die Technikumserweiterung. Prof. Huppert, ließ durchblicken, dass hier eine „sehr einfache Lösung“ geben könnte und diese bestünde im Ankauf eines geeigneten größeren Gebäudes. Der Bürgermeister drängte ihn, sein gesamtes Wissen offen zu legen. Mit dem Hinweis, er habe den Verkaufsinteressenten Verschwiegenheit zugesichert, lehnte Prof. Huppert ab. Nachdem der Bürgermeister seinen Besuch wiederholte, ohne klärende Antworten vom Technikumsdirektor zu erhalten, erwiderte Prof. Huppert die Besuche des Stadtoberhauptes mit einem Besuch in dessen Dienstzimmer im Rathaus. Hier gelang es Dr. Bleckmann, Prof. Huppert sein Vorhaben zu entlocken. Dieser stand seit Juni 1926 mit den Inhabern einer in wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckenden Zigarrenfabrik in Verkaufsverhandlungen. Die beiden Fabrikanten hatten von den erteilten Auflagen Kenntnis erhalten und boten dem Technikumsdirektor ihr 1912/13 gebautes, mehrstöckiges und zudem dem Technikumsgelände gegenübergelegenes Fabrikgebäude zum Kauf an. Den Abschluss eines Kaufvertrages hatte bisher der geforderte Kaufpreis verhindert. Prof. Huppert wollte und konnte wohl auch nicht mehr als 50.000 RM bieten. Als Prof. Huppert sein kleines Geheimnis preisgegeben hatte, setzte sich der Bürgermeister sofort mit den beiden Fabrikanten in Verbindung. Anfang Oktober 1926 besichtigte er das Fabrikgelände und empfahl den Verkaufsinteressenten nicht nur 72.000 RM, sondern 100.000 RM von Prof. Huppert zu verlangen. Vom neuen Verkaufspreis Kenntnis nehmend, machte Prof. Huppert dem Bürgermeister zum Vorwurf, „unklug“ gehandelt zu haben. Dieser erwiderte ihm, die Summe nur genannt zu haben, damit das Fabrikgebäude mit zugehörigem Land niemand erwebe. Nun sah sich Prof. Huppert genötigt, die Verhandlungen ganz von vorn zu beginnen. Sein Vorhaben, dass Technikum um dieses Fabrikgebäude zu erweitern, wollte er keineswegs fallen lassen. Bestärkt durch die Erlaubniserteilung vom 20. November 1926 und die abermalige und unmissverständliche Aufforderung des Ministeriums, die Erweiterung des Technikums unbedingt zu Wege zu bringen, führte er die Verhandlungen in eigener Verantwortung. Dem Bürgermeister blieben die Verkaufsverhandlungen nicht verborgen. Im Januar 1927 verhinderte er einen Verkaufsabschluss mit dem Hinweis an die Fabrikanten, zu jeder Zeit das Angebot des Technikumsdirektors zu überbieten. Gleichzeitig erwirkte er bei der Sparkasse Frankenhausen einen Kredit für die Firma, der den Weiterbetrieb der Zigarrenherstellung sichern sollte.³⁷⁰ Zudem ließ er die Fabrikanten im Glauben, ebenfalls die Fabrik kaufen zu wollen. Darüber forderten diese Gewissheit durch eine klare Stellungnahme

³⁶⁸ StadtA Bad F, 1/II D-307.1, a.a.O., Anstellungsurkunde vom 18. Juli 1928.

³⁶⁹ StadtA Bad F, Thür. Ministerium A/2, a.a.O., Blatt 89-91. Bericht Prof. Hupperts vom 8. April 1927 an das Thüringische Innenministerium in Weimar.

³⁷⁰ Ebenda, Blatt 88. Bericht des Bürgermeisters Dr. Bleckmann in der Stadtratssitzung vom 24. März 1927. Frankenhäuser Zeitung, Nr. 72, vom 26.03. 1927: Stadtratssitzungsbericht.

des Stadtrates. Nach einer Anfrage an einige Stadträte mussten sowohl die Fabrikanten als auch Prof. Huppert erkennen, dass der Bürgermeister diese im Unklaren gelassen hatte. In einer für den 18. Februar 1927 angesetzten Stadtratssitzung wurde das Thema „Technikum“ auf die Tagesordnung gesetzt. An diesem Tag lud Bürgermeister Dr. Bleckmann den Technikumsdirektor zu einer weiteren Aussprache und verlangte von ihm vom Ankauf zurückzutreten:

„In dieser Aussprache vom 18. Februar forderte mich Herr Dr. Bleckmann energisch auf, unbedingt vom Ankauf zurückzutreten, ich durchkreuze seine Pläne, er sprach von Schwierigkeiten, die ich ihm bereite. Ich betonte, dass ich seine Redeweise nicht begreife und auch nicht den Widerstand verstehe, den er dem Ankauf entgegensetze. Herr Dr. Bleckmann stellte sich aber in Positur und rief mir abermals in diktatorischer Weise zu: Ich warne Sie, Sie kaufen nicht! Wissen Sie denn nicht die Missstimmung des Stadtrates gegen Sie? Ist Ihnen nicht bekannt, dass die Stadträte gegen Sie sind? Ich erwiderte, dass er mir da wirklich etwas Neues sage. Ich habe später Umfrage bei den Stadtverordneten gehalten. Der weitaus größte Teil wusste von all diesen Vorgängen nichts. Mir war klar geworden, dass sich Herr Dr. Bleckmann hier eines wenig taktvollen Mittels bediente, nämlich der Drohungen, mit deren Hilfe er mich seinen Plänen und seinen Gedankengängen gefügig machen wollte.

Als Herr Dr. Bleckmann zum Schluss noch auf die Erneuerung des Vertrages im Jahre 1931 zu sprechen kam und kein Hehl von den mir dann zu erwachsenden Schwierigkeiten machte, war ich vollkommen im Bilde und ausreichend vorsichtig gemacht. Ich sagte Herrn Dr. Bleckmann, dass ich ihm verspreche heute (die Verhandlungen sollten ja an diesem Tage abgeschlossen werden, das war Herrn Dr. Bleckmann wohl bekannt) das Grundstück nicht zu kaufen, ich wollte jedenfalls die Stadtratssitzung abwarten.“³⁷¹

Prof. Huppert hielt sein gegebenes Versprechen und unterschrieb vorerst keinen Kaufvertrag mit den Zigarrenfabrikanten. Bürgermeister Dr. Bleckmann hatte somit keine „Schwierigkeiten“, seine Beschlussvorlage im Stadtrat durchzubringen. Einstimmig fasste der Stadtrat den Beschluss, die Erweiterung des Technikums durch einen Neubau zu bewerkstelligen.³⁷² Dafür sollten ein Ideen-Wettbewerb und ein Preisgeld ausgeschrieben werden. Einstimmig abgelehnt wurde der Ankauf der Zigarrenfabrik durch die Stadt. Im Gegensatz zu früheren Entscheidungen hatten die Stadträte auf eine Anhörung des Technikumsdirektor verzichtet und sich ganz auf die Ausführungen des Bürgermeisters verlassen. Vom Vorhaben Prof. Hupperts erfuhren sie vorrangig aus dem Munde Dr. Bleckmanns. Allerdings waren alle politischen Lager im Stadtrat – Sozialdemokraten, Bürgerliche und Kommunisten – der Überzeugung, im Sinne der Erhaltung des Technikums gehandelt zu haben. Prof. Huppert sah die Angelegenheit aus seiner Sicht. Von einem jungen und ehrgeizigen Bürgermeister wollte er sich nicht in Technikumsangelegenheiten hineinreden lassen. Als ihm am 12. März 1927 die Zigarrenfabrikanten ihre Fabrik für 50.000 RM zum Kauf anboten, unterzeichnete er den Kaufvertrag. Natürlich blieb seine Handlung in der kleinen Stadt Niemanden verborgen, schon gar nicht Bürgermeister und Stadtrat. Auf der Stadtratsitzung am 24. März wurde die neue Lage diskutiert.³⁷³ Die bürgerliche Fraktion hegte Zweifel, ob unter diesen Umständen am Stadtratsbeschluss vom 18. Februar festgehalten werden könnte. Bürgermeister Dr. Bleckmann nutzte die Gelegenheit, um Prof. Huppert moralisches Fehlverhalten vorzuwerfen. Es gelang ihm, die Stadträte in zwei Lager zu spalten. Noch ging der Riss quer durch die Fraktionen. Das Vorhaben des Technikumsdirektors, die angekaufte Zigarrenfabrik zum Lehrgebäude umzubauen, wurde

³⁷¹ Ebenda, Blatt 89-91. Bericht Prof. Hupperts vom 8. April 1927 an das Thüringische Innenministerium in Weimar.

³⁷² StadtA BadF, 1/II A – 198: Protokolle für die Stadtratsitzungen, angefangen am 3. März 1922, beendet 1927, Blatt 112-113. Protokoll der Stadtratsitzung vom 18. Februar 1927, Tagesordnungspunkt 1. Vollständigen Wortlaut vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

³⁷³ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 72, vom 26.03. 1927, a.a.O. Vollständigen Wortlaut des Presseberichts vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.
StadtA BadF, 1/II D – 307.1, a.a.O., Blatt 24.

nicht grundsätzlich verworfen. Dennoch bekam Dr. Bleckmann eine Mehrheit zustande, den Neubau zu vertagen und entsprechend § 12. des Vertrages mit Prof. Huppert ein Schiedsgerichtsverfahren gegen diesen einzuleiten. Das angestrebte Schiedsgerichtsverfahren hatte Prof. Huppert tatsächlich selbst verschuldet. Laut Vertrag hätte er zur Erweiterung des Technikums die Zustimmung des Stadtrates benötigt. Dieser hatte die Erweiterung jedoch in seinem eigenen Namen beschlossen.

Zu einem gewissen Teil resultierte die ablehnende Haltung vieler Stadträte aus dem Verhalten der beiden Fabrikanten, denen, so glaubten sie, mit dem Kredit geholfen worden sei. Der dennoch vollzogene Verkauf rief Unverständnis und Wut hervor. In Kenntnis des Stadtratsbeschlusses vom 18. Februar hätte Prof. Huppert das Angebot nicht mehr annehmen müssen. Zum ersten Mal waren antijüdische Tendenzen innerhalb des Stadtrates auszumachen. Der sozialdemokratische Stadtrat Paul Haselhuhn sen. (1877-1970) ließ sich während der Sitzung mit den Worten vernehmen: „Da weiß ich nicht und muß mir erst überlegen, wer der schlimmere J ...³⁷⁴ bei diesem Schachergeschäft ist!“

Prof. Huppert lastete die Ausfälle, die zum überwiegenden Teil seiner Person galten, in erster Linie den Äußerungen Dr. Bleckmanns in der betreffenden Stadtratssitzung an. Zwei Tage danach trafen beide in der Garderobe des Stadttheaters aufeinander. Obwohl ihn seine Frau zurückzuhalten suchte, ging Prof. Huppert mit den Worten „Herr Bürgermeister, Sie sind nicht nur der Bürgermeister, sondern auch ein Ehrabschneider“ auf Dr. Bleckmann los.³⁷⁵ Dieser ließ durch seinen Anwalt sofort eine Klage wegen Beleidigung am Gericht Sondershausen einreichen. Um das drohende Gerichtsverfahren abzuwenden, mühte sich Prof. Huppert nun ebenfalls das Schiedsgericht einzuberufen. Als einen seiner beiden Schiedsrichter benannte er Prof. Alfred Udo Holzt, den Vorsitzenden des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“.³⁷⁶ Er sah sich durch das Verhalten des Bürgermeisters in gleicher Weise beleidigt und verlangte eine gerechte Behandlung seiner Person:

„Am Sonnabend, den 12. März erscheinen die beiden Herren Rabener und Krey abermals bei mir und der Kauf wird auf der Basis 50.000 Mark perfekt.

Diese Tatsache benützt Herr Dr. Bleckmann, um mich in aller Öffentlichkeit zu beleidigen und zu beschimpfen, mich in der Achtung vor meinen Mitbürgern, mit denen ich seit 25 Jahren zusammenlebe herabzusetzen. Ich habe während meiner 25jährigen Arbeit in Frankenhausen zum Wohle und zum Segen der Stadt gewirkt. Ich habe Niemanden Anlass gegeben, während dieser langen Arbeitsperiode über mich so herzufallen, wie es der erst seit kurzer Amtszeit hier wirkende Erste Bürgermeister tut. ... Ich verlange eine gerechte Würdigung meiner Person und von jeder Voreingenommenheit freie Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse.“³⁷⁷

Als eine weitere Folge der „Auslassungen“ des Bürgermeisters in der Stadtratssitzung vom 24. März betrachtete Prof. Huppert die nächtlichen Ereignisse vom 13. auf den 14. April.³⁷⁸ Während der Nacht wurde von Unbekannten an verschiedenen Häusern der Oberstadt der Name Huppert, links und rechts jeweils eingegrenzt durch ein Hakenkreuz, angebracht. Am 14. April bat er die örtliche Polizei um Aufklärung und Schutzmaßnahmen für seine Person.

³⁷⁴ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 72, vom 26.03. 1927, a.a.O. Das Wort „Jude“ wurde in der Zeitung nicht ausgeschrieben.

³⁷⁵ StadtA BadF, Thür. Ministerium A/2, a.a.O., Blatt 102-103. Stellungnahme Dr. Bleckmann an das Thüringische Ministerium für Inneres und Wirtschaft, Abteilung Inneres, vom 23.05. 1927.

Frankenhäuser Zeitung, Nr. 115, vom 18.05. 1927. Artikel „Gerichtliches und Rechtspflege“.

StadtA BadF, 1/II D – 307.1, a.a.O., Blatt 28.

³⁷⁶ StadtA BadF, Thür. Ministerium A/2, a.a.O., Blatt 98 und 100-101. Schreiben Prof. Hupperts an Oberregierungsrat Dr. Ebeling, Thür. Ministerium für Inneres und Wirtschaft, Abteilung Inneres, vom 12.05. 1927 und Schreiben an die Stadtverwaltung vom 10.05. 1927.

³⁷⁷ Ebenda, Blatt 89 ff.

³⁷⁸ Ebenda, Blatt 87. Bericht Prof. Hupperts vom 14.04. 1927 an Oberregierungsrat Dr. Ebeling, Thür. Ministerium für Inneres und Wirtschaft, Abteilung Inneres.

Die Polizeibeamten kamen diesen Bitten allerdings nicht nach. Daraufhin legte er Beschwerde beim Thüringischen Ministerium für Inneres und Wirtschaft, Abteilung Inneres, ein. Zugleich erbat er das Ministerium, sich für einen neuen Vertrag einzusetzen, der ihm Rechtssicherheit hinsichtlich seines Direktorats garantierte.

Zu einem Schiedsgerichtsverfahren kam es jedoch nicht, sondern am 17. Mai 1927 zu einem gerichtlichen Prozess.³⁷⁹ Das im Rathaus von Bad³⁸⁰ Frankenhausen zu öffentlicher Sitzung zusammengetretene Schöffengericht Sondershausen erkannte in der Beleidigungssache für Dr. Bleckmann. Angestrebt wurde allerdings ein Vergleich, bei dem Dr. Bleckmann seine Nebenklage und Prof. Huppert seine Privatklage zurücknahmen. „Nach Zurückstellung aller persönlichen Gefühle und Momente“ wie es Dr. Bleckmann ausdrückte, habe er seine Klage fallen lassen. Er habe den „Angeklagten“ wegen des Ankaufs des Fabrikgrundstückes „keinerlei unmoralische Handlungsweise nachreden“ und mit seinen Ausführungen auf der Stadtratsitzung nicht beleidigen wollen. Diesem Vergleich habe er jedoch nur „im Interesse der Entwicklung des Technikums“ zugestimmt. Im Gegenzug nahm Prof. Huppert unter „Ausdruck des Bedauerns“ die Beleidigung zurück.

Der Gerichtsprozess kennzeichnete einen ersten Höhepunkt in der gegenseitigen Abneigung zwischen Prof. Huppert und Bürgermeister Dr. Bleckmann. Aufgeschreckt hatte den Technikumsdirektor vor allem die Äußerung des Bürgermeisters, sein derzeitiges Verhalten hätte Auswirkungen auf den Ende März 1931 auslaufenden Vertrag. Unter Vermittlung von Oberregierungsrat Dr. Ebeling, Thüringisches Ministerium für Inneres und Wirtschaft, Abteilung Inneres, wurde zwischen dem Direktor des „Kyffhäuser - Technikums“ und der Stadt Bad Frankenhausen ein neuer Vertrag ausgehandelt und am 16. Juni 1927 durch Prof. Huppert und Dr. Bleckmann in Weimar unterzeichnet.³⁸¹ Unter Aufhebung des Vertrages vom 17. März 1922 sollte der neue Vertrag eine Gültigkeit bis zum 31. März 1935 erhalten und bis dahin von Seiten der Stadt nicht kündbar sein. Für die Ausübung seines Direktorats wurde dem Direktor eine Jahresvergütung von 24.000 Goldmark zugesagt. Dafür wollte Prof. Huppert der Stadt das gesamte Schulinventar überlassen und die Zigarrenfabrik für die Kaufsumme von 50.000 Goldmark an die Stadtverwaltung übergeben. Bei genauerer Betrachtung des Vertrages hätte sich Prof. Huppert damit in ein Angestelltenverhältnis mit der Stadt begeben. Doch soweit sollte es nicht kommen, denn der Stadtrat, der bis zum 15. August Zeit hatte, darüber zu beraten, lehnte den vom Bürgermeister weitgehend allein verhandelten Vertrag ab. Er forderte eine Herabsetzung aller ausgehandelten Finanzbeträge, vor allem der Vergütung. Dr. Ebeling unterbreitete daraufhin den Verhandlungspartnern ein neues Angebot, dem Prof. Huppert zustimmte. Dem Stadtrat wurde der neue Entwurf vom Bürgermeister vorenthalten. Dieser war inzwischen wieder umgeschwenkt und favorisierte die Neubauvariante.

Bei den Stadträten hinterließen die Auseinandersetzung zwischen Bürgermeister und Technikumsdirektor bleibende Eindrücke. Das Verhalten beider Kontrahenten führte unter den Stadträten zu Vorbehalten gegenüber dem einen oder anderen der beiden. Zunächst wendeten sich die Stadträte in ihrer Mehrheit gegen Prof. Huppert. Dieser suchte beim Stadtrat nicht allein um die Erlaubnis nach, in der ehemaligen Zigarrenfabrik den Unterrichtsbetrieb aufnehmen zu dürfen, sondern wollte auch eine Schankkonzession für das 1925 erworbene Gartenlokal „Werners Garten“.³⁸² Beides wurde von den Stadträten abgelehnt. Sie erwarteten von ihm, dass er ihnen die Zigarrenfabrik zum Selbstkosten- und nicht zum Erwerbspreis anbiete. Schließlich wurde bemängelt, dass Prof. Huppert als Privatunternehmer in Sachen Technikum keinen Gewerbesteuerzuschlag bezahle. Abgelehnt

³⁷⁹ Ebenda, Blatt 102-103.

³⁸⁰ Den Titel hatte die Stadt auf eigenen Antrag hin Anfang April 1927 vom Thüringischen Ministerium für Inneres und Wirtschaft verliehen bekommen.

³⁸¹ Ebenda, Blatt 109-112. Vollständigen Wortlaut des Vertragstextes vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

³⁸² StadtA BadF, 1/II A – 198, a.a.O., Blatt 160-161 und 187-188.

wurde selbst die Umbenennung des Gartenlokals in „Stadtpark“, wohl wissentlich, dass die ursprüngliche Bezeichnung nicht weiter verwendet werden konnte. Erst nach wochenlangen Debatten über das Für und Wider der Erlaubniserteilungen ergab sich für die Anliegen des Professors eine Mehrheit im Stadtrat. Dieses Mal war es Bürgermeister Dr. Bleckmann selbst, der am 25. August 1927 die Zustimmung des Stadtrates hinsichtlich der Nutzung der Fabrik für Technikumszwecke erbat und nach heftiger Gegenwehr der ihn stützenden bürgerlichen Fraktion auch erhielt.³⁸³ Inzwischen standen alle Beteiligten unter erheblichen Zeitdruck, lief doch die Frist des Ministeriums zum 1. Oktober des Jahres ab. Unter Vorbehalt der Klärung der Frage, Neubau ja oder nein, erhielt Prof. Huppert die begehrte Erlaubnis, die Zigarrenfabrik für Lehrzwecke verwenden zu dürfen.

Bürgermeister Dr. Bleckmann ging davon aus, bis 1. Dezember des Jahres Pläne für einen Neubau vorlegen zu können.³⁸⁴ Doch diese wurden nie fertig gestellt, genauso wie der neue Vertragsentwurf nie zur Unterzeichnung kam. Das endgültige Scheitern der Neubaupläne ging nicht zu Lasten des Stadtrates, sondern lag in der Abneigung zwischen Bürgermeister und Technikumsdirektor. Am 27. Januar 1928 verlangte das Thüringische Ministerium für Volksbildung und Justiz, Abteilung Volksbildung, die Abstellung weiterer Missstände in den Technikumsgebäuden, die der Stadt gehörten.³⁸⁵ Anfang März setzte Bürgermeister Dr. Bleckmann das Ministerium darüber in Kenntnis, dass der Stadtrat Maßnahmen zur Verbesserung der Gebäudeausstattung beschlossen habe. Die dafür einzuplanenden Gelder würden jedoch für einen Neubau fehlen. Gleichzeitig erhob er den Vorwurf, Prof. Huppert würde gerade diesen Neubauplänen ablehnend gegenüberstehen. Dr. Bleckmann hatte Mühe, Prof. Huppert und den beauftragten Architekten an einen Tisch zu bekommen. Anstatt mitzuarbeiten, stellte er die Forderung nach einer Flugzeughalle und einem Flugplatz.³⁸⁶ Der Bürgermeister unterstellte ihm wiederum, sich mit dem Technikum von der Stadt unabhängig machen zu wollen. Vom Ministerium für Volksbildung und Justiz erbat er die Beantwortung der Frage: „Wer ist Eigentümer des Technikums?“. Vom Ministerium kam am 23. März 1928 keine eindeutige Antwort: „Die Frage, ob das Kyffhäuser-Technikum in Frankenhausen eine städtische Einrichtung oder Privatilehranstalt des Professor Huppert ist, lässt sich nicht einheitlich beantworten“.³⁸⁷ Es wurde mitgeteilt, dass nach Ablauf des Vertrages mit Prof. Huppert die Erlaubniserteilung auch auf die Stadt übertragen werden könnte. Festgehalten wurden ebenso, dass Prof. Huppert zweifelsfrei der „Schulunternehmer“ sei. Ausschließlich ihm sei im November 1926 die Erlaubnis zu Leitung und zum Betrieb des Technikums erteilt worden.

An der Klärung der Eigentumsfrage waren Bürgermeister, Stadtrat und Prof. Huppert gleichermaßen interessiert. Mit der erteilten Auskunft durch das Ministerium war keine Seite zufrieden. Unabhängig voneinander erbaten sowohl Bürgermeister und Stadtrat als auch Prof. Huppert um Klärung der Frage, wem steht die Erlaubnis zu Leitung und Betrieb des Technikums zu. Dr. Wuttig von der Abteilung Volksbildung, der bereits die erste unverbindliche Antwort übermittelte, erteilte auch die zweite Auskunft.³⁸⁸ Er machte die Erlaubniserteilung von denen von beiden Seiten in Frankenhausen geschaffenen Voraussetzungen abhängig, womit u. a. der Zustand der Baulichkeiten gemeint war. Gebe es hier eine Übereinstimmung, würde die Stadtverwaltung den Vorzug vor Prof. Huppert erhalten. Prof. Huppert wurde darauf hingewiesen, dass nach Rechtsauffassung des

³⁸³ Ebenda, Blatt 206-207.

³⁸⁴ StadtA BadF, Thür. Ministerium A/2, a.a.O., Blatt 114. Schreiben Dr. Bleckmanns an Dr. Ebeling, Thüringisches Ministerium für Inneres und Wirtschaft, Abteilung Inneres, vom 23.11. 1927.

³⁸⁵ Ebenda, Blatt 115-116.

³⁸⁶ Wie oben bereits geschildert, hatte Ing. Hugo Kromer diese Forderungen an Prof. Huppert gestellt, der diese nach langem Zögern an den Bürgermeister weitergab. Dieser glaubte, die Forderungen seien Überlegungen des Technikumsdirektors.

³⁸⁷ Ebenda, Blatt 118.

³⁸⁸ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 387-388.
ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5223, a.a.O., Blatt 66.

Ministeriums die Übertragung der ihm erteilten Erlaubnis von den städtischen Gebäuden auf die von ihm erworbene Fabrik ein Erlöschen zur Folge haben würde. Sollte er sich entschließen, ein Technikum in dem neuen und umgebauten Gebäude zu etablieren, müsste er den Antrag neu stellen. Allerdings wäre die Wahrscheinlichkeit, eine Erlaubnis zur Leitung eines neuen und eigenen Technikums zu erhalten, sehr gering. Es wurde ihm mit Schreiben vom 12. Mai 1928 dringend empfohlen, sich mit der Stadt zu einigen.

Der Ankauf der Zigarrenfabrik durch Prof. Huppert wirkte sich auf die inneren Verhältnisse am Technikum aus. Für Ankauf, Umbau zum Lehrgebäude und Ausstattung mit Lehrmitteln hatte der Professor erhebliche Eigenmittel aufgewendet. Nun hatte er nicht unerhebliche Schwierigkeiten, seinen Angestellten die Gehälter pünktlich und in der entsprechenden Höhe zu zahlen. Am 18. Mai 1928 forderten ihn 7 Dozenten ultimativ auf, sich an die vor Jahren getroffenen Vereinbarungen zu halten, die Gehälter in den festgelegten Gehaltsstufen pünktlich auszuzahlen.³⁸⁹ In den folgenden Jahren bis 1930 versuchte Prof. Huppert, die einstmals gewährte Zahlung der Gehälter zum Anfang eines Monats langsam auf Monatsende zu verschieben. Auch hiergegen regte sich der Widerstand der Dozenten, zu deren Sprecher sich Dipl.-Ing. Haarmann aufschwang.³⁹⁰

Insgesamt bedeutete der Amtsantritt von Bürgermeister Dr. Bleckmann eine völlige Umwälzung in Denkweise und Handlung von Stadtverwaltung und Stadtrat in Bezug auf Prof. Huppert. Sowohl konservative und monarchistisch eingestellte Oberbürgermeister wie Heuschkel und Sternberg, als auch sozialdemokratische Bürgermeister wie Otto und Schünzel pflegten mit dem Direktor des Technikums einen korrekten Umgang. Das gemeinsame Interesse, Erhalt und Entwicklung des Technikums, wurden als gemeinschaftliche Verpflichtungen angesehen. Der Stadtrat stellte sich auch in Konfliktsituationen hinter den Direktor. Innerhalb kürzester Zeit vermochte Bürgermeister Dr. Bleckmann die offensichtlich funktionierende Zusammenarbeit zum Scheitern zu bringen. Das den neuen Bürgermeister nicht nur ehrgeizige Ziele leiteten, sondern auch antisemitische Gesichtspunkte, stellte er 1936, einige Jahre nach Ausscheiden aus seinem Amt, selbst klar:

„Eine Androhung auf Sperrung des Ruhegehaltes ist sicherlich berechtigt bei Beamten die sich in Gegensatz zum Dritten Reich gestellt haben oder noch stellen, nicht aber gegen Beamte die in Gemeinschaft mit nationalsozialistischen Ministern und Abgeordneten den Allgewaltigen von Bad Frankenhausen, den Juden Huppert bekämpft und aus diesem Grunde von einer marxistisch – liberalistischen Mehrheit aus ihrem Amt gedrängt wurden. Heil Hitler! Dr. Bleckmann.“³⁹¹

Nach seiner Ankunft in Bad Frankenhausen scheint Dr. Bleckmann eine verhängnisvolle politische Entwicklung genommen zu haben. Ebenfalls 1936 und damit rückblickend äußerte Bad Frankenhausens erster NSDAP – Ortsgruppenleiter, Heinz Bartels, dazu:

„Politisch war Bleckmann bei seinem Amtsantritt in Bad Frankenhausen volksparteilich eingestellt und ist in der weiteren Entwicklung bis zu seinem Fortzug von hier deutschnational orientiert gewesen. Er versuchte, in die NSDAP aufgenommen zu werden. Seine Eingliederung wurde bereits vor der Machtergreifung abgelehnt. ... Dr. Bleckmann steht in Bad Frankenhausen in unangenehmer Erinnerung, da man ihm die Verschuldung der Gemeinde zum großen Teil zur Last legt.“³⁹²

Die Technikumsangelegenheit spaltete den Stadtrat schließlich in zwei unversöhnliche Lager, nämlich in Befürworter Hupperts aus fachlicher Sicht und Gegner aus wirtschaftlichem Neid und antisemitischer Haltung. Auch Prof. Huppert gab aus der Rückschau des Jahres 1934 ein Urteil über Bürgermeister Dr. Bleckmann ab und bezeichnete ihn als einen „seiner beiden

³⁸⁹ StadtA BadF, 1/VI – 78, a.a.O., o. F. Schreiben der Dozenten vom 18. Mai 1928.

³⁹⁰ Ebenda, o. F. Schreiben Dipl.-Ing. Karl Haarmanns vom 22. Mai 1930 an Prof. Huppert.

³⁹¹ StadtA BadF, 1/II D – 307.1, a.a.O., Blatt 245. Schreiben Dr. Bleckmanns vom 08.02. 1936 an Bad Frankenhausens Bürgermeister Dr. Werner.

³⁹² Ebenda, Blatt 357. Schreiben von Ortsgruppenleiter Heinz Bartels vom 21.03. 1936 an Bad Frankenhausens Bürgermeister Dr. Werner.

Hauptgegner“ in Bad Frankenhausen.³⁹³ Von einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen ihm und dem Stadtoberhaupt wie Teilen des Stadtrates konnte von nun an nicht mehr die Rede sein.

4.7 „Der aufgezwungene, aber erfolgreiche Kampf der Stadtverwaltung gegen Prof. Huppert“ – Kommunalpolitik unter dem Einfluss nationalsozialistischer Landespolitik

Nachdem ersten Aufeinandertreffen zwischen Bürgermeister Dr. Bleckmann und Prof. Huppert in der Technikumsangelegenheit trat bis Mitte des Jahres 1930 eine Ruhephase ein. In den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerieten immer häufiger die sich ständig verschlechternde Finanzsituation der Stadt und damit die Amtsführung des Ersten Bürgermeisters Dr. Bleckmann. Dass er mit den geringen Ressourcen der Stadt teilweise unüberlegt umging, hatte sich z. B. im Ankaufgebaren der ehemaligen Zigarrenfabrik gezeigt. Im Dezember 1929 war die Stadtverwaltung nicht mehr in der Lage, ihren Beamten die Besoldung sicherzustellen. Dr. Bleckmann sah sich gezwungen, sogar bei Prof. Huppert einen Lombardkredit in Höhe von 6.400 RM aufzunehmen, um die Weihnachtsbesoldung der Beamten auszahlen zu können.³⁹⁴ Die städtische Finanzkrise ließ die vorgesetzten Behörden handeln und mit Verfügung vom 23. Dezember 1929 setzte das Thüringische Ministerium für Inneres einen „Beauftragten zur Wahrnehmung der erforderlichen Obliegenheiten“ ein.³⁹⁵ Zum Beauftragten, kurz Staatskommissar genannt, wurde zuerst Landrat Vogt persönlich bestimmt. Nach geraumer Zeit gab er die Aufgabe an den beim Landratsamt bzw. Thüringischen Kreisamt Sondershausen beschäftigten Verwaltungsinspektor Robert Wilhelm Karl Roeper (1891, Sterbeort und –tag unbekannt) ab.³⁹⁶ Der Stadtrat hatte vergeblich versucht, die Einsetzung eines Staatskommissars zu verhindern.³⁹⁷ Sozialdemokratische wie kommunistische Stadträte lasteten die finanzielle Schieflage der Stadt Bürgermeister Dr. Bleckmann an. Ihnen gelang es, eine förmliche Amtsenthebung des Ersten Bürgermeisters zum 6. Mai 1930 beim Thüringischen Ministerium des Innern durchzusetzen.³⁹⁸ Die Amtsgeschäfte übernahm unter Aufsicht und Kontrolle des Staatskommissars vorläufig der Zweite Bürgermeister, der Nachsozialdemokrat Gustav Ibing³⁹⁹. Während der Abwesenheit von Dr. Bleckmann und unter dem Eindruck der prekären Finanzlage der Stadt begannen im September 1930 im Stadtrat die Debatten um die Weiterführung des Technikums. Auf einer dringend einberufenen, vertraulichen Sitzung des Stadtrates am 1. Oktober des Jahres berichtete Staatskommissar Roeper von einer Besprechung in der Technikumsangelegenheit im Thüringischen Ministerium für Inneres und Volksbildung.⁴⁰⁰ Außer R. Roeper hatten an der Besprechung am 30. September Landrat Werner Vogt⁴⁰¹, Staatskommissar und Gewerberat

³⁹³ StadtA Weimar, Bestand Ingenieurschule Weimar, 51 2/267, a.a.O., Blatt 110-114. Schreiben Prof. Hupperts vom 26.03. 1934 an Weimars Bürgermeister (stellv.) Kloss.

³⁹⁴ StadtA BadF, 1/II E – 727: Darlehn von 6.400 RM von Prof. Huppert 1929-1930, Blatt 4 und 6.

³⁹⁵ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 621: Prozeß – Akten der Verwaltungsinspektor Roeper hier betr. 1922-1937, Blatt 107.

³⁹⁶ Ebenda, Blatt 2, 23 und 107. Robert Roeper wurde am 05.08. 1891 in Hannover geboren. Er besuchte nach Umzug der Eltern das Realprogymnasium in Frankenhausen und erwarb das Reifezeugnis für Obersekunda. Zum 01.11. 1907 trat er mit seiner Ausbildung zum Justizbeamten in den Staatsdienst des Fürstentums Schwarzburg – Rudolstadt ein. Vom 1. Juli 1912 bis zum 1. Oktober 1922 war er am Landratsamt Frankenhausen tätig. Mit der Bildung des Kreises Sondershausen zum 1. Oktober 1922 beim Landratsamt Sondershausen.

³⁹⁷ StadtA BadF, 1/II D – 307.1, a.a.O., Blatt 44.

³⁹⁸ Ebenda, Blatt 47.

³⁹⁹ Wann sich G. Ibing von der SPD ab- und der NSDAP zuwandte, muß offen bleiben, da für seinen Austritt aus der SPD kein Datum vorliegt. In die NSDAP eingetreten ist er erst im Sommer 1932.

⁴⁰⁰ StadtA BadF, 1/II A – 202: Stadtrats-Protokolle/Vertrauliche Sitzungen 1928-1932, Blatt 389-392.

⁴⁰¹ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 85a, a.a.O., Blatt 219 und 226-227. Der Deutsche (Zeitung der Stadt Sondershausen und Umgebung), Nr. 152, vom 02.07. 1929.

Probst⁴⁰² und Oberregierungsrat Dr. Ebeling als Vertreter des Ministeriums teilgenommen. Gegenstand der Besprechung war der erwogene Verkauf der städtischen Technikumsgebäude an Prof. Huppert. Beratener Kaufpreis 75.000 RM. Wer die Besprechung angeregt hatte, wurde offen gelassen. Zumindest hatte Staatskommissar Roeper nicht in Übereinstimmung mit dem Stadtrat von Bad Frankenhausen gehandelt. Dieser lehnte „einmütig“ einen Verkauf ab und wollte stattdessen mit Prof. Huppert über die weitere „Pachtung“ des Technikums verhandeln. Eine Mehrheit der Stadträte beschloss, den Professor sofort zu den Beratungen der vertraulichen Sitzung hinzuzuziehen. Nach Erscheinen erklärte Prof. Huppert auf Anfrage der Stadträte, er sei durchaus bereit, der Stadt die um- und ausgebaute ehemalige Zigarrenfabrik nebst angeschafften Lehrmaterial zum Selbstkostenpreis zu überlassen, sofern ihm einst eine jährliche Rente von 14.000 RM gezahlt würde. Seine Bereitschaft, einen neuen Pachtvertrag abzuschließen und eine Pachtsumme in Höhe von 4.000 RM zu entrichten, erklärte er dem Stadtrat ebenso. Zu einem größeren Entgegenkommen konnte er sich nicht entschließen. Gleich darauf gab er den Stadträten kund, wozu er nicht bereit sei:

„Er sei entschlossen, falls eine Einigung mit der Stadt nicht erzielt werde, sein Privatgrundstück als Technikum auszubauen und seine Schule auf alle Fälle weiter zu betreiben. Er sei seit 1926 im Besitz der Konzession für dieses Gebäude und sei auch in der Lage, den Vorschriften des Privatschulgesetzes in allen Teilen zu entsprechen. Einer Entziehung seiner Konzession werde er sich mit allen Mitteln wehren. Dagegen werde er sich einer Neuerteilung der Konzession für das bisherige Technikum entgegenstellen, da hierfür ein Bedürfnis nachgewiesen werden müsse, was aber nicht der Fall sei, da sein Technikum bereits vorhanden sei. ... Auf Anfrage erklärt Prof. Huppert, dass er nicht bereit sei, den bisherigen Vertrag auf ein oder zwei Jahre zu verlängern.“

Schon im Vorfeld der Beratung hatte er dargelegt, lediglich 50.-55.000 RM für die stadteigenen Gebäude des Technikums entrichten zu wollen. Der Stadtrat nahm seine Äußerungen zur Kenntnis und entschloss sich für weitergehende Verhandlungen mit ihm. Am 18. Oktober unterbreitete Staatskommissar Roeper dem Professor den Vertragsentwurf des Stadtrates.⁴⁰³ Dieser sah eine Pachtsumme von 15.000 RM vor. Zudem sollte der Direktor zukünftig den Unterhalt der Gebäude selbst bestreiten. Für Prof. Huppert stellte der Entwurf keine Basis für weitere Verhandlungen dar. Auf Vorschlag der bürgerlichen Stadtratsfraktion wollte eine Mehrheit der Stadträte die Verhandlungen und die Stelle des Direktors des Technikums zur „Ausschreibung“ bringen. Noch einmal brachte Stadtrat Friedrich Schünzel den Gesamtstadtrat dazu, den Direktor zur vertraulichen Sitzung herbeiholen zu lassen und zu hören. Prof. Huppert wiederholte seine eigenen Bedingungen. Den Vertragsentwurf des Stadtrates nannte er „ein Versklavungsvertrag und aus Böswilligkeit geboren“.⁴⁰⁴ Waren es auch vertrauliche Sitzungen, die Äußerungen gelangten alsbald in die Öffentlichkeit. Von den sechs bürgerlichen Stadträten wurde der Beginn einer „Gegenpropaganda“ angemahnt und zugleich erfolgreich die endgültige Ausschreibung der Direktorenstelle durchgesetzt. Der bürgerliche Stadtrat, Bäckermeister Paul Cotta (1889-1947), der zuvor im Auftrag seiner Fraktion Sondierungsgespräche im Innenministerium geführt hatte, begründete die Entscheidung seiner Fraktion mit der Einstellung des Professors. Sein Antrag, den Stand der Technikumssache sofort dem Innenministerium zu übermitteln, scheiterte lediglich an der

Werner Vogt wurde durch Verfügung und gegen die Wünsche des Kreisrates durch das Thüringische Ministerium des Innern am 31.05. 1929 zum Nachfolger des verstorbenen Landrates Reinbrecht bestimmt. Er trat sein Amt am 01.07. 1929 an und nahm erstmals am 19.08. 1929 an einer Sitzung des Kreisrates teil. Es ist von ihm lediglich bekannt, dass er aus Süddeutschland stammte. Weder im Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt, dass die Bestände des ehemaligen Kreisamtes Sondershausen verwahrt, noch im Kreisarchiv Sondershausen ist eine Personalakte vorhanden. Das Thüringische Hauptstaatsarchiv, dass Personalakten zu den Landräten besitzt, verfügt über keine Akte unter dem Namen „Landrat Werner Vogt“.

⁴⁰² Staatskommissar ist hier gleichzusetzen mit Prüfungskommissar. Staatskommissar Probst war Beauftragter für die thüringischen Technika, nicht Beauftragter für die Obliegenheiten einer Kommune.

⁴⁰³ StadtA BadF, 1/II A – 202: Stadtrats-Protokolle/Vertrauliche Sitzungen 1928-1932, Blatt 396-399.

⁴⁰⁴ Ebenda, Blatt 400-404.

Zuständigkeit des Kreisamtes als nächst höherer Aufsichtsbehörde. Staatskommissar Roeper und Stadtrat Hugo Rumpf (KPD) konnten zudem die Einberufung einer öffentlichen Bürgerversammlung durchsetzen.

Bevor diese Bürgerversammlung stattfinden konnte, suchten der Staatskommissar und die bürgerlichen Stadträte P. Cotta und Landwirt Albert Hoffmann (1873-1954) den Rat des Thüringischen Innenministers.⁴⁰⁵ Und dieser Innenminister war zu diesem Zeitpunkt kein anderer, als Dr. Wilhelm Frick.⁴⁰⁶ Nach Abstimmung im Landtag am 23. Januar 1930, bei der die Liste der Koalitionsregierung der bürgerlichen Parteien und der NSDAP gewählt wurde, trat Dr. Frick als Minister für Inneres und Volksbildung in die Regierung ein.⁴⁰⁷ Adolf Hitler hatte ausdrücklich auf der Besetzung von zwei Ministerposten durch „seinen besten Mann“⁴⁰⁸ bestanden. Er sah das Innen- und Volksbildungsministerium als die „wichtigsten Ämter“ in den Landesregierungen an und erwartete die Einleitung einer „Nationalisierung“ im Polizei- und Schulwesen sowie die Einrichtung eines „Lehrstuhls für Rassefragen und Rassekunde“ an der Universität Jena.

Bereits nach den Wahlen vom 10. Februar 1924 zum Thüringischen Landtag gewann der „Völkisch-Soziale Block“, weitgehend besetzt mit Mitgliedern der zu diesem Zeitpunkt verbotenen NSDAP, 7 Mandate.⁴⁰⁹ Damit zogen zum ersten Mal nationalsozialistische Abgeordnete in einen deutschen Landtag ein. 1925 und 1926 reichte die NSDAP – Landtagsfraktion insgesamt sieben antijüdische Gesetzentwürfe ein.⁴¹⁰ Antrag Nr. 302 von 1925 forderte, keine Juden mehr an thüringischen Schulen und der Landesuniversität anzustellen. Im Antrag Nr. 417 von 1926 wurde dem Landtag nachstehendes Gesetz zum Beschluss unterbreitet:

„... Die Juden sind infolge ihrer geistigen, seelischen und sittlichen Rasseigenschaften unfähig, an deutschen Schulen und Universitäten deutsche Wissenschaft in dem ihnen wesensfremden deutschen Sinne zu vertreten und als Erzieher und Lehrer der deutschen Jugend zu wirken. Die Erziehung unserer Jugend in rein deutschem Sinne ist die Grundvoraussetzung zur geistigen, seelischen und sittlichen Wiedergeburt des deutschen Volkes. Der Landtag wolle daher folgendes Gesetz beschließen: ...Juden sind als Lehrer an staatlichen und kommunalen Schulen sowie als Professoren und Dozenten an der Thüringer Landesuniversität nicht zugelassen.“

Auf Grund der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse ließen sich die Anträge nicht durchbringen, waren allerdings propagandistisch nicht unwirksam.

⁴⁰⁵ Ebenda, Blatt 404-409.

⁴⁰⁶ Thüringen Handbuch 1999, a.a.O., S. 578-579. Kurzbiographie Dr. jur. Wilhelm Frick (1877-1946); seit 01.09. 1925 Mitglied der NSDAP (Mitgl.-Nr. 10); vom 04.05. 1924 – Mai 1945 Mitglied des Deutschen Reichstages; ab 20.05. 1928 Führer der NSDAP-Fraktion; vom 23.01. 1930 – 21.04. 1931 Thüringischer Minister für Inneres und Volksbildung (Ausscheiden nach Misstrauensvotum des Landtages vom 01.04. 1931); in dieser Zeit auch stellv. Vorsitzender des Staatsministeriums; vom 30.01. 1933 – 20.08. 1943 Reichsinnenminister; vom 20.08. 1943 – 1945 Reichsminister ohne Geschäftsbereich und Reichsprotector in Böhmen und Mähren; Ende April Festnahme durch US-Besatzungstruppen; am 01.10. 1946 zum Tod verurteilt und am 16.10. 1946 in Nürnberg hingerichtet.

⁴⁰⁷ Neliba 1996, a.a.O., S. 95 ff.

⁴⁰⁸ Ebenda, S. 97. A. Hitler charakterisierte er wie folgt: „Ein energischer, kühner und verantwortungsfreudiger Beamter von außerordentlich großem Können und fanatischer Nationalsozialist!“

⁴⁰⁹ Tracey, Donald R.: Der Aufstieg der NSDAP bis 1930, in: Heiden, Detlev/ Mai, Gunther (Hg.): Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“. Erfurt 1996 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Bd. 2), S. 65 ff.

⁴¹⁰ Post, Bernhard: Thüringen unter nationalsozialistischer Herrschaft 1932-1945: Staat und Verwaltung, in: Dornheim, Andreas/ Post, Bernhard/ Stenzel, Burkhard: Thüringen 1933 – 1945 – Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft. Erfurt 1997 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Bd. 5), S. 34 ff.

Heiden, Detlev (Bearb.): Quellen, 7. a-h, Anträge der Landtagsfraktion der NSDAP, 7.7. 1925 und 10.06. 1926, in: Heiden, Detlev/ Mai, Gunther (Hg.): Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“. Erfurt 1996 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Bd. 2), S. 199-201.

Unbeeindruckt vom Widerstand der Landtagsopposition ging Dr. Frick daran, dass Innen- und das Volksbildungsministerium nach seinen Vorstellungen umzubilden.⁴¹¹ Innerhalb des Volksbildungsministeriums reduzierte er die Abteilungen und trennte sich von zwei der SPD nahestehenden Oberregierungsräten. Dafür berief er mehrere Parteigenossen zu Fachberatern. Darunter den Volksschullehrer und Landtagsabgeordneten Fritz Wächtler (1891-1945).⁴¹² Seinen aus Sicht des Bildungsministeriums wohl „größten Erfolg“ hatte Dr. Frick mit der Etablierung eines „Lehrstuhls für Sozialanthropologie“ an der Universität Jena.⁴¹³ Ab 1. Oktober 1930 übte der Rasseforscher Hans F.K. Günther die Professur aus. Dessen Antrittsrede am 15. November 1930 wohnte auch A. Hitler bei. Zu diesem Zeitpunkt gewann Dr. Frick bereits Einfluss auf die Entwicklung am „Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen“ und damit auf einen unteren Bereich des Hochschulwesens. Ohne erkennbares eigenes Zutun wurde ihm durch das Verhalten der Bad Frankenhäuser Stadtverwaltung und des Stadtrates in die Hände gespielt. Sein Vorgehen gegen die Sozialdemokraten war in Bad Frankenhausen nicht verborgen geblieben. Warnende Stimmen aus der SPD – Ortsgruppe wurden jedoch überhört.⁴¹⁴

Zurück aus der Landeshauptstadt Weimar unterrichtete Staatskommissar Roeper den Stadtrat am 6. November darüber, dass Minister Dr. Frick sich eine Entscheidung in der Technikumsangelegenheit vorbehalten habe.⁴¹⁵ Unabhängig vom Staatskommissar hatten P. Cotta und A. Hoffmann im Innenministerium verhandelt. Sie erreichten, dass der Minister alle weiteren Veräußerungsverhandlungen der Technikumsgebäude durch den Staatskommissars und Landrat Vogt an Prof. Huppert unterband. Landrat Vogt erhielt eine dementsprechende Weisung. Bestärkt durch die Äußerungen des Ministers konnten die bürgerlichen Abgeordneten den Stadtrat endgültig von der Ausschreibung der Direktorenstelle überzeugen. Ebenso ließen sie über einen Antrag an den Innenminister abstimmen, die Dienstenthebung gegen Dr. Bleckmann aufzuheben.

Erst über die Alleingänge von Staatskommissar und Landrat vermochte der kommunistische Abgeordnete Hugo Rumpf den Zusatz, „Die Anstalt ist von der Stadt errichtet und ist Eigentum derselben“, in den Ausschreibungstext aufnehmen zu lassen. Für die Stadtratsfraktion fühlte sich Hermann Karnstedt (1890-1975) bemüßigt, dagegen Verwahrung einzulegen, die Sozialdemokraten seien zu Gunsten Prof. Hupperts voreingenommen. Dieser hatte gegen die Ausschreibung der Direktorenstelle Einspruch erhoben und inzwischen Kontakt zu Direktor Roskothen, ehemals Direktor des „Technikums Altenburg“ und nunmehr der „Ingenieurschule Weimar“ geknüpft und das Lehrmaterial und das Inventar an die neu errichtete „Ingenieurschule Weimar“ veräußert.⁴¹⁶ Stadtrat Hermann Kleinschmidt (1882-1967, KPD) hatte das Technikum im Auftrag seiner Fraktion besichtigt und zeigte sich empört über den derzeitigen Zustand der Einrichtung.

⁴¹¹ Neliba 1996, a.a.O., S. 95 ff.

⁴¹² Ebenda, S. 105. Thüringen Handbuch 1999, a.a.O., S. 638-639. Kurzbiographie Fritz Wächtler; seit 27.02. 1926 NSDAP – Mitglied; vom 08.12. 1929 – 14.10. 1933 Mitglied des Thüringer Landtages; Januar 1930 – April 1931 Fachberater des Thüringischen Volksbildungsministers Dr. Wilhelm Frick; ab 15.06. 1932 stellv. Gauleiter; vom 26.08. 1932 – 22.01. 1936 Volksbildungsminister; vom 08.05. 1933 – 22.01. 1936 Minister des Innern; am 19.04. 1945 nach der Fluch aus Bayreuth (hier Gauleiter und Reichsstatthalter der Bayerischen Ostmark) standrechtliche Erschießung durch ein SS – Kommando wegen „Feigheit vor dem Feind“.

⁴¹³ Neliba 1996, a.a.O., S. 111.

⁴¹⁴ Regionalmuseum Bad Frankenhausen, IX/i-9: Protokollbuch der SPD – Ortsgruppe Frankenhausen 1914-1933, Blatt 52-53, Mitgliederversammlung vom 07.02. 1930, Äußerung von Karl Hahnemann, Urgroßvater des Verfassers:

„Gen. Hahnemann moniert das „in die Länge ziehen“ der Versammlung und bedauert nichts über Reichs- und Landespolitik gehört zu haben. Er macht einige Ausführungen über die wirtschaftliche und politische Lage, dann kommt er auf den Nazi-Innenminister von Thüringen zu sprechen und dessen Vorgehen gegen unsere Partei. Der Vorsitzende schließt 12.30 (Uhr - d. V.) die gutbesuchte Versammlung.“

⁴¹⁵ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 404-409, 412 und 420-424.

⁴¹⁶ Ebenda, Blatt 433-434.

Stadtrat Cotta, der sich zwischenzeitlich nochmals zusammen mit dem Staatskommissar am 21. November zu Dr. Frick begeben hatte, veröffentlichte hierüber am 24. November 1930 einen Leserbrief in der Frankenhäuser Zeitung.⁴¹⁷ Darin informierte er die Bevölkerung über die angeblich bereits getroffene Entscheidung von Minister Dr. Frick, die Prof. Huppert erteilte Technikumskonzession erlösche mit Ende des Vertrages und gehe auf die Stadt über. Sein Leserbrief wurde genau an dem Tag veröffentlicht, an dem Dr. Frick seine diesbezügliche Verfügung an Prof. Huppert ausfertigen ließ.⁴¹⁸ Dr. Frick hatte am 21. November das Volksbildungsministerium angewiesen, die Verfügung aufzusetzen. Ministerialrat Dr. Weidner hatte diese dann am gleichen Tag an Staatskommissar Roeper und P. Cotta in Abschrift weitergeleitet und damit der ministeriellen Entscheidung vorgegriffen. Ganz neu war der Inhalt der Verfügung für keine der beteiligten Seiten. Inhaltlich beruhte sie auf der Verfügung vom 18. Mai 1928, in der sowohl Prof. Huppert als auch der Stadtverwaltung mitgeteilt wurde, dass mit Auslaufen des Vertrages zum 31.03. 1931 die Konzession bzw. Erlaubniserteilung für Leitung und Betrieb des Technikums für Prof. Huppert erlöschen und bei erneuter Vergabe der Konzession die Stadt den Vorzug erhalten würde. Diese städtische Bevorzugung ließ Minister Dr. Frick gegenüber Prof. Huppert nochmals unmissverständlich zum Ausdruck bringen und berief sich dabei auf die Privatschulordnung vom 1. Mai 1925. Das von Prof. Huppert erworbene Fabrikgebäude wurde als Grundlage zur Konzessionserteilung ausgeschlossen. In der Stadtratssitzung vom 27. November bestätigte Staatskommissar Roeper auf Anfrage die Existenz der Verfügung des Ministers.⁴¹⁹

P. Cotta gehörte zu diesem Zeitpunkt zu den am besten unterrichteten Stadträten. Zwischen dem 29. Oktober und dem 1. Dezember 1930 reiste er vier Mal ins Innen- und Volksbildungsministerium, um über die Entziehung der Konzession an Prof. Huppert zu verhandeln.⁴²⁰ Dabei traf er sich einmal mit Dr. Frick, zweimal mit dessen Fachberater Fritz Wächtler und einmal auch mit dem Ministerialrat Dr. Weidner.

Eine weitere Stellungnahme von Prof. Huppert wurde ebenfalls in der Ratssitzung vom 27. November verlesen und löste unter den Besuchern wie den Stadträten Gelächter und Wut zugleich aus.⁴²¹ Prof. Huppert bezeichnete den städtischen Vertragsentwurf wiederholt als „Versklavungsvertrag, viel schlimmer als der Versailler Vertrag“. Zudem setzte er dem Stadtrat eine letzte Frist bis zum 1. Dezember des Jahres, sich für sein Angebot zu entscheiden. Entweder er akzeptiert eine jährliche Pachtsumme von 4.000 RM oder kauft ihm das Technikum für 200.000 RM ab. Die Dauer des neuen Pachtvertrages sollte zwölf Jahre betragen. Er selbst war im Gegenzug nur bereit, der Stadt 60.000 RM für ihre Gebäude zu zahlen. Noch drastischer formulierte er seine Bedingungen, sollte der Stadtrat einen neuen Direktor wählen:

„Der infrage kommende neue Leiter hat sich mit Prof. Huppert rechtzeitig in Verbindung zu setzen, um die Bedingungen zu vereinbaren, unter denen Prof. Huppert das ihm gehörende

⁴¹⁷ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 275, vom 24.11. 1930. Artikel „Aus dem Leserkreise“.

⁴¹⁸ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 484-485r und 568r. Die Verfügung vom 24.11. 1930 trägt nicht die persönliche Unterschrift des Ministers, sondern „gez. Dr. Frick“. Ausgefertigt hatte die Verfügung wahrscheinlich Dr. Weidner, der den Auftrag hatte, sich in die Angelegenheit „Kyffhäuser – Technikum“ einzuarbeiten. Er reichte sie wahrscheinlich ohne Wissen von Minister Dr. Frick an die anwesenden Frankenhäuser, Staatskommissar Roeper und Stadtrat Cotta, weiter. Blatt 484 enthält seine kurze Stellungnahme zum Ablauf des Geschehens.

⁴¹⁹ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31: Kyffhäuser – Technikum in Bad Frankenhausen, Band 3, 1930-1943, o.F.

Frankenhäuser Zeitung, Nr. 279, vom 28.11. 1930. Artikel „Die Angelegenheit des städtischen Kyffhäuser-Technikum vor dem Stadtrat“.

⁴²⁰ StadtA BadF, 1/II D – 117: Akte Bürgermeister Dr. Bleckmann – Reisekosten für das Kyffhäuser-Technikum 1931-1933, Blatt 2-5. Sein Zusammentreffen mit Dr. Frick erfolgte am 21.11. 1930, also drei Tage bevor sein Leserbrief in der Frankenhäuser Zeitung erschien.

⁴²¹ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Bericht öffentliche Stadtratssitzung vom 27.11. 1930.

Kyffhäuser-Technikum abgibt, und um die Verkaufssumme festzulegen, unter der Prof. Huppert einschließlich des ihm gehörenden Schulinventars dem neuen Leiter abzutreten gedenkt. Eine der Bedingungen für die Übernahme wird darin bestehen, dass das Prof. Huppert gehörende Fabrikgebäude mit allen Einrichtungen vom neuen Leiter zu übernehmen ist. ... Die Stadt vermietet ihre Gebäude, die bislang dem Kyffhäuser-Technikum zur Durchführung des Unterrichtsbetriebes zur Verfügung gestanden haben, an Prof. Huppert. Die Stadt soll anerkennen, dass das Kyffhäuser-Technikum persönliches Eigentum des Prof. Huppert ist und nur Eigentumsrechte auf die beiden vermieteten Gebäude besitzt.⁴²²

In den Augen der bürgerlichen Stadträte stellten die Forderungen Prof. Hupperts eine „Brüskierung des Stadtrates“ dar. Die Erregung der Stadträte als auch der Besucher der öffentlichen Stadtratssitzung steigerte sich ständig.⁴²³ Stadtrat Friedrich Gerhardt (1886-1953), SPD, unterstellte, dass die gesamte Technikumsangelegenheit zur „Staatsaktion“ gemacht worden sei. In seinen Ausführungen ging er auf die positive Entwicklung des Technikums unter dem Direktorat von Prof. Huppert ein. Eine Einigung mit diesem sei möglich. Ein Scheitern ginge keinesfalls zu Lasten der SPD. Ein Wechsel in der Direktion könne eine Gefahr in der Existenz der Lehranstalt darstellen, doch ohne den Wirtschaftsfaktor Technikum sei „Frankenhausen eine tote Stadt“. Stadtrat Hugo Rumpf, KPD, bezeichnete die gesamte Vertragsfrage als „Trauerspiel“ und „Skandal“. Die Stadt hätte Prof. Huppert seit fast 25 Jahren⁴²⁴ nichts als Konzessionen gemacht und in dieser Zeit keine materiellen Vorteile davon gehabt. In Anspielung auf den Vertragsabschluss 1922 brachte er ein Sitzungsprotokoll vom November 1921 zur Verlesung, indem der damalige Stadtrat auf die Zahlung eines Mietzinses durch Prof. Huppert verzichtete. Sein Vorwurf galt der SPD, die darauf bedacht sei, „die gute Laune eines Prof. Huppert zu erhalten“. An dieser Stelle hakte P. Cotta ein und steigerte den gemachten Vorwurf mit der Äußerung: „Es gibt nach der Meinung der SPD keinen Menschen außer Prof. Huppert, der das Technikum leiten könne“. Stadtrat Hermann Kleinschmidt verwahrte sich strengstens gegen die Unterstellung der Sozialdemokraten, KPD und Bürgerliche hätten die Verhandlungen mit dem Technikumsdirektor scheitern lassen. Er legte Wert darauf, dass es der „Ton“ des Professors war, „der eines gewissen Anstandsgefühls entbehrte, weshalb wir uns ein derartiges Auftreten im Stadtrat verboten haben“. Deshalb liege die Schuld am Scheitern beim Professor. Zudem brachte er die wirtschaftliche Seite des Technikums aus Sicht des Professors ins Spiel. Bei seinem „hohen Einkommen“ seien 15.000 RM Pacht nicht zu hoch angesetzt. Persönlich hätte sich Prof. Huppert mit der Zahlung der Pachtsumme ein „Denkmal für diese soziale Tat“ setzen können, doch er lehnte ihm gegenüber ab. Für die ablehnende Haltung machte auch H. Kleinschmidt die SPD-Fraktion verantwortlich, weil diese dem Professor „hold“ sei. Doch die Sozialdemokraten blieben in der Sachfrage standfest. Sozialdemokrat Karl Vollmar (1874-1958) verteidigte den Vertrag von 1922 mit der damaligen Drohung der Technikumsanhänger: „Laßt das Technikum nicht verschwinden, sonst hauen wir Euch vom Rathaus runter“. Die Sozialdemokraten wüssten, was sie an Prof. Huppert hätten. An Hermann Kleinschmidt persönlich gewandt äußerte er: „Prof. Huppert ist ein Gegner, der sich nicht von Kleinschmidt kommandieren lässt; er ist ein Partner, mit dem nicht zu spaßen ist“. Mit Blick auf den umstrittenen Pachtpreis betonte der sozialdemokratische Stadtrat H. Karnstedt: „Wegen des Pachtpreises müsse er sagen, dass der SPD ein Prof. Huppert mit 8.000 bis 10.000 Mark Pacht lieber sei, als ein fremder mit 15.000 Mark“. Nach diesen Äußerungen wurde die Stadtratssitzung zu einer zwischenparteilichen Auseinandersetzung von SPD und KPD, an deren Schluss sich die KPD-Fraktion an die Seite der Bürgerlichen stellte. Folge war die Ablehnung eines neuen Vertrages mit Prof. Huppert und die Wahl eines neuen Direktors durch den Stadtrat.

⁴²² Ebenda, Bericht öffentliche Stadtratssitzung vom 27.11. 1930.

⁴²³ Ebenda, Bericht öffentliche Stadtratssitzung vom 27.11. 1930.

Frankenhäuser Zeitung, Nr. 280, vom 29.11. 1930: Artikel „Stürmische Debatte im Stadtrats über den Streit mit Prof. Huppert – Stadt“.

⁴²⁴ Hugo Rumpf spielte hier auf den Vertrag von 1906 an.

Die Wahl eines neuen Direktors durch den Stadtrat war auf den 18. Dezember 1930 festgelegt worden, nachdem im Vorfeld zahlreiche Bewerber, darunter auch Dipl.-Ing. Karl Haarmann, zu Einzelgesprächen geladen worden waren.⁴²⁵ Vor der Abstimmung wurden nochmals Stellungnahmen der SPD- und KPD-Fraktion verlesen. Die Stadträte der SPD hatten ihren Standpunkt bereits am 7. Dezember in einer SPD – Mitgliederversammlung beraten und sich die Zustimmung der gesamten Ortsgruppe für ihr Abstimmungsverhalten eingeholt.⁴²⁶ Unerwartet für alle Anwesenden war das vollständige Umschwenken von Lehrer Karl Schreiber (1886-1956), Bürgerliche Fraktion, der sich bei der Wahl des neuen Leiters der Stimme zu enthalten gedachte.⁴²⁷ Entsprechend der Sitzverteilung im Stadtrat wurde bei Stimmenthaltung der SPD der Kandidat der Bürgerlichen, Ing. Wicha, zum neuen Direktor gewählt.⁴²⁸ Ing. Wicha war Dozent am Technikum und Angestellter von Prof. Huppert. Aus finanziellen Erwägungen heraus, so die offizielle Begründung, trat er nach wenigen Tagen von der Wahl zurück. Eine erneute Abstimmung am 30. Dezember erbrachte wiederum eine Stimmenmehrheit für den bürgerlichen Kandidaten, in diesem Fall für Dipl.-Ing. Heinrich Winkelmann (geb. 1888, Sterbejahr und -ort unbekannt)⁴²⁹. Wurde Prof. Huppert der Abschluss eines Zwölfjahresvertrages verweigert, so erhielt Dipl.-Ing. Winkelmann einen Vertrag auf 15 Jahre, der nach dessen Einspruch sogar auf 20 Jahre ausgedehnt wurde⁴³⁰.

⁴²⁵ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 435-442.

⁴²⁶ Regionalmuseum Bad Frankenhausen, IX/i-9, a.a.O., Blatt 63-64. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 07.12. 1930, „Zu Punkt 3. (Technikumsangelegenheit) erhält Gen. Gerhardt das Wort und schildert den Entwicklungsgang des Technikums vom Jahre 1878 bis zur jetzigen Zeit. Bis zum Jahre 1921 hat die Stadt einen Zuschuß leisten müssen pro Jahr bis 15.000 RM. Dahingegen verlangt die Stadt jetzt eine Summe von 15.000 M, der gegenüber Prof. Huppert nur 4.000 M bot. Unsere Fraktion ist mit dem voreiligen Abbruch der Verhandlungen mit Prof. Huppert nicht einverstanden und dafür, dass man hätte Mittel und Wege finden müssen, ein besseres Angebot von Herrn Prof. Huppert zu erlangen. Außer dem Vorredner sprechen noch die Gen. Vollmar, Schröder und Hahnemann über die Lebensnotwendigkeit des Technikums für die Stadt und gegen die Handlung einer gewissen Interessengruppe im Stadtrat. Gen. Haselhuhn jun. Sagt zur Technikumsfrage, dass wir in unserer Stellungnahme fest sein sollen und bei einer eventl. Einstellung eines neuen Leiters keine Erklärung abgeben sollen, sondern es denen überlassen, die ein Interesse daran haben. Gen. Lutz meint, wir stehen vor einer großen Katastrophe der Stadt. Wir müssen an die Öffentlichkeit gehen um uns nicht mitschuldig zu machen, wenn wir schweigen. Auf Antrag Lutz beschließt die Versammlung dahin: Flugblätter zu verteilen und wenn es Not tut noch eine Versammlung anzuberäumen.“

⁴²⁷ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 437, „Stadtratsmitglied Schreiber gibt folgende Erklärung ab: In dieser in doppelter Hinsicht kritischen Zeit musste alles vermeiden werden, was das Technikum u. damit das Wirtschaftsleben der Stadt erschüttern konnte. Ich habe wiederholt darauf hingewiesen, welche Gefahr für eine blühende Anstalt entsteht, wenn die Leitung wechselt. Darum habe ich mich stets im Interesse der Stadt und des Technikums für eine Verständigung mit Prof. Huppert eingesetzt. Die im Anfangsstadium der Technikumsangelegenheit von beiden Seiten betonte Verhandlungswilligkeit ist nicht wirksam geworden, weil beide Partner sich ungeschickt verhielten, indem sie ihren Forderungen bzw. Angeboten ultimativen Charakter gaben. Verhandlungen kamen nicht zustande. Der Stadtrat hat sich passiv verhalten, als die Ereignisse, im wesentlichen durch fremde Einflüsse, einen Verlauf nahmen, der eine Verständigung immer mehr erschwerte. Die Verständigung wurde unmöglich gemacht durch die Art wie in der öffentlichen Sitzung die Person des bisherigen Leiters in die Debatte gezogen wurde. Das war beschämend für den Stadtrat. Ich bin mit dieser Entwicklung der Dinge niemals einverstanden gewesen, weil ich die Überzeugung hatte, dass das Hineinziehen der Technikumsangelegenheit in die Öffentlichkeit, zumal in der Presse, in jedem Falle eine Schädigung der Anstalt zur Folge haben würde. Ich habe wiederholt gewarnt und wiederholt zur Verständigung geraten; leider ohne Erfolg. Ich lehne darum jede Verantwortung für die heutige Situation, die durch den Willen der Mehrheit im Stadtrat geschaffen wurde, ab und werde mich bei der Wahl des künftigen Leiters des Technikums der Stimme enthalten.“

⁴²⁸ Ebenda, Blatt 441-461.

⁴²⁹ StadtA BadF, 1/II D – 212: Angelegenheit Dipl.-Ing. Heinrich Winkelmann 1939/1940, o. F. Auskünfte der Stadtverwaltung Bad Frankenhausen 1939 über den ehemaligen Direktor Winkelmann an eine Rechtsdatei. H. Winkelmann wurde Bruchhausen, Kreis Hoya, geboren.

⁴³⁰ Vertragsdauer vom 01.04. 1931 bis zum 31.03. 1951.

Wie angekündigt, enthielten sich die Sozialdemokraten der Abstimmung⁴³¹, während die Kommunisten mit ihren drei Stadträten keine Möglichkeit hatten, den jeweils von ihnen favorisierten Kandidaten durchzubringen.

Einen Tag vor der entscheidenden Stadtratssitzung, am 29. Dezember, hatte sich Prof. Huppert mit einem Schreiben an das Thüringische Ministerium für Volksbildung gewendet.⁴³²

In diesem Schreiben legte er ausführlich dar, warum er als Unternehmer und Eigentümer des „Kyffhäuser – Technikums“ anzusehen sei. Dabei berief er sich auf die entsprechenden Paragraphen aller in der Vergangenheit mit ihm abgeschlossenen Verträge durch die Stadt Frankenhausen. Er verwahrte sich gegen das Gebaren von Stadtverwaltung und Stadtrat, dass „Kyffhäuser – Technikum“ in allen Veröffentlichungen als „städtisch“ zu bezeichnen. Vom Ministerium für Volksbildung verlangte er eine schriftliche Erklärung darüber, wie er zukünftig die ihm persönlich 1926 erteilte Konzession zum Unterrichtsbetrieb verwenden dürfte. Sollte das Ministerium wider Erwarten an der Verfügung vom 24. November festhalten, drohte er das Land Thüringen für den ihm „erwachsenen Schaden“ verantwortlich zu machen. Eine Beantwortung seines Schreibens blieb ihm das Ministerium vorerst schuldig. Den Ausgang der Stadtratssitzung beeinflusste seine Eingabe jedoch nicht.

Einen Tag nach dieser Stadtratssitzung, am 31. Dezember 1930, teilte das Thüringische Innenministerium Dr. Bleckmann mit, dass seine Amtsenthörung zurückgezogen wurde und er sein Amt als Bürgermeister zum 02. Januar 1931 wieder aufnehmen kann.⁴³³ Maßgeblich mitgearbeitet an der Rücknahme der Amtsenthörung hatte Stadtrat P. Cotta im Auftrag der Bürgerlichen Fraktion. Zurückgekehrt auf die politische Bühne machte sich Dr. Bleckmann die Technikumsangelegenheit wieder zu Eigen. Beschränkten sich bis dahin die meisten Presseveröffentlichungen auf Berichte der Stadtratssitzungen, machte der Erste Bürgermeister die Zeitungen zu seinem maßgeblichen Sprachrohr. Mit der Entscheidung des Stadtrates, die Stelle des Direktors neu zu besetzen, bestand im Stadtrat eigentlich kein Diskussionsbedarf mehr. Selbst die SPD, die auf ihrer Mitgliederversammlung vom 10. Januar 1931 G. Ibing und H. Karnstedt mit einer verstärkten Pressearbeit über den der SPD nahe stehenden „Thüringer Volksbote(n)“ beauftragte, hatte sich bereits mit der neuen Lage abgefunden.⁴³⁴ Allerdings fiel der drei Tage später im „Volksboten“ veröffentlichte Standpunkt der

⁴³¹ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 441-442. Stadtrat Karl Vollmar, SPD, stellte die Anfrage, ob mit dem Dozenten am „Kyffhäuser – Technikum“, Dr.-Ing. Erich Schilling (1901 in Udersleben, heute Ortsteil von Bad Frankenhausen – 1986 in Köln), zwecks Übernahme des Direktorats gesprochen worden sei. Staatskommissar Roeper wies die Anfrage mit den Worten zurück, Dr. Schilling sei für diese Aufgabe noch zu jung. In den Augen der SPD scheint der „Zögling“ von Prof. Huppert die einzige Alternative zum Professor selbst gewesen zu sein. Dr. Schilling hatte 1918-1921 am „Kyffhäuser – Technikum“ studiert und seinen Techniker/Ingenieur in Maschinenbau und Landmaschinenbau gemacht. Nach kurzzeitiger Tätigkeit am Technikum 1923-24 machte er an der TH Braunschweig sein Diplom und promovierte hier 1929, um wieder ans Technikum zurückzukehren. Unter Prof. Huppert war er Dozent in der Fachabteilung für Landmaschinenbau, die er nach dem Abgang von S. Huppert ab 01.04. 1931 als Leiter übernahm. Im Juni 1932, nachdem Direktor Winkelmann Konkurs anmelden musste, übernahm er das Direktorat. Unter dem Eindruck der Ereignisse 1930/31 in Bad Frankenhausen dem Nationalsozialismus zugewandt, trat er noch vor der Machtergreifung wieder aus der NSDAP aus. NSDAP-Ortsgruppenleiter H. Bartels erreichte zum 02.04. 1937 seine Entlassung aus dem Direktorat und ein Verbot der Lehrtätigkeit. Er galt als ein vertrauter „Zögling“ von Prof. Huppert. Sein Eintritt in die NSDAP erfolgte unter Aussicht auf die Stelle des Direktors und in der Erkenntnis, gegen die mehrheitlich nationalsozialistisch eingestellten Studierenden als ehemaliger Vertrauter Prof. Hupperts keine Chance zu haben. Ab 1949 war er „Baurat für die neu eingerichtete Abteilung Landmaschinenbau an der Staatlichen Ingenieurschule für Maschinenwesen Köln“.

Für ergänzende biografische Hinweise dankt der Autor Herrn Prof. Dr. Ehrhard E. Schilling, Sohn von Dr. Schilling, und ehemals Rektor der FH Köln und Inhaber der Professur für Landmaschinentechnik/Landwirtschaft. Dr. Schilling arbeitet zur Zeit unter der Ausnutzung des Quellenmaterials des Stadtarchivs Bad Frankenhausen zum „Kyffhäuser – Technikum“ an einer juristischen Vorlage für ein Rehabilitationsverfahren für seinen verstorbenen Vater.

⁴³² ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 486-489. Das Schreiben trägt den Eingangsstempel des Ministeriums vom 30.12. 1930.

⁴³³ StadtA BadF, 1/II D – 307.1, a.a.O., Blatt 68.

⁴³⁴ Regionalmuseum Bad Frankenhausen, IX/i-9, a.a.O., Blatt 65.

Frankenhäuser Sozialdemokratie drastischer aus, als erwartet.⁴³⁵ Hinsichtlich Prof. Huppert wurde von einem „unrühmlichen Abgang“ gesprochen. Sein Verhalten sei „nicht immer einwandfrei“ gewesen. „Es steht fest, daß er im Laufe der letzten Jahrzehnte mit dem Technikum, d. h. also mit Hilfe der Stadt, ein Vermögen erworben hat.“ Dem gewählten neuen Direktor, Dipl.-Ing. Winkelmann, wünschten die Sozialdemokraten, „die Anstalt einer guten Entwicklung entgegen zu führen. Die SPD-Fraktion wird alles tun, um dabei tatkräftig mitzuwirken“. Inhaltlich scheint der Artikel dem Zweiten Bürgermeister Gustav Ibing zuzuordnen zu sein, der über eine Ausbildung im Zeitungswesen verfügte. Einige Passagen weichen sichtlich von den oben geschilderten Standpunkten der SPD-Stadträte ab. Es muss letztendlich offen bleiben, ob sich in diesem Artikel bereits der politische Sinneswandel und die antisemitische Haltung von G. Ibing widerspiegeln, der bereits im Sommer 1932 in die NSDAP aufgenommen wurde.

Der Standpunkt, den die Sozialdemokraten einnahmen, war Dr. Bleckmann eher gleichgültig. Er hatte es noch nicht verwunden, dass die SPD-Fraktion bei seiner Amtsenthörung keineswegs unbeteiligt beiseite gestanden hatte. Am 12. März 1931, wenige Tage vor dem Auslaufen des Vertrages zwischen Prof. Huppert und der Stadt, nutzte er die Sitzung des Stadtrates, um die SPD-Fraktion vorzuführen.⁴³⁶ Vor einer kaum zu überschauenden Zuhörermenge der öffentlichen Ratssitzung attackierte er zunächst den Gesamtstadtrat mit den Worten:

„Und nun, meine Herren vom Stadtrat, wenn Sie mit der Stadtverwaltung darin einig sind, dass die Erhaltung des Kyffhäuser – Technikums eine Lebensfrage für die Einwohnerschaft in Bad Frankenhausen ist, dann stellen sie sich restlos auf die Seite der Verwaltung und unterstützen sie die Verwaltung in ihrem schweren Kampfe um die Erhaltung und den Aufbau des Kyffhäuser – Technikums in Bad Frankenhausen!“. Die Frankenhäuser zollten ihm „lebhaftes Bravour“. Hintergrund für die theatralische Rede war das Werben Prof. Hupperts und eines seiner Dozenten für ihren neuen Arbeitgeber, die „Ingenieurschule Weimar“. Zwischen den thüringischen Technika war eine regelrechte Abwerbungskampagne bezüglich der Studierenden entbrannt. Zudem war bekannt geworden, dass Prof. Huppert für die Beibehaltung des Namens „Kyffhäuser – Technikum“ von Direktor Winkelmann eine Entschädigung von 30.000 RM verlangte. In Folge der Rede kam es zur letzten großen Debatte des Stadtrates vor dem Ausscheiden Prof. Hupperts aus dem Direktorat. Stadtrat K. Vollmar eröffnete die Debatte mit Schuldzuweisungen an den Ersten Bürgermeister. Der Bürgermeister „übe eine Zensur über die Technikums – Artikel in der hiesigen Zeitung“. ⁴³⁷ Beim Abdruck der Stadtratsdebatte in der „Frankenhäuser Zeitung“ griffen daraufhin die beiden Inhaber und Redakteure der Zeitung, Max und Emil Krebs, Stadtrat Vollmar an und nahmen tatsächlich Partei für Dr. Bleckmann und gegen Prof. Huppert.⁴³⁸ Allein schon die Überschrift des Artikels, „Der aufgezwungene, aber erfolgreiche Kampf der Stadtverwaltung gegen die Schädigung durch Prof. Huppert“, war Programm.

⁴³⁵ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, Verwaltungsangelegenheiten der Ingenieurschule Weimar 1930-1938, Blatt 41. Zeitungsartikel „Schwierigkeiten am Kyffhäuser-Technikum. Volksbote, Nr. 10, vom 13.01. 1931. Der Artikel selbst datiert vom 12.01. 1931 und trägt keine Unterschrift. Es besteht lediglich die Vermutung, dass die Fassung aus der Feder von Gustav Ibing stammt, der im Zeitungswesen eine Ausbildung erhalten hatte und zeitweilig redaktionell bei verschiedenen Zeitungen wirkte.

⁴³⁶ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Bericht öffentliche Stadtratssitzung vom 12.03. 1931.

Frankenhäuser Zeitung, Nr. 61, vom 13.03. 1931: Artikel „Der aufgezwungene, aber erfolgreiche Kampf der Stadtverwaltung gegen die Schädigung durch Prof. Huppert“.

⁴³⁷ Gemeint ist hier die „Frankenhäuser Zeitung“.

⁴³⁸ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 61, vom 13.03. 1931, a.a.O., „Anmerkung der Redaktion: Diese Behauptung ist unwahr! Herr Dr. Bleckmann hat noch nie eine Zensur über unsere Artikel ausgeübt. Er hat das auch nicht nötig, denn wir haben das Spiel eines Herrn Huppert durchschaut und wissen, was von dessen Artikel usw. zu halten und wie wir sie zu bewerten haben. ... Die Ausführungen des Stadratsmitgliedes Vollmar erwecken den Eindruck, als ob Herr Huppert an dem Platze säße.“

Stadtrat Vollmar drohte Dr. Bleckmann, dessen Wahlperiode im Sommer des Jahres abließ, mit Nichtwiederwahl.⁴³⁹ Der Erste Bürgermeister erklärte hierauf, dass ihn diese Drohung kalt lasse und bedaure lediglich die Partei, der Vollmar angehöre. Stadtrat P. Cotta rief in die Debatte, die Wiederwahl des Ersten Bürgermeisters hänge nicht „von den paar Vertretern der SPD ab“. Anschließend erhielt er das Wort. Prof. Huppert titulierte er einen „Fremdstämmigen“, der zwar für seine innere religiöse Bindung nicht könne, da es jedoch um „die Existenz des lebenswichtigsten Betriebes der Stadt Bad Frankenhausen“ gehe, liege die Sachlage vollkommen anders.

Der sozialdemokratische Stadtrat, Studienrat Otto Schröder (1893-1982), befürchte durch „die Entwicklung des Kampfes auf beiden Seiten“ „das Anwachsen einer politischen Strömung, die zu einer Sache führen könne, wie 1923“. Die Redaktion der „Frankenhäuser Zeitung“ glaubte, aus seinen Worten „eine Angst vor den Braunhemden“ heraushören zu können.⁴⁴⁰

Darüber machte sich der kommunistische Stadtrat H. Rumpf lustig. Angst vor den Braunhemden sei unangebracht. Schließlich passe die Arbeiterschaft genauso gut wie früher auf, dass sich eine solche politische Partei nicht breit machen kann. Seitens der KPD-Fraktion machte Stadtrat H. Kleinschmidt noch einmal eine eindeutige Schuldzuweisung an Prof. Huppert. Aus Sicht der KPD war der Professor ein „Kapitalist“, der die vermeidbare Auseinandersetzung heraufbeschworen habe.

Da die Debatte für Bürgermeister Dr. Bleckmann kein eindeutiges Votum aus seiner Sicht gebracht hatte, machte er den Stadträten klar, dass er sich die Zustimmung für seine „Weiterarbeit in der Technikums-Angelegenheit“ von der Bürgerschaft holen werde.⁴⁴¹ An die Zuhörer im Ratssaal gewandt, fragte er „wie sie sich zu der Sache stellen“ würden. Ihr Zuruf lautete „Weiterkämpfen“. Mit dem Votum der Zuhörer ausgestattet, schloss er die Sitzung des Stadtrates.

Am 12. März 1913, als in Bad Frankenhausen der Stadtrat tagte, entzog das Volksbildungsministerium in Weimar Prof. Huppert die Konzession zur Leitung und zum Betrieb des Technikums.⁴⁴² Diese Entscheidung des Volksbildungsministeriums wurde durch Bürgermeister Dr. Bleckmann am 18. März in der „Frankenhäuser Zeitung“ veröffentlicht. Es war eine Reaktion, auf den im Anschluss an die Stadtratssitzung vom 12. März von Prof. Huppert am 15. März in der gleichen Zeitung veröffentlichten Artikel.⁴⁴³ Der Professor stellte für die gesamte Frankenhäuser Öffentlichkeit noch einmal klar, „dass die Führung des „Kyffhäuser – Technikums“ auch nach dem 1. April 1931 mir zusteht“. Gegenüber Landrat Vogt beurteilte er das Auftreten von Dr. Bleckmann vor dem Stadtrat als „bewusst demagogisch“. ⁴⁴⁴ Der Bürgermeister sei für die gesamte „politische Verhetzung“ in der Stadt verantwortlich. Dr. Bleckmann habe gegenüber ihm die Worte „von morgen an setze ich die Methode des Ruhrkampfes gegen Sie ein“ gebraucht. Landrat Vogt sah keine Veranlassung, als vorgesetzte Dienstaufsichtsbehörde gegen Dr. Bleckmann vorzugehen. Im Gegenteil, er sähe sich durch die Schilderungen in seiner Zurückhaltung bestärkt. Das Antwortschreiben des Landrats vom 20. März in den Händen, reichte Prof. Huppert am gleichen Tag beim Thüringischen Volksbildungsministerium fristgerecht Einspruch gegen den Entzug der

⁴³⁹ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Bericht öffentliche Stadtratssitzung vom 12.03. 1931.

⁴⁴⁰ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 62, vom 14.03. 1931: Artikel „Der aufgezwungene, aber erfolgreiche Kampf der Stadtverwaltung gegen die Schädigung durch Prof. Huppert“. (2. Teil des Artikels)

⁴⁴¹ Ebenda, Frankenhäuser Zeitung, Nr. 62, vom 14.03. 1931.

⁴⁴² ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 554, Schreiben des Thüringischen Volksbildungsministeriums vom 09.04. 1931 an den Präsidenten des Thüringischen Obergerichtes in Jena.

StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Abdruck einer Stellungnahme von Dr. Bleckmann in der „Frankenhäuser Zeitung“, Nr. 65, vom 18.03. 1931.

⁴⁴³ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., ausgeschnittener Artikel aus der Frankenhäuser Zeitung vom 18. März 1931.

⁴⁴⁴ Ebenda, Schreiben Prof. Hupperts vom 13.03. 1931 an Landrat Vogt und Schreiben von Landrat Vogt vom 20. März 1931 an Prof. Huppert.

Konzession am 12. März ein.⁴⁴⁵ Sein Vertrag mit der Stadt Bad Frankenhausen lief zum 31. März ab und vom 1. April an war Dipl.-Ing. Heinrich Winkelmann Direktor des „Kyffhäuser – Technikums“. Vom Ministerium wurde der Einspruch abgelehnt. Die diesbezügliche Stellungnahme stammte von Ministerialrat Dr. Weidner. Daraufhin reichte Prof. Hupperts Rechtsbeistand am 16. April 1931 Klage gegen das Volksbildungsministerium beim Thüringischen Obergericht in Jena ein. Einige Tage darauf, am 21. April 1931, schied die NSDAP und damit auch Dr. Frick aus der Landesregierung aus. Das Obergericht in Jena wies die Klage von Prof. Huppert ab. Seine noch anhängige Streitsache hinsichtlich des Inventars und der Lehrmaterialien wurde auf den Schiedswege verwiesen. Prof. Huppert, der in allen Streitsachen immer auf die entsprechenden Paragraphen in seinen Verträgen verwiesen hatte, wurde hier auf § 12 seines Vertrages vom 17. März 1922 aufmerksam gemacht. Dieser besagte, dass vor einer gerichtlichen Auseinandersetzung ein Schiedsgericht einzusetzen sei. Die Entscheidung des Schiedsgerichts wurde dem Volksbildungsministerium mit Schreiben vom 16. Mai 1931 mitgeteilt. Mitglieder des Schiedsgerichts waren Ministerialrat im Wartestand Dr. Wuttig, Kuratoriumsmitglied Dr.-Ing. Kurt Landgraf⁴⁴⁶ aus Bad Frankenhausen und Dozent Dipl.-Ing. Hermann Schwarzer. Für Prof. Huppert fiel diese Entscheidung des Schiedsgerichts insoweit positiv aus, als ihm alle Gegenstände im Technikum zugesprochen wurden, die durch Dritte in dieses gelangt waren. Für Prof. Huppert, dessen Wirkungszeit am Technikum in Bad Frankenhausen ohne jede Würdigung seiner sichtbar erreichten Erfolge endete, hatte bereits ein neues Kapitel „Technikum“ an der „Ingenieurschule Weimar“ begonnen. Doch auch hier fand er keine Ruhe für seine in den letzten Jahren in Bad Frankenhausen ins Hintertreffen gelangten Forschungsarbeiten.

4.8 Das Technikum gehört „in deutsche Hände“ – nationalsozialistische Strömungen unter Dozenten und Studierenden

Das Verhältnis zwischen Prof. Huppert und seinen Dozenten und Studierenden war seit Ende des Ersten Weltkrieges wiederholt von ernsthaften Auseinandersetzungen mit antisemitischen Hintergrund geprägt gewesen. Doch fanden weder Dozenten noch Studenten einen Rückenhalt in der demokratischen Landesregierung Thüringens und bis zum Amtsantritt von Bürgermeister Dr. Bleckmann stand der Stadtrat im Großen und Ganzen hinter dem Direktor des Technikums. Der Eintritt der NSDAP in die Landesregierung im Januar 1930 bewirkte eine Abkehr von den bisherigen Verhaltensmustern. Gegen den Direktor aufbegehrende Dozenten und Studierende fanden in Stadtvorstand und im Innen- und Volksbildungsministerium die bislang fehlende Unterstützung für ihre Handlungen. Letztlich trugen sie nicht unerheblich dazu bei, dass Direktorat von Prof. Huppert enden zu lassen. Prof. Hupperts persönliche Schwäche, ja Unfähigkeit, ein umgängliches Verhältnis zu seinen angestellten Dozenten aufzubauen und zu pflegen, wirkte sich in dieser Phase veränderter politischer Konstellationen verhängnisvoll aus. Zum Sprachrohr wirklicher und vermeintlicher Interessen der Dozenten schwang sich Dipl.-Ing. Karl Haarmann auf, dem Prof. Huppert nach der Entlassung von Ing. Kromer 1927 einen großen Teil der Abteilung für Luft- und Kraftfahrzeugbau übertragen hatte. Nach Eintritt in die „Flugwissenschaftliche Vereinigung“ wurde er von einer Mehrheit der Mitglieder am 1. Mai 1928 zu deren Vorsitzenden gewählt.⁴⁴⁷ Seine Funktion als Vorsitzender durchaus ernst nehmend, vernachlässigte er in der Folge seine Lehrtätigkeit am „Kyffhäuser – Technikum“ zu Gunsten

⁴⁴⁵ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 554-598.

⁴⁴⁶ Dr.-Ing. Kurt Landgraf war Mitinhaber der „Mühlenbauanstalt Landgraf & Sohn“ in Bad Frankenhausen. Schon sein Vater, Bernhard Landgraf, war zeitweilig Mitglied des Kuratoriums für das Technikum gewesen.

⁴⁴⁷ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Amtsgericht Bad Frankenhausen Nr. 29, a.a.O., Blatt 4-5. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 01.05. 1928.

der Vereinsarbeit. Organisation und Teilnahme an Flugschauen oder politisch geprägten Flugdemonstrationen wie dem „Befreiungsflug nach Aachen“ 1929, bestimmten seinen Tagesablauf.⁴⁴⁸ Anfang Dezember 1929 ermahnte der Professor seinen engagierten Dozenten, die ihm übertragenen Lehraufgaben wahrzunehmen und verweigerte ihm für die Zukunft die Erteilung für Urlaub für außerschulische Aktivitäten.⁴⁴⁹ Als Interessenvertreter der Mehrheit der Dozenten hatte Dipl.-Ing. Haarmann in der Vergangenheit wiederholt gegen die Unregelmäßigkeiten in der Auszahlung der Dozentengehälter durch den Direktor protestiert. Ende Mai 1930 teilte ihm Prof. Huppert seine endgültige Entscheidung mit, die Auszahlung der Gehälter Schritt für Schritt auf Monatsende zu verschieben.⁴⁵⁰ In Kenntnis der Debatten des Stadtrates um die Direktorenstelle richtete er am 20. November 1930 einen Brief direkt an Minister Dr. Frick.⁴⁵¹ Einleitend machte er den Minister darauf aufmerksam, dass seine Zeilen den Nachweis erbringen sollen, „dass die Lösung der Technikumsfrage in Bad Frankenhausen von größerer Bedeutung ist, als bisher angenommen wurde“. Die „berufliche Ausbildung“ am Technikum sollte „im Sinne der Volksgemeinschaft“ erfolgen. Er unterbreitete den Vorschlag, das Technikum in eine GmbH umzuwandeln, mit ihm, Dipl.-Ing. Haarmann, als Leiter. Nach Maßgabe seiner Überlegungen muss das Technikum „in deutsche Hände“ gelangen. Der gehegte Wunsch, die Nachfolge von Direktor Huppert antreten zu können, erfüllte sich nicht. Das Volksbildungsministerium verwies ihn mit seiner Bewerbung an die Stadtverwaltung.⁴⁵²

Prof. Huppert, der im November 1930 die ihm aus seiner Sicht gehörenden Inventar- und Lehrgegenstände des „Kyffhäuser – Technikums“ an die „Ingenieurschule Weimar“ veräußert hatte, wollte diese vertragsmäßig nach Weimar überführen lassen. Dipl.-Ing. Haarmann, der sich inzwischen der Stadtverwaltung „zur Wahrung der städtischen Interessen bei dem allmählichen Abtransport des Unterrichtsmaterials nach Weimar“ zur Verfügung gestellt hatte und im Zusammenwirken mit Bürgermeister Dr. Bleckmann, vielen Studierenden und der örtlichen Polizei einen Großtransport verhinderte, wurde von Prof. Huppert Anfang Januar 1931 ein letztes Mal eindringlich gewarnt:

„Ich weise darauf hin, dass Sie ein von mir besoldeter Beamter sind, der auf Grund des abgeschlossenen Vertrages ausschließlich zur Dienstleistung mir gegenüber verpflichtet ist.“⁴⁵³

Den Forderungen des Professors kam Dipl.-Ing. Haarmann keineswegs nach. Er konnte sich vorerst der Unterstützung durch den Bürgermeister sicher sein. Dr. Bleckmann nannte ihn in einer Werbeschrift für das Technikum am 11. Februar den „künftigen Leiter“ der Abteilung für Luft- und Kraftfahrzeugbau sowie für den Flugbetrieb.⁴⁵⁴ Im Zusammenwirken mit dem Studierenden und ASTA – Vorsitzenden des Technikums, Hans Janssen, änderte er am 20. Februar 1931 die Satzung der „Flugwissenschaftlichen Vereinigung“ dahingehend, dass nur noch „Reichsdeutsche“ und Angehörige der „deutschen Kulturgemeinschaft“ Aufnahme in die Vereinigung erlangen konnten.⁴⁵⁵ Dozenten und Studierende ausländischer oder jüdischer Herkunft wurden fortan nicht mehr aufgenommen. Mit der Satzungsänderung wurde Prof. Huppert die Einflussnahme auf Belange der dem Technikum angegliederten Vereinigung entzogen. Prof. Huppert sah jetzt keine andere Möglichkeit mehr und kündigte Dipl.-Ing.

⁴⁴⁸ Ebenda, Blatt 6-7 und 11.

⁴⁴⁹ StadtA BadF, 1/VI – 78, a.a.O., o. F. Schreiben von Prof. Huppert vom 03.12. 1929 an Dozent Haarmann und Schreiben Dipl.-Ing. Haarmanns vom 03.12. 1929 an Prof. Huppert.

⁴⁵⁰ Ebenda, o. F. Schreiben von Prof. Huppert vom 20.05. 1930 an Dipl.-Ing. Haarmann.

⁴⁵¹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5227, a.a.O., Blatt 4. Vollständigen Wortlaut vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

⁴⁵² Ebenda, Blatt 5.

⁴⁵³ StadtA BadF, 1/VI – 78, a.a.O., o. F. Schreiben von Prof. Huppert vom 13.01. 1931 an Dipl.-Ing. Haarmann.

⁴⁵⁴ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Druckblatt „Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen. Mitteilung“ mit Eingangsstempel vom 11.02. 1931.

⁴⁵⁵ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Amtsgericht Bad Frankenhausen Nr. 29, a.a.O., Blatt 17-19.

Haarmann wegen „Verletzung der Dienstpflichten“ am 28.02. 1931.⁴⁵⁶ Folge war ein von Dipl.-Ing. Haarmann angestrebter Prozess vor dem Arbeitsgericht bzw. Amtsgericht Sondershausen. Das Urteil vom 10. März erklärte die Kündigung für rechtmäßig.⁴⁵⁷ Als Hauptgrund für seine Entscheidung erklärte das Gericht, es sei erwiesen, dass Dipl.-Ing. Haarmann vor einer nationalsozialistischen Versammlung sowie vor Studierendenversammlungen gegen den Direktor aufgetreten sei und sich rühmte, als Vorsitzender der „Flugwissenschaftlichen Vereinigung“ zu dessen Aufgabe des Direktorats beigetragen zu haben. Gegenüber den Richtern erklärte der verklagte Professor: „Er, der Beklagte, betrachte sich heute noch als der rechtmäßige Besitzer des Technikums, die Anstalt sei sein geistiges Erzeugnis und Eigentum, die Konzession sei ihm zu Unrecht entzogen. In seinem Kampf um sein Recht sei ihm der Kläger in den Rücken gefallen“. Sowohl der Professor als auch Dipl.-Ing. Haarmann nutzten die „Frankenhäuser Zeitung“ für eine Stellungnahme und suchten das Urteil jeweils als Erfolg für sich darzustellen. Dipl.-Ing. Haarmann gab vor, im Interesse des Technikums und damit im Interesse des neu erwählten Direktors, Dipl.-Ing. Winkelmann, gehandelt zu haben, womit sein Vorgehen gegen Prof. Huppert gerechtfertigt sei.⁴⁵⁸ Schließlich hatten doch die meisten Dozenten Bürgermeister Dr. Bleckmann am 7. Januar 1931 zugesagt, Direktor Winkelmann zu „akzeptieren“, wenn sie neue und nunmehr langfristige Verträge erhalten würden.⁴⁵⁹ In der Zusage von Direktor Winkelmann, einen neuen Arbeitsvertrag zu erhalten, sah sich K. Haarmann getäuscht. Der neue Direktor war sichtlich bemüht, auf Dozenten, die mit seinem Vorgänger und Nachdirektor Prof. Huppert im Konflikt lagen, nicht wieder oder nur vorübergehend einzustellen. Einige der Betroffenen, darunter auch Dipl.-Ing. Haarmann, verklagten ihn daraufhin. Während des Prozesses, im Oktober 1931, sagte K. Haarmann aus, der neue Direktor habe ihn zur Fortführung des Prozesses gegen seinen damaligen Arbeitgeber geraten und wollte sogar die Prozesskosten übernehmen.⁴⁶⁰ Nunmehr ohne Anstellung richtete Dipl.-Ing. Haarmann ein Schreiben an das Landesarbeitsamt Thüringen.⁴⁶¹ Darin zählte er vier, im Moment von Prof. Huppert entlassene und arbeitslose Dozenten auf, die bei Direktor Winkelmann vergeblich auf eine Anstellung gehofft hatten. Insgesamt hätte Direktor Huppert in den letzten 6 Jahren 26 Dozenten „grundlos entlassen“. Das Schreiben schien dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes so brisant, dass er es an das Volksbildungsministerium weiterreichte. Von hier aus wurde Dipl.-Ing. Haarmann am 5. Februar 1931 zu einer weiteren Stellungnahme aufgefordert. Inzwischen war auch die „Fraktion der NSDAP im Landtag von Thüringen“ über die von Prof. Huppert vorgenommenen Kündigungen informiert worden. NSDAP – Landtagsabgeordneter und Fachberater des Ministers Dr. Frick, Fritz Wächtler, erbat am 9. Februar vom Volksbildungsministerium weitere Auskünfte.⁴⁶² Insbesondere ging es der Fraktion um Informationen über den Inhalt des zurzeit bestehenden Regulativs⁴⁶³ für das „Kyffhäuser – Technikum“ aus dem Jahre 1922. Nach Kenntnis der Fraktion war das Regulativ niemals vom Ministerium bestätigt worden, wurde jedoch in Frankenhausen zur Anwendung gebracht. Demnach wären die Kündigungen durch den Direktor ohne Zustimmung der Stadt erfolgt. In

⁴⁵⁶ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5227, a.a.O., Blatt 11. Stellungnahme Prof. Hupperts zur Entlassung von Dipl.-Ing. Haarmann gegenüber dem Volksbildungsministerium vom 12.03. 1931.

⁴⁵⁷ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5231: Haarmann contra Winkelmann. Blatt 164 ff. Die Akte beinhaltet im Wesentlichen den Gerichtsprozess von Dipl.-Ing. Haarmann gegen Direktor Heinrich Winkelmann wegen versprochener, aber nicht erfolgter Wiedereinstellung am Technikum.

⁴⁵⁸ Frankenhäuser Zeitung, Nr. 61, vom 13.03. 1931, Artikel „Aus dem Leserkreis. Zur Aufklärung!“.

⁴⁵⁹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5231, a.a.O., Blatt 12. Erklärung der Dozenten des „Kyffhäuser – Technikums“ vom 07.01. 1931 an Bürgermeister Dr. Bleckmann.

⁴⁶⁰ Ebenda, Blatt 35. Aussage Dipl.-Ing. Haarmanns am 10.10. 1931.

⁴⁶¹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 409 v und r.

⁴⁶² Ebenda, Blatt 414.

⁴⁶³ Das Regulativ hatte 1921 der Stadtrat beschlossen und die Gebietsregierung 1922 bestätigt, jedoch gab es keine Bestätigung durch ein Thüringisches Landesministerium.

Bad Frankenhausen führte die Anfrage innerhalb weniger Tage zu einer Überarbeitung des seinerzeit nicht bestätigten Regulativs.⁴⁶⁴ Das am 14. Februar vom Stadtrat beschlossene Regulativ sah eine Stärkung des Kuratoriums für das Technikum vor. Entscheidungen konnten nur in Anwesenheit aller Kuratoriumsmitglieder gefällt werden. Den Vorsitz führte uneingeschränkt der amtierende Erste Bürgermeister. Über Einstellung und Entlassung von Dozenten konnte der Direktor nicht mehr allein entscheiden. Auf die Situation der bereits entlassenen Dozenten hatte das neue Regulativ allerdings keinerlei positive Auswirkungen. Direktor Winkelmann berief sich während seiner Amtszeit als Technikumsdirektor in Bezug auf Einstellung und Entlassung von Dozenten auf die so genannten „Nürnberger Richtlinien“ und die durch ihn neu gestellte „Reichsanerkennung“ des Technikums.⁴⁶⁵

Im Mai 1922, anlässlich einer Tagung verschiedener Vertreter von Reichsministerien und aller Länder in Nürnberg, wurde über das „mittlere technische Schulsystem“ diskutiert.⁴⁶⁶ Es wurde beschlossen, privaten Lehranstalten nicht grundsätzlich die staatliche Anerkennung durch das Reich zukommen zu lassen. Um das technische Schulwesen begutachten zu können, war ein „Gutachterausschuss für das technische Schulwesen beim Reichsministerium des Innern“ gebildet worden. Zugleich wurden auf der Tagung Richtlinien festgelegt, die alle Lehranstalten zu erfüllen hatten, die die Anerkennung des Reiches, kurz „Reichsanerkennung“, beantragten. Nach dem Tagungsort wurden die Richtlinien „Nürnberger Richtlinien“ genannt. Private Lehranstalten hatten es vergleichsweise schwer, die Anerkennung zu erhalten und in die so genannte „Reichsliste der anerkannten höheren technischen Lehranstalten“ eingetragen zu werden. Dem Technikum Mittweida unter Prof. Holz gelang die „Reichsanerkennung“, wenn auch noch mit Einschränkungen, erst nach fünfjährigem Ringen im Dezember 1929. Für die Studierenden brachte die Anerkennung ihrer Lehranstalt erhebliche Vorteile, vor allem hinsichtlich der Einstellung und Besoldung als Beamte im öffentlichen Bereich. Nachteile ergaben sich für Dozenten der Lehranstalten, die über kein abgeschlossenes Hochschulstudium und damit über kein Diplom verfügten. Entsprechend den Richtlinien wurde vorausgesetzt, dass an den Lehranstalten, die um Aufnahme in die „Reichsliste“ baten, nur Hochschulabsolventen lehren durften.

Gleich seinen Verbandskollegen Prof. Holz und Prof. Schmidt hatte Prof. Huppert die „Reichsanerkennung“ des „Kyffhäuser – Technikums“ nachgesucht. Aus bisher unbekannten Gründen zog er diese im Herbst 1930 zurück.⁴⁶⁷ Die zahlreichen Dozenten am Technikum, die „nur“ über einen Techniker- oder Ingenieurabschluss, jedoch nicht über ein Diplom verfügten, werden aufgeatmet haben. Allerdings sind für Prof. Huppert im Gegensatz zu seinem Nachfolger, Dipl.-Ing. Winkelmann, keine Kündigungen auf Grund eines fehlenden Hochschulabschlusses nachweisbar. Im Gegenteil, vom Zweiten Bürgermeister Gustav Ibing war ihm zum Vorwurf gemacht worden, wider besseres Wissen sich nicht gegen die Wahl seines Dozenten Ing. Wicha zum Direktor des Technikums gestellt zu haben.⁴⁶⁸ Als sein Arbeitgeber hätte er wissen müssen, daß Ing. Wicha den Titel Dipl.-Ing. zu Unrecht trug und damit den Stadtrat bei Auswahl der Kandidaten getäuscht habe. Prof. Huppert trennte sich von Ing. Wicha nicht, weil er kein Diplom besaß, sondern weil er sich mit der Wahl zum Direktor gegen ihn gestellt und sein persönliches Vertrauen missbraucht hatte.⁴⁶⁹ Zum Rücktritt von

⁴⁶⁴ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Mit Schreiben vom 16.02. 1931 übersandte Bürgermeister Dr. Bleckmann dem Kreisamt, Landrat Vogt, als der nächst vorgesetzten Behörde, dass am 14.02. 1931 durch den Stadtrat beschlossene neue und abgeänderte Regulativ für das Technikum.

⁴⁶⁵ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 681-682. Stellungnahme von Direktor Winkelmann auf der vertraulichen Stadtratssitzung vom 21.04. 1932.

⁴⁶⁶ Stascheit 1995, a.a.O., S. 57 ff.

Vom Technikum zur Hochschule 1992, a.a.O., S. 63 f.

⁴⁶⁷ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 420-424, Mitteilung von Staatskommissar Roeper an den Stadtrat auf der Ratssitzung vom 20.11. 1930.

⁴⁶⁸ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., Blatt 41.

⁴⁶⁹ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Stellungnahme des Landrates Vogt vom 02.02. 1931 gegenüber dem Thüringischen Innenministerium.

der Wahl des Direktors hatten Ing. Wicha weniger finanzielle Sorgen als vielmehr das fehlende Diplom und seine Verunglimpfung als „Jude“ bewogen. Landrat Vogt hatte über den neu gewählten Direktor Erkundigungen eingezogen und dem Innenministerium mitgeteilt, dass Ing. Wicha nach seinen Informationen Katholik sein soll. Nach vorübergehender Einigung mit Direktor Winkelmann entfernte dieser Ing. Wicha schließlich endgültig aus dem Lehrkörper. Zur Begründung diene ihm auch der fehlende Hochschulabschluss seines umtriebigen Dozenten.

Mit Ing. Emil Hermann Jost Werth (geb. 1891, Schwerin; Sterbejahr und -ort unbekannt) wirkte seit Oktober 1926 ein Dozent am Technikum, der unter dem Eindruck der Geschehnisse während seiner Lehrtätigkeit am 1. Januar 1931 der NSDAP beitrat.⁴⁷⁰ Seit 1921 dem deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbund angehörend, fungierte er ab 1927 als „Ortsgruppenobmann“ der „Techniker Nothilfe“. Ende 1925 war er dem „Stahlhelm“ beigetreten. Obwohl ohne Hochschulabschluss hatte Prof. Huppert Ing. Werth als Dozenten eingestellt. Bis zu seinem Eintritt in die NSDAP war für seine Person keine Beteiligung an Aktionen erkennbar, die sich vordergründig gegen Direktor Huppert richteten. Selbst nach seinem Beitritt trat er nicht öffentlich gegen seinen Arbeitgeber auf. Erst mit der Wahl Dipl.-Ing. Winkelmanns zum Direktor und dessen offenem Streben nach Erlangung der „Reichsanerkennung“ ließen ihn politisch aktiv werden. In einem zweiten Schreiben der NSDAP – Landtagsfraktion am 9. Februar 1931 an das Volksbildungsministerium wurde Auskunft über die berufliche Qualifikation von Emil Werth erbeten.⁴⁷¹ Ob diese Anfrage im Zusammenhang mit dem Eintritt von Ing. Werth in die NSDAP oder dem durch die erfolgten Kündigungen Prof. Hupperts eingetretenen Mangel an Fachlehrern für die bevorstehenden Semesterprüfungen stand, kann anhand der eingesehenen Akten nicht beantwortet werden. Entsprechend einer Mitteilung von Dipl.-Ing. Friedrich Vockeradt an die Stadtverwaltung Bad Frankenhausen im April 1939, soll E. Werth bis zum Antritt des Direktorats von Dipl.-Ing. Winkelmann, der einzige Dozent gewesen sein, der bereits Mitglied der NSDAP war.⁴⁷²

Mit dem gleichen Schreiben vom Februar 1931 ersuchte die NSDAP – Landtagsfraktion Auskünfte über den Dozenten und Stellvertreter des Direktors, Emil Heinrich Bachmann (geb. 1880, Köln; Sterbejahr und -ort unbekannt), zu erlangen.⁴⁷³ Er galt sowohl bei den Befürwortern Prof. Hupperts als Direktor des Technikums, als bei seinen offenkundigen Gegnern als der wahre Urheber des seit Herbst in voller Dramatik verlaufenen Streites zwischen Direktor und Stadt.⁴⁷⁴ Für Dozenten wie Außenstehende war er der Vertraute des Professors. Es war vor allem seine Rede am 21. November 1930 auf einer Versammlung des ASTA, welche die Gemüter der Bad Frankenhäuser aber auch vieler Studierender und Dozenten in Wallung brachten. Drei Tage, bevor Prof. Huppert überhaupt den Verkauf der Lehrmaterialien an die „Ingenieurschule Weimar“ perfekt machte, sprach Emil Bachmann von einer „Verlegung“ des „Kyffhäuser – Technikums“ durch den Direktor in eine andere

⁴⁷⁰ StadtA BadF, 1/II E – 868: Anlage VI über die Prüfung der Finanzverwaltung der Stadt Bad Frankenhausen – Festsetzung der Vergütungsdienstalter für die Dozenten und Assistenten des Kyffhäuser-Technikums, 15.07. 1935, Blatt 11, Personalbogen Dozent Ing. Emil Werth.

ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5226, a.a.O., Blatt 232 ff. Personalblätter Ing. Emil Werth.

⁴⁷¹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5227, a.a.O., Blatt 55.

⁴⁷² StadtA BadF, 1/II D – 212, a.a.O., o. F., Schreiben von Dipl.-Ing. Vockeradt, Direktor der „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“, vom 26.04. 1939, an Bürgermeister Neubauer.

⁴⁷³ Ebenda, Blatt 55.

ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5222: Städtische Ingenieurschule Bad Frankenhausen – Allgemeines 1935-1938, Blatt 166 ff. Dabei handelt es sich um Auskunftersuchen des Staatskommissars zu Emil Bachmann an Behörden verschiedener Städte, in denen er polizeilich gemeldet war. Letzter bekannter Aufenthaltsort war im Juli 1937 Freiburg im Breisgau. Die Auskunftersuchen enthalten den vollständigen Namen, Geburtsort und Geburtsjahr.

⁴⁷⁴ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/32: Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen – Schriftverkehr mit dem Thüringischen Kreisamt Sondershausen 1931, o. F. Bericht von Staatskommissar Roeper vom 14.04. 1931 an das Thüringische Kreisamt Sondershausen, Landrat Vogt.

Stadt, womit Weimar gemeint war. Aus dem Verkauf des Lehrmaterials wurde eine „Verlegung“ des Technikums. Ebenso ließ er verlauten, dass Prof. Huppert keinesfalls die Absicht habe, einen neuen Vertrag mit der Stadt einzugehen und forderte die Anwesenden auf, dem Professor nach Weimar zu folgen. Staatskommissar Roeper veranlasste daraufhin eine polizeiliche Vernehmung Emil Bachmanns.⁴⁷⁵ Er warf dem stellv. Direktor „verantwortungsloses Verhalten“ vor. Prof. Huppert, der zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert worden war, verurteilte weder das Verhalten seines Stellvertreters, noch befürwortete er dieses. Während Staatskommissar Roeper an die Unwissenheit des Professors glaubte, waren viele Stadträte und die Zuhörer der Ratssitzung von dessen Mitwisserschaft überzeugt. Ob nun mit oder ohne Wissen und Zustimmung seines Direktors, Emil Bachmann hatte mit seinen Äußerungen Prof. Huppert zum Sündenbock des Streites gemacht. Dessen bewussten Gegnern hatte er damit in die Hände gespielt, seine wenigen Befürworter unsicher und zurückhaltender werden lassen.

Bereits vorhandene nationalsozialistische Strömungen am Technikum suchte Bürgermeister Dr. Bleckmann zu fördern. Anlässlich seiner Werbefahrten für das „Kyffhäuser – Technikum“ nahm er in Altenburg/Thüringen Kontakt zu Dipl.-Ing. Rudolf Müller (geb. 1898, Herne/Westfalen; Sterbejahr und -ort unbekannt)⁴⁷⁶ auf.⁴⁷⁷ Dipl.-Ing. Müller war bis zu seiner Entlassung am 30. September 1930 durch Direktor Karl Roskothen am „Technikum Altenburg“ als Dozent angestellt gewesen. Am Technikum hatte er zu den nationalsozialistisch orientierten Dozenten gehört. Dr. Bleckmann verschaffte ihm eine Anstellung am „Kyffhäuser – Technikum“. Auf Empfehlung von Dr. Bleckmann gab ihm der zukünftige Direktor, Dipl.-Ing. Winkelmann, am 25. März 1931 einen Anstellungsvertrag ab 1. April des Jahres.⁴⁷⁸ Vom 8. bis 11. Februar 1931 hatte Bürgermeister Dr. Bleckmann Dipl.-Ing. Müller zu einer Besichtigung des Bad Frankenhäuser Technikums eingeladen.⁴⁷⁹ Als Dozent übernahm Dipl.-Ing. Müller zunächst das Lehrgebiet von Dipl.-Ing. Haarmann, zu dessen Wiedereinstellung sich Direktor Winkelmann nicht hatte entschließen wollen. Bürgermeister Dr. Bleckmann gelang dadurch die Ersetzung eines entlassenen nationalsozialistisch orientierten Dozenten durch einen Neuen, der sich in dieser Hinsicht noch weitaus stärker profilieren sollte, als Dipl.-Ing. Haarmann.

Anfang Mai 1931, anlässlich der offiziellen Einführung und Ehrung des neuen Direktors Dipl.-Ing. Winkelmann, ging Dr.-Ing. Lampert (geb. 1902; Sterbejahr und -ort unbekannt)⁴⁸⁰ als Vertreter der Dozentenschaft nochmals auf die zurückliegenden Ereignisse ein.⁴⁸¹ Er betonte, dass in dem Konflikt zwischen Prof. Huppert und den Dozenten die Studierenden „einmütig hinter den Dozenten gestanden hatten“. Hans Janssen⁴⁸², Studierender und Vorsitzender des ASTA, stellte mit Blick auf die zurückliegende Zeit das Direktorat von Dipl.-Ing.

⁴⁷⁵ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., o. F. Bericht über die öffentliche Stadtratssitzung vom 27.11. 1930.

⁴⁷⁶ StadtA BadF, 1/II E -868, a.a.O., Blatt 2, Personalbogen Dozent Dipl.-Ing. Rudolf Müller. Rudolf Müller war vom 01.11. 1926 bis 30.09. 1930 am Technikum Altenburg als Dozent angestellt. Ab 01.04. 1931 war er Dozent am „Kyffhäuser – Technikum“. Wann er dieses verließ, ist nicht bekannt. Letzte Erwähnung fand er hier im Juli 1937.

⁴⁷⁷ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., Blatt 49 v und r. Abschrift einer Erklärung des Studierenden Erich Wilms, Technikum Altenburg, an Direktor Karl Roskothen, Technikum Altenburg, vom 01.02. 1931. E. Wilms schilderte darin einen Besuch von Herrn und Frau Dr. Bleckmann am 26.01. 1931 bei Herrn und Frau Dipl.-Ing. Müller in dessen Wohnung in Altenburg. Während der Gespräche hatte sich Dr. Bleckmann vor allem zu Emil Bachmann und dessen Privatleben geäußert.

⁴⁷⁸ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5227, a.a.O., Blatt 12, 14 und 23.

⁴⁷⁹ StadtA BadF, 1/VI – 78, a.a.O., Schreiben von Dipl.-Ing. Müller vom 24.02. 1931 an Bürgermeister Dr. Bleckmann.

⁴⁸⁰ StadtA BadF, 1/II E – 868, a.a.O., Blatt 3, Personalbogen Dozent Dr.-Ing. Lampert, Dozent seit Februar 1930 am „Kyffhäuser – Technikum“.

⁴⁸¹ StadtA BadF, 1/VI – 78, a.a.O., Artikel aus der Frankenhäuser Zeitung, Nr. 103, vom 04.05. 1931, „Ehrung des neuen Direktors am „Kyffhäuser – Technikum“, Redaktion Max Krebs.

⁴⁸² In der Schreibweise des Nachnamens wurden Jansen und Janssen verwendet. Letztere benutzte Hans Janssen auch in seinen Unterschriften.

Winkelmann „als eine Erlösung“ dar. Hans Janssen dürfte das Ende des Direktorats von Prof. Huppert durchaus als eine „Erlösung“ empfunden haben. Als Vorsitzender des ASTA hatte er sich über die Maßen gegen den Direktor des Technikums engagiert. Als Mitglied der „Flugwissenschaftlichen Vereinigung“ hatte er Dipl.-Ing. Haarmann im Februar 1931 den Weg zum wiederholten Vorsitz ohne Neuwahl geebnet und im Zusammenspiel mit ihm, die Änderung der Satzung bewirkt.⁴⁸³ Zum ASTA – Vorsitzenden war er erst zu Beginn des Wintersemesters 1930/31 gewählt worden.⁴⁸⁴ Aufgebracht durch die Äußerungen Emil Bachmanns hinsichtlich der „Verlegung“ des Technikums, beteiligte er sich an Unternehmungen von Dr. Bleckmann und Staatskommissar Roeper, eine „Verlegung“ und Abwerbung von Dozenten und Studierenden aus Bad Frankenhausen zu verhindern. Als ASTA – Vorstand begleitete er die städtischen Vertreter auf ihren Fahrten ins Volksbildungsministerium, ins Reichsfinanzministerium, zu Direktor Karl Roskoth persönlich oder das von diesem geleitete „Technikum Altenburg“ bzw. die „Ingenieurschule Weimar“.⁴⁸⁵ Der dabei betriebene Aufwand machte es ihm unmöglich, die Mehrzahl der anstehenden Klausurarbeiten zu absolvieren. Auf Grundlage der Schulordnung berief der Direktor die Lehrerkonferenz ein, die am 8. Januar 1931 mehrheitlich dem Antrag von Dozent Dipl.-Ing. Ernst von Lössl folgte, gegen H. Janssen die Strafe „Androhung der Ausweisung“ auszusprechen.⁴⁸⁶ Dipl.-Ing. Haarmann und mehrere Studierende richteten daraufhin einen Protest an Staatskommissar Probst, der am 14. Januar persönlich zu einer Anhörung nach Bad Frankenhausen kam. Dipl.-Ing. Haarmann versuchte ihm glaubhaft zu machen, dass die Lehrerkonferenz die Androhung der Ausweisung nicht wegen mangelnder Leistungen ausgesprochen habe. Fast alle übrigen, anwesenden Dozenten hüllten sich dazu in Schweigen. Lediglich der „nicht arische“ Dozent Dr. Glogowski⁴⁸⁷ erhob dagegen Einspruch, dass Prof. Huppert und Emil Bachmann bei der Abstimmung am 8. Januar ausdrücklich haben im Protokoll vermerken lassen, sich der Stimme enthalten zu haben. Das entspräche keinesfalls der sonst geübten Verfahrensweise. Schließlich akzeptierte der ASTA die Strafandrohung gegen H. Janssen. Demgegenüber erklärte Prof. Huppert, den ASTA – Vorsitzenden nicht mehr als Mitglied des „Allgemeinen Studierendenausschusses“ anzuerkennen. Gegen die angedrohte Ausweisung vom Technikum legte H. Janssen am 24. Januar beim Volksbildungsministerium, Oberregierungsrat Wenzel, Berufung ein. Oberregierungsrat Wenzel entsandte Staatskommissar Probst abermals ans Technikum. Er erteilte ihm den Auftrag festzustellen, ob die H. Janssen zur Last gelegten Unterrichtsversäumnisse entschuldbar seien. Nach nochmaliger Anhörung Janssens vor der gesamten Dozentschaft und Fürsprache des ASTA am 29. Januar wurden seine Versäumnisse lediglich als Ordnungswidrigkeit angesehen. Diese Auffassung teilte auch Ministerialrat Dr. Weidner vom Volksbildungsministerium. Erst einmal glimpflich davongekommen, begleitete er den Stadtvorstand von Bad Frankenhausen Anfang Februar zu einer Fahrt ins Reichsfinanzministerium.

Die Androhung der Ausweisung gegen Hans Janssen war kein Einzelfall. Am 26. November 1930 hatte es im Gasthaus „Reichental“, einem bevorzugten Lokal studentischer Verbindungen, eine Versammlung von Studierenden gegeben.⁴⁸⁸ Als Vertreter des Stadtrates

⁴⁸³ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Amtsgericht Bad Frankenhausen Nr. 29, a.a.O., Blatt 15 und 17-19.

⁴⁸⁴ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 406 r.

⁴⁸⁵ StadtA BadF, I/II D – 117, a.a.O., Blatt 2 ff. Aufzählung der Dienstfahrten und Reisen von Bürgermeister Dr. Bleckmann und Staatskommissar Roeper zwischen dem 29.10. 1930 und dem 05.02. 1931.

ThStA Rudolstadt, Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 621, a.a.O., Blatt 139. Aufzählung von Verpflichtungen und Außenständen durch Robert Roeper am 19.01. 1931 gegenüber dem Thüringischen Kreisamt Sondershausen. Dem Studierenden/Techniker Janssen hatte er für die Fahrten ein Darlehn in Höhe von 179 RM gewährt, dass noch ausstand.

⁴⁸⁶ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 404-406 und 523-524.

⁴⁸⁷ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5227, a.a.O., Blatt 160. Dr. Glogowski wurde in einem Schreiben vom 13.10. 1933 als „nicht arischer Dozent“ bezeichnet.

⁴⁸⁸ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 422-423 r.

hatte P. Cotta teilgenommen. In einer Rede hatte der Studierende Herbert Kirchheim den Satz getan: „Das von Herrn Prof. Huppert herausgegebene Lehrprogramm entspräche nicht den Tatsachen, es diene nur der Geldschneiderei“. Nachdem Prof. Huppert Kenntnis von dem Ausspruch erhalten hatte, brachte er den „Disziplinarfall“ vor das Lehrerkollegium, das den Fall am 18. Dezember behandelte. Anwesend waren seitens der Dozenten u. a. Dipl.-Ing. Haarmann, Dr.-Ing. Lampert, Dr. Glogowski und Ing. Emil Werth. Nach Anhörung des Studierenden und von Zeugen beider Parteien verweigerten sie Prof. Huppert die Zustimmung zur Androhung der Ausweisung. Der Professor erklärte ihnen hierauf, beim Volksbildungsministerium Einspruch gegen ihre Entscheidung erheben zu wollen. Einspruch erhob er schließlich bei Staatskommissar und Regierungsrat Probst. Im Volksbildungsministerium sah man keine Eile, den Einspruch vom 20. Dezember zu bearbeiten. Am 3. Januar 1931 wiederholte Prof. Huppert seinen Einspruch und betonte „Ich bin nicht gewillt, solange die Leitung noch in meinen Händen liegt, derartige Übergriffe einzelner Besucher der Anstalt zu dulden und bitte um weitere Verfolgung dieser Angelegenheit“.⁴⁸⁹ Seine Hoffnung auf eine weitere „Verfolgung dieser Angelegenheit“ war vergebens. Der Fall kam genauso wenig zum Abschluss wie derjenige von Hans Janssen. In den Unterstellungen des Studierenden H. Kirchheim kamen Forderungen zum Ausdruck, die von den Studierenden Prof. Huppert Ende 1930 oder Anfang 1931 unterbreitet worden waren.⁴⁹⁰ Eine Mitwirkung bei der Formulierung von Dozenten kann nicht ausgeschlossen, allerdings auch nicht belegt werden. Vor allem das Verlangen nach Sport war nicht im Sinne der meisten Studierenden, sowie die Herabsetzung der Zahl der Unterrichtsstunden kaum aus dem Munde der Dozenten kommen konnte. Höhere Stundenzahlen bedeuteten auch eine höhere Vergütung. Im Einzelnen umfassten die Forderungen folgende Sachverhalte:

„Ablehnung der bisherigen Direktion aus folgenden Gründen:

- a) ständiger Wechsel von Dozenten, dadurch Benachteiligung der Studierenden.
- b) Mangelhafter Ausbau notwendiger Einrichtungen, falsche Versprechungen und Irreführungen im Programm.
- c) Laborgebühren für kaum vorhandene Einrichtungen (Metallographie).
- d) Zu teure Vordrucke, überflüssige Gebühren (Fahrscheine).
- e) Mangelndes Verständnis für Sport.
- f) Überanspruchung der Studierenden infolge veralteter Organisation und zu großer Stundenzahl.

Forderungen an den zukünftigen Unterrichtsbetrieb:

- a) Langfristige Verträge mit den Dozenten.
- b) Herabsetzung der Stundenzahl. Zeit für Sport! Freier Sonnabend Nachmittag.
- c) Planmäßiger Ausbau der Laboratorien. Moderne Heizung.
- d) Berücksichtigung vaterländischer Feiertage (18. Januar), Sonnwendfeier. Würdige Anbringung einer Tafel mit den Namen der im Kriege gefallenen Dozenten und Studierenden.
- e) Schaffung eines wirklichen „Kyffhäuser“-Technikum in dem Geiste, in dem das Kyffhäuser-Denkmal erbaut worden ist!!“

Die Antwort Prof. Hupperts auf den Forderungskatalog ist unbekannt. Einige der angeführten Punkte dürften ihm nicht neu gewesen sein. Vorwürfe wie ständiger Wechsel der Dozenten oder die Würdigung der im Ersten Weltkrieg gefallenen Angehörigen des Technikums waren wiederholt angebracht worden. Die große Fluktuation war bekanntlich bereits auf die Kritik des jeweils zuständigen Ministeriums gestoßen. Die schon 1921 aufgeworfene Frage wie die Gefallenen zu ehren seien, wiederholte sich nun in einer deutlichen Forderung. Prof. Huppert hatte alles vermieden, einen denkmalsartigen Bau im Technikumsgelände zu verwirklichen. Politik und hierzu zählte er ein Denkmal, gehörten seiner Ansicht nach nicht ins Technikum.

⁴⁸⁹ Ebenda, Blatt 424.

⁴⁹⁰ StadtA BadF, 1/VI – 78, a.a.O., Maschine geschriebene Forderungen des ASTA ohne Datum.

Ganz anders verhielt sich hier Prof. Holzt. Er stiftete 1927 aus eigenen Mitteln ein Denkmal für die Technikumsgefallenen, das im Lichthof des Hauptgebäudes einen würdigen Platz bekam.⁴⁹¹ Die Enthüllung des Denkmals anlässlich der Feierlichkeiten zum 60jährigen Bestehen des „Technikum Mittweida“ gab der Festveranstaltung einen entsprechenden feierlichen Rahmen, der von den studentischen Verbindungen getragen wurde. Aus damaliger Sicht betrachtet, hatte sich Prof. Huppert dem Zeitgeist verweigert.

Es blieb jedoch nicht nur bei dieser Art der Untergrabung seiner Stellung als Direktor. Mehrere Studierende sangen in Anwesenheit des Direktors „nationalsozialistische Lieder antijüdischen Inhalts“.⁴⁹² Nur mit Mühe gelang ihm Anfang Januar 1931 der Ausschluss der Studierenden von seinem persönlichen Unterricht. Sie erhielten die Möglichkeit, ihre Fächer bei anderen Dozenten zu belegen. Eine Androhung der Ausweisung war nicht in Erwägung gezogen worden.

Eine regelrechte antijüdische Hetze einzelner Studierender setzte mit der fristlosen Entlassung von Dipl.-Ing. Karl Haarmann ein. Organisiert und getragen von Studierenden, die der NSDAP angehörten, wurde ab 2. März 1931 ein Streik begonnen, den öffentliche Sympathiekundgebungen für Dipl.-Ing. Haarmann begleiteten.⁴⁹³ NSDAP – Mitglied und Studierender Lothar Donner veröffentlichte zu den Vorgängen am Technikum am 9. März 1931 einen Beitrag im „Der Nationalsozialist“:

„Schon seit langer Zeit führte der jüdische Leiter, Prof. Huppert des hiesigen Technikums einen erbitterten Kampf gegen den Nationalsozialismus innerhalb der Anstalt. Durch seine Glaubensgenossen und besonderen Freunde die Polen, die er in allen Semestern sitzen hatte, ließ Prof. Huppert die Parteigenossen und Anhänger des Nationalsozialismus, gleich ob Studierende oder Dozenten bespitzeln. Die Studierenden Parteigenossen wurden nun allen erdenklichen Schikanen ausgesetzt, um sie in ihrem Studium zu hindern. Noch kurz vor Beendigung seiner Tätigkeit als Direktor des hiesigen Technikums, gab dann Prof. Huppert durch eine weitere Niederträchtigkeit und Schikane den Studierenden gegenüber die Veranlassung gegen seine Maßnahmen einzuschreiten, indem er einen Tag vor den Prüfungen und Klausuren den allgemein beliebten und äußerst tüchtigen Dozenten Herrn Dipl.-Ing. Haarmann fristlos ohne triftigen Grund entließ. ... Da die Studierenden nun nicht gewillt waren, auch diese Schikane des Prof. Huppert wieder ruhig hinzunehmen, beschlossen sie den Unterricht und die Klausuren so lange nicht mehr zu besuchen bis die Entlassung rückgängig gemacht würde. Am Montag, den 2. März wurden die Kollegs nicht mehr besucht und eine Sympathiekundgebung für Herrn Dipl.-Ing. Haarmann veranstaltet. Unter den Klängen einer Kapelle zog ein langer Zug der Studierenden durch die Straßen der Stadt und hielt vor der Wohnung des Dipl.-Ing. Haarmann, wo sich dieser der erregten Menge zeigte und zu den Studierenden einige Worte sprach. ... Nach einem nicht endenwollenden Jubel für Dipl.-Ing. Haarmann nahm der Umzug einen weiteren ruhigen Verlauf Vor dem Zuge wurde ein Schild mit der Aufschrift „Für Dipl.-Ing. Haarmann“ getragen. Am Rathaus angelangt wurden die Studierenden von dem Oberbürgermeister, Herrn Dr. Bleckmann, aufgefordert, nach dem Sitzungssaal zu kommen, wo er und der ASTA-Vorsitzende an Hand von Briefen aus der Industrie und privaten Kreisen erläuterten, mit welcher jüdischer Raffinesse und Sophistik Prof. Huppert, getreu dem Vorbild seiner jüdischen Rassegenossen es versucht hat, das Ansehen und das Fortbestehen des hiesigen Technikums zu schädigen und zu untergraben und welche Unwahrheiten er in den maßgebenden Kreisen verbreitete. Nach dieser Versammlung begaben sich die Studierenden wieder nach dem Technikum. Die Vertreter der Studentenschaft gingen zu Prof. Huppert, um über die Gründe zur fristlosen Entlassung des

⁴⁹¹ Vom Technikum zur Hochschule 1992, a.a.O., S. 56-57.

Ingenieurschule Mittweida – Gegründet im Jahre 1867 als Technikum Mittweida. Informationsschrift, Mittweida 1939, S. 11.

⁴⁹² ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 524.

⁴⁹³ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., Blatt 51. Bericht vom 08.03. 1931 des Studierenden Lothar Donner über den Studierendenstreik am „Kyffhäuser – Technikum“.

Dipl.-Ing. Haarmann Auskunft zu erhalten. Prof. Huppert lehnte es ab den ASTA-Vorsitzenden und die Semestervertreter, meist Parteigenossen und Anhänger der NSDAP zu empfangen und irgendwelche Auskünfte zu geben. Dienstags wurde weiter gestreikt und in einer an diesem Tage stattfindenden Versammlung der NSDAP unter dem Motto „Jüdische Frechheit, Bonzen und Nationalsozialismus“ ging der Redner, Pg. Lehrer Fuchs, nochmals besonders auf die Vorgänge am hiesigen Technikum ein. Nach der Versammlung sprach Herr Dipl.-Ing. Haarmann noch zu der in großer Anzahl versammelten Studierendenschaft und warnte nochmals ausdrücklich vor einem unüberlegten Schritt. Er bat, daß wenigstens die in der Abschlussprüfung stehenden Studierenden diese durchführen sollten. Mit Ausnahme der Prüflinge beschlossen nun die Studierenden keine Vor- und Semesterabschlussprüfungen unter der Direktion des Prof. Huppert mehr zu schreiben. Am Mittwoch Vormittag traf sich die Studentenschaft wiederum auf dem Anger, um ihren Willen mit einer nochmaligen Demonstration gegen Prof. Huppert kund zu tun. In diesem Umzuge wurde ein Schild mit der Aufschrift „Los von Huppert“ mitgeführt, während ein anderes, daß den Kopf von Prof. Huppert mit der Devise „Raus mit ihm“ zeigte, von der Polizei beschlagnahmt werden sollte. Bei dieser Tat jedoch wurde die Polizei abgedrängt, so daß das eigentliche Plakat in den Händen der Studierenden verblieb, während die Polizei mit dem leeren Holzschild allein abziehen musste. ... Die Studierenden begaben sich nun in die Ferien, um sich im April unter der neuen Direktion wieder hier einzufinden. Durch dieses bewies die deutsche Studierendenschaft wieder, daß sie sich nicht durch jüdische Frechheiten und Machenschaften beeinflussen lässt und treu zu ihren deutschen Führern und Dozenten steht. Lothar Donner, stud. ing.“⁴⁹⁴

Zunächst antwortete Prof. Huppert auf die Vorgänge mit der Verbreitung von Flugblättern, in denen er seinen persönlichen Standpunkt der fristlosen Entlassung von Dozent Karl Haarmann darlegte.⁴⁹⁵ Sowohl Dipl.-Ing. Haarmann als auch der Studierende Donner antworteten darauf mit Artikeln in der „Frankenhäuser Zeitung“.⁴⁹⁶ Während sich der Artikel von Dipl.-Ing. Haarmann jeglicher antijüdischer Hetze enthielt, rechtfertigte L. Donner nochmals die gesamte Handlungsweise der Studierenden mit dem Verhalten von Prof. Huppert und seines Stellvertreters, E. Bachmann. Ganz im Sinne der Gesetzesvorlagen der NSDAP aus den Jahren 1925 und 1926 stellte er den Lesern die Frage:

„Wie kann ein Jude überhaupt von deutschem Kulturgeist reden und sich derartig als deutscher Jugenderzieher aufspielen, wie dies Herr Siegmund Huppert in der letzten Zeit besonders gerne zu tun pflegte?“.

Alle Artikel von L. Donner und Dipl.-Ing. Haarmann beifügend, beantragte Prof. Huppert noch am Erscheinungstag, den 13.03. 1931, die sofortige Ausweisung des Studierenden Donner beim Volksbildungsministerium.⁴⁹⁷ Da der Artikel des Studierenden Donner „auf das gröblichste gegen die Schulordnung“ verstieß, beantragte er den Ausschluss ohne vorherige Anhörung des Lehrerkollegiums:

„Ich beantrage die Ausweisung dieses Technikumsbesuchers und zwar ohne Anhören des Lehrerkollegiums. Ich bin nicht in der Lage in dieser Angelegenheit das Lehrerkollegium zu hören, weil ich dessen einseitige Stellungnahme kenne. Die Ausweisung soll auf meinen

⁴⁹⁴ Ebenda, Blatt 51.

ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 480. Artikel „Studierendenstreik am Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen“, in: Der Nationalsozialist, vom 09.03. 1931.

⁴⁹⁵ Von den Flugblättern ist keines in den Akten überliefert. Die darin gemachten Äußerungen sind dem Kommentar des Studierenden Lothar Donner in seinem Artikel entnommen.

⁴⁹⁶ Ebenda, Blatt 480 r.

Frankenhäuser Zeitung, Nr. 61, vom 13.03. 1931, Artikel „Aus dem Leserkreise. Zur Aufklärung!“ von Karl Haarmann.

Frankenhäuser Zeitung, Nr. 61, vom 13.03. 1931, Artikel „Aus dem Leserkreise. Erwiderung!“ von Lothar Donner. Vergleiche vollständigen Wortlaut im Anhang, Ausführliche Zitate.

⁴⁹⁷ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 479.

Antrag aus sämtlichen Lehranstalten Thüringens durch das Ministerium ausgesprochen werden. Ich ersuche eine Untersuchung des vorliegenden Falles durchzuführen. Sollte wider Erwarten meinem Antrag nicht entsprochen werden, so bleibt mir nur noch der Weg an die Öffentlichkeit übrig“.

Die Sätze geben auch etwas von der inneren Erregung des Direktors wieder, der gegen Ende seines Direktorats kaum noch Vertraute um sich hatte. Selbst sein Stellvertreter, dem er sogar eine Anstellung an der „Ingenieurschule Weimar“ verschaffte, hatte ihn bei der Beratung des Lehrerkollegiums zum „Disziplinarfall“ des Studierenden Kirchheim die Unterstützung versagt. Ein gewisses Vertrauen scheint er nur noch dem Dozenten Dipl.-Ing. von Lössl entgegengebracht zu haben, der gleich E. Bachmann an die „Ingenieurschule Weimar“ wechselte und die Androhung der Ausweisung H. Janssens vorangetrieben hatte. Als es darum ging, zwei geeignete Vertreter für die Schiedskommission zu bestimmen, wählte Prof. Huppert keinen Dozenten vom Technikum. Zu einem seiner Vertreter bestimmte er seinen ehemaligen Dozenten und Angestellten, Ing. Hermann Schwarzer, der zu dieser Zeit nicht mehr am Technikum wirkte.⁴⁹⁸ Zu diesem scheint er über all die Jahre in Kontakt gestanden zu haben, ohne das Näheres über die beide in der Nachkriegszeit verbindende Beziehung bekannt wäre.

Vom Volksbildungsministerium in Person von Dr. Weidner erhielt Prof. Huppert mit Schreiben vom 18. März 1931 eine vorerst abschlägige Antwort.⁴⁹⁹ Er wurde belehrt, dass entsprechend § 12 der Schulordnung unbedingt die Lehrerversammlung einzuberufen sei. Erst wenn diese den „Beschuldigten“ gehört und entschieden habe, die Ausweisung zu beantragen, könne das Ministerium tätig werden. Entgegen den vorherigen Schreiben war dieses nicht einmal persönlich an den Direktor des Technikums, sondern allgemein an die „Leitung“ gerichtet. Innerhalb der wenigen Tage, in denen Prof. Huppert bis zum 31. März 1931 die Direktion innehatte, wurde dem Ministerium keine Entscheidung des Lehrerkollegiums mehr übermittelt. Für eine Ausweisung des Studierenden Donner vom Technikum gab es keinerlei Anhaltspunkte in den vorliegenden Akten.

Für die „politische und persönliche Hetze unter den Studierenden“ machte Prof. Huppert in allererster Linie Bürgermeister Dr. Bleckmann verantwortlich.⁵⁰⁰ Dessen Hetze diene nicht „der Förderung des Unterrichts“. „Ein überzeugender Beweis dafür ist der Streik, den ein Teil der Technikerschaft unter dem außerhalb der Schule liegenden Einfluß eingeleitet hat und der die Nichtablegung der Klausurarbeiten und der Ingenieur-Vorprüfung am Schlusse des Semesters zur Folge hatte. Die Verhandlung des Arbeitsgerichts am 10.3. 31 zeigt klar und deutlich, in welches Unrecht sich der streikende Teil der Studierenden gesetzt hat. Die fristlose Entlassung des Dozenten, Herrn Dipl.-Ing. Haarmann, die als angebliche Ursache des Streikes galt, wurde auf Grund des von mir vorgeführten erdrückenden Belastungsmaterials als durchaus berechtigt anerkannt, und Herr Dipl.-Ing. Haarmann zur restlosen Zurücknahme der Klage veranlasst.

Für das verantwortungs- und kulturlose Treiben eines Teils der studierenden Jugend und ihrer „Berater“ muß ich jede Verantwortung ablehnen, da alles, was in den letzten Tagen am Kyffhäuser-Technikum sich ereignete, gegen meinen Willen geschehen ist.“

Auf diesem Standpunkt stand weitestgehend auch die SPD – Fraktion im Stadtrat, die als einzige Fraktion im Rat dazu öffentlich Stellung nahm. Die Stellungnahme erschien unter dem Titel „Soll das Kyffhäuser – Technikum ein Nazi-Dorado werden?“ wiederum im

⁴⁹⁸ Ebenda, 585-586. Hermann Schwarzer wurde als Mitglied der Schiedskommission in der Streitfrage über das Inventar des Technikums zwischen Prof. Huppert und der Stadt Bad Frankenhausen „Direktor“ betitelt. Da der Lebensweg H. Schwarzer's kaum bekannt ist, muß offen bleiben, wo er sich 1931 als „Direktor“ betätigte.

⁴⁹⁹ Ebenda, Blatt 481.

⁵⁰⁰ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Artikel des Professors vom 15.03. 1931 in der Frankenhäuser Zeitung, abgedruckt in Nr. 65, vom 18.05. 1931.

„Volksboten“.⁵⁰¹ In den Augen der Sozialdemokraten hatte Dr. Bleckmann, der die Demonstrationen von großen Teilen der Studierenden genehmigt hatte, die Verantwortung für alle Geschehnisse zu tragen. Dazu gehörten auch die Abläufe der Demonstrationzüge, die der Studierende Donner unerwähnt gelassen hatte. Nach der nationalsozialistischen Versammlung zogen die Studierenden vor die Wohnung von Prof. Huppert und ließen sich mit antisemitischen Rufen vernehmen. Nach Darstellung der SPD wurden die „ursprünglichen Sympathiezüge“ für Dipl.-Ing. Haarmann zu einer rein politischen Kampagne der „Nazis“. Nationalsozialistische Tendenzen, das war bereits angeklungen, existierten, in welcher Stärke auch immer, am „Technikum Altenburg“. Leider boten die vorliegenden Veröffentlichungen zu den Techniken in Ilmenau und Mittweida nur relativ geringe Anhaltspunkte für Vergleichsmuster. Eine Aufstellung über die Parteizugehörigkeit von Lehrkräften an der „Ingenieurschule Ilmenau“ aus dem Jahre 1945 soll belegen, dass es vor 1933 keine Mitgliedschaften in der NSDAP gab.⁵⁰² Anlässlich einer Rede zum 40jährigen Bestehen der Lehranstalt würdigte Prof. Schmidt den einstigen Studierenden des Instituts, den Gauleiter und späteren Reichsstatthalter von Thüringen, Fritz Sauckel.⁵⁰³ Auf dessen Betreiben hin soll unter den Studierenden eine Richtung aufgekommen sein, die „radikalen Elementen“ eines links stehenden Studentenausschuss „entgegentrat und Boden unter den Studierenden gewann“. Wahrscheinlich ins Reich der Legende gehört jedoch, dass F. Sauckel, der von 1921/22 bis 1923/24 das Thüringische Technikum Ilmenau“ besuchte, auf Grund „nationalsozialistischer Umtriebe dasselbe verlassen musste.“⁵⁰⁴

4.9 „Der Kampf um die Ingenieurschulen“ oder Wollte Prof. Huppert wirklich ein neues Technikum gründen?

Die in der Überschrift für dieses Kapitel aufgeworfene Frage ist nicht ohne Bedeutung, soll das Verhalten aller im und außerhalb des „Kyffhäuser – Technikums“ wirkenden Personen, Parteien und Gruppen ausreichend verstanden werden. Die Frage nach Bestehen oder Nichtbestehen des Technikums polarisierte Bad Frankenhausen in den Jahren 1930 bis 1932 in einem zuvor nicht bekannten Ausmaß. Dabei war das „Kyffhäuser – Technikum“ nur ein Glied in der Reichhaltigkeit höherer technischer Lehranstalten, mit der Thüringen hinreichend gesegnet war. Neben dem staatlichen Technikum Hildburghausen waren es vor allem die Technika bzw. Ingenieurschulen in Altenburg, Arnstadt, Bad Frankenhausen und Ilmenau mit seiner Zweigstelle Bad Sulza. Kommunen, in denen ein Technikum eingerichtet und z. T. nicht unbeträchtlich gefördert worden war, hatten ein erhebliches Interesse, ihre Lehranstalt dauerhaft zu erhalten. Dass dies bei privaten Gründungen nicht immer der Fall war, ist eingangs bereits am Beispiel der Entstehung des „Thüringischen Technikums Ilmenau“ und seines Gründers Direktor Jentzen erläutert worden. Die oben benannten Städte hatten sich nach der Überwindung vielfältiger Schwierigkeiten zu festen Standorten höherer technischer Lehranstalten in Thüringen herausgebildet. Nicht selten, wie im Fall des Frankenhäuser Technikums, waren es die Direktoren und privaten Betreiber der Technika selbst, die sich in der Aufbauphase gehörig Steine in den Weg gelegt hatten. Anfang der 20er Jahre, als mit dem Ende des Ersten Weltkrieges ein unerwartet hoher Ansturm von Studierenden an den Technika einsetzte, suchten diese dem Phänomen mit An- und Neubauten oder der

⁵⁰¹ Ebenda, Volksbote, Nr. 58, vom 10.03. 1931, Artikel „Soll das Kyffhäuser – Technikum ein Nazi-Dorado werden?“. Der Artikel lässt keine Rückschlüsse auf den Verfasser zu. Auf Grund der genauen Kenntnis der Vorgänge dürfte er allerdings aus den Reihen der SPD – Ortsgruppe gestammt haben. Vollständigen Wortlaut vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

⁵⁰² Jacobs 1994, a.a.O., S. 72.

⁵⁰³ Raßloff 2007, a.a.O., S. 38.

⁵⁰⁴ Ebenda, S. 36 f.

Jacobs 1994, a.a.O., S. 70-71.

Einrichtung von Zweigstellen zu begegnen. Prof. Schmidt, Direktor des Technikum Ilmenau, erwarb 1920 die „Baugewerkschule Bad Sulza“ und richtete eine Zweigstelle ein.⁵⁰⁵ Ilmenaus Stadtväter hegten sofort die nicht unbegründete Befürchtung, hier könnte eine Konkurrenzanstalt entstehen.⁵⁰⁶ Mit einem Nachtrag zum Vertrag ‚Stadt Ilmenau – Direktor Prof. Schmidt‘ vom 3. Oktober 1921 war dieser angehalten, seiner Außenstelle die Bezeichnung „Thüringisches Technikum Ilmenau, Zweigstelle Bad Sulza“ zu verleihen. Zusätzlich vereinbart wurde, dass die Zweigstelle nur bei einer Studierendenzahl von über 700 genutzt werden durfte. Nach Fertigstellung eines Neubaus auf eigenen Kosten durch Prof. Schmidt wechselte der Großteil der Bad Sulzaer Studierenden und einige Lehrkräfte nach Ilmenau. Prof. Schmidt veräußerte den Sulzaer Schulkomplex an das wesentlich kleinere „Polytechnische Institut zu Arnstadt in Thüringen“.⁵⁰⁷ Dessen Direktor, Dipl.-Ing. Tobias Glatz, verlegte zu Ostern 1927 das Arnstädter Institut nach Bad Sulza, wo er die verbliebenen Lehrkräfte übernahm und einstellte. Für die beiden Direktoren und die Stadt Bad Sulza gestaltete sich die Sache vorteilhaft. Prof. Schmidt entledigte sich einer finanziell und organisatorisch aufwendigen Außenstelle und Direktor Glatz entrückte der Nähe des größeren „Konkurrenten“ in Ilmenau, während die Stadtväter in Bad Sulza nun ein eigenständiges Technikum in ihren „Mauern“ besaßen. Für Arnstadt, das erst 1915 einen Neubau hatte einweihen können, bedeutete dieser Wechsel einen Verlust.⁵⁰⁸ Als das „Technikum Bad Sulza“ 1934 geschlossen und der Stadt Arnstadt angeboten wurde, nahmen die Stadtväter von einer Übernahme Abstand.

Ende der 20er Jahre des 20. Jh. reifte in Direktor Karl Roskothen der Gedanke, dass von ihm geführte „Technikum Altenburg“ nach Weimar zu verlegen.⁵⁰⁹ Seine Umsiedlungspläne stießen beim Stadtvorstand von Altenburg keineswegs auf Zustimmung. Dennoch erhielt Direktor Roskothen vom Thüringischen Volksbildungsministerium eine Genehmigung zur Verlegung nach Weimar. Im Jahre 1930 war die Neueinrichtung der nunmehrigen „Ingenieurschule Weimar“ weitgehend vollendet. Der Umzug hatte in Altenburg nicht zum Verlust der Konzession und zum Eingehen des Technikums geführt, dass unter seinem alten Namen auch weiterhin bestand. Prof. Schmidt, der die „Ingenieurschule Weimar“ ganz unverblümt eine „Neugründung“ nannte, beklagte sich darüber im November und Dezember 1930 beim Volksbildungsministerium.⁵¹⁰ Unter den Mitgliedern des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ scheint es keine Abstimmungen über die erfolgten Verlegungen bzw. „Neugründungen“ gegeben zu haben. Inzwischen wurde offen von Konkurrenz gesprochen.⁵¹¹

In dieser Phase der Bewegung, die bei den Technika innerhalb Thüringens zu beobachten war, kam es in Bad Frankenhausen zu den bereits geschilderten Ereignissen, die sich um den

⁵⁰⁵ Rittig 1994, a.a.O., S. 28-30.

⁵⁰⁶ Jacobs 1994, a.a.O., S. 65.

⁵⁰⁷ Rittig 1994, a.a.O., S. 39.

⁵⁰⁸ Chronik von Arnstadt 2003, a.a.O., S. 391 f.

⁵⁰⁹ StadtA Weimar, 5/ 51-2-290: Direktor Roskothen, Band 1, 1931-1936. Direktor Karl Roskothen führte die „Ingenieurschule Weimar“ als Direktor im Zusammenwirken mit seinem Bruder Paul Roskothen. Die genauen Beweggründe für den Wechsel waren in der Kürze der Bearbeitungszeit für diese Diplomarbeit nicht zu ergründen. Vorhandene Differenzen mit dem Stadtvorstand von Altenburg waren aus der Aktenlage zu erkennen, eine grundsätzliche Auswertung der diesbezüglichen Aktenbestände im Stadtarchiv Weimar und eventuell weiteren Archiven müsste erst noch erfolgen. Direktor Roskothen glaubte einen „Trend“ zu erkennen, dass die Studierenden sich von größeren Städten als Studienorten angezogen fühlten.

⁵¹⁰ Jacobs 1994, a.a.O., S. 60. Hier werden Auszüge aus einem Schreiben Prof. Schmidt an das Thüringische Volksbildungsministerium vom 05.11. 1930 wiedergegeben.

ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 537 v und r. Schreiben von Prof. Schmidt vom 12.12. 1930 an das Thüringische Volksbildungsministerium in Weimar.

⁵¹¹ Jacobs 1994, a.a.O., S. 60. Der Autor spricht in seinem Buch von einer Konkurrenz zwischen staatlichen und privaten Technika. Staatlich war jedoch nur das ehemalige Technikum in Hildburghausen, dass um 1923 eine Überformung als Lehrinrichtung erfahren hatte. Hier scheint der Autor einem Irrtum aufgesessen zu sein, indem er auch andere thüringische Technika als staatliche Einrichtungen betrachtete.

Vertrag mit Prof. Huppert entwickelt hatten. Stadtrat P. Cotta machte durch einen Artikel in der „Frankenhäuser Zeitung“ am 24. November 1930 erstmals offenkundig, dass sich auch Bad Frankenhausens Technikumsdirektor mit dem Gedanken eines Umzuges in eine andere Stadt trage, nachdem der stellv. Direktor E. Bachmann drei Tage zuvor sich dazu auf einer Zusammenkunft von Studierenden des Technikums geäußert hatte.⁵¹² Genau an diesem Tag, als der Artikel publiziert wurde, unterzeichnete Prof. Huppert einen Vertrag, durch den er die nach seiner Auffassung ihm gehörenden Lehrmaterialien und Inventare des „Kyffhäuser – Technikums“ an Direktor Karl Roskothen bzw. die „Ingenieurschule Weimar“ veräußerte.⁵¹³ Der Wert des Inventars wurde mit 150.000 RM angesetzt. Beginnend am 1. Mai 1931 sollten Prof. Huppert jährlich 6.000 RM vergütet werden, bis die Summe nach 13 Jahren beglichen sei. Dem hohen Betrag zu Grunde gelegt waren Überlegungen beider Seiten, die davon ausgingen, dass mit der Veräußerung 50-110 Studierende von Bad Frankenhausen nach Weimar wechseln und ihrem alten Direktor folgen würden. Zwischen Prof. Huppert und Direktor Roskothen bestanden Kontakte durch ihre Mitarbeit im „Verband höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“. Diese, so schilderte im März 1931 Weimars (Zweiter) Bürgermeister Erich Kloss dem Volksbildungsministerium, wurden Ende 1929/Anfang 1930 dahingehend erweitert, dass ein engeres Zusammenarbeiten beider Techniken anvisiert wurde.⁵¹⁴ Vorgesehen war eine Spezialisierung der Standorte Bad Frankenhausen und Altenburg auf einzelne Fachabteilungen bzw. Lehrgebiete, um Konkurrenz untereinander zu vermeiden. Bad Frankenhausen sollte sich auf den Bereich Maschinenbau und Automobil- und Luftfahrzeugbau konzentrieren, während Altenburg die Elektrotechnik auszubauen gedachte. Durch den Umzug des Technikums von Altenburg nach Weimar und Neuaufbau als „Ingenieurschule Weimar“ wurden die Verhandlungen unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Gespräche hatte sich die Situation für beide Seiten geändert; Direktor Roskothen fehlten in Weimar ausreichende Lehrmaterialien und Prof. Huppert stand vor der Ungewissheit einer Vertragserneuerung zu ihm günstigen Bedingungen. „Erst nachdem Prof. Huppert die Überzeugung erlangte hatte“, so Bürgermeister Erich Kloss, „dass eine Weiterführung des Kyffhäuser-Technikums durch ihn unmöglich sei, sind die Verhandlungen über den Ankauf der Lehrmittel eingeleitet worden“. Anläufe, in Erfüllung des Vertrages wirkliches und vermeintliches Eigentum des Professors nach Weimar bringen zu lassen, riefen Staatskommissar Roeper, den Stadtrat und den ASTA – Vorstand am „Kyffhäuser – Technikum“ auf den Plan. In einem ersten ordnungsgemäßen „Schiedsgericht“ am 29. November 1930 einigten sich der Professor und die Stadt Bad Frankenhausen, vertreten durch den Staatskommissar und mehrere Stadträte⁵¹⁵, darauf, dass „3. die Gegenstände, die Herr Professor Huppert während der Zeit seiner Tätigkeit aus eigenen Mitteln erworben hat, seiner freien Verfügung unterliegen. Herr Prof. Huppert darf diese Gegenstände nicht vor dem 15. Januar (1931 – d. V.) aus der Anstalt entfernen“.⁵¹⁶ Die unter Vermittlung von Dr. Wuttig, Volksbildungsministerium, erreichte Einigung hatte allerdings eine offene Position. Dies betraf alle die Gegenstände, die Prof. Huppert während seines Direktorats von dritter Seite, z. B. von Firmen, unentgeltlich zur Nutzung überlassen bekommen hatte. Die eingegangene Bindung an das Datum 15. Januar 1931 hinderte ihn in der Vertragserfüllung mit Direktor Roskothen.

Auf Bad Frankenhäuser Seite waren sich alle bewusst, dass der bereits vollzogene Verkauf der Lehrmaterialien spätestens zum Beginn des Sommersemesters ins Gewicht fallen würde. Auf dem Wege der Verhandlung versuchte Staatskommissar Roeper am 15. Dezember 1930

⁵¹² StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., o. F. Artikel aus der „Frankenhäuser Zeitung“, Nr. 275, vom 24.11. 1930.

⁵¹³ StadtA Weimar, 5/ 51-2-267: Rente Huppert 1930-1940, Blatt 4-7 und 53.

⁵¹⁴ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/32, a.a.O., o. F. Schreiben von Bürgermeister Kloss, Weimar, vom 23.03. 1931 an das Thüringische Volksbildungsministerium.

⁵¹⁵ Anwesend waren die Stadträte Landgraf, Cotta (Bürgerliche Fraktion), Otto Schröder (SPD) und H. Kleinschmidt (KPD). Für Prof. Huppert amtierte im Schiedsgericht u. a. Hermann Schwarzer.

⁵¹⁶ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., Blatt 39-40.

Direktor Roskothen und Prof. Huppert zu bewegen, die Lehrmaterialien an die Stadt Frankenhausen zu verkaufen.⁵¹⁷ Hierauf konnte sich Direktor Roskothen nicht einlassen, wollte er die Existenz der gerade eröffneten Ingenieurschule nicht gefährden. Entsprechend der Überlieferung durch Direktor Roskothen stellte ihm der Staatskommissar in Anwesenheit eines Bad Frankenhäuser Stadtrates, Prof. Hupperts und zweier Vertreter des ASTA, die Frage, ob er das Technikum in Bad Frankenhausen analog der „Ingenieurschule Weimar“ übernehmen könnte.⁵¹⁸ Direktor Roskothen zeigte sich über das unerwartete Angebot sehr erfreut und Prof. Huppert versprach, geeignete Vorschläge in dieser Richtung zu unterbreiten. Wenig Freude, sondern Entrüstung und Ablehnung schlugen dem Staatskommissar auf den folgenden Sitzungen des Stadtrates entgegen.⁵¹⁹ Damit waren die diesbezüglichen Verhandlungen gescheitert, bevor sie richtig begonnen hatten.

Noch bevor es zu diesen Gesprächen kam, hatte Prof. Schmidt in Ilmenau Kenntnis von den Vorgängen in Bad Frankenhausen bekommen. Am 12. Dezember 1930 wendete er sich in einem Schreiben an das Volksbildungsministerium gegen eine eventuelle Erteilung einer Konzession zum Betreiben eines Technikums durch Prof. Huppert in einer anderen Stadt Thüringens.⁵²⁰ Er war der Überzeugung, dass Bad Frankenhausen noch weniger als Altenburg auf sein Technikum verzichten würde und es dadurch nach der „Ingenieurschule Weimar“ zu einer zweiten Neugründung kommen könnte. Gleich dem Volksbildungsministerium sah er in der Privatschulordnung vom 1. Mai 1925 eine Handhabe, die Erteilung einer Konzession von einer Bedürfnisfrage abhängig zu machen. Dem Ministerium bot er Hilfe an, sollte es gegenüber „dem Drängen einer Schulverwaltung Rückendeckung“ wünschen. Mit dem Wort „Schulverwaltung“ umschrieb er stilvoll die Leitung des Bad Frankenhäuser Technikums. Die angebotene Hilfe nahm das Ministerium nicht in Anspruch. Dieses Schreiben kann als ein Beleg dafür gelten, dass die einst aufgestellten Ziele und Ideale des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ für die meisten Mitglieder keine Gültigkeit mehr besaßen. Sich direkt an Prof. Huppert wendend, ließ ihn dieser wissen, dass er nicht bereit war, auf seine Konzessionsrechte zu verzichten und eine Werbung von Seiten Ilmenaus unter seinen Studierenden nicht wünsche.⁵²¹ Ungeachtet dessen warb Prof. Schmidt bei einzelnen Studierenden am „Kyffhäuser – Technikum“ für sein eigenes Institut.⁵²² Einem Studierenden teilte er die angebliche Information mit, dass „Kyffhäuser – Technikum“ würde sich zum Frühjahr 1931 auflösen. Er bat den Studierenden um Auskünfte, inwieweit es ohne „offene Propaganda“ möglich wäre, abwanderungswilligen Studierenden Programme des Technikums Ilmenau zukommen zu lassen. Seine Werbung vermochte er durch den Hinweis aufzuwerten, dass Ilmenau am 2. Dezember 1930 in die „Reichsliste“ der anerkannten Lehranstalten eingetragen worden sei. Als der Stadtrat von Bad Frankenhausen in verschiedenen Zeitungen Mitteldeutschlands für das eigene Technikum warb und darauf verwies, dass die durch den Verkauf bedingten Neuanschaffungen dem „Kyffhäuser – Technikum“ einen Vorsprung vor anderen Lehranstalten einräumen würden, drohte er dem Stadtvorstand mit Klage wegen „unlauterem Wettbewerb“. ⁵²³ Klage führen sollte der „Verband höherer technischer Lehranstalten“, der „stets darauf gehalten hat, dass sich der Wettbewerb der Lehranstalten in

⁵¹⁷ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 433-434: Berichts des Staatskommissars auf der vertraulichen Stadtratssitzung am 15.12. 1930.

StadtA BadF, 1/II D – 117, a.a.O., Blatt 2 ff. Erwähnung der Reise vom 15.12. 1930 nach Weimar in der Übersicht zu den Dienstreisen des Staatskommissars.

⁵¹⁸ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., Blatt 38 v und r.

⁵¹⁹ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 437. Vertrauliche Sitzung des Stadtrates am 18.12. 1930.

⁵²⁰ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 537 v und r.

⁵²¹ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., Blatt 30-32. Inhalt eines Schreibens vom 22.12. 1930 von Direktor Roskothen an Prof. Huppert.

⁵²² Ebenda, Blatt 35-36, Inhalt eines Schreibens von Direktor Roskothen vom 19.12. 1930 an den NSDAP – Landtagsabgeordneten und Fachberater Fritz Wächtler.

⁵²³ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., o. F. Bericht über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 12.03. 1931.

Formen hält, die unter anständigen Geschäftsleuten üblich sind.“ Sein an den Stadtrat gerichteter Brief wurde den Anwesenden der NSDAP – Versammlung Anfang März 1931 in Bad Frankenhausen vorgetragen und am 12. März durch Bürgermeister Dr. Bleckmann in einer Stadtratssitzung mit „mehreren Hundert Zuhörern“ präsentiert. Zorn und Entrüstung richteten sich nicht gegen den fernen Prof. Schmidt, sondern vor allem gegen Prof. Huppert, dem eine „Schädigung“ des Technikums zur Last gelegt wurde. Bad Frankenhausens Öffentlichkeit sowie die Studierenden glaubten, hinter den Schreiben Prof. Schmidt's verberge sich Direktor Huppert.

Der Vorwurf, dem „Kyffhäuser – Technikum“ Schaden zufügen zu wollen, ereilte auch Direktor Roskoth. Ihn traf der Vorwurf aus einer ganz anderen Richtung. NSDAP – Landtagsabgeordneter und Fachberater Fritz Wächtler war zugetragen worden, dass Karl Roskoth „einen zersetzenden Einfluß“ auf das Bad Frankenhäuser Technikum ausüben würde. Gegen diese Unterstellung suchte sich Direktor Roskoth im Dezember 1930 zu rechtfertigen:

„Hochverehrter Herr Wächtler!

Mit größtem Bedauern höre ich, dass man Ihnen über meine Haltung gegenüber Herrn Bachmann, Frankenhausen, falsche Informationen gegeben hat. Ich bitte Sie freundlichst, den Zuträgern solcher Gerüchte keinen Glauben zu schenken. Wie ich Ihnen bereits früher mündlich mitteilte, habe ich keinerlei Veranlassung, einen zersetzenden Einfluss auf die Schule in Frankenhausen auszuüben und ich halte es für meine Pflicht alles mögliche zu tun, um Sie in Ihrem Bestreben, auch für die Anstalt in Frankenhausen das Beste zu tun, zu unterstützen“.⁵²⁴

Direktor Roskoth wurde angelastet, Prof. Hupperts Stellvertreter E. Bachmann nicht davon abgehalten zu haben, Propaganda am Bad Frankenhäuser Technikum für Weimar zu machen. Er konnte die Unterstellung jedoch widerlegen, da er E. Bachmann schriftlich zur Unterlassung derartiger Propaganda aufgefordert hatte. Wohl durch Informationen aus Bad Frankenhausen dazu veranlasst, sah Fachberater Fritz Wächtler in E. Bachmann ebenso den Urheber allen Streites am „Kyffhäuser – Technikum“. Die Gelegenheit nutzend, unterbreitete Direktor Roskoth Fachberater Wächtler die Variante, das Bad Frankenhäuser Technikum zu pachten und durch einen Direktor, „der der Regierung, der Stadt Frankenhausen und mir genehm ist“ zu „bewirtschaften“. Zugleich übermittelte er den Brief von Prof. Schmidt an einen Studierenden an den Fachberater, um damit einen Beweis zu liefern, „in welcher wenig anständiger Art von den Leitern anderer Anstalten vorgegangen wird. Ich würde es als Schulleiter niemals wagen, mich einer derartigen Kampfweise zu bedienen, die letzten Endes sogar das Vertrauen der Studierenden erschüttern muß“.

Direktor Roskoth bediente sich einer ganz anderen Methode, um indirekt Werbung für sein Institut zu machen. Am 18. Februar 1931 signalisierten einige wenige Studierende des „Kyffhäuser – Technikums“ Direktor Roskoth ihr Interesse an einer Besichtigung der „Ingenieurschule Weimar“.⁵²⁵ Die nach Weimar kommenden Studierenden erwartete nicht nur ein Besuch der Ingenieurschule, sie wurden auch von einem Vertreter der Stadt empfangen und erhielten neben einer Stadtrundfahrt kostenlos Essen und die Möglichkeit zum Besuch des Nationaltheaters.⁵²⁶ Die Fahrten blieben weder in Bad Frankenhausen noch Weimar geheim. Aus Bad Frankenhausen erhielt Staatsminister Dr. Frick Kenntnis, indem ihm eine „Eidesstattliche Versicherung“ eines Studierenden, der an den Fahrten teilgenommen hatte, übermittelt wurde. Mit Schreiben vom 10. März 1931 forderte er den

⁵²⁴ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., Blatt 33-36.

⁵²⁵ Ebenda, Blatt o. F. Das Schreiben haben insgesamt 7 Studierende des „Kyffhäuser – Technikums“ unterzeichnet.

⁵²⁶ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/32, a.a.O., Schreiben Bürgermeister Kloss, Weimar, vom 23.03. 1931 an das Thüringische Volksbildungsministerium.

ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 438. Artikel „Kampf um die Studierenden der Thüringer Techniken“ von Bürgermeister Dr. Bleckmann vom 09.03. 1931, in: Allgemeine Thüringer Landeszeitung „Deutschland“, Weimar, März 1931.

Stadtvorstand in Weimar zu einer Stellungnahme auf.⁵²⁷ Antwort erhielt er von Weimars Zweiten Bürgermeister Kloss, der als Schuldezernent die Studierenden im Rathaus empfangen hatte und das Programm in der Stadt selbst organisieren ließ.⁵²⁸ Bürgermeister Kloss rechtfertigte das Verhalten der Stadt mit einem ähnlichen Besuch von Studierenden des „Technikums Altenburg“ im Oktober 1930 in Vorbereitung des Umzuges von Teilen des Altenburger Technikums nach Weimar. Bei der Abfassung des Schreibens an den Minister hatten sich Bürgermeister Kloss und Direktor Roskothen abgestimmt, der den Entwurf Korrektur gelesen hatte. Detailliert wurde Dr. Frick darüber informiert, wann und auf welche Weise sich die Zusammenarbeit zwischen Altenburg/Weimar und Bad Frankenhausen entwickelt hatte. Prof. Huppert in Schutz nehmend wiesen sie seinem Stellvertreter Bachmann einen Teil der Schuld zu, den Konflikt ‚Weimar – Bad Frankenhausen‘ durch unüberlegte und nicht erwünschte Propaganda für die „Ingenieurschule Weimar“ angefacht zu haben. Sie räumten ein, dass E. Bachmann um eine Anstellung an der Ingenieurschule nachgesucht und erhalten hatte. Den anderen Teil der Schuld gaben sie Bürgermeister Dr. Bleckmann, der inzwischen wieder im Amt, Propagandafahrten nach Altenburg und Bad Sulza in eigener Person veranstaltet hatte. Schon im Vorfeld hatte sich Direktor Roskothen von Prof. Huppert eine Erklärung geben lassen, nicht Gesellschafter der „Ingenieurschule Weimar“ zu sein, um Gerüchten über eine Teilhaberschaft und Finanzierung der Ingenieurschule zu entkräften.⁵²⁹ Bürgermeister Dr. Bleckmann, der sich sofort nach seiner Rückkehr ins Bürgermeisteramt, am 2. Januar 1931, der Angelegenheit ‚Weimar – Bad Frankenhausen‘ angenommen hatte, glaubte fest daran, dass die beiden Techniken Bad Frankenhausen und Altenburg aus geschäftlichen Gründen von Beginn an in Weimar zusammengeführt werden sollten.⁵³⁰ Aus seiner Sicht musste es allen „einleuchten, dass wir gezwungen waren, mit allen erdenklichen Mitteln diese Arbeit zu zerstören“. Nachdem Anfang März 1931 in der „Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland“ unter dem Titel „Der Kampf um die Ingenieurschulen“ eine Lobeshymne auf die „Ingenieurschule Weimar“ abgedruckt wurde, wobei er als „Totengräber des Kyffhäuser – Technikums“ titulierte wurde, antwortete er an gleicher Stelle mit einer scharfen Gegendarstellung.⁵³¹ Bereits in der Überschrift stellte er fest, dass unter den thüringischen Techniken ein „Kampf um die Studierenden“ stattfindet. Anlass und Ursache für diesen Kampf sah er im Verhalten der Beteiligten in Weimar, der Leitung der „Ingenieurschule Ilmenau“⁵³² und bei Prof. Huppert, der es auf eine Vernichtung

⁵²⁷ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/32, a.a.O., o. F. Abschrift der „Eidesstattlichen Versicherung“ des Studierenden Herbert Weber vom 06.03. 1931 und Abschrift des Schreibens von Staatsminister Dr. Frick vom 10.03. 1931 an den Stadtvorstand Weimar.

StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., o. F. Original – Schreiben (Ausfertigung) vom 10.03. 1931 an den Stadtvorstand in Weimar mit Unterschrift von Dr. Frick.

⁵²⁸ Ebenda, Abschrift des Schreibens von Bürgermeister Kloss vom 23.03. 1931 an das Thüringische Volksbildungsministerium.

Ebenda, Entwurf des Schreibens von Bürgermeister Kloss vom 19.03. 1931 an das Thüringische Volksbildungsministerium.

⁵²⁹ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., Blatt 44.

⁵³⁰ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/32, a.a.O., Schreiben von Dr. Bleckmann vom 14.04. 1931 an das Thüringische Kreisamt Sondershausen, Landrat Vogt.

⁵³¹ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Artikel „Der Kampf um die Ingenieurschule“ aus der „Allgemeinen Thüringischen Landeszeitung Deutschland“, Nr. 64, Sonderausgabe, vom 05.03. 1931. Der Artikel trägt das Kürzel „Doe“ als Kürzel für den Autor. ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 438. Artikel „Kampf um die Studierenden der Thüringer Techniken“ von Erster Bürgermeister Dr. Bleckmann, aus der „Allgemeinen Thüringer Landeszeitung Deutschland“, ohne Nr. und Datum. Der Artikel ist lediglich gekennzeichnet „Bad Frankenhausen, den 9. März 1931“ und gibt damit das Datum des Abfassens wieder. Frankenhäuser Zeitung, Nr. 60, vom 12.03. 1931, Artikel „Kampf um die Studierenden der Thüringer Techniken“ von Dr. Bleckmann.

⁵³² StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/32, a.a.O., o. F. Schreiben Bürgermeister Dr. Bleckmanns vom 14.04. 1931 an das Thüringische Kreisamt Sondershausen, Landrat Vogt.

des Technikums in Bad Frankenhausen abgesehen habe. Allerdings hätten sich bisher nur wenige Studierende bereiterklärt, Prof. Huppert nach Weimar zu folgen:

„Die weitgesteckten, geschäftlichen Ziele Prof. Huppert's sind vollständig gescheitert. Die wenigen Leute, die sich in Weimar gemeldet haben, sind größtenteils Landsleute bzw. Glaubensgenossen des Prof. Huppert, der tschechisch-jüdischer Herkunft ist“.

Der so genannte „Kampf um die Studierenden“ wurden mit vielfältigen Mitteln geführt. Bewerber für ein Studium am „Kyffhäuser – Technikum“ empfahl Prof. Huppert nach Weimar.⁵³³ Wurden Dr. Bleckmann die Anschriften der Bewerber für das „Kyffhäuser – Technikum“ bekannt, antwortete er mit einer Gegendarstellung.⁵³⁴ Ein Fortgang von Prof. Huppert nach Auslaufen seines Vertrages bedeute keinesfalls eine Unsicherheit im Weiterbestehen des „Kyffhäuser – Technikum“, so die Argumentation von Dr. Bleckmann. Der bereits bekannte neue Direktor, Dipl.-Ing. Winkelmann, sei ab dem 1. April 1931 der Garant für die Fortführung „des in ganz Deutschland und darüber hinaus bekannten Kyffhäuser – Technikums“. Hinsichtlich des Umdirigierens von Bewerbern fiel dem Professor der von ihm geschaffene Bekanntheitsgrad des Technikums auf die Füße. Während das „Kyffhäuser – Technikum“ einen guten Ruf genoss, musste sich die „Ingenieurschule Weimar“ diesen erst noch erarbeiten. Schwieriger gestaltete sich für Dr. Bleckmann, die hohe Zahl ausländischer Studienbewerber am Technikum zu halten. Seine eigenen antisemitischen Äußerungen und das von ihm geförderte nationalsozialistische Gebaren vieler Studierender, veranlasste ausländische Studierende zu einem Wechsel der Lehranstalt. Anfang Februar 1931 sah Staatskommissar Roeper keinen anderen Ausweg, als zusammen mit dem AStA – Vorsitzenden, Hans Janssen, nach Berlin zu fahren, um sowohl die Türkische als auch die Chinesische Botschaft von der Belassung ihrer Landsleute am Technikum zu überzeugen.⁵³⁵ Erschwert wurde dieses Unterfangen dadurch, das Prof. Huppert die Türkische Botschaft Ende Januar 1931 angeschrieben und den Verkauf seiner Lehrmittel an die „Ingenieurschule Weimar“ mitgeteilt hatte.⁵³⁶ Dabei warb er für seinen einstigen Dozenten, Dipl.-Ing. von Lössl, der ab 1. April Automobil- und Flugzeugbau an der „Ingenieurschule Weimar“ lehren würde. Die Erwähnung des bei den Studierenden anerkannten Fachmannes dürfte zusätzliche Bedenken bei den Botschaften ausgelöst haben.

Genauso unerbittlich wie um die Studierenden wurde um das Inventar und das Lehrmaterial im Technikum gerungen, dass Prof. Huppert an Direktor Roskoth verkauft hatte. Prof. Huppert, der keinen durch ein Schiedsgericht gefällten Schiedsspruch vorbehaltlos anerkannte, versuchte entgegen dem Schiedsspruch vom November 1930, bereits vor dem 15. Januar 1931 Lehrmaterial nach Weimar zu transportieren. Daran gehindert hatten ihn bekanntlich die Stadtverwaltung und Dipl.-Ing. Haarmann.⁵³⁷ Besonders brisant erschien die Eigentumsfrage an Gegenständen, die durch Dritte ins Technikum gelangt waren. Ende Januar 1931 setzte Dr. Bleckmann Landrat Vogt davon in Kenntnis, dass vom Volksbildungsministerium eine Verfügung erlassen worden sei, wonach Prof. Huppert bis

Zitat Dr. Bleckmann: „Nicht nur von Weimar aus, sondern auch von der Leitung der Ingenieurschule in Ilmenau sind Maßnahmen getroffen worden, die geeignet waren, unser Technikum zum Ruin zu bringen. Zur Erläuterung fügen wir ein Schreiben des Herrn Prof. Schmidt an einen Studierenden unseres Kyffhäuser-Technikums bei.“

⁵³³ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, a.a.O., Blatt 428 und 431.

Blatt 428 ist die Abschrift eines Beschwerdebriefes eines Studienbewerbers vom 02.03. 1931, der sich nicht Weimar „dirigieren“ lassen will. An Stelle von Prospekten und Programmen vom „Kyffhäuser – Technikum“ hatte er dergleichen von der „Ingenieurschule Weimar“ zur Antwort erhalten.

Blatt 431 ist die Abschrift eines Antwortbriefes von Prof. Huppert an einen Studienbewerber vom 12.02. 1931, indem er ihm „anheim stellt“ sich in Weimar zu bewerben, weil er selbst für den Fortgang des Technikumsbetriebes in Bad Frankenhausen keine Verantwortung mehr tragen kann.

⁵³⁴ Ebenda, Blatt 572, Entwurf eines Antwortschreibens von Dr. Bleckmann vom 25.02. 1931.

⁵³⁵ StadtA BadF, 1/II D – 117, a.a.O., Blatt 2 ff. Erwähnung der Reise vom 03.-05.02. 1931 nach Berlin an die türkische und die chinesische Botschaft in der Übersicht zu den Dienstreisen des Staatskommissars.

⁵³⁶ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, Blatt 429. Abschrift des Schreibens Prof. Hupperts vom 28.01. 1931 an die Türkische Botschaft in Berlin.

⁵³⁷ StadtA BadF, 1/VI – 78, a.a.O., Schreiben Prof. Hupperts vom 13.01. 1931 an Dipl.-Ing. Haarmann.

zum Ablauf seines Vertrages am 31. März „keine Gegenstände aus dem Technikum entfernen darf“.⁵³⁸ Zwischenzeitlich hatte sich Prof. Huppert bei den Spendern der Maschinen, Motoren und Anschauungsmaterialien bemüht, ihr Einverständnis für eine Überführung von Bad Frankenhausen nach Weimar zu erlangen.⁵³⁹ Sichtliche Erfolge hatte er kaum zu verzeichnen. Die meisten Firmen sahen im „Kyffhäuser – Technikum“ den Garanten für die zukünftige Ausbildung ihrer Techniker und Ingenieure. Das „Reichsministerium der Finanzen“ teilte ihm im März 1931 sogar mit, dass er die einst nach dem Ersten Weltkrieg erhaltenen Materialien und Flugzeugmotoren aus Heeres- und Marinebeständen der Stadt Bad Frankenhausen zu übergeben hätte.⁵⁴⁰ Seine Schreiben an das Ministerium und verschiedene Berliner Firmen fanden sich in Abschrift in den Akten des einstigen Volksbildungsministeriums und wurden möglicherweise durch Staatskommissar Roeper an dieses weitergeleitet, der Anfang Februar 1931 erfolgreich für die Belassung der Materialien im Reichsfinanzministerium und zahlreichen Firmen argumentiert hatte. Es sei bemerkt, dass Prof. Huppert in seinen Schreiben an Botschaften, Ministerien und Firmen mit keinem Wort auf antisemitische oder nationalsozialistische Vorfälle in Bad Frankenhausen zu sprechen kam.

Bürgermeister Dr. Bleckmann beschränkte seine so genannte Gegenpropaganda gegen Prof. Huppert, seinen Stellvertreter E. Bachmann, Direktor Roskoth und die Weimarer Stadtverwaltung nicht allein auf Pressemittel oder Auftritte vor den Studierenden des Technikums. Unabhängig von Staatskommissar Roeper reiste er nach Altenburg und warb in einer Versammlung der Studierenden des „Technikums Altenburg“ für die Abwanderung nach Bad Frankenhausen und nicht nach Weimar.⁵⁴¹ Um in Kontakt zu den Studierenden zu kommen, unterstützte ihn der zuvor von Direktor Roskoth entlassene Dozent, Dipl.-Ing. R. Müller. Dr. Bleckmann bemühte sich, die Studierenden davon zu überzeugen, dass Prof. Huppert nur das „älteste und unbrauchbare“ Lehrmaterial nach Weimar geben könnte. Um die gemachten Angaben zu prüfen, reisten Mitglieder des „Allgemeinen Studierendenausschusses“ am „Technikum Altenburg“ nach Bad Frankenhausen, um die verkauften Lehrmaterialien in Augenschein zu nehmen. In einem gedruckten, offenen Brief „an das Stadtoberhaupt von Bad Frankenhausen“ kritisierte ein Mitglied des ASTA – Altenburg die Auftritte von Dr. Bleckmann sowohl in Altenburg als auch in Bad Sulza und die geäußerte Unwahrheit über die besichtigten Lehrmaterialien. Vorgeworfen wurde ihm, besonders das zurzeit in ganz Deutschland umstrittene, private thüringische technische Bildungswesen geschädigt zu haben. Zurückgewiesen wurden seine Äußerungen zu Prof. Huppert, dem die Altenburger Studierenden in erster Linie den „guten Ruf“ des „Kyffhäuser – Technikums“ zuschrieben. Die von Dr. Bleckmann geübte Art der Gegenpropaganda veranlasste Direktor Roskoth, am 15. April 1931 eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister von Bad Frankenhausen beim Thüringischen Innenministerium

⁵³⁸ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Schreiben Dr. Bleckmanns vom 26.01. 1931 an Landrat Vogt.

⁵³⁹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, Blatt 429. Abschrift des Schreibens Prof. Hupperts vom 28.01. 1931 an die „Askania Werke AG“ in Berlin.

StadtA BadF, 1/II D – 117, a.a.O., Blatt 2 ff. Erwähnung von Besuchen in verschiedenen Berliner Firmen anlässlich der Reise vom 03.-05.02. 1931 nach Berlin durch Staatskommissar Roeper und zwei Vertreter des ASTA in der Übersicht zu den Dienstreisen des Staatskommissars. Der Staatskommissar hatte sich bei den einzelnen Firmen persönlich für die Belassung der gespendeten Maschinen am Technikum eingesetzt.

⁵⁴⁰ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5220, Blatt 538-539. Abschrift des Schreibens des „Reichsministerium der Finanzen“ vom 06.03. 1931 an Prof. Huppert und Antwort auf dessen Anfrage vom 25.02. 1931.

⁵⁴¹ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/32, a.a.O., Abschrift des Schreibens von Bürgermeister Kloss, Weimar, vom 23.03. 1931 an das Thüringische Volksbildungsministerium.

StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., o. F., Entwurf des Schreibens von Bürgermeister Kloss vom 19.03. 1931 an das Thüringische Volksbildungsministerium.

Ebenda, Blatt 50. Riedel, Gottfried (Mitglied des ASTA am Technikum Altenburg): „Offener Brief an das Stadtoberhaupt von Bad Frankenhausen. (ohne Datum, wahrscheinlich von Ende Februar/Anfang März 1931).

einzureichen.⁵⁴² Festgestellt wurde darin, dass Dr. Bleckmann bekannt war, „dass in der Ingenieurschule Altenburg eine starke nationalsozialistische Gruppe von Studierenden vorhanden war und das es tiefen Eindruck in abschreckendem Sinne auf diese machen würde, wenn sich herausstellte, dass der jüdische Professor Huppert an der Finanzierung und am Reingewinn der Ingenieurschule Weimar beteiligt sei. ... Das Verhalten des Herrn Dr. Bleckmann ist umso unverständlicher, als er doch selbst viele Jahre lang mit dem jüdischen Professor Huppert zusammengearbeitet hat“. Die Dienstaufsichtsbeschwerde wurde vom Landrat Vogt weiterverfolgt. Ihm gegenüber bezeichnete Dr. Bleckmann die Vorhaltung der Zusammenarbeit „mit dem jüdischen Professor“ als „fast kindlich“, da er als Vorsitzender des Kuratoriums dazu verpflichtet sei.⁵⁴³ Landrat Vogt empfahl dem Innenministerium, „bei der Erbitterung der Frankenhäuser Bevölkerung gegen die angeblich von dem Technikum Weimar gegen das Technikum Bad Frankenhausen unternommenen Schädigungsversuche glaube ich es nicht empfehlen zu dürfen, ein Disziplinarverfahren gegen Herrn Dr. Bleckmann einzuleiten, selbst wenn ihm nachgewiesen werden könnte, dass er unzulässige Mittel zur Werbung für das Technikum in Bad Frankenhausen angewandt haben sollte.“⁵⁴⁴ Das Innenministerium folgte der Empfehlung und unterrichtete Direktor Roskothen Rechtsanwälte Ende Mai 1931, in dieser Sache nichts weiter zu veranlassen.⁵⁴⁵ Zu diesem Zeitpunkt wurde das Innenministerium durch einen Vertreter der „Wirtschaftspartei“ als Minister geleitet und nicht mehr durch Dr. Frick.⁵⁴⁶ Eine Propagandafahrt führte ihn am 2. März 1931 auch ins thüringische Bad Sulza. Am „Technikum Bad Sulza“ herrschten zu Beginn des Jahres 1931 verworrene Verhältnisse hinsichtlich der Erhaltung des Technikums. Die beiden derzeitigen Direktoren, die Herren Zöllner und Traubner, trugen sich mit dem Gedanken, dass Technikum nach Dessau im Land Anhalt zu verlegen. Am 24. Februar 1931 kündigte ihnen Staatsminister Dr. Frick an, die Konzession zum Betreiben des Technikums zu entziehen.⁵⁴⁷ Die Konzession sollte bei der Stadtverwaltung Bad Sulza verbleiben, die berechtigt sei, sich um den Fortbestand der Lehranstalt selbst zu kümmern. Eingeladen nach Bad Sulza zu kommen und abgeholt, hatte ihn der erst wenige Tage zuvor entlassene Dozent, Dipl.-Ing. Friedrich Vockeradt (geb. 1883, Sterbejahr und -ort unbekannt).⁵⁴⁸ Zusammen mit einigen Studierenden des „Kyffhäuser – Technikum“ trat er auf einer Versammlung vor Studierenden des „Technikum Bad Sulza“ auf. Über seine offene Aufforderung nach Bad Frankenhausen abzuwandern, beschwerte sich der Sulzaer Bürgermeister Seidel in Weimar.⁵⁴⁹ Bürgermeister Seidel zitierte Dr. Bleckmann mit den Sätzen:

⁵⁴² StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/32, a.a.O., Abschrift der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Dr. Bleckmann vom 15.04. 1931, angestrengt und eingereicht durch die Weimarer Rechtsanwälte Kießling und Dr. Opitz im Auftrag von Direktor Roskothen und seines Stellvertreters, Emil Bachmann.

⁵⁴³ Ebenda, Schreiben von Bürgermeister Dr. Bleckmann vom 16.05. 1931 an Landrat Vogt.

⁵⁴⁴ Ebenda, Abschrift des Schreibens von Landrat Vogt vom 21.05. 1931 an das Thüringische Ministerium des Innern.

⁵⁴⁵ Ebenda, Abschrift eines Schreibens des Thüringischen Innenministeriums vom 30.05. 1931 an die Rechtsanwälte von Direktor Roskothen.

⁵⁴⁶ Thüringen Handbuch 1999, a.a.O., S. 278, Innenminister war vom 04.05. 1931-25.08. 1932 Dr. Willy Kästner (Wirtschaftspartei).

⁵⁴⁷ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5252: Die Ingenieurschule in Bad Sulza – Allgemeines, 1927-1931, Blatt 354.

⁵⁴⁸ Ebenda, Blatt 390 ff., Dipl.-Ing. Vockeradt war am 02.03. 1931 nach Bad Frankenhausen gefahren und kam mit Bürgermeister Dr. Bleckmann und einigen Studierenden zurück. Anschließend traten alle in einer Versammlung der Studierenden des „Technikum Bad Sulza“ auf.

StadtA BadF, 1/II E – 868, a.a.O., Blatt 9, Personalbogen von Dozent Dipl.-Ing. Vockeradt. Am „Technikum Bad Sulza“ war er vom 01.10. 1930-28.02. 1931 Dozent. Wechselte zunächst zum 01.04. 1931 bis 31.03. 1933 ans „Kyffhäuser – Technikum“, anschließend zum „Licht- und Kraftstromwerk Bad Frankenhausen“ als Direktor. Ende der 30er Jahre übernahm er kurzzeitig die Direktion der „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“, ehemals „Kyffhäuser – Technikum“, um dann ans „Technikum Bingen“ delegiert zu werden.

⁵⁴⁹ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., o. F., Abschrift einer Mitteilung von Bürgermeister Seidel, Bad Sulza, an Baurat Klautzsch in Weimar.

„Wenn Sie zusammenhalten und geschlossen nach Frankenhäusen kommen, ist Bad Sulza sofort erledigt. Wir in Frankenhäusen sind viel leistungsfähiger als Bad Sulza, das für eine solch popliche Sache 16.000 RM Miete fordert. Huppert ist gehuppt und bekommen wir deshalb viele Anmeldungen aus deutschgesinnten Kreisen, Frankenhäusen ist der Ort, wohin die Nationalsozialisten gehen. Ich selbst bin nicht Nationalsozialist, sondern deutschnational. Frankenhäusen ist der richtige Ort für Korporationen“.

Nach der Beschwerde des Sulzaer Bürgermeisters schritt das Volksbildungsministerium im März 1931 ein und stellte gegenüber Dr. Bleckmann klar, dass von Seiten des Ministeriums alles zur Erhaltung des Technikums in Bad Sulza unternommen werde.⁵⁵⁰ Propaganda für das Bad Frankenhäuser Technikum habe zu unterbleiben. Ob und in welcher Zahl Studierende aus Bad Sulza nach Bad Frankenhäusen gewechselt waren, ist nicht überliefert. Gewechselt hatte jedoch Dipl.-Ing. Vockeradt. Auch ihm hatte Dr. Bleckmann zu einer Anstellung durch Direktor Winkelmann verholfen. Am „Kyffhäuser – Technikum“ sollte Dipl.-Ing. Ende der 30er Jahre sogar zum Direktor desselben aufsteigen.

Eine Fahrt nach Altenburg hatte im Januar auch Staatskommissar Roeper unternommen.⁵⁵¹ Auch der Staatskommissar wurde durch Dipl.-Ing. R. Müller in eine Zusammenkunft der Studierenden und Alt-Herren-Verbände eingeführt. Er sah sich zu dieser Fahrt gezwungen, weil Direktor Roskoth die Verhältnisse am „Kyffhäuser – Technikum“ in „übelster Art“ darstellen würde. In einer Gegendarstellung an das Volksbildungsministerium unterstellte Bürgermeister Kloss, Weimar, Staatskommissar Roeper hätte unerwünscht für das Technikum in Bad Frankenhäusen geworben.⁵⁵²

In Bad Frankenhäusen sahen die Sozialdemokraten die Propagandafahrten von Bürgermeister Dr. Bleckmann mit gemischten Gefühlen. Durch die unverblünte Anwerbung nationalsozialistisch orientierter Studierender fürchteten sie, dass „Kyffhäuser – Technikum“ könnte ein „Nazi-Dorado“ werden.⁵⁵³ Am 2. März 1931, während der Sympathiekundgebung für Dipl.-Ing. Haarmann, habe Dr. Bleckmann den Studierenden die Frage gestellt, „wer von den Studierenden will denn eigentlich das Technikum verlassen?“ Die Antwort gab er selbst, „Die Linke“. Die Abwanderungsgedanken der Frankenhäuser Studierenden soll er mit dem Satz kommentiert haben, „seien sie froh über diejenigen, die das Technikum verlassen, denn dann sind wenigstens Ihre Reihen gereinigt“. Für die Sozialdemokraten stellten die nationalsozialistischen Umtriebe „eine Verhöhnung und Herausforderung der Arbeiterschaft“ dar. An der Tatsache, dass sich am „Kyffhäuser – Technikum“ eine überproportional große Studierendenzahl zur NSDAP bekannte, vermochten sie nichts zu ändern.

Abwanderungswillig waren in der Tat nur wenige Studierende am „Kyffhäuser – Technikum“. Insgesamt wechselten nur 18 Studierende an die „Ingenieurschule Weimar“.⁵⁵⁴ Direktor Roskoth zeigte sich im September 1932 enttäuscht darüber, dass nur wenige Studierende nach Weimar kamen.⁵⁵⁵ Verantwortlich dafür machte er Emil Bachmann, den ihn Prof. Huppert „aufgenötigt habe“. Nicht ganz unschuldig sah er auch Prof. Huppert. Dieser hätte bereits frühzeitig erkennen müssen, dass E. Bachmann bei den Studierenden völlig unbeliebt sei. Indem er ihn gewähren ließ, wurden nach seiner Meinung viele Bad Frankenhäuser Studierende abgehalten, ihr Studium an der „Ingenieurschule Weimar“ fortzusetzen.

⁵⁵⁰ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5252, a.a.O., Blatt 390 ff.

⁵⁵¹ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/32, a.a.O., o. F., Abschrift des Berichts von Staatskommissar Roeper vom 14.04. 1931 an das Thüringische Kreisamt Sondershausen.

⁵⁵² StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., o. F., Entwurf des Schreibens von Bürgermeister Kloss vom 19.03. 1931 an das Thüringische Volksbildungsministerium.

⁵⁵³ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., Artikel „Soll das Kyffhäuser – Technikum ein Nazi-Dorado werden?“, aus „Volksbote“, Nr. 58, vom 10.03. 1931.

⁵⁵⁴ StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 53. 1931 wechselten 17 Studierende nach Weimar und 1932 folgte ein weiterer.

⁵⁵⁵ Ebenda, Blatt 38.

Der einmal in Gang gekommene Konkurrenzkampf unter den thüringischen Techniken kam auch nach dem Auslaufen des Vertrages zwischen der Stadt Bad Frankenhausen und Prof. Huppert am 31. März 1931 nicht zur Ruhe. Bürgermeister Seidel, Bad Sulza, hatte sich bereits am 3. März 1931 darüber beklagt, dass Direktor Prof. Schmidt den Studierenden seiner Stadt die Nachteile eines Studiums in einem kleinen Ort vorgehalten habe.⁵⁵⁶ Offen warb er für das Technikum bzw. die Ingenieurschule Ilmenau, die zudem über die „Reichsanerkennung“ verfüge. Umgekehrt hatte Bad Sulza 1932 Verhandlungen mit Prof. Huppert angestrengt, worauf die Stadt Weimar in erneute Verhandlungen mit ihm treten musste.⁵⁵⁷ Auf einer vertraulichen Stadtratssitzung, am 30. April 1931, stellte Bad Frankenhausen Stadtvorstand fest, dass „in Thüringen ein erbitterter Konkurrenzkampf unter den Techniken“ herrsche.⁵⁵⁸

Im Streit, ob Weimar oder Bad Frankenhausen der bessere Ausbildungsstandort für das Flugwesen ist, stellte Direktor Roskothen am 27.02. 1932 „Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung“ gegen Direktor Winkelmann.⁵⁵⁹ Bad Frankenhausens Direktor hatte in Prospekten mit Flugzeugen geworben, auf die Direktor Roskothen nach Vertrag mit Prof. Huppert Anspruch erhob.

Direktor Roskothen betrieb 1933 einen solchen „Reklamerummel“ für die „Ingenieurschule Weimar“, dass dieses Mal Prof. Schmidt Beschwerde beim Thüringischen Volksbildungsministerium einlegte.⁵⁶⁰ Er sah nun eine Gefahr für die Techniken bzw. Ingenieurschulen in Hildburghausen, Bad Sulza, Bad Frankenhausen und natürlich Ilmenau. Den thüringischen Konkurrenzkampf bekamen auch Lehranstalten außerhalb Thüringens zu spüren. Mitte Februar 1933 berichtete Prof. Holzt, „Technikum bzw. Ingenieurschule Mittweida“ über Abwerbungen durch das „Kyffhäuser – Technikum“.⁵⁶¹ Dieses hatte Studierende mit dem PKW von Mittweida nach Bad Frankenhausen geholt und die Lehranstalt vorgeführt.

Beurteilt man die gesamte Entwicklung der höheren technischen Lehrinrichtungen Thüringens im Zeitraum 1930 bis 1932, möglicherweise auch noch für das beginnende Jahr 1933, so kann die Frage, „Wollte Prof. Huppert wirklich ein neues Technikum gründen?“, mit Nein beantwortet werden. Prof. Huppert glaubte zwar, dass ihm die Konzession nicht entzogen werden könne, doch diese auf eine andere Stadt zu transferieren, lag nicht in seiner Absicht. Den Gedanken, die Konzession auf die von ihm erworbene und umgebaute Fabrik übertragen zu lassen, stellte sich ihm spätestens im November 1930 als unmöglich dar. In dieser Zeit dürfte der Entschluss zur Reife gelangt sein, dass ihm gehörige Inventar an eine andere Lehranstalt zu veräußern. Mithin dürfte der 24. November 1930 als der Tag angesehen werden, an dem Prof. Huppert eine Fortsetzung seiner Arbeit in Bad Frankenhausen als unmöglich angesehen hatte. Gerüchten, er versuche, die ihm 1926 erteilte Konzession für die Errichtung eines neuen Technikums in einer anderen Stadt zu verwenden, trat er anfangs gar nicht oder nur unzureichend entgegen. Indem er seinen Stellvertreter E. Bachmann ungehindert gewähren ließ, schadete er vordergründig seiner Person und seinem Ansehen. Der ihm dadurch entstandene ideelle Schaden überdeckte zunehmend das für das „Kyffhäuser – Technikum“ und damit für die Stadt Geleistete.

⁵⁵⁶ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., o. F., Abschrift einer Mitteilung von Bürgermeister Seidel, Bad Sulza, an Baurat Klautzsch in Weimar.

⁵⁵⁷ StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 10. Schilderung von Bürgermeister Kloss, Weimar, aus dem Jahre 1932.

⁵⁵⁸ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 482-483.

⁵⁵⁹ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., o. F., Abschrift des Antrages vom 27.02. 1932.

⁵⁶⁰ Jacobs 1994, a.a.O., S. 60.

⁵⁶¹ Ebenda, S. 76.

5. Bad Frankenhausen und „sein Kyffhäuser – Technikum“ – Die Zeit nach Prof. Sigmund Huppert

Direktor Heinrich Winkelmann war bereits einen Monat der neue Direktor des „Kyffhäuser – Technikums“, da erfolgte seine offizielle Ehrung als neuer Leiter.⁵⁶² Im Namen der Thüringischen Landesregierung sprach Landrat Vogt die Begrüßungsworte:

„Landrat Vogt, ein Süddeutscher, führte seinen Landsmann aus der benachbarten Schweiz (Winkelmann – d. V.) im Geiste auf die Rheinbrücke der Schweizer Stadt (Basel – d. V.) zurück und ließ die unvergesslichen Eindrücke dieses Landschaftsbildes auf ihn einwirken. Er erinnerte an die Vision, wie aus den Wogen des Rheins gleichsam ein Flüstern von der Not des deutschen Volkes zu dem sinnenden Beobachter auf der Brücke heraufdringe. Jetzt stehe Direktor Winkelmann am Fuße eines Berges, mit dem das ganze deutsche Volk durch die Sage verbunden sei, dass in Deutschlands schwerster Not der Führer sich aus dem Berge erheben und das deutsche Volk und Reich zu neuem Glanz und neuer Macht und Würde emporführen werde. Mahnende Worte richtete er an die Jugend, die zur Mitarbeit an dem Wiederaufstieg unserer Wirtschaft berufen sei. Dazu gelte es, tüchtige Männer heranzuziehen. Ein Beispiel dafür gäben die jungen, schwächlichen Kyffhäuserreichen, die im harten Kampfe dennoch zum starken, wetterfesten Baume heranwachsen. Aus den herzlichen Worten des Redners klang die innige Freude darüber heraus, dass nach all den Sorgen und Kümernissen, die die Bürgerschaft in der letzten Zeit über sich habe ergehen lassen müssen, nun endlich der Tag gekommen sei, an dem das Kyffhäuser-Technikum seine Tore geöffnet habe. Das beweise, dass Einigkeit und gesunder Bürgersinn das Richtige gefunden haben. Ihn beseele ferner der Wunsch, dass mit der neuen Leitung des Kyffhäuser-Technikums zugleich für die schwergeprüfte Stadt Bad Frankenhausen der Anfang zum Wiederaufstieg gegeben sei. Dank gebühre Herrn Direktor Winkelmann, der sich der schweren Aufgabe unterziehen wolle. Dazu begleiten ihn auch meinerseits die herzlichen Wünsche zum Gelingen, das auf alter guter Tradition fußende Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen zu weiterem Blühen und Gedeihen zu führen.“

Landrat Vogt, der anfänglich eine Veräußerung des Technikums an Prof. Huppert gefördert hatte, dafür jedoch vom Innenministerium unter Dr. Frick gerügt worden war, gab danach mehrfach Gelegenheit, einen Gesinnungswandel erkennen zu lassen. Seine Karriere als Landrat, die in der Weimarer Republik begonnen hatte, konnte er gleichsam im Dritten Reich fortsetzen.

Niemand gedachte demjenigen, der das Technikum zu „alter guter Tradition“ geführt hatte. Dozenten und ASTA – Vorstand redeten nur vom Kampf um die Erhaltung des Technikums. Neben Direktor Winkelmann wurde Staatskommissar Roeper für seine „Verdienste um die Erhaltung“ durch einen Fackelzug der Studierenden geehrt. Vom Stadtrat wurden seine „Verdienste“ um die Stadt weit weniger geschätzt. Ihrer Meinung nach hatte sich Robert Roeper nicht allein beim Technikum viel zu sehr in städtische Belange eingemischt. Im Sommer 1931, nachdem der Stadtrat einen neuen Ersten Bürgermeister gewählt hatte, erreichte er im Oktober beim Innenministerium und beim Thüringischen Kreisamt eine Beschränkung der Aufsichtspflichten des Staatskommissars auf den Haushalt der Stadt.⁵⁶³ Am 4. November 1931 hatte er die Dienstgeschäfte vollständig dem neuen Bürgermeister zu übergeben. Inzwischen stellte sich heraus, dass es während seiner Aufsichtspflicht gegenüber der Stadt zu Unregelmäßigkeiten bei der „Licht- und Kraftwerke Kyffhäuser GmbH“ gekommen war. Gegenüber Landrat Vogt suchte er im Juni 1932 die Annahme von Geldern aus der Firma mit Auslagen für die Repräsentation und Erhaltung des Technikums zu

⁵⁶² StadtA BadF, 1/VI – 78, a.a.O., Artikel „Ehrung des neuen Direktors am Kyffhäuser – Technikum“ aus der „Frankenhäuser Zeitung“, Nr. 103, vom 04.05. 1931.

⁵⁶³ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 621, a.a.O., Blatt 107.

begründen.⁵⁶⁴ Darunter fanden sich auch Auslagen und Darlehn für Mitglieder des ASTA – Vorstandes wie Hans Janssen. Die Verwicklungen gestalteten sich für ihn so brisant, dass er sich mit Urkunde vom 20. Februar 1933 durch das Thüringische Innenministerium zum Ablauf des Monats März aus dem Staatsdienst entlassen ließ.⁵⁶⁵ Damit nicht genug, erhob die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Sondershausen Anklage wegen „erschwerter Amtsunterschlagung“ und das Gericht verurteilte ihn zu acht Monaten Gefängnis und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren.⁵⁶⁶ Einen Teil der Strafe verbüßte er im Bezirksgefängnis Sondershausen, der andere Teil wurde zur Bewährung ausgesetzt. Seine Karriere war damit frühzeitig zu Ende.

Gezählt waren auch die Tage des Ersten Bürgermeisters Dr. Bleckmann. Angesichts des Ablaufes seiner Amtszeit zum 13. August 1931 stellte er einen Antrag auf Wiederwahl.⁵⁶⁷ Sein Antrag wurde mit Stimmenmehrheit von SPD und KPD gegen die Bürgerliche Fraktion abgelehnt. Darauf ließ Stadtrat Cotta für seine Fraktion erklären: „Durch die Nichtwiederwahl des Ersten Bürgermeisters Dr. Bleckmann werden der Stadt auf Jahre hinaus neue, nicht notwendige Lasten entstehen. Wir lehnen die Verantwortung ab und werden uns an der Wahl eines neuen Bürgermeisters nicht beteiligen.“ Gestützt auf das Votum der Bürgerlichen Fraktion weigerte sich Dr. Bleckmann sein Amt niederzulegen. Am 20. August stellte die SPD einen Dringlichkeitsantrag, der vorsah, den Bürgermeister durch die Aufsichtsbehörde, das Thüringische Kreisamt Sondershausen, entheben zu lassen.⁵⁶⁸ Bei Enthaltung der KPD konnte die SPD den Antrag durchbringen. Auch ihren Wunschkandidaten konnte sie bei der Neuwahl durchsetzen. Rückwirkend zum 21. August 1931 erhielt Dr. Bleckmann seine Ruhestandsurkunde.⁵⁶⁹ Auch er fiel als Geschäftsführer der „Licht- und Kraftwerke Kyffhäuser GmbH“ über die Firmenaffäre. Im April 1933 eröffnete die Staatsanwaltschaft in Sondershausen die Voruntersuchung.⁵⁷⁰ Im November verurteilte ihn das Gericht zu vier Monaten Haft. Im August 1935 leitete der Thüringische Minister des Innern, Fritz Wächtler (NSDAP), ein förmliches Dienststrafverfahren gegen ihn ein.⁵⁷¹ Obwohl NSDAP – Ortgruppenleiter Heinz Bartels ein negatives Urteil über ihn abgab, bemühte sich die Stadtverwaltung erfolgreich um die Rücknahme des eingeleiteten Dienststrafverfahrens.⁵⁷² Sie wollte das Ruhestandsgeld für den noch relativ jungen Dr. Bleckmann sparen und stellte ihm zur Förderung seiner Wiederanstellung gute Beurteilungen aus. In den Jahren 1940 bis 1942 gab er seinen Wohnsitz mit Berlin, Stadtbezirk Charlottenburg, an. Damit wohnte er im Emigrationsjahr von Prof. Huppert, 1940, mit ihm zusammen im gleichen Berliner Stadtbezirk.

Stadtrat P. Cotta, der sich so vehement hinter Dr. Bleckmann gestellt hatte, stolperte schließlich auch über die gleiche Firmenaffäre wie Robert Roeper und Bürgermeister i. R. Dr. Bleckmann.⁵⁷³ Gleich den anderen beiden soll er in seiner Funktion als Beauftragter der Stadt zwischen 1927 und 1931 zum wirtschaftlichen Nachteil der „Licht- und Kraftwerke Kyffhäuser GmbH“ gearbeitet haben. Der Staatsanwalt bezeichnete ihn in dieser Angelegenheit als „Propagandaleiter“. Am 17. März 1933 wurde er zuerst in Sondershausen, dann in Erfurt in Untersuchungshaft genommen. Auch erhielt eine kurze Haftstrafe.

Auch die Gesamtheit des Stadtrates vermochte sich keiner langen Wirkungszeit mehr zu erfreuen. Zwar waren das Jahr 1933 und die große politische Veränderung in Deutschland

⁵⁶⁴ Ebenda, Blatt 139 und 146.

⁵⁶⁵ Ebenda, Blatt 181.

⁵⁶⁶ Ebenda, Blatt 189 ff.

⁵⁶⁷ StadtA BadF, 1/II D – 307.1, a.a.O. Blatt 101.

⁵⁶⁸ Ebenda, Blatt 102-103.

⁵⁶⁹ Ebenda, Blatt 106.

⁵⁷⁰ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 621, a.a.O., Blatt 186-189.

⁵⁷¹ StadtA BadF, 1/II D – 307.1, a.a.O. Blatt 198. Fritz Wächtler war vom 08.05. 1933-22.01. 1936 Minister des Innern.

⁵⁷² Ebenda, Blatt 357 ff.

⁵⁷³ ThStA Rudolstadt, Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 621, a.a.O., Blatt 186-189.

ausschlaggebend für das Ende des demokratisch gewählten Stadtrates, doch begann die langsame Umwälzung ausgerechnet mit dem Ausgang der Auseinandersetzungen mit und um Prof. Huppert. Auf einer Vollversammlung des ASTA am 16. November 1931 wurde Bad Frankenhausens neuem Stadtoberhaupt, Bürgermeister Alfred Hess (geb. 1895, Friedrichswerth bei Gotha; Sterbejahr und –ort unbekannt)⁵⁷⁴, vorgeworfen, die Stadt hätte ihre den Studierenden gemachten Versprechungen zur Verbesserung der Studienbedingungen nicht eingehalten.⁵⁷⁵ Ihre Vorwürfe begründeten sie mit dem Argument:

„In dieser Art erfolgt vielseitig bittere Anklage an die Stadt, die es doch gerade den jetzigen Studierenden zu verdanken hat, dass sie in einem geschlossenen Zusammenhalt bei dem letzten Direktionswechsel der Stadt Bad Frankenhausen es möglich gemacht haben, ihr das Technikum zu erhalten.“

Gegenüber Bürgermeister Hess erhoben sie deshalb Anspruch auf einen Sitz im Stadtrat. Unmissverständlich stellten sie klar, dass sie sich jederzeit die Lehranstalt aussuchen könnten, um ihr Studium fortzusetzen. Es gelang ihnen, rückwirkend für 1931 den Erlass der seit 1930 erhobenen Bürgersteuer zu erwirken. Mittels der Bürgersteuer mühte sich die Stadtverwaltung, den aufgehäuften Schuldenberg abzubauen und die städtischen Finanzen zu stabilisieren. Von Direktor Winkelmann erhielten sie die Zusage, bei Einstellung und Entlassung von Dozenten gehört zu werden. Unabhängig des bestehenden Kuratoriums sollte hierzu ein unabhängiges Gremium aus Vertretern der Dozenten und Studierenden gebildet werden.

In Person des Ortsgruppenleiters Heinz Bartels (geb. 1908, Dessau; Sterbejahr und –ort unbekannt)⁵⁷⁶ erhob nun auch die NSDAP – Ortgruppe deutlich ihre Forderungen.⁵⁷⁷ Im Oktober 1932 kam in einer Stadtratssitzung ein Brief zur Verlesung, worin H. Bartels den Stadträten Pflichtversäumnisse in der Technikumsfrage vorwarf. Er warnte die Stadträte eindringlich, „keinerlei Beschlüsse zu fassen, denn sie würden von der NSDAP, als der künftig stärksten Partei im Stadtrate, nicht anerkannt werden“. Im Stadtrat nach wie vor ohne Sitz und Stimme, fühlte sich die NSDAP gestärkt durch den Erfolg bei den Landtagswahlen, der NSDAP und Landbund die absolute Mehrheit eingetragen hatte.⁵⁷⁸ An die Spitze der neuen Landesregierung trat am 26. August 1932 Fritz Sauckel von der NSDAP. Alle drei Stadtratsfraktionen – SPD, Bürgerliche und KPD – kritisierten die Forderungen und wiesen sie zurück. Zur Begründung führte die Bürgerliche Fraktion aus, dass der jetzige Stadtrat der NSDAP im Kuratorium des Technikums insofern entgegengekommen sei, als bei „der Auswahl der Dozenten 3 oder 4 eingeschriebene Mitglieder der hiesigen Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ berücksichtigt worden wären. Stadtrat Friedrich Gerhardt (1886-1953, SPD), brachte „in seiner Anhänglichkeit an den früheren Leiter Professor Huppert zum Ausdruck, dass er es lieber gesehen hätte, wenn das Technikum in den Händen Prof. Hupperts geblieben wäre“. Von Stadtrat H. Kleinschmidt (KPD) wurde

⁵⁷⁴ StadtA BadF, 1/II D – 308: Personalakte Bürgermeister Alfred Heß 1930-1938.

Blatt 11 (Unterordner B): Wurde am 17.02. 1934 durch den Reichsstatthalter in Thüringen auf Grund des Reichsgesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassen. A. Heß galt als der SPD zugetan und wurde auf Drängen des Ortsgruppenleiters H. Bartels aus dem Dienst entlassen.

⁵⁷⁵ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen, 5/31, a.a.O., Artikel „Vollversammlung des Allgemeinen Studierenden-Ausschusses am Kyffhäuser-Technikum“ aus der „Frankenhäuser Zeitung“, Nr. 271, vom 19.11. 1931.

⁵⁷⁶ StadtA BadF, 1/II D – 106: Heinz Bartels, Direktor der „Licht- und Kraftwerke Kyffhäuser GmbH“ 1928-1940, o. F. Laut einem Schreiben des NSDAP – Kreisleiter Krannich vom 12.01. 1940 war Heinz Bartels 1940 noch Ortsgruppenleiter der NSDAP in Bad Frankenhausen. Besagter Krannich bescheinigte H. Bartels in einem Zeugnis vom 11.01. 1938, seit 01.06. 1930 Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. Ortsgruppenleiter soll er aber erst am 26.07. 1933 offiziell geworden sein.

⁵⁷⁷ Ebenda, Bericht über die Öffentliche Stadtratssitzung vom 20.10. 1932, Tagesordnungspunkt 3 „Technikum“; Artikel aus der „Frankenhäuser Zeitung“, Nr. 249, vom 22.10. 1932.

⁵⁷⁸ Post, Bernhard: Vorgezogene Machtübernahme 1932: Die Regierung Sauckel, in: Heiden, Detlev/ Mai, Gunther (Hg.): Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“. Erfurt 1996 (Schriften der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. Bd. 2), S. 147 ff.

dieses Verlangen mit „Entrüstung“ zurückgewiesen. Die Kommunisten griffen lieber die Sozialdemokraten an, als sich den Forderungen der NSDAP zu stellen. Viel zu spät erkannten die beiden Linksparteien, dass es galt, zusammenzuarbeiten. Zur Reichstagswahl am 5. März 1933 war die KPD schon nicht mehr zugelassen. Am 13. April 1933 verkündete der Wahlleiter, Bürgermeister Hess:

„Der durch Stadtratsbeschluss vom 25.03. 1933 aufgelöste Stadtrat ist nach Maßgabe der Vorschriften vom 08.04. 1933 betr. Gleichschaltung der gemeindlichen Selbstverwaltung mit Land und Reich neu zu bilden. Die Neubildung gilt als Wahl.“⁵⁷⁹ Nach Neubildung hatte der Stadtrat 13 Mitglieder. Die Neubildung selbst geschah nach Maßgabe der Stimmabgabe bei der Reichstagswahl am 5. März. Dabei konnte die NSDAP 1.861, das Zweckbündnis aus SPD und KPD 1.320 und die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ (zumeist ehemals Vertreter der Bürgerlichen Fraktion) 533 Stimmen auf sich vereinigen.⁵⁸⁰ Ursprünglich hatte der Wahlausschuss folgende Sitzverteilung errechnet: NSDAP 6, SPD 5 und „Kampffront“ 2. Eine von der NSDAP durchgesetzte Überarbeitung ergab nun NSDAP 7, SPD 4 und „Kampffront“ 2 Sitze. Für die SPD zogen u. a. F. Schünzel, K. Vollmar und H. Karnstedt in den Stadtrat ein. Unter den „gewählten“ Stadträten der NSDAP fanden sich die Technikums – Dozenten, Dipl.-Ing. Rudolf Müller und Ing. Emil Werth. Mit Blick auf den noch amtierenden und von der SPD gestützten Bürgermeister Hess und auf die Aufstellung von Dozenten des Technikums, erklärte Ortsgruppenleiter Bartels im September 1933:

„Mit Rücksicht hierauf ist besonders zu bedenken, dass Bad Frankenhausen seit 60 Jahren eine Hochburg des Marxismus ist. Es ist daher nur dann möglich, die Bevölkerung restlos für den nationalsozialistischen Staatsaufbau zu gewinnen, wenn an der Spitze gerade dieser Stadt ein moralisch und sittlich hochstehender intelligenter Nationalsozialist steht.“⁵⁸¹

Wen er von den NSDAP – Mitgliedern in Bad Frankenhausen besonders geeignet dafür ansah, zeigte sich bei der Benennung der Fraktionsspitze. Hierfür war Dipl.-Ing. Müller ausersehen worden. Noch deutlicher zeigten sich die Vorstellungen des Ortsgruppenleiters, nach der Neubildung des Stadtrates Ende 1933/Anfang 1934, als auch die Vertreter von SPD und „Kampffront“ aus diesem ausgeschlossen worden waren.⁵⁸² Mit Rudolf Müller, Emil Werth und Arno Krämer (geb. 1907, Sterbejahr und –ort unbekannt)⁵⁸³ waren gleich 3 Dozenten vom Technikum im Stadtrat vertreten. R. Müller übernahm im März 1934 zunächst die Leitung des Amtes für Kommunalpolitik. In seiner letzten öffentlichen Stadtratssitzung am 21. Juli 1934 wurde Rudolf Müller zum ehrenamtlichen Beigeordneten gewählt. Zu seinen Aufgabenbereichen gehörten alle Schulangelegenheiten der Stadt und das Bauamt. Die Übertragung aller schulischen Angelegenheiten lehnte Landrat Vogt ab. Dadurch wurde er ab 29. September 1934 auf den Verantwortungsbereich Technikum beschränkt. Da die Stadt nur noch zwei Beigeordnete haben durfte, verlor er sein Amt am 29. Juni 1935. Als am 31. Oktober 1935 E. Wert als neuer Ratsherr genannt wurde, waren R. Müller und A. Krämer nicht mehr im Rat vertreten.⁵⁸⁴ Ing. Werth, der zum 1. Oktober 1931 von Direktor Winkelmann aus wirtschaftlichen Gründen und mangels Hochschulabschluss gekündigt wurde, erreichte nach Konkurs des neuen Leiters seine Wiederanstellung.⁵⁸⁵ Ab Mai 1937

⁵⁷⁹ StadtA BadF, 1/II C – 60: Stadtratswahl bzw. Neubildung 1933, Blatt 1.

⁵⁸⁰ Ebenda, Blatt 50.

⁵⁸¹ StadtA BadF, 1/XII – 295: Ortsgruppenleiter H. Bartels gegen Ersten Bürgermeister A. Heß, 1933, Blatt 5.

⁵⁸² StadtA BadF, 1/II C – 62: Gemeinderatswahlen 1932-1938, Blatt 43-49.

⁵⁸³ StadtA BadF, 1/II E- 868, a.a.O., Blatt 8, Personalbogen von Ingenieur Arno Krämer. A. Krämer war seit dem 01.04. 1931 als Assistent und dann als Dozent am Technikum beschäftigt. Wurde im Juli 1935 noch als solcher benannt. Wurde im März 1933 als Standortführer und Führer des SA-Sturmabteils II/71 bezeichnet.

⁵⁸⁴ StadtA BadF, 1/II C – 62, a.a.O., Blatt 49 ff.

⁵⁸⁵ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5230: Werth contra Winkelmann, Blatt 1, 4 ff. und 34 ff.

StadtA BadF, 1/VI – 83: Kyffhäuser-Technikum – Vergütungen für die Dozenten, 1934/35, o. F., Schreiben von E. Werth vom 12.10. 1934 an Bürgermeister Dr. Werner. E. Werth erwähnte, dass er eine „einjährige Unterbrechung“ in seiner Lehrtätigkeit am Technikum hatte.

fungierte er als SA-Obersturmführer.⁵⁸⁶ Von Ortsgruppenleiter Bartels im August 1939 vorgeschlagen, wurde er zum 19. April 1940 zum Ersten Beigeordneten der Stadt Bad Frankenhausen berufen. Im Mai 1946 beantragte Ruth Werth für ihren in amerikanischer Haft befindlichen Mann, E. Werth, eine so genannte „Unbedenklichkeitsbescheinigung“ für seine Haftentlassung.⁵⁸⁷ Unter Hinweis, dass ihr Ehemann als „Nazi-Aktivist“ hervorgetreten sei, lehnte der „Antifaschistische – Ausschuss“ im Juni 1946 strikt ab. Einige Mitglieder des Ausschusses dürften gewusst haben, wen sie da im Hinblick auf das „Dritte Reich“ für unbedenklich erklären sollten. War doch so mancher bis 1933 in einer demokratischen Partei aktiv gewesen. Ehemalige Stadträte wie Karl Schreiber (Bürgerlich, nach 1945 LDPD), Albert Landgraf (Bürgerlich, nach 1945 LDPD), H. Rumpf (KPD, dann SED) oder H. Karnstedt (SPD) betätigten sich auch nach dem Krieg wieder politisch.⁵⁸⁸ F. Schünzel (SPD, dann SED) wurde nach dem Krieg wiederum für kurze Zeit Bürgermeister.

Direktor Heinrich Winkelmann war keine lange und glückliche Wirkungszeit als Direktor des „Kyffhäuser – Technikums“ beschieden. Finanziell hatte er sich völlig verausgabt. Nicht allein dass er die 15.000 RM Pacht zu entrichten hatte, er musste auch die Prof. Huppert zugesprochenen Gegenstände vollkommen ersetzen. Um die Reichererkennung zu erlangen, engagierte er Dozenten mit Hochschulabschluss, deren Gehalt wesentlich höher lag, als das eines Technikers oder Ingenieurs ohne Hochschuldiplom. Nachdem er bereits im April die Entlassung von Dozenten verkünden musste, teilte sein Bücherrevisor am 14. Juni 1932 dem Stadtrat mit, dass ohne finanzielle Hilfe Dritter das Technikum nicht zu halten sei.⁵⁸⁹ Insgesamt lag ein Schuldenberg in Höhe von über 90.000 RM offener Rechnungen und Gehälter vor. Auf einer dringend einberufenen Stadtratssitzung am 21. Juni 1932 teilten Vertreter des ASTA mit, dass „das Vertrauen der Studierenden zu Direktor Winkelmann geschwunden sei“.⁵⁹⁰ Eine Abwanderung von Studierenden an andere Lehreinrichtungen war nicht mehr auszuschließen. Zwei Tage danach beschloss der ASTA in den Streik zu treten und schlug den „nicht arischen Dozenten“ Dr. Glogowski als Nachfolger Direktor Winkelmanns vor.⁵⁹¹ Der Stadtrat hielt diese Aktion jedoch nur für ein Ablenkungsmanöver. Direktor Winkelmann, der seine Lösung vom Vertrag beantragt hatte, wurde bereits von seinen Dozenten verklagt. Kurz darauf ließen sie das Konkursverfahren gegen ihn eröffnen und einen Gläubigerausschuss einsetzen.⁵⁹² Ansprüche gegen ihn wurden selbst noch 1939 erhoben. Gegenüber seinem Anwalt erklärte im gleichen Jahr:

„Mein damaliger Konkurs war die Folge einer wüsten politischen Hetze. Ich setzte mich seinerzeit für die am Technikum bestehende nationalsozialistische deutsche Studentengruppe ein, was den damals links gerichteten Bürgermeister (A. Heß – d. V.) und Stadtrat Anlass gab, mich zur Strecke zu bringen.“⁵⁹³

Seine Darstellung suchte der Dozent, Dipl.-Ing. Vockeradt, zu widerlegen. H. Winkelmann hatte die Nationalsozialisten nicht gestützt, sondern beiseite gestanden. Den Nationalsozialisten E. Werth habe er sogar entlassen.

Während Bürgermeister Hess und einige Stadträte über die Übernahme des Technikums in städtische Regie sprachen, erklärte Stadtrat Gerhard für die Sozialdemokraten:

„Nachdem alle begründeten Warnungen seitens der SPD Fraktion in der Krisenzeit, einen Wechsel innerhalb der Direktion des Technikums vorzunehmen, von den übrigen Fraktionen

⁵⁸⁶ StadtA BadF, 1/II D – 214: Berufung des Ersten Beigeordneten Ingenieur Emil Werth, 1939-1942, Personalfragebogen.

⁵⁸⁷ StadtA BadF, 1/II G – 17: Protokolle des Antifa - Ausschusses 1946. Buchstabe W, Nr. 1-203, Blatt 116-117.

⁵⁸⁸ StadtA BadF, 1/II A – 455, a.a.O., o. F., Bürgermeister und Ausschüsse von 1946-1948.

⁵⁸⁹ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 681-682 und 706. Berichte/Protokolle der Vertraulichen Stadtratssitzungen vom 21.04. 1932 und 14.06. 1932.

⁵⁹⁰ Ebenda, Blatt 707-708.

⁵⁹¹ Ebenda, Blatt 709-711, Protokoll der Vertraulichen Stadtratssitzung vom 23.06. 1932.

⁵⁹² Ebenda, Blatt 711-714, Protokoll der Vertraulichen Stadtratssitzung vom 28.06. 1932.

⁵⁹³ StadtA BadF, 1/II D -212, a.a.O., Schreiben von Rechtsanwalt und Notar Dr. Kohl, Greußen, vom 15.04. 1939, an Bürgermeister Neubauer, Bad Frankenhausen.

des Stadtrats unbeachtet geblieben sind, ist die Soz. Fraktion nunmehr, wo katastrophale Verhältnisse Platz ergriffen haben, nicht in der Lage, noch erneute Belastungen der Bürgerschaft aufzuerlegen und lehnt jede dahingehende Belastung ab. Mittel und Wege das Technikum zu erhalten, was auch wir wünschen, müssen ohne jede steuerliche Belastung gesucht werden.“⁵⁹⁴

Demgegenüber trat P. Cotta energisch für ein Festhalten an Direktor Winkelmann ein, dem durch ein Darlehn aufgeholfen werden sollte.⁵⁹⁵ Um Kosten zu sparen, schlug der anwesende Regierungsrat und Staatskommissar Probst vor, auf die Erlangung der „Reichsanerkennung“ zu verzichten.

In dieser Situation wurde auf Vorschlag des Stadtrates Dr.-Ing. Erich Schilling, einstiger „Zögling“ von Prof. Huppert, durch das Volksbildungsministerium mit der kommissarischen Leitung des Technikums betraut, bevor er die Direktion offiziell übernahm.⁵⁹⁶ Der Stadtrat beschloss schließlich, dass „Kyffhäuser – Technikum“ zum 1. Oktober 1932 in städtische Verwaltung zu übernehmen.⁵⁹⁷ Daraufhin kaufte die Stadtverwaltung dem Konkursverwalter Inventar und Lehrmaterialien ab. Damit wurde eine schon angestrenzte Veräußerung der Maschinen an Prof. Schmidt in Ilmenau verhindert. Direktor Dr.-Ing. Schilling wurde zum Angestellten der Stadt Bad Frankenhausen, da eine Verpachtung nicht in Frage kam.

Das Technikum hatte inzwischen eine gehörige Erweiterung erfahren. Im Jahre 1931 wurde das Hochspannungslaboratorium eingeweiht und 1932 endlich auch der schon lang ersehnte Flugplatz fertig gestellt.⁵⁹⁸ Damit waren erste Forderungen der Studierenden nach Verbesserung der Studienbedingungen erfüllt worden.

Dem neuen Bürgermeister, A. Hess, gelang auch eine Annäherung an Prof. Huppert. Entsprechend den Schiedssprüchen übergab dieser am 17. November 1931 Inventargegenstände und Flugzeugzellen, auf die Stadtvorstand und Stadtrat Anspruch erhoben hatten, dem Technikum.⁵⁹⁹ Allerdings hatte der Stadtrat im Vorfeld seine Bedingung abgelehnt, die Gegenstände nur zurückgeben zu wollen, wenn ihm die Stadt seine Fabrik abkaufe. Ein Ankauf kam auf Grund der finanziellen Situation der Stadt vorerst nicht in Betracht. Doch kurz bevor ihn die NSDAP aus dem Amt drängte, erreichte Bürgermeister Hess am 9. August 1933 den Abschluss eines Pachtvertrages.⁶⁰⁰ Dieser sah vor, dass der Professor die ehemals von ihm käuflich erworbene Zigarrenfabrik mit Grundstück auf die Dauer von fünf Jahren, beginnend am 15. August 1933, an die Stadt verpachtete. Dafür verpflichtete sich die Stadtgemeinde, nach Ablauf die Fabrik zum Preis von 27.500 RM zu erwerben. Die jährliche Pachtsumme betrug 2.500 RM. Seitens der Stadt wurden das Gebäude und das Grundstück sowohl für das Technikum als auch für den Arbeitsdienst genutzt. Eine Unterverpachtung an Reich, Land oder Kreis war unzulässig. Entsprechend dieser Vereinbarung veräußerten Prof. Sigmund und Gisela Huppert den Gesamtkomplex mit der

⁵⁹⁴ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 711-714, Protokoll der Vertraulichen Stadtratssitzung vom 28.06. 1932.

⁵⁹⁵ Ebenda, Blatt 725-727, Vertrauliche Stadtratssitzung vom 15.07. 1932.

⁵⁹⁶ Ebenda, Blatt 716, Protokoll der Vertraulichen Stadtratssitzung vom 29.06. 1932.

⁵⁹⁷ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., o. F., Schreiben des Thüringischen Kreisamtes Sondershausen an das Thüringische Ministerium des Innern vom 15.10. 1932.

⁵⁹⁸ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 624, Laut Protokoll der Vertraulichen Stadtratssitzung vom 03.12. 1931 sollte das Hochspannungslaboratorium am 07.12. 1931 übergeben werden.

Ebenda, Blatt 567-568, Protokoll der Stadtratssitzung vom 06.08. 1931, Thema „Flugplatz“ und Blatt 650, Protokoll der Vertraulichen Stadtratssitzung vom 03.03. 1932, Thema „Flugplatz“.

Nachrichtenblatt für die Vereinigung ehemaliger Schüler des Realgymnasiums zu Solbad Frankenhausen am Kyffhäuser (Schriftleiter Max Krebs), Nr. 49, vom Juli 1932, Artikel: „Vom Flugplatz des Kyffhäuser – Technikums Bad Frankenhausen“.

⁵⁹⁹ StadtA BadF, 1/II A – 202, a.a.O., Blatt 616-618, Protokoll der Stadtratssitzung vom 12.11. 1931 und Blatt 621, Protokoll der Stadtratssitzung vom 19.11. 1931.

⁶⁰⁰ StadtA BadF, 1/II U – 128: Urkunde errichtet von dem Notar Geh. Justizrat Mauter in Würzburg am 09. August 1933 betreffend: Pachtvertrag und Ankaufsvertrag für die Stadtgemeinde Bad Frankenhausen, o. F.

Eintragung der Eigentumsübertragung am 23.12. 1938 ins Grundbuch.⁶⁰¹ Erwerber war nun jedoch nicht mehr die Stadt Bad Frankenhausen, sondern der neue Pächter des „Kyffhäuser – Technikums“ bzw. der „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“, die „Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront GmbH“ mit Sitz in Berlin-Wilmersdorf. Zwischenzeitlich war auch Dr.-Ing. Schilling, durch Machenschaften des NSDAP – Ortsgruppenleiters Bartels, durch Verfügung des Thüringischen Ministeriums für Volksbildung zum 9. April 1937 die Berufung zum Direktor des Technikums entzogen worden.⁶⁰² Etwa zur gleichen Zeit unterzeichnete die Stadtverwaltung einen Pachtvertrag mit der „Gesellschaft für Arbeitspädagogik mbH in der Deutschen Arbeitsfront, Amt für Berufserziehung“, Sitz Berlin-Zehlendorf. Für die Dauer von 10 Jahren, bis zum 31. März 1947, wurde das Technikum zum jährlichen Pachtpreis von 10.000 Mark verpachtet. Gleich den anderen Techniken in Thüringen erhielt das „Kyffhäuser – Technikum“ die Bezeichnung „Ingenieurschule“. Anlässlich der Semester – Eröffnungsfeier der „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“ am 23. Oktober 1937 wurde auch die ehemalige Zigarrenfabrik, das nunmehrige Kameradschaftshaus, der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.⁶⁰³ Es diente jetzt hauptsächlich zur Unterbringung von 80 bis 90 Studierenden in Ein- oder Mehrmannzimmern. Auf der Eröffnungsfeier gaben sich zahlreiche alte Bekannte ein Stelldichein, unter ihnen Landrat Vogt und Staatskommissar Probst. Dabei ging Ortsgruppenleiter Bartels in seiner Ansprache nochmals auf Prof. Huppert und die so genannten Erfolge der NSDAP ein:

„Als Hoheitsträger der Partei und zugleich im Namen der Stadt ergriff hierauf unser Ortsgruppenleiter Bartels das Wort zu einem interessanten Rückblick auf den Werdegang des bisherigen Technikums. Der Redner leitete seine Ansprache ein mit den Worten, dass der heutige Tag in Bad Frankenhausen große Freude auslöse, denn er schließe einen Prozeß ab, dessen Anfang weit vor der Machtübernahme zurückliegt. Der Redner unterstrich die Bedeutung der Ingenieur-Schule für das Wirtschaftsleben unserer Stadt und bemerkte, dass einstmals dieses Technikum geleitet und geführt worden sei vom Juden Huppert und dass es bereits vor der Machtübernahme gelungen sei, die jüdische Leitung zu beseitigen. Die Bürgerschaft brachte Opfer und setzte sich zweimal finanziell für die Erhaltung des Technikums ein. Als der Jude mit vollen Säcken Bad Frankenhausen verließ, als aus diesem einstmaligen Wandersmann ein Millionär geworden war, da waren dann keine Mittel für das Technikum da. – Die Gemeinde stand vor dem Nichts. In der Zeit des allgemeinen Verfalls traten auch für das Technikum sehr schlimme Zeiten ein. Die Gemeinde war infolge der Maßnahmen des hier herrschenden Marxismus nicht in der Lage, das Technikum zu halten. In dieser trostlosen Zeit musste die Stadt das Technikum übernehmen. Der Stadt fehlte indessen das Betriebskapital, und so war ihr die Erhaltung des Technikums nicht möglich – das Technikum wurde in private Hände gegeben. – Wir Nationalsozialisten stehen bekanntlich auf dem Standpunkte, daß die Berufserziehung nicht unter dem Einflusse des Kapitals stehen kann, daher begrüßen wir die Entscheidung, daß Kräfte am Werke sind, die nach den Grundsätzen der Partei die Berufserziehung zu fördern berufen sind. – Der Redner wies sodann auf die drei lebenswichtigen Faktoren: Technikum, Knopfindustrie, Fremdenverkehr, hin, die im Grunde genommen das Wirtschaftsleben unserer Stadt bestimmen. – ‚Wir freuen uns‘ – so sagte der Ortsgruppenleiter -, ‚daß nunmehr in der Ingenieur-Schule eine Stelle vorhanden ist, die den Ingenieur-Nachwuchs im nationalsozialistischen Sinne zu erziehen in der Lage ist‘.“

⁶⁰¹ StadtA BadF, 1/IV – 441: Finanz- und Steuersachen, Übereignungsanzeigen 1926-1946, Buchstabe D, Blatt 44. Vollständigen Wortlaut vergleiche im Anhang, Ausführliche Zitate.

⁶⁰² StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31, a.a.O., o. F., Schreiben des Thüringischen Kreisamtes Sondershausen vom 10.06. 1937 an den „Reichsstatthalter in Thüringen, den Staatssekretär und Leiter des Thür. Ministeriums des Innern“, Weimar.

⁶⁰³ Ebenda, o. F., Artikel „Semester – Eröffnungsfeier der Ingenieur-Schule Bad Frankenhausen (Kyffh.)“ aus der „Frankenhäuser Zeitung“, Nr. 250, vom 26.10. 1937, Drittes Blatt (Redaktion Max Krebs).

Dem Ortsgruppenleiter war in seiner durch die Redaktion der „Frankenhäuser Zeitung“ nachgezeichneten Rede anzumerken, dass ihm als Zugezogener nähere Kenntnisse der Entwicklungsgeschichte des Technikums fehlten. Dass er jedoch die Phase der direkten Übernahme durch die Stadt 1932 ungenau darstellte, dürfte eher daran liegen, dass die NSDAP keinen direkten Einfluss auf dessen Konsolidierung durch den Stadtrat vor April 1933 erhielt. Richtig erkannt und wiedergegeben hatte er jedoch die Faktoren, die das Bad Frankenhäuser Wirtschaftsleben nachhaltig stützten.

Regierungs- und Gewerberat Probst, der seit dem Ausscheiden von Baurat Möhrenschrager als „Staatskommissar für die maschinentechnischen Lehranstalten Thüringens“ wirkte, äußerte sich dabei wie folgt:

„Als Vertreter des Thüringischen Ministeriums gab Regierungs- und Gewerberat Probst – Weimar der Prüfungskommissar am hiesigen Technikum, seiner Freude beredten Ausdruck über die Umgestaltung des Technikums zur Ingenieurschule als einer Pflegestätte nicht nur technischer Leistungen, sondern auch der Vermittlung lebensanschaulicher Quellen im Sinne des Dritten Reiches.“

Eingeweiht wurde nun auch das neu geschaffene, separate Ehrenmal für die im Ersten Weltkrieg gefallenen Studierenden und den Dozenten Dipl.-Ing. Lingens. Einer Ehrenhalle gleichkommend, befand sich das Ehrenmal im Bereich des Eingangsportals des Hauptgebäudes.

Mit Abschluss des Wintersemesters 1942/43 wurde auf Veranlassung des „Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“ im Gefolge der Kriegsmaßnahmen geschlossen.⁶⁰⁴ In die ungenutzten Räume hielt die „Chemisch-physikalische Versuchsanstalt (CPVA) des OKM Kiel“ Einzug. Bereits kurz nach Kriegsende, am 27. Mai 1945 bemühten sich ehemalige Dozenten und die Stadtverwaltung mit Bürgermeister Friedrich Schünzel an der Spitze um eine baldmöglichste Wiedereröffnung der Ingenieurschule. Die anfänglich erfolgreichen Bemühungen bei den amerikanischen Besatzungsbehörden und der zivilen Landesverwaltung wurden durch den Wechsel in der Besatzungsmacht Anfang Juli 1945 vorerst unterbrochen. Weitere Verhandlungen mit der SMAD Thüringen (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) brachten kein Ergebnis. Auf Befehl der SMAD Thüringen hatte die „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“ am 6. Januar 1946⁶⁰⁵ offiziell aufgehört zu bestehen, indem ihr keine Erlaubnis zur Wiedereröffnung eingeräumt wurde. Dennoch wurden die Bemühungen in Zusammenarbeit mit dem Land Thüringen fortgesetzt. Am 27. Oktober 1948 visitierte das Thüringische Ministerium für Volksbildung die „Gründung einer Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik“ an, die zum 1. April 1949 eröffnet werden sollte.⁶⁰⁶ Das Vorhaben erhielt jedoch keine Genehmigung durch die Besatzungsbehörden. In Erkenntnis dessen wurden die wenigen, noch vorhandenen Lehrmaterialien auf Wunsch der „Ingenieurschule Ilmenau“ und des Ministeriums im April 1949 an Ilmenau abgegeben. Fast wie ein Ersatz für die verlorene Ingenieurschule kann die Eröffnung der „Landesschule der MAS“ (Maschinen-Ausleih-Station) zum 8. April 1949⁶⁰⁷ angesehen werden. Während in den Hauptgebäuden eine Berufsschule des Kreises Sondershausen und ab 1952/53 des Kreises Artern Einzug hielt, entwickelte sich die Landesschule in den Laboratorien und der ehemaligen Zigarrenfabrik zu

⁶⁰⁴ StadtA BadF, G/III-442.1 – 442.5: Zur Geschichte des Kyffhäuser – Technikums. Sammlung von Schriftstücken unterschiedlicher Herkunft und Datierung zum „Kyffhäuser – Technikum“. Blatt 52, Aktenvermerk vom 21.07. 1945 über Beratungen zur Wiedereröffnung 1945 von Ing. Haase und Bürgermeister Friedrich Schünzel.

⁶⁰⁵ Dittmann 2003, a.a.O., S. 58. Fred Dittmann gibt als Tag des Entzugs der Genehmigung zur Wiedereröffnung durch die SMAD Thüringen den 05.04. 1945 an. Für dieses Datum konnte der Verfasser der Diplomarbeit keinen Nachweis ermitteln.

⁶⁰⁶ StadtA BadF, 1/VI-1 J-7: Auflösung und Wiedereröffnung der Ingenieurschule 1949. o. F. Verschiedene Schreiben der Stadtverwaltung Bad Frankenhausen, des Landes Thüringen und der Ingenieurschule Ilmenau.

⁶⁰⁷ Dittmann 2003, a.a.O., S. 58. Fred Dittmann gibt als Tag für die Nutzung durch die „Landesschule der MAS“ den 06.04. 1949 an. Für dieses Datum konnte der Verfasser der Diplomarbeit keinen Nachweis ermitteln.

einer Landwirtschaftsschule, die bis zum Ausklingen der DDR 1990 Bestand hatte. Ihre Anfänge, so kann heute durchaus festgestellt werden, lagen in der von Prof. Huppert begründeten Fachabteilung für Landmaschinentechnik.

Auch in der gegenwärtigen Zeit, 2007, sind alle ehemaligen Gebäude in der Nutzung und im Eigentum staatlicher und privater Träger schulischer Einrichtungen.

6. „Rache für Sadowa“ oder Prof. Hupperts Leben ohne „sein Kyffhäuser - Technikum“

Innerhalb kürzester Zeit nach dem Auslaufen seines Vertrages zum 31. März 1931 verließ Prof. Huppert Bad Frankenhausen in Richtung Erfurt, um von hier aus über die Heimatstadt seiner Frau, Würzburg, in München Wohnung zu nehmen.⁶⁰⁸ Von hier aus hielt er ständigen Kontakt zu Direktor Roskothen und Bürgermeister Erich Kloss in Weimar. An der „Ingenieurschule Weimar“ hatte sich Direktor Roskothen mit der Erwartung getragen, dass die Ingenieurschule einen raschen Aufschwung nehmen und finanziell auf solider Basis stehen würde. Doch die Erwartung trug. Im Oktober 1931 wurde festgestellt, dass die allgemeine Wirtschaftslage katastrophale Auswirkungen auf die Höhe der Schülerzahl und damit auf die Geschäftslage habe.⁶⁰⁹ Die Leitung der Ingenieurschule schätzte den zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebes notwendigen Geldbedarf auf 60.000 RM. Zu einer direkten Finanzhilfe sah sich die Stadt Weimar nicht in der Lage. Finanzielle Hilfe kam in dieser durchaus prekären Situation der Ingenieurschule wie Direktor Roskothen selbst sagte, von Prof. Huppert. Am 2. Dezember 1931 unterzeichneten Direktor Roskothen namens der „Ingenieurschule Weimar“ und Prof. Huppert einen Darlehnsvertrag.⁶¹⁰ Der Professor gewährte Direktor Roskothen ein Darlehn in Höhe von 30.000 RM.⁶¹¹ Mit der Genehmigung des Vertrages durch das Thüringische Ministerium des Innern am 7. Dezember übernahm die Stadt Weimar am gleichen Tag die Bürgschaft für die Darlehnssumme.⁶¹² Zur Begründung seiner Finanzhilfe teilte Prof. Huppert im April 1932 Bürgermeister Kloss folgendes mit:

„Mein Entschluss, die letzten Reserven zur Verfügung zu stellen, war von dem Gedanken geleitet, der Schule aufzuhelfen, von der ich die Überzeugung mit mir trug, dass sie Daseinsberechtigung besitze und dazu berufen sei, anderen Schulen mit Erfolg Konkurrenz zu machen.

Ich gebe zu, dass dabei auch der Gedanke maßgebend war, anderen Schulleitern, insbesondere der Schulleitung in Frankenhausen eine kraftvolle Spitze zu bieten. Das starke persönliche Interesse, von dem der Stadtrat (Stadtrat von Weimar – d. V.) spricht, lag einzig und allein in der Richtung, die Stadt Frankenhausen, von der ich nach 30jähriger erfolgreicher Tätigkeit, die ich im Interesse der Stadt abwickelte, so schnöde und unanständig behandelt wurde, zu belehren, dass ihre Schule keineswegs so sturm- und wetterfest dastehe, wie von treibenden Kräften verbreitet worden war. Ich bitte Sie doch bei der endgültigen Regelung der Angelegenheit berücksichtigen zu wollen, mit welcher Bereitwilligkeit ich eingesprungen bin und mit welcher Selbstverständlichkeit ich stets mich zur Verfügung stellte, der Anstalt („Ingenieurschule Weimar“ – d. V.) zu dienen.“⁶¹³

Den Stadträten von Weimar waren angesichts der anhaltenden finanziellen Schwierigkeiten der Ingenieurschule und dem hohen, von Prof. Huppert geforderten Zinssatz, Zweifel an der Lauterkeit des Vertrages gekommen. Bürgermeister Kloss, der sich hinter Direktor Roskothen gestellt hatte, suchte alle Zweifel zu zerstreuen. Obwohl sich die Gemüter nie ganz beruhigten oder, weil sich Bürgermeister Kloss eine Beruhigung davon versprach, wurde am 5. August 1932 ein weiterer Vertrag unterzeichnet.⁶¹⁴ Vertragspartner war neben Direktor Roskothen

⁶⁰⁸ StadtA Weimar, 5/ 51-3-259: Bürgschaft für das Darlehn Huppert, 30.000 RM, 1931-1939, Blatt 6. In einem Schreiben vom 09.12. 1931 an die „Ingenieurschule Weimar“ teilte Prof. Huppert mit, dass er in Bad Frankenhausen über „keine feste Wohnung“ mehr verfüge und nun in München lebt.

⁶⁰⁹ StadtA Weimar, 5/ 51-3-257: Vorverhandlung über die Gewährung eines Darlehns von 15.000 RM und Übernahme für das Darlehn Huppert von 30.000 RM, Bd. 1, 1931-1932, Blatt 125.

⁶¹⁰ StadtA Weimar, 5/ 51-3-259, a.a.O., Blatt 1.

⁶¹¹ Ebenda, Blatt 1-2, Das Darlehn sollte jährlich mit 10% verzinst werden und durch Prof. Huppert nicht vor dem 31.12. 1937 gekündigt werden.

⁶¹² StadtA Weimar, 5/ 51-3-257, a.a.O., Blatt 148-149.

⁶¹³ StadtA Weimar, 5/ 51-3-259, a.a.O., Blatt 17-18.

⁶¹⁴ StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 15 und 19-20.

nun auch die Stadt Weimar. Genötigt zum Abschluss des Vertrages hatte den Bürgermeister Direktor Roskothen. Laut § 1 verpflichtete sich der Professor, die „Ingenieurschule Weimar“ in wirtschaftlichen und schulischen Belangen zu beraten. Eine Studierendenzahl von mindestens 500 vorausgesetzt, erhielt er dafür bis zum 31. März 1944 eine zusätzliche jährliche Vergütung von 5.000 RM, daran anschließend eine lebenslange Rente in Höhe von 4.000 RM jährlich. Bei Abnahme der Zahl der Studierenden sollten sich die Vergütungen verringern. Die Lage der Ingenieurschule verbesserte sich auch danach nicht, worauf Direktor Roskothen im September 1932 erklärte, der ihm vom Professor aufgenötigte E. Bachmann trage an der Situation eine Mitschuld.⁶¹⁵ Die zu geringe Zahl der Studierenden gehen zu dessen Lasten, weil durch die Abneigung gegen seine Person nicht genügend Studierende von Bad Frankenhausen nach Weimar gewechselt seien. Der Stadtrat von Weimar hatte dem Vertragspaket erst am 19. August 1932 seine Zustimmung erteilt.⁶¹⁶ Bürgermeister Kloss, der eine umfangreiche Beschlussvorlage eingebracht hatte, begründete den ersten Vertrag vom 24. November 1930 mit den Argumenten:

„(Prof. Huppert) hatte insbesondere, um die sogen. Reichsanerkennung für die Anstalt („Kyffhäuser – Technikum“ – d. V.) zu erlangen - die Weimar erst jetzt erlangt hat -, in den letzten 3 Jahren vor dem Vertragsabschluss mit der Ingenieurschule außerordentlich hohe Summen für Inventarankauf ausgegeben. ... Die Stadt Frankenhausen versuchte mit Rücksicht darauf, daß Prof. Huppert ansehnliche Gewinne aus dem Technikum gezogen hatte, den Pachtpreis für die von ihr gestellten Gebäude stark zu steigern, was Prof. Huppert nach Lage der Dinge als Ungerechtigkeit ansah. Infolge starker persönlicher Angriffe seitens der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft war Prof. Huppert, dem nach seiner Meinung das Aufblühen der Stadt Frankenhausen zu verdanken war, stark verärgert. Zudem versuchte man von Frankenhäuser Seite beim Ministerium zu erreichen, das Prof. Huppert die Konzession für die Weiterführung der Anstalt entzogen wurde. In dieser Situation war Prof. Huppert geneigt, sein gesamtes Inventar, demgegenüber das der Stadt Frankenhausen gehörige Inventar völlig unbeachtlich war, an die Ingenieurschule Weimar zu verkaufen. ... Durch den Ankauf der Lehrmittel wurde die Leistungsfähigkeit der Ingenieurschule Weimar schlagartig außerordentlich erhöht, während naturgemäß das Technikum Frankenhausen auf Jahre hinaus ganz außerordentlich an Leistungsfähigkeit einbüßen musste. Es wird bemerkt, dass der Nachfolger von Prof. Huppert etwa 150.000 RM für Investitionen hat ausgeben müssen und darüber in Konkurs geraten ist.“⁶¹⁷

In Weimar wollte die Kritik an den Verträgen nicht abreißen. Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ 1933 steigerte sich die Kritik zu „Angriffen“ auf das Vertragswerk.⁶¹⁸ Im November 1933 berichtete Bürgermeister Kloss Prof. Huppert, dass sich Direktor Roskothen im „Konflikt“ mit seinen Dozenten und Studierenden befand, die das angekaufte Inventar für mangelhaft und überbewertet hielten.⁶¹⁹ Der Professor bezeichnete die Vorwürfe als „Wühlarbeit“ gegen ihn. Einige der Ursachen sah er auch in einer Bewertung des Inventars im Nachhinein durch einen ehemaligen Dozenten aus Bad Frankenhausen.

Sein Interesse an den Vorgängen in Bad Frankenhausen und besonders am „Kyffhäuser – Technikum“ war niemals geschwunden. Noch immer über Kontakte verfügend, erfuhr er bereits am 26. Juni 1932 über den einen Tag zuvor von Direktor Winkelmann dann selbst angezeigten Konkurs.⁶²⁰ Einer seiner ehemaligen Studierenden schilderte ihm verschiedene Einzelheiten, um abschließend zu bemerken:

⁶¹⁵ Ebenda, Blatt 38 und 53.

⁶¹⁶ Ebenda, Blatt 49-52.

⁶¹⁷ Ebenda, Blatt 49-52. Beschlussvorlage für den Stadtrat von Weimar für die Abstimmung vom 19.08. 1932, von Bürgermeister Kloss am 11.01. 1933 rückschauend kommentiert.

⁶¹⁸ Ebenda, Blatt 102. Schreiben von Bürgermeister Kloss vom 13.02. 1934 an Prof. Huppert.

⁶¹⁹ Ebenda, Blatt 90-91 und 110-114.

⁶²⁰ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., o. F. Abschrift eines Schreibens von Karl Böttger, ehemaliger Studierender und jetziger Bauingenieur In Bad Frankenhausen, vom 26.06. 1932, an Prof. Huppert.

„Eine Zahlung von Winkelmann von den berühmten 15.000 RM an die Stadt ist natürlich nicht erfolgt, der schlaue Cotta, was wird er nun wohl sagen. ... Ich glaube, dass Ihnen diese Nachricht eine gewisse Genugtuung verschafft, dass Ihr Standpunkt der Rechte war und dann, bei dem Abgang, den man Ihnen hier so ganz unverdienter Weise gegeben hat; Schadenfreude ist und bleibt die reinste.

Mit ergebenen Grüßen stets Ihr dankbarer Schüler Karl Böttger.“

Anfangs scheint Prof. Huppert wohl Schadenfreude und Genugtuung empfunden zu haben. Besondere Genugtuung scheint ihm das Schicksal von Alt-Bürgermeister Dr. Bleckmann und Stadtrat Cotta verschafft zu haben, die beide gerichtlich belangt wurden. Dr. Bleckmann und P. Cotta bezeichnete er im März 1934 als „seine beiden Hauptgegner“ in Bad Frankenhausen.⁶²¹ Den Brief seines ehemaligen Studierenden in den Händen, schrieb er noch am Tage des Erhalts an Direktor Roskothen:

„Der Brief beleuchtet blitzartig die ganze Situation in Frankenhausen. Was ich in der weitest gehenden Phantasie mir niemals ausdenken konnte, traf mit einer solchen Raschheit ein, dass ich selbst in volles Erstaunen versetzt bin. In solchem Eiltempo dem Ruin entgegen. Heute noch auf stolzen Rossen, morgen vielleicht schon ... !

Es ist zwar richtig, dass in den letzten Wochen die Quellen aus Frankenhausen reichlicher flossen als früher; es sickerten dabei auch Gerüchte durch, die von einer gewissen Kalamität im Technikumsbetrieb wissen wollten etc. Dass aber die Wirklichkeit mit so rauer Hand in das Schicksalsrad eingreift, wer konnte das ahnen!

„Rache für Sadowa“⁶²², würde einer ausrufen, der mehr vom Dämon der Rachgier getrieben werden würde, als es bei mir der Fall ist.

Nun heisst es aus der Situation in Frankenhausen Kapital schlagen. Jetzt müsste man behutsam zu Werke gehen. Ich könnte mir denken, dass mehrere Wege beschritten werden sollten.⁶²³

Die von ihm vorgeschlagenen Wege berechtigen allerdings zu Zweifeln, dass Prof. Huppert nicht doch „Rache für Sadowa“ wollte. Eigentlich eine außerhalb des deutschen Sprachraumes geläufige Bezeichnung der Schlacht zwischen preußischen und österreichisch-sächsischen Truppen bei Königgrätz 1866, benutzte er doch gerade diesen, mit seinem Geburtsland in Verbindung stehenden Namen für seine einstige Auseinandersetzung mit Bürgermeister Dr. Bleckmann, der „preußischer Herkunft“ war. Im Jahre 1921 als „Österreicher und Jude“ beschimpft, gebrauchte Dr. Bleckmann 1931 in abfälliger Weise die Worte „tschechisch-jüdischer Herkunft“. Der Zerfall der Habsburger Monarchie am Ende des Ersten Weltkrieges hatte seine alte Heimat zu einem selbständigen Staat werden lassen.⁶²⁴ Seine „tschechische Herkunft“ sollte immer öfter auch bei nichtdeutschen Stellen eine Rolle spielen.

Als ersten gangbaren Weg schlug er Direktor Roskothen den Weg der Abwerbung der Studierenden des „Kyffhäuser – Technikums“ vor, der allerdings an den Auffassungen des Volksbildungsministeriums scheiterte. Dabei titulierte er das Technikum als eine Lehranstalt, „die den Stempel des Unterganges auf der Stirn geschrieben hat“.⁶²⁵

⁶²¹ StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 110-114.

⁶²² Helmert, Heinz/ Usczeck, Hansjürgen: Preußischdeutsche Kriege von 1864 bis 1871 – Militärischer Verlauf, 5. Auflage, Berlin 1984. S. 160, 162, 352 und 337, Sadowa/ Cerekvice n. Bystrici, Ort bei Königgrätz/ Hradec Královč; „Schlacht bei Sadowa“ eine besonders in Frankreich übliche Bezeichnung für die Schlacht zwischen preußischen und österreichisch-sächsischen Truppen am 3. Juli 1866. „Rache für Sadowa“ war die Losung chauvinistischer Kräfte in Frankreich, um die deutsche Einigung zu verhindern und die Vormachtstellung Frankreichs in Europa zu sichern.

⁶²³ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., o. F., Abschrift eines Schreibens von Prof. Huppert vom 26.06. 1932 an Direktor Roskothen.

⁶²⁴ Am 28.10. 1918 wurde die Tschechoslowakische Republik proklamiert.

⁶²⁵ StadtA Weimar, 12/ 3-38-9, a.a.O., o. F., Abschrift eines Schreibens von Prof. Huppert vom 26.06. 1932 an Direktor Roskothen.

Aufhorchen ließ sein Vorschlag, dass einer der nationalsozialistisch orientierten Dozenten der Ingenieurschule Weimar mit dem „nationalsozialistischen ASTA“ vom Technikum in Kontakt treten sollte, um mit Bad Frankenhausens Bürgermeister Hess über einen Anschluss oder gar eine Übernahme des Technikums an Weimar zu sprechen. Er glaubte auch, dass einige Dozenten, die noch 1931 nichts von Weimar wissen wollten, dahin wechseln würden.

Über die Entwicklungen in Bad Frankenhausen wurde er ständig auf dem Laufenden gehalten. Nachdem Bad Frankenhausens Stadtrat im Zusammenwirken mit dem auserkorenen Direktor, Dr.-Ing. Schilling, alles unternommen hatte, dass Technikum zu erhalten, begann sich seine Sichtweise langsam zu wandeln. Aus seinen Mitteilungen an Direktor Roskothen scheint sogar ein klein wenig Stolz auf das in Bad Frankenhausen erreichte zu sprechen:

„Es bestätigt sich, dass Frankenhausen mit Hochdruck an der Fortentwicklung seiner Schule arbeitet. Ich habe den Eindruck, dass dort alles aufgeboten wird, nicht nur, um die Schule zu halten, sondern, um sie machtvoll zu entwickeln. Die Vorbedingungen dazu sind weitgehend geboten: Opferfreudigkeit der Verwaltung und Bürger, größtes Wohlwollen des Ministeriums. Bedeutende Segelflugerfolge in Bezug auf fliegerische Leistungen von Schülern, Bau neuer Flugzeugtypen, lebhaftes Werbetätigkeit mit großen geldlichen Opfern.

Das Programm, dass jetzt herausgegeben wird, ist der Beweis für den Willen, nichts zu unterlassen, was zur Hebung der Frequenz beitragen könnte. Auch ein Bilderatlas mit vielen Abbildungen ist im Erscheinen begriffen. Er wird in Weimar hergestellt.

Aus der augenblicklichen Lage in Weimar hofft Frankenhausen weitgehenden Nutzen zu ziehen und ich befürchte, dass die Hoffnungen nach dieser Richtung hin berechtigt sind.

Auch die Tatsache, dass Frankenhausen seinen Flugplatz behält, also Hauptmann Rieckhoff an dem Widerstand Frankenhausens scheitert, alles Fliegerische in Nohra⁶²⁶ zu sammeln, wird sich für Frankenhausen günstig auswirken.“⁶²⁷

Aus den Zeilen des Professors ist fast ein wenig Wehmut darüber herauszuhören, nicht mehr in Bad Frankenhausen wirken zu könne. Vor allem verfolgte er die Entwicklung der Abteilung Luftfahrzeugbau, deren Grundlagen er einst geschaffen hatte und deren gegenwärtigen Erfolge ihn beeindruckten. Allerdings bleibt es Spekulation zu glauben, Prof. Huppert habe seine „Zigarrenfabrik“ im August 1933 der Stadt Bad Frankenhausen verpachtet, um indirekt Anteil am Aufschwung „seines“ Technikums nehmen zu können.

Gegenüber Bürgermeister Kloss äußerte sich Direktor Roskothen fast resignierend, über die enormen Summen, die Bad Frankenhausens neuer Bürgermeister Hess und sein Nachfolger in die Werbung für das Technikum investierten.⁶²⁸ Von Weimar forderte er mehr Geld für die eigene Reklame, um eine Wiederholung einer „Katastrophe“ wie vor der Inanspruchnahme eines Darlehns von Prof. Huppert zu vermeiden. Die eigene Abteilung für Flugzeugbau sah er ins Hintertreffen geraten. Daher kam ihm das Angebot von Dipl.-Ing. Karl Haarmann Anfang 1933 nicht ungelegen, eine Prüfstelle des Deutschen Luftfahrtverbandes für das Land Thüringen zu gründen und diese an der „Ingenieurschule Weimar“ zu etablieren.⁶²⁹ Im März 1933 sagte ihm Direktor Roskothen Unterstützung zu und wollte auch das Angebot von Dipl.-Ing. Haarmann wahrnehmen, wöchentlich 10 Kollegs a 80 min abzuhalten. Eine Einstellung für den 1. April des Jahres war geplant. Wie sich Prof. Huppert zu diesem Unterfangen verhalten hat und ob es wirklich zur Anstellung von Karl Haarmann kam, sagen die eingesehenen Akten im Stadtarchiv Weimar nicht aus. Dipl.-Ing. Ernst von Lössl hat er wohl nicht mehr das nötige Vertrauen entgegengebracht und trennte sich von ihm. Dipl.-Ing. von Lössl verklagte die „Ingenieurschule Weimar“ daraufhin am 23. Februar 1934.⁶³⁰ Auch E. Bachmann, gleich Dipl.-Ing. von Lössl von Prof. Huppert nach Weimar empfohlen, hatte

⁶²⁶ Ort westlich von Weimar.

⁶²⁷ Ebenda, Schreiben mit Auszügen einer Mitteilung von Prof. Huppert von Direktor Roskothen vom 29.08. 1933 an Bürgermeister Kloss.

⁶²⁸ Ebenda, Schreiben von Direktor Roskothen vom 15.10. 1932 und vom 12.08. 1935 an Bürgermeister Kloss.

⁶²⁹ StadtA Weimar, 5/ 51-2-295: Lehrer – Einzelsachen, 1932-1937, Blatt 3.

⁶³⁰ Ebenda, Blatt 14.

keine allzu lange Wirkungszeit in der thüringischen Landeshauptstadt. Am 15. April 1931 polizeilich zur Anmeldung gekommen, war er über die Zwischenstation Leipzig am 16. Mai 1932 bereits in Berlin gemeldet.⁶³¹ Das weitere Leben des als Urheber allen Streites angesehenen Stellvertreters Prof. Hupperts und Direktor Roskothen war unbeständig. Eine von Staatskommissar Probst 1938 eingeleitete Suche verlor sich mit einer Eintragung auf dem Meldeamt Mainz im Januar 1937.

Der Aufschwung in Bad Frankenhausen und das etwa gleichzeitige Stagnieren des Studienbetriebes in Weimar trugen Prof. Huppert den anhaltenden Unmut der Landeshauptstädter ein. Bei ersten Verhandlungen über die Abänderung seiner Verträge zu Gunsten von Ingenieurschule und Stadt Weimar im März 1934 hatte er seinen Verhandlungspartnern erklärt, „sein leidender Gesichtspunkt sei nach wie vor, den Rest seines Lebens in Ruhe zu verbringen“.⁶³² Ruhe hieß für ihn, seinen naturwissenschaftlichen Studien nachgehen zu können. Sowohl er als auch seine Frau bedurften mehr und mehr der Ruhe, denn ihre Kränklichkeit nahm zu und führte immer häufiger zu Kuraufenthalten in den Bayerischen Alpen und Österreich.⁶³³ Nachdem das Ehepaar Huppert zeitweilig bei den Verwandten in Würzburg wohnte, meldete es sich am 19. Mai 1936 „ohne nähere Angaben“ von München nach Berlin um.⁶³⁴ An seinem neuen Wohnsitz führte er Verhandlungen über seine in Weimar bestehenden Verträge. Weimars Oberbürgermeister wollte die aus den Verträgen resultierenden Zahlungen reduzieren, da „die Erwartungen, die man an den Kauf des Inventars im Jahre 1930 geknüpft habe, seien nicht eingetreten. Weder seien eine nennbare Zahl von Studierenden von Frankenhausen nach Weimar gekommen, noch sei die Konkurrenz von Frankenhausen beseitigt worden.“⁶³⁵ Mit Hinweis auf seine Kränklichkeit lehnte Prof. Huppert eine Verringerung der jährlichen Zahlungen ab. Auf Grund allgemeiner staatlicher Maßnahmen zur Zinssenkung im Reich hatte er 1935 bereits eine Senkung des vereinbarten Zinssatzes für das Darlehn von 10% auf 6% akzeptieren müssen.⁶³⁶ Im November 1938 informierte er Direktor Roskothen, sein Darlehn kündigen zu wollen.⁶³⁷ Zur Begründung gab er an, dass auch er als „jüdischer Staatsbürger“ gesetzlich dazu verpflichtet wurde, eine höhere Geldsumme an das Reich abzuführen. Die Rückzahlung des Darlehns brachte Direktor Roskothen in Bedrängnis. Es gestaltete sich mühevoll, die Darlehnssumme aufzubringen. Wurde er 1937 von Weimars Oberbürgermeister Otto Koch noch mit „Sehr geehrter Herr Professor“ angeredet, lautete die Anrede auf die Darlehnskündigung „Jude Huppert“.

Oberbürgermeister Koch holte sich Rechtsauskünfte ein, um zu erfahren wie er sich hinsichtlich der einst am 24. November 1930 eingegangenen vertraglichen Vereinbarungen verhalten sollte. Vor überstürzten Handlungen wurde er gewarnt, die Rechtsgrundlagen sprächen für Prof. Huppert. Auf einer Sitzung der „Beiräte für Angelegenheiten der Ingenieurschule“ im Januar 1939 teilte er mit, der Gauwirtschaftsberater Staatsrat Eberhardt habe festgestellt, „dass damit zu rechnen sei, dass das Reich nicht im Einzelnen gestatten könne, Vorteile aus vertraglichen Abmachungen mit Juden zu ziehen, sondern dass das Reich die Vorteile des Einzelnen für sich beanspruchen werde.“⁶³⁸ Einige Ratsherren, die als Beiräte

⁶³¹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5222, a.a.O., Blatt 166 ff.

⁶³² StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 110-114.

⁶³³ Ebenda, Blatt 106. Auf Anraten seines Arztes im Februar 1934 soll sich Prof. Huppert nach Garmisch-Partenkirchen begeben.

StadtA BadF, 1/II U – 128, a.a.O., Während der Verhandlungen zur Verpachtung der „Zigarrenfabrik“ an die Stadt Bad Frankenhausen im August 1933 in Würzburg, hielt sich seine Frau zur Kur in Igls bei Innsbruck in Österreich auf.

⁶³⁴ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5222, a.a.O., Blatt 159-160.

Ihr Wohnsitz bis zur Ausreise war Berlin-Charlottenburg, Tannenbergallee 10/12.

⁶³⁵ StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 125-127. Die Äußerung von Weimarer Seite wurde auf der Verhandlung vom 06.11. 1936 in Berlin getan.

⁶³⁶ StadtA Weimar, 5/ 51-3-259, a.a.O., Blatt 22.

⁶³⁷ Ebenda, Blatt 33-34.

⁶³⁸ StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 137-138.

für die Ingenieurschule fungierten, wollten mit dem „Juden Huppert“ keinerlei Verhandlungen führen und waren überzeugt, dass die Gesetzgebung des Reiches dazu beiträgt, „die genannten Ansprüche von Huppert überhaupt illusorisch zu machen.“ Doch schließlich einigten sich die Anwesenden auf einen Vergleich. Prof. Huppert sollte zur Abfindung jeglicher Ansprüche aus dem Vertragswerk von 1930 eine Summe in Höhe von 30.000 RM erhalten. Dennoch wurde das Gaurechtsamt Weimar beauftragt, beim Reichsrechtsamt Erkundigungen einzuziehen, „welche gesetzlichen Maßnahmen in der Judenfrage“ noch zu erwarten seien. Streng vertraulich wurde dem Oberbürgermeister am 9. Februar 1939 mitgeteilt:

„Bisher ist im Reichsrechtsamt nur eine geheime Anweisung des Generalfeldmarschalls Göring bekannt, die besagt, dass alle Entjudungsverfahren und alle Angelegenheiten der Überführung jüdischen Vermögens in deutsche Hände in streng gesetzlicher Form und auf streng gesetzlicher Grundlage vor sich gehen sollen.“⁶³⁹

In Berlin wurde Prof. Huppert inzwischen unruhig und erbat von Oberbürgermeister Koch eine Entscheidung in der Klärung seiner jährlichen „Rentenansprüche“. Seinem Schreiben fügte er den Hinweis bei, er hätte die „Ingenieurschule Weimar“ „durch mannigfache Beratung in Fragen der Organisation, der Lehrpläne und der Einrichtung des Instituts, sei es in Fragen, die die finanzielle Lage der Anstalt betreffen“, jederzeit unterstützt.⁶⁴⁰ Das Ehepaar Huppert benötigte das Geld dringend. Beide hatten im November 1938 bei der „Königlich Schwedischen Gesandtschaft“ in Berlin ihre Einreise nach Schweden beantragt.⁶⁴¹ Schweden sollte Transitland für eine geplante Auswanderung in die USA sein. Diesbezügliche Anträge hatten beide beim Generalkonsulat der USA bereits gestellt. Für die Einreise nach Schweden waren entsprechende Geldmittel nachzuweisen, insbesondere um die Weiterreise in die USA sicherzustellen.

Oberbürgermeister Koch holte inzwischen den Rat eines Finanzrates ein, der ihm im Februar 1939 riet, die „Ingenieurschule Weimar“ in Konkurs gehen zu lassen, um die „nichtgesicherte Forderung Hupperts“ in Fortfall zu bringen.⁶⁴² Der Oberbürgermeister lehnte diesen Vorschlag völlig entrüstet ab. Auch in Weimar waren die Entscheidungsträger nun sichtlich bemüht, ihre Ingenieurschule zu erhalten. Am 11. März 1939 erklärte sich das Ehepaar Huppert bereit, bei Zahlung der Abfindung in Höhe von 30.000 RM auf alle Ansprüche aus dem so genannten „Rentenvertrag“ Verzicht leisten zu wollen.⁶⁴³ In einem Brief vom 6. April 1939 an den Weimarer Oberbürgermeister unterschrieb Prof. Huppert erstmals mit seinem vollständigen Namen „Sigmund Israel Huppert“. Die Auszahlung der Abfindungssumme ließ auf sich warten, wodurch Prof. Huppert gezwungen war, mehrere Male die am 27. Mai 1939 für das Königreich Schweden erteilte Aufenthaltserlaubnis verlängern zu lassen.⁶⁴⁴ Am 15. August 1939 wurde ihm aus Weimar Mitteilung gemacht, Oberbürgermeister Koch habe angeordnet, alle Zahlungen an ihn einzustellen.⁶⁴⁵ Als Begründung wurde die einstige Überbewertung des angekauften Inventars angeführt und der verfehlte Zweck, nämlich durch den Ankauf eine „Entblößung“ des Technikums in Bad Frankenhausen herbeizuführen. Durch einen Anwalt, der eine Zulassung „zur rechtlichen Beratung und Vertretung von Juden“ besaß, ließ nun der Professor am 4. Oktober 1939 Klage gegen die „Ingenieurschule Weimar“

⁶³⁹ Ebenda, Blatt 141.

⁶⁴⁰ Ebenda, Blatt 142.

⁶⁴¹ Mitteilung Riksarkivet Stockholm 2007, a.a.O., Bestand: Statens utlännings Commission, Centraldomen Sigmund Huppert, Gesuch um Aufenthaltsgenehmigung vom 23.11. 1938.

⁶⁴² StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 144. In diesem Fall ging es um die Rückerstattung des gekündigten Darlehns in Höhe von 30.000 RM.

⁶⁴³ Ebenda, Blatt 157.

⁶⁴⁴ Mitteilung Riksarkivet Stockholm 2007, a.a.O., Bestand: Statens utlännings Commission, Centraldomen Sigmund Huppert, Gesuch Prof. Hupperts vom 26.06. 1939 an die „Königlich Schwedische Gesandtschaft“ in Berlin.

⁶⁴⁵ StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 166.

beim Landgericht Weimar einreichen.⁶⁴⁶ In der Einleitung der Klageschrift hatte Prof. Huppert betonen lassen, dass es sich 1930 um Inventar aus „seinem Technikum“ handelte. Die Klage führte zu einem Vergleich. Am 9. Dezember 1939 teilte der Anwalt der Stadt Weimar dem dortigen Stadtkämmerer mit, dass Prof. Huppert eine Vergleichssumme in Höhe von 20.000 RM angenommen habe, die innerhalb einer Woche zu zahlen sei.⁶⁴⁷ Drei Tage danach teilte das Finanzamt Charlottenburg dem Weimarer Oberbürgermeister mit, dass gegen den Vergleich keine steuerlichen Bedenken bestünden. Allerdings seien 17.800 RM der vereinbarten Vergleichssumme wegen „rückständiger Judenvermögensabgabe“ an das Finanzamt zu überweisen.⁶⁴⁸ Am 29. Dezember 1939 wurden dem Ehepaar Huppert 2.200 RM seitens der Stadt Weimar überwiesen. Damit endigten nach etwas mehr als neun Jahren auch die Beziehungen zur Ingenieurschule und zur Stadt Weimar.

Die durch den Pachtvertrag 1933 mit der Stadt Bad Frankenhausen eingegangene Verbindung löste sich im Jahre 1938. Entsprechend der durch Bürgermeister A. Hess 1933 eingegangenen Verpflichtung, wurde das Fabrikgrundstück zum vereinbarten Preis von 27.500 RM übernommen.⁶⁴⁹ Den Ankauf realisierte jedoch nicht die Stadt Bad Frankenhausen, sondern der neue Pächter und Betreiber der „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“, die Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) und die ihr angehörige „Gesellschaft für Arbeitspädagogik“. Prof. Huppert war beim Notartermin am 28. September 1938 in Berlin persönlich nicht zugegen. Persönlich anwesend waren sowohl der Geschäftsführer der Vermögensverwaltung der DAF, Alexander Halder und der Geschäftsführer der „Gesellschaft für Arbeitspädagogik“, Karl Arnold. Die Eintragung des neuen Eigentümers ins Grundbuch erfolgte dann am 23. Dezember 1938. Gründe, warum nicht die Stadt Bad Frankenhausen den Ankauf tätigte, waren nicht ersichtlich. Unbekannt ist bislang auch, wie hoch der Betrag wirklich war, der an das Ehepaar Huppert, das je zur Hälfte Eigentümer war, ausgezahlt wurde.

Das letzte Kapitel der Lebensgeschichte von Prof. Huppert und seiner Frau war mit Schwedens Hauptstadt Stockholm verbunden. Schon einmal, vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914, war das Ehepaar zu einer vierwöchigen Urlaubsreise in Schweden gewesen.⁶⁵⁰ Im Gesuch um eine Aufenthaltsgenehmigung für Schweden vom 23. November 1938 begründete er sein Ersuchen wie folgt:

„Nach Jahrzehnte langer arbeitsreicher Tätigkeit wünsche ich meinen privat wissenschaftlichen Studien, denen ich als Leiter der „Ersten Deutschen Ingenieurschule für Flugtechnik und Landmaschinenbau“ obgelegen war, in einem anderen Lande fortzusetzen und hoffe, dass sich mir in der „Wartezeit“ die Möglichkeit dazu in Schweden bietet.

Abgesehen von dem Vermögenswerte, der mir nach dem gesetzlichen Transfer zur Verfügung steht, ist mir eine wirtschaftliche Unterstützung von verwandtschaftlicher amerikanischer Seite gesichert, so dass die Möglichkeit eines Zurlastfallens öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten gegenüber vollkommen ausgeschlossen erscheint.“⁶⁵¹

Unterstützung für sein Gesuch fand er bei der Jüdischen Gemeinde Stockholm oder genauer gesagt, der „Judiska“ bzw. „Mosaiska Församlingen Stockholm“, der „Mosaischen Versammlung im Hilfskomitee Stockholm“, die sein Gesuch in einem Schreiben an das

⁶⁴⁶ Ebenda, Blatt 169.

⁶⁴⁷ Ebenda, Blatt 185.

⁶⁴⁸ Ebenda, Blatt 186-187.

⁶⁴⁹ StadtA BadF, 1/IV – 441, a.a.O., Blatt 44. Übereignungsanzeige des Amtsgerichts Bad Frankenhausen vom 29.12. 1938.

ThHStA Weimar, Land Thüringen, Ministerium Weimar, Nr. 3241: Ehepaar Huppert – Wiedergutmachungsansprüche, Blatt 13-14, Verhandlungen vor dem Notar des Kammergerichts Berlin am 28.09. 1938.

⁶⁵⁰ Mitteilung Riksarkivet Stockholm 2007, a.a.O., Statens utlännings Commission, Centraldomen Sigmund Huppert, Rapport der Polizei Stockholm vom 22.Mai 1942.

⁶⁵¹ Mitteilung Riksarkivet Stockholm 2007, a.a.O., Bestand: Statens utlännings Commission, Centraldomen Sigmund Huppert, Gesuch um Aufenthaltsgenehmigung vom 23.11. 1938.

Königlich Schwedische Außenministerium vom 22. November 1939 unterstützten. Die Zeitspanne vom 5. Dezember 1938 bis 1. Juni 1939 scheint der erste Zeitraum gewesen zu sein, für den eine Aufenthaltsgenehmigung vorgelegen hatte.⁶⁵² Bereits am 6. Dezember 1938 sprach er in der Schwedischen Botschaft vor, um darauf hinzuweisen, dass er auf Grund seiner noch ungeklärten Vermögensverhältnisse die erteilte Aufenthaltsgenehmigung noch nicht wahrnehmen könne.⁶⁵³ Erst nachdem diese Angelegenheiten geklärt waren, reiste das Ehepaar Huppert per Flugzeug am 7. März 1940 nach Stockholm. Aus der als kurz angesehenen „Wartezeit“ in Schweden wurde ein Aufenthalt bis zum Lebensende. Finanziell unterstützt wurden sie von ihrem in New York lebenden Neffen William Huppert. In einem im Mai 1942 abgefassten Rapport der schwedischen Polizei wurde neben den USA auch „England“ als mögliches Auswanderungsziel genannt. Die USA führten ihn zwecks Auswanderung unter der „Quotennummer 165“. Da sein Geburtsort dem Sudetenland zugeordnet wurde, war sein Name auf der Liste der „tschechischen Anwärter“ vermerkt worden, dagegen seine Frau als Reichsdeutsche auf der Liste der deutschen Anwärter.⁶⁵⁴ Ihre Aufenthaltsgenehmigung für Schweden wurde ihnen mehrmals verlängert, insbesondere nachdem ihre deutschen Pässe im April 1942 ihre Gültigkeit verloren. Als sie ihre Pässe bei der „Deutschen Gesandtschaft“ in Stockholm verlängern lassen wollten, teilte diese ihnen mit Schreiben vom 13. April 1942 mit, dass sie „auf Grund von § 2 der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941“ ihre deutsche Staatsangehörigkeit verloren hätten. Ihre Reisepässe wurden eingezogen.

Am 19. November 1940 erreichte den Neffen William Huppert in New York ein Schreiben von schwedischer Seite.⁶⁵⁵ Die Schweden ließen ihn wissen:

„Wie Sie wissen, warten die Eheleute auf das Emigrationsvisum nach USA. Wie die Verhältnisse heute liegen, besteht leider kaum die Aussicht, dass die Eheleute Huppert das Visum erhalten, da das hiesige amerikanische Generalkonsulat nach den neuen Instruktionen, die es hat, das Visum nur solchen zu erteilen pflegt, die entweder nahe verwandtschaftliche Beziehungen in auf- oder absteigender Linie zu Verwandten in USA haben, oder die durch ihre Anwesenheit einen besonderen Nutzen für die Vereinigten Staaten darstellen dürften. Wir sind zwar davon überzeugt, dass Professor Huppert trotz seines Alters eine besondere Akquisition für die USA sein würde, aber auf der anderen Seite wissen wir nicht, ob nicht gerade sein Alter und sein immerhin etwas geschwächerter Gesundheitszustand ein Hindernisgrund ist, das Visum jetzt zu erhalten. Wir glauben also, dass man sich auch weiterhin darauf einstellen muss, dass die Eheleute Huppert einstweilen hierbleiben. Im übrigen dürfte es sich ja an sich empfehlen, dass Hupperts nicht gerade in der kältesten Jahreszeit die anstrengende Reise durch Sibirien antreten.“

Der Gesundheitszustand scheint schon 1940 nicht mehr der Beste gewesen zu sein. Häufig musste er nicht nur den Arzt aufsuchen, sondern sich auch in „Sonderpflege“ begeben. Mit dem durch den Neffen überwiesenen Geld haben die Eheleute gut gehaushaltet, wie die jüdische Gemeinde in Stockholm William Huppert mitteilte. Anlässlich eines Einkaufes hatte Prof. Huppert im April 1944 ein unliebsames Erlebnis.⁶⁵⁶ Als er sich bei seinem Einkauf erkundigte, warum zum Kauf von Mehl mehr Kupons als gewöhnlich abzugeben seien, wurde er von einem Mann neben dem Einkaufstisch als „verfluchter Deutscher“ angefahren. Der Mann drohte sogar handgreiflich zu werden. Einige beherzte Schweden griffen ein und verhinderten schlimmeres.

⁶⁵² Ebenda, Schreiben des schwedischen „Zentralamtes für das Sozialwesen“ vom 03.12. 1938 an die Schwedische Botschaft in Berlin.

⁶⁵³ Ebenda, Schreiben Prof. Hupperts vom 24.04. 1939 an die Schwedische Botschaft in Berlin.

⁶⁵⁴ Ebenda, Schreiben von Prof. Huppert vom 26.06. 1939 an die Schwedische Botschaft, Passabteilung.

⁶⁵⁵ Mitteilung Riksarkivet Stockholm 2007, a.a.O., Bestand: Judiska församlingen, Stockholm, Dossier Sigmund und Gisela Huppert, Schreiben unbekannter Hand vom 19.11. 1940 an William Huppert, New York, USA. Es handelt sich wahrscheinlich um den Entwurf eines Schreibens der jüdischen Gemeinde Stockholm.

⁶⁵⁶ Ebenda, Schreiben von Prof. Huppert vom 06.04. 1944 an die Jüdische Gemeinde Stockholm.

In Schweden erlebte das Ehepaar Huppert das Kriegsende. Gisela Huppert, geb. Steinberger, verstarb in Stockholm am 9. Oktober 1945. Prof. Sigmund Israel Huppert verstarb im darauf folgenden Monat, am 19. November 1945, ebenfalls in Stockholm.

7. Das „Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen“ in der Überlieferung des Stadtarchivs Bad Frankenhausen

Eingangs wurde bereits auf die Aktenlage zum „Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen“ und zu Leben und Werk von Prof. Huppert eingegangen. Es wurde festgestellt, dass es zu Prof. Sigmund Huppert keine die Person betreffende Unterlage gibt, dagegen jedoch 585 Einzelakten von Dozenten und Studierenden des ehemaligen Technikums vorhanden sind. Diese Akten wurden von Stadtarchivar Paul Haselhuhn jun. bei der Neuordnung der Archivbestände seit Anfang der 50er Jahre des 20. Jh. dem Bestand „1/VI – Schulsachen, Volksbildung, Volksbücherei“ zugewiesen, erhielten allerdings innerhalb der Systematik des Bestandes eine eigene Signatur, indem der Signatur ein „J“ als Kennzeichnung der Herkunft der Unterlagen von der einstigen „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“ zugefügt wurde und damit lautete: „1/VI – 1 J“. Festgeschrieben wurde die Kennzeichnung dieses Bestandes mit der Fertigstellung der Beständeübersicht 1974.⁶⁵⁷ Die von Stadtarchivar Paul Haselhuhn jun. gemachten Erläuterungen zur Bestandsübersicht lassen jedoch keinerlei Rückschlüsse zu, wann und auf welche Art und Weise diese Akten ins Stadtarchiv gelangt sind. Die Personalakten der Studierenden sind ausschließlich nach der Wirkungszeit von Prof. Huppert angelegt worden. Von den Akten der Dozenten beziehen sich nur vereinzelte auf das Direktorat von Prof. Huppert, sind aber ausschließlich nach seinem Ausscheiden am 31. März 1931 angelegt worden. Hierzu gehört auch die Personalakte von Ing. Erich Rummel, die für die Diplomarbeit herangezogen wurde.⁶⁵⁸

Die im Stadtarchiv Bad Frankenhausen vorhandenen und für die Diplomarbeit inhaltlich ausgewerteten Akten lassen viele Fragen über ihre Herkunft offen. Nachstehend soll versucht werden, zu rekonstruieren, auf welche Art und Weise einzelne Akten oder Aktenbestände ins Stadtarchiv gelangt sind. Die folgenden Ausführungen sind ebenso als Grund anzusehen, warum dieses Kapitel in den Schlussteil der Diplomarbeit aufgenommen wurde. Namen von Zeitzeugen, Orten und Ereignissen des nachstehenden Textteiles sind ohne die voran geschilderten Entwicklungen nicht einzuordnen.

Im Mai 1938 richtete das Thüringische Ministerium für Volksbildung eine Suchanfrage an das Polizeipräsidium Berlin, um Auskunft über den Aufenthalt von „Professor und Direktor a. D. Siegmund Huppert“ zu erlangen.⁶⁵⁹ Begründet wurde das Auskunftersuchen damit, dass das Ministerium auf der Suche nach Akten aus dem Jahre 1912 des „Kyffhäuser – Technikums Bad Frankenhausen“ sei. Einer Mitteilung der Stadtverwaltung Bad Frankenhausen zufolge, waren Akten aus diesem Zeitraum nicht in ihren Besitz gelangt. Prof. Huppert teilte dem Volksbildungsministerium in Weimar auf seine Anfrage am 29. Mai 1938 mit, dass er „ca. 30 Akten“ ab dem Jahr 1922 beginnend dem jetzigen Technikumsdirektor Dr.-Ing. Erich Schilling übergeben habe.⁶⁶⁰ Zugleich hegte er die Vermutung, ein Teil der Akten könnte an die „Ingenieurschule Weimar“ überführt worden sein. Diese Vermutung bestätigte sich nicht und konnte vom Verfasser als nicht zutreffend widerlegt werden. Im Bestand „Ingenieurschule Weimar“ im Stadtarchiv Weimar befinden sich keine Akten mit einer nachweisbaren Herkunft aus Bad Frankenhausen. Es war Prof. Huppert selbst, der allerdings einen wichtigen Anhaltspunkt zum Verbleib von Unterlagen gab. Am 20. März 1934 erklärte er gegenüber Vertretern der Stadt Weimar und der „Ingenieurschule Weimar“, seine „Geschäftsunterlagen“ seien verpackt und in der ihm noch gehörenden, aber an die Stadt Bad Frankenhausen verpachteten, „Zigarrenfabrik“ eingelagert.⁶⁶¹ Zugang dazu habe er im

⁶⁵⁷ StadtA BadF, D/I – 23/17: Haselhuhn, Paul: Stadtarchiv Bad Frankenhausen – Bestandsübersicht, Bad Frankenhausen 1974, Maschinenschriftliches Exemplar.

⁶⁵⁸ StadtA BadF, 1/VI – 1J – 10.12, a.a.O.

⁶⁵⁹ ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5222, a.a.O., Blatt 159-160.

⁶⁶⁰ Ebenda, Blatt 162.

⁶⁶¹ StadtA Weimar, 5/ 51-2-267, a.a.O., Blatt 110-114.

Moment nicht. Im Jahre 1938 ging das Fabrikgrundstück in den Besitz der „Vermögensverwaltung der DAF“ über und wurde Kameradschaftshaus bzw. Wohnheim für zahlreiche Studierende. Mit Ende des Wintersemesters 1942/43 wurde der Studienbetrieb eingestellt und es hielt die „Chemisch-Physikalische Versuchsanstalt (CPVA) des OKM Kiel“ Einzug. Im Gefolge von Versuchen der „CPVA“ kam es im Oktober 1944 zu einer Explosion in den ehemaligen Lehrgebäuden.⁶⁶² Betroffen war vor allem der Mittelbau, in dem sich der Hörsaal befand. Inwieweit eingelagerte Unterlagen des Technikums davon betroffen waren, konnte nicht ermittelt werden. Zwei Tage vor dem Einrücken der amerikanischen Truppen, am 9. April 1945, ließ die „CPVA“ wichtige Versuchsgegenstände und Unterlagen nach Kiel transportieren.⁶⁶³ Angehörige der „CPVA“, die z. T. von der „Universität Breslau“ nach Bad Frankenhausen verpflichtet worden waren, hatten jederzeit Zugang zu allen Räumlichkeiten. Nach dem Einrücken der Amerikaner wurde das „Kameradschaftshaus“ bzw. die ehemalige „Zigarrenfabrik“ zur Unterbringung von Besatzungstruppen und ehemaligen französischen Kriegsgefangenen genutzt, die bis zum 26. Mai 1945 in den Räumlichkeiten wohnten. Durch Unterstützung der Stadtverwaltung, Bürgermeister F. Schünzel, wurde am 27. Mai 1945 mit Einverständnis der Besatzungsmacht verfügt, dass einstige Dozenten der „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“ die Interessen der Stadt an den Gebäuden und Einrichtungen gegenüber der „CPVA“ zu vertreten haben. Sie konnten jedoch nicht verhindern, dass die verbliebenen Angehörigen der „CPVA“ und eines ehemals untergebrachten Instituts der Technischen Hochschule Braunschweig, sich mit englischen Besatzungstruppen einigten, verbliebenes Material nach Braunschweig zu überführen. Nach dem Fortgang der „CPVA“ galt ein Teil des Inventars als verloren.

Im Jahre 1947 stellte William Huppert an das Land Thüringen Ansprüche auf Wiedergutmachung für seinen in Stockholm/Schweden verstorbenen Onkel, Prof. Sigmund Huppert.⁶⁶⁴ Seine Ansprüche auf Wiedergutmachung betrafen in erster Linie das Fabrikgrundstück. Dieses war auf der Grundlage des Thüringischen Wiedergutmachungsgesetzes vom 14. September 1945 beschlagnahmt worden.⁶⁶⁵ Beim Amtsgericht eingetragen wurde die Beschlagnahmung am 2. Dezember 1946. Zum Abwesenheitspfleger des Wiedergutmachungsberechtigten wurde Ernst Brüll in Sondershausen bestellt. Im Auftrag des Präsidenten des Landes Thüringen verfügte Regierungsrat Chaim am 11. Juni 1946 in Anerkennung der Ansprüche:

„Das oben genannte Grundstück ist unter dem Zwang der damaligen, besonders gegen Juden gerichteten politischen Verhältnisse laut Kaufvertrag vom 28. September 1938, Nr. 1170 der UR für 1938, verhandelt vor dem Notar Dr. Gustav Bähren in Berlin von den damaligen jüdischen Eigentümern, den Eheleuten Professor Sigismund Huppert und Gisela geb. Steinberger aus Berlin zu einem Kaufpreis von 27.500,- RM an die obengenannte Eigentümerin (Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront) verkauft worden.

Das Grundstück fällt daher unter das Wiedergutmachungsgesetz vom 14. September 1945. Es ist den ehemaligen jüdischen Eigentümern oder deren Erben zurückzugewähren.“⁶⁶⁶

Über den bestellten Abwesenheitspfleger E. Brüll ließ W. Huppert Auskünfte über den Verbleib des Inventars aus dem ehemaligen „Kameradschaftshaus“ anstellen. Am 21. Januar 1948 teilte ihm dieser nach vorläufigen Nachforschungen mit, dass Inventarsachen „wahrscheinlich durch Besatzungsmächte mitgenommen“ wurden.⁶⁶⁷

⁶⁶² Dittmann 2003, a.a.O., S. 57. Nach Informationen von Fred Dittmann, der als Kind nach der Explosion vor Ort war, ereignete sich die Explosion am 25.10. 1944.

⁶⁶³ StadtA BadF, G/III-442.1 – 442.5, a.a.O., Blatt 52, Aktenvermerk vom 21.07. 1945 über Beratungen zur Wiedereröffnung 1945 von Ing. Haase und Bürgermeister Friedrich Schünzel.

⁶⁶⁴ ThHStA Weimar, Land Thüringen, Ministerium Weimar, Nr. 3241, a.a.O., Blatt 1-9.

⁶⁶⁵ Ebenda, Blatt 11.

⁶⁶⁶ Nach einer Mitteilung des Liegenschaftsamtes der Stadtverwaltung Bad Frankenhausen vom Sommer 2007 wurde das Fabrikgrundstücke erst nach dem Beitritt der DDR zur BRD 1991 den in den USA lebenden Erben zurück übertragen. Diese veräußerten es an einen privaten Schulbetreiber.

⁶⁶⁷ Ebenda, 73.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges häuften sich ab 1946 die Anfragen ehemaliger Studierender nach Abschriften von Zeugnissen und Prüfungsergebnissen.⁶⁶⁸ Zunächst informierte die Stadtverwaltung darüber, dass die Ingenieurschule geschlossen sei und kein Zugang bestünde. Abschriften von Zeugnissen konnte sie nur übermitteln, wenn der Abschluss des Studiums nicht vor dem Jahr 1923 lag. Doch auch aus den Jahren danach waren nicht immer die notwendigen Prüfungsunterlagen vorhanden und der Anfrager wurde abschlägig verwiesen. Selbst aus dem Jahr der Schließung 1943 fehlten entsprechende Unterlagen. Hier dürfte ein Zusammenhang mit dem Wirken der „CPVA“ zu vermuten sein. Aufklärung ergibt sich dadurch auch nicht für den Verbleib der Unterlagen aus den Jahren vor 1922, die von Prof. Huppert nicht an Direktor Dr.-Ing. Schilling weitergereicht wurden. Stadtarchivar P. Haselhuhn jun., der bereits vor 1972 Nachforschungen zum Verbleib von Prof. Huppert betrieben hatte und richtigerweise Schweden als das Land der Emigration ermittelte, konnte keine Aussagen zum Verbleib wichtiger Unterlagen des Technikums machen.⁶⁶⁹ In Besitz der Personalakten dürfte die Stadt spätestens jedoch gelangt sein, als Vorbereitungen zur Wiedereröffnung der Ingenieurschule getroffen wurden und es dann 1949 zur Einrichtung der „Landesschule der MAS“ kam.

Anlass zur Hinterfragung der Aktenbildung geben die beiden im Bestand „Thüringisches Kreisamt Sondershausen“ befindlichen Akten zum „Kyffhäuser – Technikum“.⁶⁷⁰ Beide Akten enthalten Entwürfe, Abschriften und Ausfertigungen von Schreiben verschiedener Behörden als auch eine Sammlung von Artikeln aus der „Frankenhäuser Zeitung“ als auch anderen thüringischen Presseorganen. Auf den ersten Blick unerklärlich erscheint es, wenn sich in den Akten Schreiben befinden, die unmöglich in dieser Form in den Besitz der Stadtverwaltung Bad Frankenhausen gelangt sein können. Gemeint sind Schreiben, die von den Thüringischen Ministerien des Innern und für Volksbildung an das Thüringische Kreisamt Sondershausen bzw. den Landrat persönlich gerichtet wurden. Wie gelangten diese Schreiben in die beiden Akten des Stadtarchivs Bad Frankenhausen?

Bekanntlich war der im Landratsamt Sondershausen beschäftigte Verwaltungsbeamte Robert Roeper zum Staatskommissar der Stadt Bad Frankenhausen ernannt worden. In seiner Funktion vertrat er sowohl seine eigene Behörde, das Landratsamt bzw. Thüringische Kreisamt Sondershausen als auch und besonders nach dessen zeitweiliger Dienstenthebung den Ersten Bürgermeister der Stadt. Während der Stadtratssitzung am 18. Dezember 1930, bei der wegen seiner Führung der Angelegenheiten des Technikums massiv durch die Stadträte gerügt wurde, verteidigte er sich, indem er auf die mitgebrachten Akten verwies und daraus zu seiner Rechtfertigung reziitierte.⁶⁷¹ Nachdem er durch das Thüringische Kreisamt am 4. November 1931 endgültig als Staatskommissar abberufen wurde, forderte ihn das Kreisamt auf, alle Akten das Technikum betreffend an Bürgermeister Hess abzugeben.⁶⁷² Dieser Aufforderung kam R. Roeper nach. Als Beleg dafür können nach Auffassung des Verfassers auch die Akten angesehen werden, die sich unter den Signaturen „Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31 und 5/32“ im Stadtarchiv befinden. Die Schreiben und auch die Zeitungsausschnitte in den Akten sind in der Regel nicht entsprechend des Datums der Ausfertigung bzw. des Einganges abgelegt worden. Während die Akte, Signatur 5/32, mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde der Anwälte von Direktor Roskothen und dem Antwortbrief von Landrat Vogt im Mai 1931 endigt oder geschlossen wurde, beinhaltet die Akte, Signatur 5/31, Schreiben und Zeitungsausschnitte bis zum Oktober 1937. Die in dieser Akte abgelegten Schreiben ab dem Jahr 1932, gerichtet an das Kreisamt oder ein Ministerium, sind lediglich

⁶⁶⁸ StadtA BadF, 1/VI – 1 J -12: Anfragen Ingenieur-Schule – Zeugnisabschriften 1948.

⁶⁶⁹ StadtA BadF, G/III – 577: Haselhuhn, Paul: Beiträge zur Stadtgeschichte – Über die Juden in Frankenhausen 1349-1933, Maschinenschrift 1972, S. 9.

⁶⁷⁰ StadtA BadF, Thüringisches Kreisamt Sondershausen 5/31 und 5/32, a.a.O.

⁶⁷¹ StadtA BadF, 1/II A – 202, Blatt 437.

⁶⁷² ThStA Rudolstadt, Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 621, a.a.O., Blatt 109 r. Schreiben des Thüringischen Kreisamtes Sondershausen vom 04.11. 1931 an R. Roeper.

Abschriften. Es liegt die Vermutung nahe, dass diese Akte durch Bürgermeister Hess und seine nationalsozialistischen Amtsnachfolger weitergeführt und erst im Jahre 1937, mit der Verpachtung des Technikums bzw. der Ingenieurschule an die DAF, geschlossen wurde. Damit ist diese Akte sowohl eine Akte des Kreisamtes als auch der Stadtverwaltung Bad Frankenhausen. Dagegen ist die Akte, Signatur 5/32, eher dem Kreisamt Sondershausen zuzuordnen. Zusätzlich Verwirrung stiftet die Tatsache, dass für den Schriftwechsel zwischen Stadtverwaltung und Thüringischem Kreisamt Sondershausen und die daraus gebildeten Akten, der Bestandsname „Thüringisches Kreisamt Sondershausen“ verwendet wurde. Nach Auskunft von Stadtarchivar Werner Adler⁶⁷³ hat sein Vorgänger, Stadtarchivar P. Haselhuhn jun., diese Bezeichnung gewählt, weil nach Auflösung der Länder und Bildung der Bezirke 1952/53 Bad Frankenhausen vom Kreis Sondershausen an den neu gebildeten Kreis Artern abgegeben wurde. Zur Unterscheidung des Schriftwechsels mit beiden Kreisverwaltungen erhielt der Schriftwechsel mit Sondershausen die alte Bezeichnung. Aufbewahrt wird der Bestand „Thüringisches Kreisamt Sondershausen“ vom Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt. Beide Akten haben jedoch einen deutlichen Bezug „Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen“ und werden daher vom Verfasser eindeutig dem Stadtarchiv Bad Frankenhausen zur Aufbewahrung zugeordnet.

Die Überlegung des Verfasser und seit 1. September 2002 Leiter des Stadtarchivs Bad Frankenhausen geht dahin, die in einzelnen Beständen vorhandenen Akten zum „Kyffhäuser – Technikum“ bzw. der „Ingenieurschule Bad Frankenhausen“ in einem einzigen und neuen Bestand „Technikum Bad Frankenhausen“ zusammenzufassen. Als Vorbild für diese Neubildung eines Bestandes aus bereits vorhandenen Akten soll allerdings nicht die Bestandsbildung in den beiden Staatsarchiven, dem Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar und dem Thüringischen Staatsarchiv Rudolstadt, dienen, sondern die Gliederung des Bestandes „Ingenieurschule Weimar“ im Stadtarchiv Weimar. Die gesamte Findkartei und Verzeichnung der Akten wurde dem Verfasser freundlicherweise während der Anfertigung der Diplomarbeit in Kopie überlassen. Die Umsetzung dieser Überlegung scheint logisch. Die Bildung eines Bestandes „Technikum Bad Frankenhausen“ trägt auch den Interessierten Rechnung, die sich mit der Erforschung der Geschichte des Technikums befassen. Vorbildcharakter für Veröffentlichungen zur Geschichte des Technikums wie seiner Direktoren stellen besonders die vorliegenden und in der Diplomarbeit reichlich genutzten Veröffentlichungen der „Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida (FH)“ dar.

⁶⁷³ Werner Adler, verstorben im Mai 2007, war von 1982 bis 1992, zunächst als Mitarbeiter von Stadtarchivar Paul Haselhuhn jun. und ab dessen Ausscheiden 1986, als Stadtarchivar tätig. Mit seinem Ausscheiden wurde das Archiv bis September 2002 nicht mehr hauptamtlich geführt.

8. Resümee

Zielstellung der Diplomarbeit sollte es sein, Leben und Werk von Prof. Sigmund Israel Huppert insbesondere im Zeitraum von 1902 bis 1931 darzustellen. Dieser Zeitraum umfasst ausschließlich seine Wirkungszeit als Direktor des 1896 gegründeten „Kyffhäuser – Technikum Bad Frankenhausen“. In einem jüdisch geprägten Elternhaus geboren und aufgewachsen, absolvierte er ein Hochschulstudium, um anschließend seine angestammte Heimat Mähren, einem Glied im Gefüge der Ländermasse der Habsburgermonarchie, in Richtung Deutschland zu verlassen. Warum er das Deutsche Kaiserreich wählte, um eine Laufbahn als Fachlehrer und Dozent an einer höheren technischen Lehrereinrichtung, zunächst in Zwickau, dann in Bingen zu beginnen, bleibt unbeantwortet. Dass er mehr wollte, als lediglich ein angestellter Hochschullehrer zu sein, zeigte dann seine Bewerbung um die frei gewordene Stelle des Direktors des Technikums in Frankenhausen am Kyffhäuser. Sein Befürchtung, gegen einen Bewerber „israelitischen Glaubensbekenntnisses“ könnten Vorbehalte bestehen, ließen auf mögliche unliebsame Erfahrungen an anderen Einrichtungen schließen. Anspielungen seines früheren Arbeitsgebers am „Technikum Bingen“ gaben Raum für Vermutungen, lieferten jedoch keine Beweise. Ausgestattet mit langjährigen Erfahrungen als Fachlehrer brachte er das am Abgrund stehende Frankenhäuser Technikum zu ungeahnter Blüte und Konjunktur. Neben unternehmerischen Fähigkeiten waren es vor allem seine Fachlichen Kenntnisse, die dem daniederliegenden Technikum aufhelfen. Die Einrichtung zweier neuer Fachabteilungen zeigten ihn als Mann der Praxis. Beide Fachabteilungen stellten in Deutschland ein Novum dar. Für seine öffentlich anerkannten Leistungen erhielt er höchste Ehren. Sein Wechsel der Staatsbürgerschaft machte allen deutlich, dass er gedachte, in Frankenhausen zu bleiben und heimisch zu werden. Fast zwei Jahrzehnte ungestörte Lehr- und Forschungstätigkeit vergingen, bevor das Ende des Ersten Weltkrieges und eine politische Radikalisierung nach der Novemberrevolution 1918 auch Raum für Antisemitismus wachsenden Ausmaßes schaffte. Antisemitische Äußerungen in bis dahin nicht nachweisbarer Art und Weise richteten sich im Jahre 1921 gegen ihn, um bis zu seinem Weggang aus Bad Frankenhausen 1931 nicht mehr abzureißen. Rückenhalt gaben ihm vorerst Stadtrat und Landesregierung. Eine langsame Veränderung der Lage trat mit Dienstantritt des deutsch-völkisch geprägten Bürgermeisters Dr. Bleckmann ab 1925 ein. Bad Frankenhausen, im Jahre 1933 durch den NSDAP-Ortgruppenleiter als „aus Tradition rot“ und „Hochburg des Marxismus“⁶⁷⁴ charakterisiert, vermochte sich bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten auf Reichsebene dem Zugang von Mitgliedern der NSDAP in den Stadtrat zu sperren. Nicht zu verhindern war ein Zunahme nationalsozialistischer Anschauungen einzelner Stadträte oder von Dozenten und Studierenden des Technikums. Nach Eintritt der NSDAP in die Landesregierung 1930 fanden Vorbehalte gegen den jüdischen Direktor des „Kyffhäuser – Technikums“ offene Ohren auf Landesebene. Von Seiten der Landesregierung erfolgte nun keine demonstrative Zurückweisung antisemitischer Hetze gegenüber Prof. Huppert mehr, sondern eine Stärkung nationalsozialistisch orientierter Kreise innerhalb der Stadt und des Technikums. Dem Stadtrat entglitt sichtlich der Einfluss auf die Entwicklung. Das offene Zusammenwirken von Bürgermeister, einem Stadtrat und von Gegnern des Professors am Technikum führte nach heftigem Widerstand desselben zum Verlust seiner Konzession zur Leitung und zum Betrieb des Technikums. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch das Unvermögen von Prof. Huppert, zu seinen Dozenten und der Mehrheit der Studierenden eine umgängliche und kollegiale Zusammenarbeit zu entwickeln. Sein alleiniges Stützen auf kommunale und staatliche Stellen, um eigene und Belange des Technikums zu befördern - auch wenn es sein musste, gegen die Meinung einer Mehrheit von Dozenten – trug in den entscheidenden Jahren 1930/31 nicht unbeträchtlich zu seinem unfreiwilligen Ausscheiden aus dem Direktorat bei. Neid und Missgunst von Teilen der

⁶⁷⁴ StadtA BadF, 1/XII – 295, a.a.O., Blatt 5 und 34.

kommunalen Politiker wie einigen Dozenten steigerten sich zu einem Kampf gegen den jüdischen Leiter des Technikums. Anstatt sich gegen die politische Unterwanderung durch nationalsozialistische Kräfte zu stellen, führten die Stadträte einen politischen Kleinkrieg untereinander. Die Entscheidung, Prof. Huppert die Konzession zu entziehen, fiel auf Landesebene, im Volksbildungsministerium von Dr. Wilhelm Frick. Von städtischen Vertretern und vom Staatskommissar für Bad Frankenhausen gut unterrichtet, war es in Weimar kein Geheimnis, dass der Direktor des „Kyffhäuser – Technikums“ Jude war. Durch den Entzug der Konzession wurde der Leiter einer „höheren technischen Lehranstalt“, der Jude war, bewusst aus seiner Funktion gedrängt. Die am 12. März 1931 gefällte und Prof. Huppert mitgeteilte Entscheidung Staatsministers Dr. Frick, reiht sich lückenlos ein in alle diejenigen Maßnahmen, die dieser gegen politisch Andersdenkende und Personen jüdischen Glaubens einleitete. Der „Fall Prof. Huppert“ ist gleichsam ein bisher von der Forschung zu den nationalsozialistischen Entwicklungen in Thüringen vor der „Machtergreifung“ 1933 nicht beachteter Vorgang. Die Ereignisse um die Person Prof. Huppert ergeben einen weiteren Baustein zum Verständnis der Regierungspraxis des NSDAP – Staatsministers Dr. Frick während sein Amtszeit vom Januar 1930 bis zum April 1931.

9. Anhang

Ausführliche Zitate

Direktor Sigmund Hupperts Begründung der Errichtung der „Fachabteilung für Landwirtschaftlichen Maschinenbau“ gegenüber dem Fürstlichen Ministerium, Abteilung Inneres, am 07. Juli 1905 (ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, Blatt 16-17):

„Die ergebenste gefertigte Direktion des Kyffhäuser Technikums erlaubt sich, ein hohes Fürstliches Ministerium von der Angliederung einer Fachabteilung für „Landwirtschaftlicher Maschinenbau“ für Techniker und Landwirte an das bestehende Institut ergebenst in Kenntnis zu setzen.

Die Gründe, die für Errichtung einer solcher Fachabteilung sprechen, in Kurzem hier angeführt.

- 1.) Der Notlage der deutschen Landwirtschaft, namentlich der kleineren und mittleren Betriebe kann vor allem nur durch vermehrte Einführung eines modernen Maschinenbetriebes gesteuert werden; der allgemeinen Einführung landwirtschaftlicher Maschinen steht jedoch ein Hindernis im Wege nämlich der Mangel an Verständnis in den breiten Schichten der Landwirte, welche zu wenig oder gar nicht Gelegenheit haben, die geeigneten landwirtschaftlichen Maschinen, ihre Verwendung, Behandlung und Instandhaltung kennen zu lernen. Es ist ohnweilers einleuchtend, daß eine Schule, die sich die Konstruktion, Beschreibung und Vorführung solcher Maschinen auf dem Felde und ein Laboratorium zur Aufgabe stellt, am berufensten ist, in den oben angeführten Punkten Abhilfe zu schaffen.
- 2.) Die bestehenden landwirtschaftlichen Fach- und Hochschulen kommen gerade dieser Aufgabe wenig oder gar nicht entgegen.
- 3.) In der vom Verein der Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen herausgegebenen Denkschrift vom 20. Juni 1901 wird vor allem auf die Notwendigkeit der Errichtung solcher Schulen hingewiesen, welche sich der oben genannten Aufgabe widmen. Aus der Rücksprache mit bedeutenden Vertretern der Landwirtschaft und der Fabrikation für landwirtschaftliche Maschinen hat der ergebenst gefertigte Direktor erkannt, daß die Errichtung einer solchen Schule ein dringend gefühltes Bedürfnis ist.
- 4.) Es ist aber auch ohnweilers ersichtlich, daß zu einer solchen Schule ein entsprechend gut eingerichtetes Laboratorium gehört, in welchem die besten und neuesten landwirtschaftlichen Maschinen vorgeführt und untersucht werden können; ebenso Versuchsfelder um die Maschinen im Betrieb kennen zu lernen. Von diesen Erwägungen ausgehend, hat die ergebenst gefertigte Direktion im Einverständnis mit dem Stadtrat Frankenhausen beschlossen, ein solches Laboratorium in unmittelbarer Nähe des Technikumsgebäudes zu errichten; diesfalls gleichzeitig eine permanente Ausstellung der besten landwirtschaftlichen Maschinen, welche den Landwirten kostenlos eine Information über die gangbarsten Konstruktionen bieten soll. Für die reiche Ausgestaltung dieser Maschinenhalle wird, wie aus den verschiedenen Zuschriften hervorgeht, der Verein der Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte durch Überlassung derartiger Maschinen Sorge tragen. Das bereits bestehende Laboratorium des Technikums – in seiner Motorenanlage nur wenig vergrößert – würde elektrischen Strom für Einzelantriebe liefern, wodurch auch die Untersuchung über Kraftverbrauch einzelner Maschinen und über die Güte der Ausführung leicht möglich wäre. Untersuchungen, die sowohl für Abnehmer als auch für die Fabrikanten von großem Vorteile sind.
- 5.) Gerade Frankenhausen ist für die Errichtung dieser Fachabteilung vorzüglich geeignet, die unmittelbare Nähe der Fürstlichen Domäne, sowie anderer modern eingerichteter landwirtschaftlicher Betriebe, deren Besichtigung für die Besucher von größtem Interesse und Nutzen ist, kommen dem Unterrichte in der Schule fördernd entgegen.
- 6.) Andererseits ermöglicht die betreffende elektrotechnische und maschinenbauliche Abteilung mit den vorhandenen Lehrmitteln eine wohlthuende Ergänzung der Studien

für fortgeschrittene Schüler, die ihre Kenntnisse erweitern wollen. Aber auch die Errichtung der Fachabteilung für den Bau landwirtschaftlicher Maschinen ist von großer Bedeutung, wie aus folgenden Gründen ersichtlich ist:

- a) Wie bereits früher erwähnt, besteht in ganz Deutschland keine einzige Schule, die den Bau von landwirtschaftlichen Maschinen lehrt. Es ist einleuchtend, daß ein wirklich rationelles Arbeiten ohne theoretische Kenntnisse nicht möglich ist. Die in den bestehenden Fabriken arbeitenden technischen Kräfte müssen ohne spezielle Vorbildung in dieses Unternehmen eintreten und sind naturgemäß in den meisten Fällen nicht in der Lage, sich solche theoretischen Kenntnisse anzueignen. Es fehlt auch natürlich die entsprechende Zeit zur Vertiefung, wodurch die deutsche Industrie heute noch in der Entwicklung der Konstruktion teilweise zurückgeblieben ist und zum Teil auf Einführung ausländischer Fabrikate angewiesen ist. Gerade dieser Umstand wird von den Fabrikanten landwirtschaftlicher Maschinen erkannt, welche gerade aus diesem Grunde so warm für die Errichtung einer solchen Schule eingetreten sind.
- b) Bekanntlich bestehen in Deutschland zahlreiche Einkaufs-Genossenschaften für landwirtschaftliche Maschinen, denen es an technischen Beamten mangelt, die die Abnahme und Kontrolle der gelieferten Maschinen zu besorgen haben; auch in diesem Punkte dürfte die Anstalt fördernd und nutzbringend wirken.
- c) In den Bereich des Unterrichtes würde auch das Studium solcher Maschinen gezogen werden können, die bisher eine sehr mangelhafte konstruktive Ausgestaltung erfahren haben, wie z. B. Flachsauflbereitungsmaschinen u.s.w. und es dürfte dadurch den in die Industrie später eintretenden Techniker Gelegenheit gegeben sein, ihre in der Schule gewonnenen Kenntnisse für eine bessere günstigere Konstruktion solcher Maschinen zu verwerten. Zu den hier angeführten Gründen dürfte es nicht schwer fallen, noch viele andere hinzuzufügen, die für die Gründung dieser Fachabteilung sprechen. Das hohe fürstliche Ministerium wolle daraus ersehen, daß die Errichtung dieser Abteilung nicht der Absicht neue Projekte zu schmieden entsprungen ist, sondern vielmehr der Absicht, etwas wirklich Notwendiges zu schaffen, wodurch die deutsche Industrie und die deutsche Landwirtschaft Förderung erfährt. Die geplante Abteilung, die im Oktober dieses Jahres eröffnet werden soll, wird in zwei Abteilungen zerfallen, in eine solche zur Ausbildung von Ingenieuren für landwirtschaftlichen Maschinenbau; dieser Kurs soll 3 Semester umfassen, in welchen grundlegende Kenntnisse des allgemeinen und landwirtschaftlichen Maschinenbaues, auch der landwirtschaftlichen Chemie, sowie auch Baukonstruktionslehre, Materialökonomie gegeben werden soll. Einen höchstens einsemestrigen Kurs für Landwirte – in diesem sollen Landwirte die für rationellen Landwirtschaftsbetrieb nötigen Maschinen möglichst durch Anschauungsunterricht praktisch kennen lernen, sowie auch entsprechende Belehrung in grundlegenden Disziplinen erhalten.

Durch Errichtung dieser Fachabteilung für landwirtschaftlichen Maschinenbau, verbunden mit einem Laboratorium für Untersuchung landwirtschaftlicher Maschinen, glaubt die ergebenst gefertigte Direktion einem recht gefühlten Bedürfnisse entgegenzukommen und bittet höflichst von der Errichtung dieser Abteilung gütigst Kenntnis nehmen und dieses Unternehmen wohlwollend unterstützen zu wollen.“

Übermittlung der Stellungnahme von Bürgermeister Sternberg zum Vertrag mit Direktor Huppert vom 3.September 1906 durch Landrat Thiemer (ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194, Blatt 123-128):

„Das Fürstliche Landratsamt reicht die mit Reskript vom 11.Oktober 1906 hierher mitgeteilte Abschrift des zwischen dem Stadtrat hier und dem Direktor, Ingenieur Sigismund Huppert hier abgeschlossenen Vertrages über das Kyffhäuser-Technikum hier vom 3.September 1906 gehorsamst zurück, nachdem das gedachte Reskript zur Kenntnis des Stadtrates gebracht worden ist. Mit Rücksicht darauf, dass dieser Vertrag bereits festabgeschlossen und nur unter den größten Schwierigkeiten zustande gekommen war, hat man davon absehen zu müssen

geglaubt, dem Rate des Fürstlichen Ministeriums zur Abänderung einer Anzahl von Punkten zu folgen, um nicht die Vertragsverhandlungen erneut aufnehmen zu müssen.

Im Einzelnen hat der Erste Bürgermeister zu den vom Fürstlichen Ministerium gegebenen Erinnerungen Folgendes bemerkt:

- 1.) Das Fürstliche Ministerium wünsche, dass in §4 Ziffer 3 die 600 M, welche für die Verzinsung des Darlehns von 15.000 M gewährt werden sollen, besonders gehalten werden und als Subvention nur der Betrag von 400 M bezeichnet werde. Der ursprüngliche Entwurf des Vertrages habe diese Fassung, wie sie das Fürstliche Ministerium vorschlage, gehabt. Bei der Beratung im Stadtrate sei jedoch ein dahingehender Antrag angenommen worden, die 600 M mit als Subvention zu bezeichnen, damit auch hier unzweifelhaft zum Ausdruck käme, dass der Direktor Huppert allein verpflichtet sei, die maschinelle Einrichtung zu beschaffen. Werde die Subvention mit 4.000 M angesetzt und daneben zinsfreie Verleihung der 15.000 M gewährt, so könne die Stadtgemeinde als mitbeteiligt bei der Leistung der maschinellen Einrichtung gelten. Der Stadtrat lege Wert darauf, dass auch der Anschein solcher Beteiligung vermieden werde, und habe deshalb die in dem Vertrag aufgenommene Fassung gewählt.
- 2.) Betrifft Entlassung von Lehrkräften: „Berücksichtigt sei auch, dass der Direktor selbst das größte Interesse habe, nur Lehrer von tadellosem Ruf an seiner Anstalt zu behalten, da sonst das Renommee seiner Anstalt zu seinem eigensten Schaden leide.“
- 3.) „Zu §§ 8-10. Technische Anstalten würden, wie auch andere private Lehranstalten, Lehrinstitute pp. einfach veräußert. Solche Veräußerung erfolge dann unter der Voraussetzung und dem vom Käufer gemachten Vorbehalt, dass die erforderliche Genehmigung zur Weiterführung der Anstalt von den zuständigen Behörden erteilt werde. Die Genehmigungsbefugnis der Aufsichtsbehörde würde durch solche Verkäufe demnach nicht berührt. Würde nun für das hiesige Technikum dies Veräußerungsrecht ausgeschlossen, so würde der jetzige Direktor Huppert schwerlich sich haben bereit finden lassen, die Anstalt über die Dauer des seitherigen Vertrages hinaus zu behalten oder sich auch nur auf weitere Jahre hierzu zu verpflichten, denn nur wenn derselbe den Wert der von ihm in Gemeinschaft mit der Stadtgemeinde geschaffenen Anstalt für sich bzw. für seine Erben realisieren könne, werde er seine Arbeit für die Anstalt hergeben und für dieselbe weiter bedeutende Mittel aufwenden. Der Wert der Anstalt bestehe nun nur zum geringsten Teile aus dem Inventar und aus der maschinellen Einrichtung, sondern der Hauptsache nach aus dem Werte der Anstalt als solcher, der auf der Frequenz der Schule und auf ihrem Renommee beruhe. Diese Werte würden außer durch die Leistungen der Stadtgemeinde durch die Arbeit des Direktors, und durch die für Reklamen u. dergl. aufgewendeten Kosten (jetzt jährlich 9000-10000 M, also für die Vertragsdauer auf mindestens 60-70000 M zu schätzen) geschaffen. Würde der Direktor nicht die Aussicht haben, außer seinem jährlichen Einkommen (jetzt nur ca. 3-4.000 M) für die Zeit, wo er nicht mehr arbeitsfähig sei, und für seine Erben ein seiner Arbeit und den in das Geschäft hineingesteckten Kosten entsprechendes Barvermögen zu erwerben, so würde er schwerlich ein Technikum gegründet haben und es weiter führen. Aber auch für die Stadtgemeinde sei es unbedingt erforderlich, dass mit einem Verkaufswert bzw. mit der Möglichkeit einer Weiterveräußerung der Anstalt durch den jetzigen Direktor an einen andern gerechnet werden könne. Sie habe in der Anstalt große Kapitalien angelegt, welche aus Anleihen genommen seien, die erst in rund 30 Jahren zurückgezahlt seien, also in einem Zeitraum, in dem mit einem sogar öftern Wechsel in der Person des Leiters gerechnet werden müsse. Der Stadtgemeinde müsse daran liegen, zum mindestens so lange das Technikum zu erhalten, bis die Anlageschulden getilgt seien. Ein Übergang der Anstalt an einen andern Direktor werde aber nur möglich sein, wenn dem jeweiligen Besitzer der ganze Wert der Anstalt als solcher

von dem neuen Erwerber ausgezahlt werde. Der neue Vertrag sichere nun der Stadtgemeinde einen Anteil an diesen Werte entsprechend den Leistungen, welche sie ihrerseits mache und welche in den Aufwendungen für die Anstaltsgebäude und in den Subventionen bestünden. Nach dem neuen Verträge erhalte die Stadtgemeinde 50% der von ihr gezahlten Subventionen, das sei im günstigsten Falle 28.400 M bzw. 25% des Verkaufspreises ausgezahlt, welche sie zur außerordentlichen Schuldentilgung oder zur Stärkung des jetzt begründeten Reservefonds benutzen könne. Diese Bestimmungen des neuen Vertrages seien für den Direktor und noch mehr für die Stadtgemeinde die wichtigsten und wertvollsten. Der Direktor Huppert sei nur schwer zu bestimmen gewesen, der Stadtgemeinde diese großen Vorteile einzuräumen und habe sich nur dazu verstanden, weil ihn auf das Bestimmteste erklärt wurde, dass ohne diese Bestimmungen eine spätere Verlängerung des jetzigen, 1908 ablaufenden Vertrages nicht möglich sein werde, und dass die jetzige Erweiterung des Technikums ebenfalls von der Annahme dieser Bedingungen abhängig gemacht werden müsse. Für ebenso wertvoll werde die Bestimmung des Vertrages gehalten, welche der Stadtgemeinde das Vorkaufsrecht sichere und zwar zu 75% des Verkaufswertes. Ob der Stadtrat von diesem Rechte Gebrauch machen wolle, werde von dem derzeitigen Verhältnissen abhängen. Es könne für die Stadtgemeinde unter Umständen von großem Vorteile sein, die Anstalt, wenn sie gut besucht sei, in eigene Verwaltung zu übernehmen. Es sei bekannt, dass andere Anstalten ihren Direktoren ein jährliches Einkommen von 60.000 M und mehr brächten. Fürstliches Ministerium wird gehorsamst gebeten, von einer Weiterverfolgung der im Reskript vom 11. Oktober 1906 gegebenen Ratschläge stillschweigend geneigtest absehen zu wollen. Thiemer (Landrat).“

Denkschrift des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland“ aus dem Jahre 1910. Mit Schreiben vom 30.06. 1910 durch Prof. Holzt, Direktor des Technikum Mittweida, Sachsen, an das Fürstliche Staatsministerium in Rudolstadt (ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, Blatt 128-144, Auszüge):

„Der ehrerbietigst unterzeichnete Verband überreicht anbei eine Denkschrift über eine Reihe von Missständen auf dem Gebiete des Technischen Schulwesens. Er gestattet sich dabei die gehorsamste Bitte auszusprechen, Hohes Fürstliches Ministerium wolle geneigtest die Bestrebungen des Verbandes unterstützen und soweit sich im Programme der höheren technischen Lehranstalten im Fürstentum Schwarzburg – Rudolstadt ungeeignete und irreführende Angaben der geschilderten Art vorfinden, die Unterlassung derselben anordnen, sowie den Erlass einer einstweiligen Verordnung nach Beilage 1 und eines Schulgesetzes nach Beilage 2 geneigtest in Erwägung ziehen zu wollen.

Ehrerbietigst der Verband höherer technischer Lehranstalten

Technikum Altenburg, Technikum Bingen, Technikum Hainichen, Technikum Hildburghausen, Technikum Ilmenau, Ingenieurschule Mannheim, Technikum Mittweida, Ingenieurschule Zwickau,

Prof. A. Holzt, Mittweida.“

„Denkschrift des Verbandes höherer technischer Lehranstalten in Deutschland über eine Reihe von Missständen, die geeignet sind, das Ansehen und die gedeihliche Weiterentwicklung der technischen Fachschulen erheblich zu schädigen.

Den Hohen Staatsministerien der Deutschen Bundesstaaten gestattet sich der ehrerbietigst unterzeichnete Verband, nachstehendes gehorsamst zu unterbreiten.

In den letzten Jahren haben sich auf dem Gebiete des technischen Unterrichtswesens sehr erhebliche Missstände fühlbar gemacht, und die wachsende Konkurrenz verleitete manche Anstalten zu Angaben in ihrem Programm, die nicht der Wahrheit entsprechen, oder die durch unklare Darstellungen die wirklichen Verhältnisse verschleiern.

Um eine Besserung dieser im privaten technischen Unterrichtswesen herrschenden ungesunden Zustände anzubahnen, traten im Jahre 1902 eine Anzahl technischer Fachschulen unter dem Namen „Verband höherer technischer Lehranstalten“ zusammen. Diese Vereinigung, unter deren Mitgliedern sich die ältesten und größten Schulen mit zusammen über 3000 Schülern befinden, besteht zur Zeit aus den Anstalten: Technikum Altenburg (Sachsen-Altenburg), Technikum Bingen (Hessen), Technikum Hainichen (Sachsen), Technikum Hildburghausen (Sachsen-Meiningen), Technikum Ilmenau (Sachsen-Weimar), Ingenieurschule Mannheim (Baden), Technikum Mittweida (Sachsen), Ingenieurschule Zwickau (Sachsen). Eine Anzahl Privatanstalten, im Besitze der Leiter derselben oder der betreffenden Stadtgemeinden, steht außerhalb des Verbandes. Teils sind sie nicht aufnahmefähig, weil sie die Bedingungen des Verbandsstatutes nicht erfüllen, teils halten sie sich fern, weil sie sich unter Beilegung der Bezeichnungen: Akademie, Polytechnikum, polytechnisches Institut und dergl., ohne jeden stichhaltigen Grund für mehr halten, bezüglich ausgeben, als die älteren Anstalten, die ihre einfachen klaren Bezeichnungen Technikum, Ingenieurschule weiter fortführen.

Die Bestrebungen des obengenannten Verbandes erstrecken sich in erster Linie auf folgende Punkte.

Die Programme und Veröffentlichungen aller Schulen sollen tatsächlich Angaben enthalten, die insbesondere den Charakter der Anstalt klar erkennen lassen. Die Grenze zwischen den technischen Hochschulen und den Fachschulen soll nicht verwischt werden, was jetzt vielfach durch unbestimmte und zweideutige Erläuterungen, durch Zusätze zum Namen der Anstalt und dergl. mehr geschieht.

Der Titel „Diplom-Ingenieur“ ist ausdrücklich den Absolventen der technischen Hochschulen verliehen worden, und keine Fachschule hat das Recht, solche oder ähnliche Titel für ihre Prüfungszwecke zu benutzen. Es sollen deshalb bei diesen Schulen alle Hinweise auf die Abhaltung von „Diplom“-Prüfungen, ferner die Benennung der Zeugnisse als „Diplome“, „Prüfungs-Diplome“ oder „diplomähnliche“ Zeugnisse, sowie die Bezeichnung der Absolventen als „Diplom“-Ingenieure, „diplomierte“ Ingenieure oder dergl. unterbleiben. Der Absolvent, der sich solche Bezeichnungen beilegt, und die Anstalt, die ihn hierzu verleitet, bereiten hierdurch den Hochschulen unlauteren Wettbewerb und schädigen das Ansehen des Fachschulwesens aufs erheblichste. Sie schädigen aber auch die spätere Stellung und das Fortkommen der Fachschulabsolventen, da sie durch ihr Vorgehen eine sehr berechtigte, immer stärker werdende Opposition der Hochschulkreise hervorgerufen haben, deren Folgen die in der Praxis befindlichen Fachschulingenieure treffen. So hat sich bereits ein Verband deutscher Diplom-Ingenieure gebildet, der solche Missbräuche energisch bekämpft.

Diesen Übelständen hat der unterzeichnete Verband seit seinem Bestehen seine ganze Aufmerksamkeit zugewendet, und es soll im folgenden an Hand der gemachten Erfahrungen und Beobachtungen eine eingehende Klarlegung aller dieser Punkte erfolgen.

In Frage kommen hierbei lediglich die Privatanstalten, die sich im Besitze ihrer Direktoren oder der betreffenden Städte befinden. Die rein staatlichen Maschinenbauschulen und Baugewerkschulen scheiden aus, da sie ihren Ministerien direkt unterstellt sind. Übrigens ist an diesen Anstalten alles das, was der Verband anstrebt, längst in strengster Weise durchgeführt, und er gibt sich deshalb der Hoffnung hin, dass dies im Interesse des Ansehens des gesamten deutschen Fachschulwesens auch bei allen Privatanstalten durchführbar sein wird.

I. Die missbräuchliche Bezeichnung höherer technischer Lehranstalten mit hochschulähnlichem Namen.

Die älteste Bezeichnung ist der Name „Technikum“, der 1867 der Mittweidaer Anstalt beigelegt wurde; er ging dann auf die späteren Neugründungen über und bildete lange Zeit die einzige Bezeichnung für derartige Schulen.

Mit dem Aufschwunge der Industrie wuchs auch die Anzahl der technischen Lehranstalten stark, und es entstanden besonders viele kleinere, die meistens, ohne ausreichende Mittel ins Leben gerufen, keine Aussicht auf eine normale Entwicklung hatten; ein Teil davon ist deshalb auch aus Schülermangel eingegangen, nachdem den betreffenden Gemeinden große Opfer durch Unterstützung oder durch Übernahme der Anstalt erwachsen waren.

Trotz dieser schlechten Erfahrungen versprechen sich immer noch manche Städte einen Vorteil von der Errichtung solcher Schulen und unterstützen vielfach den betreffenden Unternehmer. Dieser weiß genau, dass er Schüler nur dann erhalten kann, wenn er etwas Besonderes bietet. In der Mehrzahl der Fälle verfügt er nicht über die hierzu erforderlichen Geldmittel und sucht dann, die Anstalt dadurch in den Fordergrund zu rücken, dass er ihr einen Namen gibt, der den Anschein erweckt, sie sei mehr als die Techniken und die anderen höheren Fachschulen und Maschinenbauschulen und gleiche einer technischen Hochschule. Solche Namen sind: Technische Akademie, Gewerbe-Akademie, Ingenieur-Akademie, Polytechnisches Institut, Polytechnikum. Sehr beliebt sind in den Programmen dieser Schulen Redewendungen, die auf die Ähnlichkeit mit technischen Hochschulen mehr oder weniger deutlich hinweisen sollen, und manche hat es darin zu einer großen Virtuosität gebracht:

„Die Anstalt steht zwischen den technischen Hochschulen und den Techniken.“

„Entsprechend den Bestrebungen der Hochschulen und den Bedürfnissen der in die Praxis hinaustretenden Ingenieure wird an der Akademie größtes Gewicht gelegt usw.“

„Die Anstalt ist keine technische Mittelschule, sondern eine akademische Lehranstalt mit Hochschulcharakter.“

„Die an der Anstalt ausgebildeten Ingenieure mit abgeschlossener Hochschulbildung haben sich in der Praxis überall gut bewährt.“

„Unsere Einrichtungen entsprechen in ihrem Umfange den Lehrmitteln an technischen Hochschulen und Universitäten von ähnlicher Besucherzahl.“

„Aus einer kleinen Fachschule ist eine in allen Kulturländern hochangesehene eigenartige akademische Lehranstalt mit Hochschulcharakter herausgewachsen, die den Ruhm der Stadt ... in alle Welt hinausträgt.“

„Formell sind unsere Aufnahmebedingungen die gleichen (!) wie bei den deutschen technischen Hochschulen; d. h. Studierende bedürfen des Reifezeugnisses einer neunstufigen höheren Lehranstalt, die Hörer des Befähigungszeugnisses für den einjährig-freiwilligen Militärdienst.“

Dann heißt es wörtlich weiter:

„Im Gegensatze zu den deutschen technischen Hochschulen genießen unsere Hörer volle Rechte; sie werden ganz wie die Studierenden zu den Prüfungen zugelassen.“

Wozu ist dann die Trennung in Studierende und Hörer nötig? Und welcher Studierende mit Maturität geht an eine Fachschule, selbst wenn sie einen „hochschulähnlichen Charakter“ und Namen trägt, um dort ein Examen abzulegen, das vollständig privater Natur ist, während er an der technischen Hochschule den Titel Diplom-Ingenieure erwerben kann, der ihm die vollen Berechtigungen des staatlichen und städtischen Dienstes bietet.

Eine dieser Anstalten hat sogar „ihr bescheidenes Teil dazu beigetragen, der Ära Dernburg den Boden zu bereiten.“ Zum mindesten gehört dies als Privatangelegenheit nicht in das Programm einer technischen Schule; welche Hochschule würde so vorgehen?“

II. Die missbräuchliche Benutzung hochschulähnlicher Titel durch höhere technische Lehranstalten.

„Wie schon eingangs erwähnt, ist der Titel „Diplom-Ingenieur“ den staatlichen technischen Hochschulen ausdrücklich verliehen worden. Jeder, der diesen oder einen ähnlichen Titel führt, ohne das Examen an einer wirklichen Hochschule bestanden zu haben, macht sich strafbar, was durch Gerichtsverhandlungen längst festgestellt ist. Trotzdem macht eine Anzahl von Fachschulen noch immer diesbezügliche Versprechungen entweder offen oder verschleiert, durch geschickte Anbringung des Wörtchens „Diplom“.“

Disziplinar-Vorschriften für die Studierenden am Technikum, erlassen 1912 (ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195, a.a.O., Blatt 247-248, Auszüge):

„§ 1: Die Studierenden sind verpflichtet, die vorgeschriebenen Vortrags- und Übungsstunden pünktlich und regelmäßig zu besuchen. Die vom Direktor zu bewilligende Dispensation entbindet nicht von der Verpflichtung, an den Semesterprüfungen teilzunehmen.

§ 2. Verhindert Krankheit oder eine andere Abhaltung den Unterrichtsbesuch, so ist eine schriftliche Entschuldigung an die Direktion einzureichen. Bei Erkrankungen, die voraussichtlich länger als 2 Tage dauern, ist eine ärztliche Bescheinigung vorzulegen.

§ 5: Zugleich mit dem Unterrichtsgelde hat jeder Studierende als Semesterbeitrag zu dem „Ausschuß der Allgemeinen Technikerschaft“ verwalteten Fonds der Allgemeinen Technikerschaft 2 Mark zu bezahlen.

§ 6. Versammlungen sind ohne Genehmigung der Direktion nicht gestattet. Zur Abhaltung von Festlichkeiten ist außer der ortspolizeilichen Genehmigung die jedesmalige Genehmigung der Direktion einzuholen.

§ 7. Die Bildung von Vereinigungen wird den Besuchern des Instituts gestattet, wenn die Vereine einen wissenschaftlichen oder allgemein bildenden Zweck verfolgen. In jedem Falle bedarf die Bildung einer Vereinigung der Genehmigung der Direktion. Es dürfen nur solche Vereinsabzeichen getragen werden, die von der Direktion genehmigt worden sind. Die Genehmigung für das Bestehen eines Vereins kann jederzeit durch Beschluß der Lehrerkonferenz zurückgezogen werden.

Im übrigen sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß den Besuchern unserer Anstalt selbstverständlich alle Freiheiten gewährt werden, die ihrer Bildung und ihrem Alter entsprechen. Was wir von unseren Studierenden verlangen, ist nur, daß sie die Unterrichtsstunden regelmäßig besuchen. Damit verlangen wir aber gerechterweise nur das, was sie in ihrem späteren Leben auch tun müssen: regelmäßig im Dienste erscheinen.“

Bericht in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ über die Behandlung russischer Studierender am Technikum, Oktober 1914 (ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, Blatt 104):

„An den Pranger. Aus Sondershausen wird uns geschrieben: Das Garnisonkommando zu Sondershausen macht bekannt: Das Garnisonkommando hat Beweise in Händen, dass junge Mädchen mit den in Frankenhausen befindlichen russischen Technikern in Verkehr stehen. Die Betreffenden werden hierdurch gewarnt, diesen Verkehr fortzusetzen, andernfalls werden ihre Namen öffentlich bekannt gegeben werden.

Die anlässlich der Mobilmachung in Schutzhaft genommenen russischen Schüler des Kyffhäuser-Technikum in Frankenhausen befinden sich seit einigen Wochen wieder in Freiheit.“

Bericht des Landratsamtes Frankenhausen an das Staatsministerium über die russischen Studierenden, Oktober 1914 (ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, Blatt 105):

„Die russischen Techniker deutscher Abstammung (Balten), die bei Ausbruch des Krieges in Schutzhaft genommen, jetzt aber wieder in Freiheit gesetzt worden sind, haben den Antrag gestellt, sie zu den Vorlesungen am Technikum zu Frankenhausen zuzulassen. Sie sind nach Angabe der Direktion des Technikums Feinde des russischen Volkes und Anhänger des Deutschtums. Sie tragen deutsche Namen und sprechen fließend deutsch.“

„Ein unwürdiges Verhalten von hiesigen jungen Mädchen gegenüber den russischen Technikern ist weder nach Ausbruch des Krieges noch neuerdings nach ihrer Rückkehr von Sondershausen beobachtet worden. Besser wäre es gewesen, wenn die Techniker weiter in Sondershausen in Haft geblieben wären. Vom Garnisonkommando waren die Gründe der Freilassung bisher nicht zu erfahren. Als die hiesige Polizeiverwaltung sich weigerte, die Techniker wieder zu übernehmen, hat sie das Garnisonkommando einfach hierher abgeschoben.

Die beiden Deutschrussen Wieckmann und Penner und der Finnländer Mathisson sind im Besitz von Geldmitteln, die sie durch Vermittlung der russischen Gesandtschaft in Kopenhagen erhalten haben. Die übrigen sich hier noch aufhaltenden 4 Russen polnischer Nationalität sind mittellos und haben bereits teilweise aus Armenmitteln unterstützt werden müssen. Sie haben sich gleichfalls an die russische Gesandtschaft in Kopenhagen gewandt, aber Geld bisher nicht erhalten. Mit Rücksicht auf den Kriegsschauplatz in Polen werden ihnen wohl auch kaum Mittel von ihren Angehörigen zugesandt werden können, solange nicht Warschau gefallen ist. Drei von ihnen haben sich zur Aufnahme in die polnische Legion bei den zuständigen Behörden in Wien gemeldet, sind aber bisher noch ohne Bescheid.“

Verfügung des Fürstlichen Ministeriums, Abteilung Inneres (ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, Blatt 111):

„An sämtliche Direktoren von Lehranstalten des Fürstentums.

In allen unserer Aufsicht unterstehenden Unterrichts- und Erziehungsanstalten des Landes werden Angehörige der Staaten, die gegen uns Krieg führen, zu einer Lehrtätigkeit fernerhin nicht mehr zugelassen. Angehörige dieser Staaten sind auch als Schüler oder Schülerinnen vom Unterrichte an den bezeichneten Anstalten bis auf weiteres auszuschließen.

Dieser Ausschluß von Ausländern ist auch auf die Angehörigen solcher Staaten auszudehnen, die sich etwa im Laufe des Krieges noch auf die feindliche Seite stellen sollten.

Liegen im Einzelnen besondere Gründe für eine Ausnahme vor, wie z. B. bei Schülern deutscher Herkunft, so ist unsere EntschlieÙung einzuholen.

Rudolstadt, den 19. Dezember 1914.

Fürstlich Schwarzburgisches Ministerium, Abteilung für Kirchen- und Schulsachen.

Gez. Freiherr von der Recke.“

Regulativ, die Zusammensetzung, die Geschäftsordnung und die Befugnisse des Kuratoriums des Kyffhäuser – Technikums zu Frankenhausen am Kyffhäuser (ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196, Blatt 260-261):

„Regulativ, die Zusammensetzung, die Geschäftsordnung und die Befugnisse des Kuratoriums des Kyffhäuser – Technikums zu Frankenhausen am Kyffhäuser

§ 1. Das Kuratorium besteht aus:

1. dem Ersten Bürgermeister der Stadt, bzw. dessen Stellvertreter,
2. zwei Stadtverordneten, die vom Stadtrat auf die Dauer von 3 Jahren gewählt werden,
3. zwei vom Stadtrat aus der Bürgerschaft auf die Dauer von drei Jahren zu wählende Mitglieder, die einem technischen Berufe angehören oder angehört haben,
4. dem Direktor des Kyffhäuser – Technikums,
5. einem Dozenten der Anstalt, der vom Lehrkörper alljährlich im Dezember für das kommende Kalenderjahr gewählt wird.

Wiederwahl ist zulässig.

Den Vorsitz führt der Erste Bürgermeister, im Verhinderungsfalle dessen Stellvertreter.

Das Kuratorium tritt auf Einladung des Vorsitzenden und unter Mitteilung der zu beratenden Gegenstände zusammen. Die Einberufung muß erfolgen, wenn sie von mindestens drei Mitgliedern des Kuratoriums unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt wird. Zur Beschlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens vier Mitgliedern erforderlich. Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Über die Verhandlungen und Beschlüsse werden Niederschriften aufgenommen, die vom Vorsitzenden und Schriftführer unterzeichnet werden. Der Schriftführer wird vom Vorsitzenden aus den Reihen der städtischen Beamten bestimmt. Die Ausführung der Beschlüsse und die Unterzeichnung von Schriftstücken ist Aufgabe des Vorsitzenden.

§ 2. Das Kuratorium übt die nächste Aufsicht über die Anstalt aus, die höhere Aufsichtsbehörde ist die zuständige Staatsbehörde.

Das Kuratorium hat insbesondere folgende Befugnisse:

1. Es hat alljährlich den von dem Direktor aufzustellenden und spätestens am 1. November dem Kuratorium zur Kenntnisnahme vorzulegenden Haushaltsplan der Anstalt daraufhin zu prüfen, ob die für die Lehrkräfte, Lehrmittel und Inventar der Anstalt erforderlichen Mittel in demselben vorgesehen sind.
2. Es hat weiter darüber zu wachen, dass die seitens des Direktors vertragsmässig zu zahlenden Abgaben pünktlich an die Stadtkasse abgeführt werden.
3. Über die Verteilung der von dem Direktor der Anstalt vertragsmässig zur Verfügung zu stellenden Freiplätze an würdige Schüler des Technikums hat das Kuratorium dem Stadtrat Vorschläge zu machen.
4. Es beaufsichtigt die Instandhaltung der Schulräume.
5. Bei Anstellung und Entlassung von Lehrern ist das Kuratorium zu hören, von den Anstellungsbedingungen hat es Kenntnis zu nehmen.
6. Es ist Aufgabe des Kuratoriums, das wissenschaftliche Streben und sittliche Gedeihen der Anstalt nach allen Richtungen hin zu fördern und hierbei den Direktor und die staatliche Aufsichtsbehörde nach Kräften zu unterstützen.
7. Schulgesetze und Lehrplan bedürfen der Genehmigung des Kuratoriums und der Bestätigung der obersten Aufsichtsbehörde.
8. Das Kuratorium hat darüber zu wachen, dass der Lehrplan der Anstalt eingehalten wird. Das Kuratorium hat das Recht ein Mitglied zur Beiwohnung am Unterricht abzuordnen. Ein persönliches Eingreifen in den Unterricht ist unzulässig.
9. Der Vorsitzende des Kuratoriums ist neben dem Direktor Mitglied der Kommission für die Entlassungsprüfungen und hat als solches die Zeugnisse über die Entlassungsprüfung mit zu unterzeichnen.
10. Das Kuratorium ist vor Festsetzung des Schulgeldes gutachtlich zu hören.
11. Das Kuratorium hat über alle die Anstalt betreffenden Gegenstände, die ihm seitens des Stadtrates, der höheren Aufsichtsstelle oder anderer Interessenten vorgelegt werden, zu befinden.
12. Das Kuratorium benutzt zu seinen Ausfertigungen das Siegel des Stadtrates.

§ 3. Abänderungen dieses Regulativs können nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde nach Anhörung des Stadtrates erfolgen.

Frankenhausen, den 10. November 1920.

Der Stadtrat“

Thüringisches Wirtschaftsministerium Weimar, August Fröhlich, an den Staatskommissar Möhrenschrager für das Kyffhäuser-Technikum, Frankenhausen, Rudolstadt/Gebietsregierung (ThStA Rudolstadt, Ministerium Rudolstadt, Nr. 4196, Blatt 212-215 und 271, Auszüge):

„Am 1. ds. Mts. (März 1921 – d.V.) hat im Wirtschaftsministerium eine Besprechung mit den Direktoren sowie Vertretern der Lehrerkollegien und der Studierenden an den Thüringischen Technischen Anstalten wegen Feststellung einer neuen Schulordnung für diese Anstalten stattgefunden.

Wir übersenden in der Anlage einen Abdruck der Schulordnung in der Fassung, wie sie in der Sitzung als zweckmäßig festgestellt wurde mit dem Ersuchen, uns etwaige Bedenken bis zum 18. ds. Mts. Mitteilen zu wollen.

Die Bezeichnung „Schulordnung“ ist nicht ganz zutreffend. Für anderweitige Vorschläge wären wir dankbar. Nach endgültiger Feststellung der Bestimmungen nach Form und Inhalt beabsichtigen wir sie für die nachfolgenden Anstalten:

Thüringisches Technikum Ilmenau,

Polytechnisches Institut Arnstadt,

Technikum in Altenburg,

Technikum in Hildburghausen und

Kyffhäuser-Technikum in Frankenhausen

Zu erlassen.“

Entwurf „Ordnung für die technischen Lehranstalten Thüringens.

§ 1. Zweck der Anstalt ist es, ihren Besuchern eine gediegene technische Ausbildung zu vermitteln. Zur Erreichung dieses Zieles haben die Besucher der Anstalt durch Fleiß und ernstes Streben beizutragen.

§ 2. Die Besucher der Anstalt haben Anspruch darauf, bei ihrer Arbeit zur Erweiterung ihrer beruflichen und allgemeinen Bildung im Rahmen des Lehrplans, durch die Lehrer gefördert zu werden. Sie haben ihrerseits den Lehrern Achtung zu erweisen und der von ihnen in Ausübung ihres Amtes gegebenen Weisung Folge zu leisten.

....

§ 8. Die Anstaltsbesucher sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung und der guten Sitten an der Anstalt mitverantwortlich.

Sie sind befugt § 9 aus ihrer Mitte in freier Wahl einen Ausschuss zu bilden. Er setzt sich zusammen aus klassenweise in geheimer Wahl zu wählenden Vertrauensmännern. Die Vertrauensmänner wählen aus ihrer Mitte einen Vorstand. Dem Direktor ist ein Mitgliedsverzeichnis des Ausschusses einzureichen; nachträgliche Änderungen sind ihm anzuzeigen. Besucher der Anstalt, die mit Androhung des Ausschlusses oder Ausschluss von einer Anstalt bestraft worden sind (vgl. § 12) dürfen nicht Mitglieder des Ausschusses sein.

Der Ausschuss hat die Aufgabe, das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Lehrern und Schülern zu pflegen, die Angelegenheiten der Anstaltsbesucher zu vertreten und bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und guten Sitten mitzuwirken. Er kann seine Tätigkeit auf die Pflege des Gemeinschaftslebens der geistigen und der wirtschaftlichen Interessen und auf die Förderung körperlicher Übungen ausdehnen.

Eine Einmischung in Fragen der Anstaltsdisziplin, des Prüfungswesens (einschließlich der Zensuren) und der Anstellungsverhältnisse der Lehrer und Beamten ist unzulässig.

Die Beratungen des Ausschusses dürfen nicht während der Unterrichtszeit stattfinden.

§ 9. Die Anstaltsbesucher sind befugt, zu allen erlaubten Zwecken Vereine zu bilden. Über die Gründung eines Vereins ist dem Direktor unter Mitteilung der Satzung binnen einer Woche Anzeige zu erstatten; dasselbe gilt von der Besetzung der Vereinsämter und von späteren Änderungen in den Satzungen und in der Besetzung der Ämter. Die Satzung bedarf der Genehmigung des Direktors.

Den Anstaltsbesuchern ist die Mitgliedschaft oder sonstige Beteiligung bei jeder studentischen Verbindung verboten; insbesondere ist das Schlagen von Mensuren sowie jede Herausforderung dazu und jede Beteiligung daran untersagt und zieht außer den Strafen der Behörden noch die Ausweisung aus der Anstalt nach sich. Vereine, die den geordneten Anstaltsbetrieb gefährden oder geeignet sind, das Ansehen der Anstalt zu beeinträchtigen, können vom Direktor aufgelöst werden. Gegen die Auflösung ist Beschwerde beim zuständigen Thüringischen Ministerium zulässig.

Für die Öffentlichkeit bestimmte Veranstaltungen der Technikerschaft bedürfen der Genehmigung des Direktors.

§ 10. An Staats- oder Gemeindebehörden gerichtete Eingaben einzelner oder mehrerer Anstaltsbesucher oder des Ausschusses in Anstaltsangelegenheiten sind dem Direktor zur Einsichtnahme und Weitergabe einzureichen.

Beschwerden gegen Lehrer und Beamte sind beim Direktor anzubringen. Zur Vorbringung der Beschwerden ist auch der Ausschuss berechtigt.

Vertrag zwischen der Stadt Frankenhäusen und Prof. Huppert hinsichtlich des „Kyffhäuser-Technikum Frankenhäusen“ vom 17.03. 1922 (StadtA BadF, Thür. Ministerium A/“, a.a.O., Blatt 99 (umfasst 3 Seiten)):

„Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Frankenhäusen am Kyffhäuser, vertreten durch den Stadtrat, dieser wiederum durch den kommissarischen Ersten Bürgermeister Schünzel, Zweiten Bürgermeister Sengelaub und Stadtratsmitglied Landgraf einerseits und Herrn Professor Sigmund Huppert in Frankenhäusen(Kyffh. andererseits
Ist heute vorbehaltlich der Zustimmung der staatlichen Aufsichtsbehörde folgender Vertrag vereinbart und abgeschlossen worden.

§ 1.

Die Stadt Frankenhäusen erklärt sich damit einverstanden, dass die unter dem Namen „Kyffhäuser Technikum zu Frankenhäusen“ im Jahre 1902 von Herrn Professor Sigmund Huppert umorganisierte Lehranstalt mit den Fachabteilungen:

1. Maschinenbau,
2. Elektrotechnik,
3. Landwirtschaftlicher Maschinebau, verbunden mit Lehrkursen für Landwirte,
4. Flugzeug- und Motorenbau,
5. Hoch- und Tiefbau,
6. Eisenhoch- und Brückenbau,

nach Maßgabe nachstehender Bestimmungen von ihm weitergeführt wird.

Derselbe verpflichtet sich, während der Vertragsdauer Konkurrenzanstalten (Anstalten gleicher oder ähnlicher Art) weder hier noch anderswo im Freistaat Thüringen oder in der Provinz Sachsen zu errichten oder zu betreiben oder sich sonst mittelbar oder unmittelbar an solcher zu beteiligen.

Die Anstalt ist befugt, das Stadtsiegel zu führen und sie steht unter der Aufsicht des Kuratoriums nach Maßgabe des Kuratoriumsregulativs vom 10. November 1920 und seinem Nachtrage vom 14. März 1922 sowie der Oberaufsicht der zuständigen staatlichen Aufsichtsbehörde, die einen Regierungskommissar zur Abnahme der Abgangsprüfungen ernennt.

§ 2.

Die bisher eingerichteten Fachabteilungen bleiben unverändert bestehen und werden in der seitherigen Weise betrieben, wobei allen Fortschritten in Wissenschaft und Technik, soweit sie in den Rahmen einer technischen Mittelschule gehören, möglichst sorgfältig Rechnung zu tragen ist.

In beiderseitigem Einverständnis kann die eine oder andere Fachabteilung vorübergehend aufgegeben werden.

Für die Einhaltung der Lehrpläne, der Prüfungsordnung und der Lehrprogramme ist der Direktor verantwortlich.

§ 3.

Die Stadt Frankenhausen vermietet ohne Zahlung eines Mietzinses in bisherigem Umfang mit Wirkung ab 1. April 1921 an Professor Huppert die gesamten Technikums- und Laboratoriumsgebäude, Bedürfnisanstalten, Hof und eingezäuntes Zubehör, das zwischen beiden Gebäuden liegenden Areal, ohne sich zu irgend welchen Erweiterungen oder Veränderungsbauten für die Vertragsdauer zu verpflichten, auf 10 Jahre bis zum 1. April 1931.

Zur baulichen Unterhaltung verpflichtet sich die Stadt und zur Abfuhr des Hausmülls, wohingegen Professor Huppert folgende Verpflichtungen übernimmt:

Reinhaltung, Desinfektion und Räumung der Bedürfnisanstalten, Reinhaltung der Straßen und Bürgersteige, Reinigung der Schornsteine und Haftpflicht.

Für Beschädigungen, die durch Schüler oder Angestellte des Technikums verursacht werden, hat Professor Huppert aufzukommen.

§ 7.

Die bisher an der Anstalt bestehenden vier Freistellen für würdige Schüler Frankenhäuser Eltern werden beibehalten. Die Vergebung erfolgt auf Vorschlag des Kuratoriums durch den Stadtrat.

§ 8.

Sollte Professor Huppert innerhalb der Vertragszeit zur Verbesserung und Erweiterung der vorhandenen Lehr- und Lernmitteleinrichtungen und der jetzt bestehenden Unterrichtsräume bauliche Anlagen ausführen lassen, wozu in jedem Falle die Genehmigung des Stadtrats einzuholen ist, so ist die Stadt verbunden, diese bei Ablauf des Vertragsverhältnisses nach 10 Jahren zu 80% der Baukosten von Professor Huppert zu übernehmen.

§ 9.

... Sollte Professor Huppert innerhalb der Vertragsdauer sterben, so sind seine Erben zur Fortsetzung des Vertrages bis zum Ablauf der Vertragszeit berechtigt und verpflichtet, haben hierbei jedoch folgenden Bedingungen zu genügen:

- a) sie haben der Stadtgemeinde innerhalb vier Monaten nach dem Ableben des bisherigen Leiters der Anstalt einen neuen geeigneten Anstaltsleiter, sei es als Repräsentanten der Erben des Verstorbenen und für deren Rechnung, sei es als Erwerber derselben für eigene Rechnung vorzuschlagen. Der Vertreter oder Erwerber muß der Stadt genehm sein. Haben die Erben innerhalb zweier Jahre einen geeigneten Bewerber nicht gefunden, so endet dieser Vertrag, ohne dass die Erben wegen Auflösung des Vertrages irgend welche Ansprüche gegen die Stadtgemeinde erheben können;
- b) ein etwaiger Neuerwerber der Anstalt hat in den gegenwärtigen Vertrag mit der Stadtgemeinde persönlich oder schriftlich einzutreten.

Die Ablehnung eines vorgeschlagenen Vertreters, Repräsentanten oder Käufers muß die Stadt begründen. Über die Triftigkeit der Gründe entscheidet im Streitfalle das im § 12 vorgesehene Schiedsgericht.

§ 10.

Eine Unterverpachtung ist nur mit Genehmigung des Stadtrats gestattet.

§ 11.

Der Vertrag bleibt im übrigen in vollem Umfange auch nach Ablauf der Vertragsdauer auf weitere zehn Jahre bestehen, falls nicht von einem der beiden vertragsschließenden Teile bis zum 30. September 1930 gekündigt worden ist.

§ 12.

Jeder der beiden vertragsschließenden Teile verpflichtet sich zu gewissenhafter Einhaltung und Erfüllung vorstehender Bestimmungen und des Regulativs für das Kuratorium. Sollten sich über irgend einen Punkt Meinungsverschiedenheiten ergeben, so verpflichten sich beide Teile vor Anrufen einer richterlichen Instanz eine Einigung durch ein Schiedsgericht zu versuchen.

Zu diesem Schiedsgericht ernennen Professor Huppert und die Stadt je zwei Mitglieder, während der Vorsitzende von diesen vier Mitgliedern gemeinsam gewählt wird. Derselbe darf jedoch weder dem Technikum noch der Stadtverwaltung angehören.

Sollten sich die Mitglieder des Schiedsgerichts über die Wahl des Vorsitzenden nicht einigen können, so wird dieser von dem Wirtschaftsministerium in Weimar ernannt.

§ 13.

Für die Erfüllung der in diesem Verträge der Stadt übernommenen Zahlungsverpflichtungen haftet Professor Huppert der Stadt mit seinem Vermögen.

§ 14.

Dieser Vertrag ist in zwei gleichlautenden Stücken ausgefertigt und von beiden Vertragsschließenden anerkannt und vollzogen worden.

Frankenhausen a. Kyffh., den 17. März 1922“

Bericht über die „Öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 24. März 1927, Rathaus (Frankenhäuser Zeitung, Nr. 72, vom 26. März 1927):

„Nunmehr ergreift Erster Bürgermeister Dr. Bleckmann das Wort zu der von Stadtratsmitglied Hoffmann eingangs gestellten Anfrage, betreffs Durchführung des Technikums-Erweiterungsbaues unter Berücksichtigung der durch den Ankauf der Rabener & Beckerschen Zigarrenfabrik seitens des Leiters vom Kyffhäuser-Technikum, Professor Huppert, geänderten Lage. Er führt dazu folgendes aus:

Die Erweiterung des Technikums ist vom Stadtrat beschlossen worden. Wiederholt war seit Jahren von Seiten Professor Huppert auf Erweiterung gedrängt. Die Verhandlungen waren soweit gediehen, dass ich in den letzten Monaten mehrmals mit Prof. Huppert zur Regierung nach Weimar gefahren bin, um dort wegen des Landerwerbs zu verhandeln. Nachdem das Problem soweit gereift war, dass ich es dem Stadtrat vorlegen und ihn unter nicht geringen Schwierigkeiten dafür interessieren konnte, kam mir zu Ohren, dass Professor Huppert mit der Firma Rabener & Becker, wegen des Ankaufs der Zigarrenfabrik am Bachweg verhandelte. Sofort kam mir der Gedanke, dass Prof. Huppert sich unbedingt für die Zukunft sichern wollte, weil der Vertrag zwischen Stadt und Technikum im Jahre 1931 abläuft. Der Erweiterungsbau war beschlossen. Ich frage: Welchen Grund hatte der Leiter des Technikums, hinter dem Rücken der Stadt anzukaufen? Ich glaube, ich habe zu vornehm gedacht. Es gelang mir, die Herren Rabener und Krey zu bewegen, vom Verkauf an Prof. Huppert Abstand zu nehmen, weil ich versprach, der Firma in kurzer Zeit einen Kredit einzuräumen. Innerhalb zweimal 24 Stunden hat die Sparkasse die Gelder gestellt, um den Verkauf zu verhindern. Nun kam der Tag der Stadtratssitzung. Ich wurde gewarnt, den Erweiterungsbau zu beschließen, da ja Professor Huppert dennoch kaufen würde. Einige Stunden vor der Stadtratssitzung lud ich Herrn Professor Huppert nochmals zu einer Besprechung ein. Ich legte ihm dar, dass ich von sämtlichen Parteien die Nachricht hatte, dass diese dem Erweiterungsbau des Technikums einstimmig zustimmen würden, vorausgesetzt, dass Prof. Huppert von seinen Absichten, die Zigarrenfabrik anzukaufen, Abstand nehmen

würde. Prof. Huppert äußerte mir auf meine klare Anfrage, dass er selbstverständlich jede Ankaufsabsicht fallen lassen würde, und nicht mehr daran dächte, die Fabrik zu kaufen, da ja der Stadtrat den Erweiterungsbau beschließen würde. Weiterhin äußerte Prof. Huppert, dass es ihm bei den Ankaufsverhandlungen in der Hauptsache darum zu tun gewesen wäre, einen Druck auf den Stadtrat auszuüben, damit der Erweiterungsbau des Technikums unbedingt beschlossen würde. Auf Grund dieser Besprechung konnte ich dem Stadtrat erklären, dass ein Ankauf der Fabrik Rabener & Becker nicht mehr in Frage käme, da wir die Firma durch einen Kredit gestützt hätten und Prof. Huppert mir zugesichert habe, dass er nicht mehr an einen Ankauf der Fabrik dächte. Plötzlich, es war an einem Sonntagnachmittag, war der Verkauf der Rabener & Beckerschen Fabrik an Professor Huppert dennoch zur Tatsache geworden. Die Stadtverwaltung hat erst durch Herrn Rabener selbst am darauf folgenden Montag Mittag von dem Verkauf erfahren. Wie der Verkauf zustande gekommen ist, mag ich nicht in der Öffentlichkeit darlegen. Da ich als gerade denkender Mann nicht annehmen durfte, dass trotz unserer Abmachungen der Ankauf der Fabrik durch Prof. Huppert dennoch vollzogen wurde, war ich auch nicht gegen solche Machenschaften gewappnet. Wenn der „Volksbote“ in einem Artikel schreibt, Herr Prof. Huppert habe mir durch den Ankauf der Fabrik ein „Schnippchen“ geschlagen, so muß ich erwidern, dass man gegen so genannte „Schnippchen“ sich durch Gegenschachzüge wohl sichern kann. Als anständig denkender Mensch wäre ich aber nie auf den Gedanken gekommen, mich gegen eine Sache zu sichern, die man bei richtiger moralischer Auffassung nicht etwa mit einem Schnippchen bezeichnet, sondern lediglich mit einem Wort, dass ich hier in der Öffentlichkeit mit dem richtigen nicht gern bezeichnen möchte. – Nach dem Ankauf der Fabrik haben zwischen mir und dem Staatskommissar mehrere Besprechungen stattgefunden. Herr Professor Huppert hat dem Staatskommissar gegenüber zugegeben, dass er mir in der Verhandlung vor der Stadtratssitzung versichert habe, dass er an einem Ankauf nicht mehr dächte. Jedoch hat Prof. Huppert dem Staatskommissar gegenüber gleichzeitig betont, dass er mir nicht zugesichert habe, was er nach der Stadtratssitzung mache. – Diese Äußerung mutete mich an wie der Witz vom Ulanen-Leutnant, der einen Gaul kauft, der vor dem Schießen nicht scheut. – Gegen eine solche Moral war ich jedenfalls nicht gewappnet. –

Für die Durchführung des Erweiterungsbaues kann der Stadtrat nun nicht mehr eintreten, denn wer hat die Gewissheit, dass Prof. Huppert mehr und mehr ankauft und dann abgeht. – Daß Paragraph 8 des Vertrages schreibt vor, dass Prof. Huppert zur Erweiterung die Genehmigung des Stadtrats haben muß. Das hat er nicht getan; infolgedessen werden wir ein Schiedsgerichtsverfahren einleiten. – Nach diesem Vorfall ist an den Bau so lange nicht zu denken, bis die Stadt durch einen Vertrag gesichert ist, der uns vor ähnlichen Fällen schützt. Die Stadt kann verlangen, dass Prof. Huppert Unterricht erteilt und nicht spekuliert. Im Jahre 1931 wird uns Allen diese Angelegenheit zur Lehre dienen. Solche Machenschaft hatte ich für unmöglich gehalten. Professor Huppert hat nicht nur mich, sondern auch Sie, meine Herren, getäuscht.

Der Stadtrat und die zahlreichen Zuhörer nahmen die Erklärung des Ersten Bürgermeisters Dr. Bleckmann mit großem Interesse auf. Es herrscht lautlose Stille in dem vollbesetzten Raume. Als er seine Ausführungen beendet hatte, setzt lebhaftes Gemurmel, - ein Gemisch von Entrüstung und Erstaunen – ein.

Stadratsmitglied Haselhuhn äußert sich dazu und gibt seiner Verwunderung über die Firma kund. Die Stadt hat ihr doch geholfen, wie konnte sie die Fabrik, für die ihr 72.000 Mark geboten sind, für 50.000 Mark verkaufen. Da weiß ich nicht und muß mir erst überlegen, wer der schlimmere J Bei diesem Schachergeschäft ist!

Das Protokoll der Sitzung wird verlesen und genehmigt; es wird auch Zeit, denn hier und da steigen schon die aromatischen Düfte einer „Felix Brasil“ im Raume auf.“

Stadtratsvorlage von Bürgermeister Dr. Bleckmann vom 18. Februar 1927 (StadtA BadF, 1/II A – 198, a.a.O., Blatt 112-13):

„1. Nach Vortrag des Ersten Bürgermeisters Dr. Bleckmann über die beabsichtigte Technikumerweiterung sowie über deren Rentabilität beantragt er, zu beschließen:

- c) Der Stadtrat stimmt grundsätzlich vorbehaltlich der weiteren Beschlussfassung über die Einzelheiten der Ausführung dem Bau eines Technikumsanbaues bzw. Erweiterungsbaues zu;
- d) Es ist zur Erlangung eines guten Entwurfes eines Bauplanes zu einem Ideen-Wettbewerb unter namhaften Architekten binnen Frist unter Vorschreibung der Bausumme aufzufordern;
- e) Zur Prüfung der Entwürfe wird eine Kommission, Preisrichterkollegium in der Hauptsache von anerkannten Baufachleuten eingesetzt;
- f) Der Architekt des besten Entwurfes erhält die Bauausführung in Aussicht gestellt. Für die übrigen Entwürfe werden Geldsummen ausgesetzt;
- g) Der vorschwebende Ankauf der Rabner'schen Fabrik zur Erweiterung des Technikums ist nicht vorzunehmen.

Beschluss: Der Stadtrat stimmt einstimmig der Vorlage zu.“

Vertrag vom 16. Juni 1927 zwischen Prof. Huppert und der Stadt Bad Frankenhausen, dass Technikum betreffend (StadtA BadF, Thür. Ministerium A/2, a.a.O., Blatt 109):

„Zwischen der Stadt Bad Frankenhausen (Kyffh.) einerseits und Herrn Prof. Huppert in Bad Frankenhausen (Kyffh.) andererseits wird folgender Vertrag geschlossen:

1. Der zwischen den Parteien z.Zt. noch bestehende Vertrag zur Weiterführung des Technikums in Bad Frankenhausen (Kyffh.) vom 17.03. 1922 wird aufgehoben.
2. An Stelle des eingangs erwähnten Vertrages und zur Abfindung aller herüber und hinüber bestehenden Ansprüche wird folgendes vereinbart:
 - 1) Prof. Huppert überlässt der Stadt sämtliches Schulinventar der Anstalt unentgeltlich.
 - 2) Die Stadt Bad Frankenhausen belässt Herrn Prof. Huppert die Direktorstelle. Die Kündigung seitens der Stadt kann vor dem 31.III. 1935 überhaupt nicht erfolgen, von da ab tritt eine Kündigungsfrist von einem Jahre ein, jeweils nur zulässig zum 1.IV. oder 1.X., so dass die erste Kündigung am 1.IV. 35 ausgesprochen werden kann. Die Stadt zahlt für die Direktortätigkeit die nachstehenden Vergütungen:
 - a) Solange Prof. Huppert die Anstalt leitet, erhält er eine Vergütung von 24.000 Goldmark, zahlbar in monatlichen Raten im voraus. Prof. Huppert ist jederzeit berechtigt die Leitung der Anstalt niederzulegen, jedoch unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Jahr, die Kündigung ist nur zum 1.IV. oder 1.X. eines Jahres zulässig.
 - b) Falls Prof. Huppert die Leitung der Anstalt niederlegt, erhält er eine lebenslängliche Rente von 20.000 Goldmark pro Jahr, ebenfalls zahlbar in monatlichen Raten im voraus.
 - c) Im Falle des Ablebens von Prof. Huppert erhält seine Witwe eine lebenslängliche Rente von 15.000 Goldmark, zahlbar in monatlichen Raten im voraus.
3. Prof. Huppert übereignet das ihm gehörige Grundstück (früher Rabener&Becker) der Stadt zum Preise von 50.000 Goldmark, dazu kommen 7% Zinsen seit 1.IV.27. Ferner

übernimmt die Stadt die in der Zwischenzeit erfolgten Einbauten zum Selbstkostenpreise, worüber Belege vorgelegt werden. Außerdem zahlt die Stadt die von Prof. Huppert entrichtete Grunderwerbssteuer und die Kosten des Notars. Der Abschluß dieses Grundstücksvertrages soll alsbald nach Abschluß der Vereinbarungen erfolgen.

4. Diese Vereinbarungen treten mit dem 1.X. 1927 in Kraft.
5. Beide Vertragsparteien behalten sich den Rücktritt von diesem Verträge vor, der spätestens bis zum 15.VIII.27 zu erklären ist.

Weimar, den 16. Juni 1927. Dr. Bleckmann Huppert.“ (original Unterschriften beider)

Schreiben von Dipl.-Ing. Karl Haarmann, Dozent am „Kyffhäuser – Technikum“, an Minister Dr. Frick vom 20.11. 1930 (ThHStA Weimar, Thüringisches Volksbildungsministerium B 5227, a.a.O., Blatt 4):

„An Herrn Staatsminister Dr. Frick, Sehr geehrter Herr Staatsminister!

Die folgenden Zeilen sollen den Nachweis bringen, dass die Lösung der Technikumsfrage in Bad Frankenhausen von größerer Bedeutung ist, als bisher angenommen wurde.

Es kommt letzten Endes nicht darauf an, wer die Erträge des Technikums erntet, sondern das ist das Entscheidende, in welchem Geiste und zu welchem Ziele das Technikum geführt werden soll. Das Technikum ist nicht eine Einrichtung, die mit „lebenden und toten Inventar“ verpachtet, verkauft oder verschachert werden kann, sondern eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, deren Ziel die berufliche Ausbildung im Sinne der Volksgemeinschaft ist.

Soweit ich von den bisherigen Verhandlungen Kenntnis haben konnte, wird diese Seite der Angelegenheit nicht berücksichtigt.

Außerdem ist zu bedenken, dass das Technikum seinen Ruf der Luftfahrtabteilung verdankt, und dass das wichtigste Werbemittel dieser Abteilung die fliegerische Tätigkeit der Flugwissenschaftlichen Vereinigung mit dem Flugzeug „Kyffhäuser“ ist. Dieses Flugzeug ist der Vereinigung auf Antrag des Unterzeichneten hin vom Herrn Reichsverkehrsminister zur Verfügung gestellt worden. Welches Vertrauen die bisherige Direktion bei den zuständigen Behörden, Reichsluftfahrtministerium und Thür. Wirtschaftsministerium, genießt, geht daraus hervor, dass das Verfügungsrecht über Flugzeug und eine zweimalige Reichsbeihilfe von je 6.000 Mk nicht der Direktion, sondern dem Unterzeichneten übertragen wurde. Eine große Unterstützung der Vereinigung, die durch ihre Flüge eine große Werbung für das Technikum ausgeübt hat, ist seitens der Direktion nicht erfolgt. Da der Unterzeichnete das Vertrauen der Behörden, der Luftfahrtverbände, der Schüler und der hiesigen Bevölkerung besitzt, macht er folgenden Vorschlag:

Das Technikum wird in eine GmbH verwandelt, mit dem Unterzeichneten als Leiter. Der Ertrag kommt nicht einem Einzelnen zu Gute, der das Geld zum größten Teile im Ausland anlegt bzw. im Auslande verbraucht, sondern der Anstalt bzw. den Gesellschaftern. Entscheiden ist hierbei, wer die Mehrheit des notwendigen Kapitals in Höhe von 40.000 Mk aufbringt.

Da die fliegerische Ausbildung und Weiterbildung der Jugend eine nationale Angelegenheit ist, und da es eben so wichtig ist, dass die hiesige Anstalt, an der sämtliche Möglichkeiten zur technischen und fliegerischen Ausbildung gegeben sind, in deutsche Hände gelangt, ist die Beteiligung Ihnen nahe stehender Kreise unabwendbare Notwendigkeit. Selbstverständlich soll die Anstalt eine Unterrichtsanstalt bleiben wie bisher, aber der Geist der Anstalt kann nur dann erhalten bleiben, wenn der „schulische“ Betrieb durch Flugsport und andere körperliche Ertüchtigung ergänzt und ausgebaut wird.

Der Unterzeichnete bittet den anliegenden Plan zu prüfen und vor allem eine persönliche Rücksprache zu ermöglichen. Die Bauhochschule in Weimar ist bereits in den Dienst des nationalen Gedankens gestellt worden. Das gleiche ist beim Kyffhäuser-Technikum möglich und notwendig. Das Wort „Kyffhäuser“ soll zum Symbol werden in dem Sinne, in dem die Flugwissenschaftliche Vereinigung ihrem Flugzeug diesen Namen geben lies. Mit vorzüglicher Hochachtung, Ihr sehr ergebener Haarmann.“

Bericht der SPD – Fraktion im Stadtrat über die gegen Prof. Huppert gerichteten Ereignisse am 2. und 3. März 1931 in Bad Frankenhausen unter dem Titel: „Soll das Kyffhäuser – Technikum ein Nazi-Dorado werden?“ (Volksbote, Nr. 58, vom 10.03. 1931):

„Die zum Teil demonstrierende Technikerschaft begab sich am 2. März, nachdem Dr. Bleckmann den Umzug genehmigt hatte, in den Rathaussaal. Dort sprach auch Stadtoberhaupt Dr. Bleckmann selbst, kommilitonenmäßig begrüßt, im ‚Interesse des Technikums‘. Die Stimmung gegen Huppert entwickelte sich zur Tendenz gegen das Technikum bzw. gegen bestimmte Richtungen der Studierenden. Mit Pathos fragte Dr. Bleckmann: ‚Ja meine Herren, wer von den Studierenden will denn eigentlich das Technikum verlassen?‘ Antwort: ‚Die Linke!‘“ Dr. Bleckmann fährt in seiner Rede fort mit dem ebenso pathetischen Ausruf: „Meine Herren, seien Sie froh über diejenigen, die das Technikum verlassen, denn dann sind wenigstens Ihre Reihen gereinigt!“

- „Nach dieser Versammlung zogen die Demonstranten zum Büro des Technikums. Es waren inzwischen geistlose Geister der Nazis in der Menge untergetaucht, die die Suppe zu einem Pogrom einzurühren beabsichtigten. Sie hatten die Würze hierfür aber noch nicht vollkommen entdeckt, das gelang ihnen erst am Dienstag (3.März) in der aus diesem Anlaß mit dem Thema „Jüdische Frechheit, Bonzen usw.“ einberufenen Naziversammlung im Barbarossagarten. Nach Schluß dieser Hessepistel zog ein Teil der Versammlungsteilnehmer in die Klosterstraße zur Wohnung des Professor Huppert, laut lärmend und krakeelend. Es war nachts zwischen 11 und 12 Uhr. Antisemitische Rufe, die den Geist der Meute beleuchteten, waren vernehmbar. Schwerer Landfriedensbruch, aber nur dann, wenn Arbeiter sich etwas Derartiges erlauben! Dann schrie die gesamte bürgerliche Pressesippe einmütig nach der starken Hand, nach dem großen Reiniger, der ordnungsstörende Elemente entfernt. Dabei würde manch Rassereiner, wenn das Blut sprechen würde, Angst vor sich selber bekommen.

Am Mittwochmorgen bildete sich abermals ein Demonstrationszug der Techniker. Auf einem Schild hatte man der Kopfkarikatur des Professor Huppert einen roten Schlips angemalt. An sich schon ist der rote Schlips für den Geist, der Einzug gehalten hat, sprechend. Eine Verhöhnung und Herausforderung der Arbeiterschaft durch Nazielemente. Der Tragweite ist sich vielleicht ein Teil der Demonstrierenden nicht bewusst, dass mag zur Entschuldigung dienen. Dieses Schild wurde von der Polizei nach mühevolem Ringen beschlagnahmt. Die Beamten wurden in der Ausübung ihrer Pflicht gewaltsam gehindert. So wurden die ursprünglichen Sympathieumzüge zu einer rein politischen Kampagne der Nazis.

Wir verurteilen sämtliche Handlungen, die sich zugunsten des Technikums nicht verantworten lassen, sei es Huppert oder sonst jemand, der den Versuch macht, diese Technikumsangelegenheit zu einer persönlichen Frage auszubauen. Hat man alles versucht, die bisherige Zahl der Studierenden nicht nur zu erhalten, sondern darüber hinaus zu vermehren, so kann man jetzt unmöglich einen Teil der Studierenden herabwürdigen und weggraulen mit der Bemerkung: ‚Wenn diese das Technikum verlassen, so sind Ihre Reihen wenigstens gereinigt!‘ Diese Bemerkung schädigt das Technikum!“

Übereignungsanzeige für die im Besitz von Prof. Huppert und seiner Frau befindliche Zigarrenfabrik im Jahre 1938/39 (Stadtarchiv Bad Frankenhausen: 1/IV – 441: Finanz- und Steuersachen, Übereignungsanzeigen 1926-1946, Buchstabe D, Blatt 44, Auszüge):

„Übereignungsanzeige, Bad Frankenhausen, Amtsgericht, den 29.12. 1938.

Veräußerer: Huppert, Siegmund, Professor, in Berlin-Charlottenburg, Tannenbergallee 10, zu ½; Huppert, Gisela, geb. Steinberger, Frau des Veräußerers, zu ½.

Erwerber: Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitsfront, GmbH, in Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 174/177.

Grundstück: am Bachweg, Hofstelle mit Zigarrenfabrik und Nebengebäude.

Erwerberpreis: 27.500 RM

Tag der Eintragung des Eigentumsübergangs in Grundbuch: 23.12. 1938.

Bezeichnung des zugrunde liegenden Rechtsvorganges nach Tag, Rechtsgeschäft und

Urkundsperson: Auf Grund der Auflassung vom 28.09./07.12. 1938.

Stempel des Bürgermeisters: 06.01. 1939.“

10. Quellen- und Literaturverzeichnis

10.1 Quellenverzeichnis

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

Land Thüringen, Ministerium Weimar, Nr. 3241: Ehepaar Huppert – Wiedergutmachungsansprüche.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5219: Technikum Frankenhausen 1920-1926.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5220: Kyffhäuser-Technikum (Leitung Huppert) Bad Frankenhausen 1927-1931.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5222: Städtische Ingenieurschule Bad Frankenhausen – Allgemeines 1935-1938.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5223: Vertrag zwischen der Stadt und dem Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen (17.03. 1922) 1922-1928.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5226: Ingenieurschule Bad Frankenhausen – Lehrkräfte betr.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5227: Die Lehrer am Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen 1930-1936.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5229: Differenzen der Technikerschaft mit dem Leiter des Technikums Frankenhausen 1923.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5230: Ing. Werth gegen Direktor Winkelmann 1931.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5231: Ing. Haarmann gegen Direktor Winkelmann 1931.

Thüringisches Volksbildungsministerium, B 5252: Ingenieurschule in Bad Sulza – Allgemeines 1927-1931.

Thüringisches Staatsarchiv Rudolstadt

Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 2967: Die Einwanderung fremder, insbesondere russischer, polnischer und österreichisch – ungarischer Staatsangehöriger nach den östlichen Grenzprovinzen von Preußen und deren Naturalisation betr. 1885-1919.

Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4192: Das Technikum Frankenhausen betr. 1896-1898.

Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4193: Das Technikum Frankenhausen betr. 1898-1904.

Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4194: Das Technikum Frankenhausen betr. 1805-1908.

Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4195: Das Technikum Frankenhausen betr. 1908-1912.

Ministerium Rudolstadt, Abteilung Inneres, Nr. 4196: Das Technikum Frankenhausen betr. 1913-1921.

Thüringisches Amtsgericht Bad Frankenhausen Nr. 16: Alt-Herren-Verband der katholisch – technischen Verbindung „Winfridia“ 1930-1939.

Thüringisches Amtsgericht Bad Frankenhausen Nr. 29: Flugwissenschaftliche Vereinigung Bad Frankenhausen (Kyffh.) 1928-1934.

Thüringisches Amtsgericht Frankenhausen Nr. 32: Alt-Herren-Verband der Verbindung „Thuringia“ in Frankenhausen (NS-Altherrenverband der Deutschen Studenten Fachschulring Ingenieurschule Bad Frankenhausen, Altherrenschaft der Kameradschaft I 8Wallner) 1926-1946.

Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 85 a: Protokollbuch des Kreisrats des Landkreises Sondershausen, begonnen am 7.10. 1922, beendet am 17.12. 1932.

Thüringisches Kreisamt Sondershausen Nr. 621: Prozeß - Akten den Verwaltungsinspektor Roeper hier betr. 1922-1937.

Stadtarchiv Bad Frankenhausen

- 1/IIA-191: Stadtratssitzungs-Protokolle 1901-1906.
- 1/II A – 198: Protokolle für die Stadtratsitzungen angefangen am 3. März 1922, beendet 1927.
- 1/IIA-199: Protokolle der Stadtrats-Sitzungen 1910-1926.
- 1/IIA – 202: Stadtrats-Protokolle/ Vertrauliche Sitzung 1928-1932.
- 1/IIA-413: Bürgerbuch-Eintragungen von 1833-1906.
- 1/IIA-414: Erwerbung des Bürgerrechts 1907-1919.
- 1/II A – 455: Bürgermeister, Geldkämmerer und Stadtverordnete von 1673 – 1948.
- 1/II C – 31: Wahl des Ersten Bürgermeisters Heuschkel, Oberbürgermeister vom 1. Februar 1893–31. Januar 1902; 1892-1930.
- 1/II C – 60: Stadtratswahl bzw. Neubildung 1933.
- 1/II C – 62: Gemeinderatswahlen 1932-1938.
- 1/II D – 106: Personalakte Heinz Bartels, Direktor „Licht- und Kraftwerke Kyffhäuser GmbH“, 1928-1940.
- 1/II D – 117: Akte Bürgermeister Dr. Bleckmann – Reisekosten für das Kyffhäuser-Technikum 1931-1933.
- 1/II D-307.1: Personalakte Dr. Karl Bleckmann, Bürgermeister, 1925-1942.
- 1/II D – 308: Personalakte Bürgermeister Alfred Heß, 1930-1938.
- 1/II D – 212: Angelegenheit Dipl.-Ing. Heinrich Winkelmann 1939/1940.
- 1/II D – 214: Berufung des Ersten Beigeordneten Ingenieur Emil Werth, 1939-1942.
- 1/II D – 658: Personalakte Bürgermeister Friedrich Schünzel, 1947.
- 1/II E – 727: Darlehn von 6.400 RM Prof. Huppert 1929-1930.
- 1/II E – 868: Anlage VI über die Prüfung der Finanzverwaltung der Stadt Bad Frankenhausen – Festsetzung der Vergütungsdienstalter für die Dozenten und Assistenten des Kyffhäuser-Technikum, 15.07. 1935.
- 1/II G – 17: Protokolle des Antifa - Ausschusses 1946. Buchstabe W, Nr. 1-203.
- 1/II U – 128: Urkunde errichtet von dem Notar Geh. Justizrat Mauter in Würzburg am 09. August 1933 betreffend: Pachtvertrag und Ankaufsvertrag für die Stadtgemeinde Bad Frankenhausen.
- 1/IV – 441: Finanz- und Steuersachen, Übereignungsanzeigen 1926-1946, Buchstabe D.
- 1/VI – 76: Die Gründung eines Technikums in hiesiger Stadt betreffend 1896-1909.
- 1/VI – 78: Bewerbungen als Leiter des Kyffhäuser-Technikum 1930.
- 1/VI – 83: Kyffhäuser-Technikum – Vergütungen für die Dozenten, 1934/35.
- 1/VI-1J-7: Auflösung und Wiedereröffnung der Ingenieurschule 1949.
- 1/VI-1J-10.12: Personalakte Ingenieur Erich Rummel, Kyffhäuser-Technikum.
- 1/VI-1J-12: Anfragen Ingenieurschule – Zeugnisabschriften 1948.
- 1/VIII-49: Baugenehmigungen/Baurisse.
- 1/VIII-51: Erweiterungsbau Kyffhäuser-Technikum und Neubau einer Maschinenhalle 1906-1907.
- 1/VIII-52: Kyffhäuser-Technikum Erweiterungsbau und Neubau des Laboratoriums 1907.
- 1/VIII-55: Belege zur Abrechnung über den Erweiterungsbau des Kyffhäuser-Technikums Frankenhausen (Kyffh.) 1907-1909.
- 1/XII – 295: Ortsgruppenleiter H. Bartels gegen Ersten Bürgermeister A. Heß, 1933.
- 2/V-9: Gewerbepolizei – Konzessionen 1925-1938.
- G/III - 442.1-442.5: Zur Geschichte des Kyffhäuser-Technikums. o. J. Sammlung von Schriftstücken unterschiedlicher Herkunft und Datierung zum „Kyffhäuser – Technikum“ Landratsamt Frankenhausen 5a/2: Fürstlich Schwarzburgisches Landratsamt Frankenhausen – Aufnahmen in den Untertanenverband 1906 – 1911.

G/III – 577: Haselhuhn, Paul: Beiträge zur Stadtgeschichte – Über die Juden in Frankenhäusen 1349-1933, Band I, Maschinenschrift, Bad Frankenhäusen 1972.
Thür. Ka. So. 5/31: Kyffhäuser – Technikum in Bad Frankenhäusen, 1930-1943.
Thür. Ka. So. 5/32: Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhäusen – Schriftverkehr mit dem Thüringischen Kreisamt Sondershausen 1931.
Thür. Mini. A/2: Schriftwechsel der Stadtverwaltung Bad Frankenhäusen mit dem Thüringischen Ministerium für Inneres und Wirtschaft, Abt. Inneres, 1923-1930.

Stadtarchiv Weimar

Bestand 12 (1919-1945):

3-38-9: Verwaltungsangelegenheiten der Ingenieurschule 1930-1938.

Bestand: 5 Sammlungen, Depositen/ 51 Ingenieurschule/ 51 0 Verwaltung:

51 0/274: Schülerzahlen 1931-1940.

Bestand: 5 Sammlungen, Depositen/ 51 Ingenieurschule/ 51 2 Personal, Schüler:

51 2/267: Rente Huppert 1930-1940.

51 2/290: Direktor Roskothen, Bd. 1, 1931-1936.

51 2/295: Lehrer, Einzelsachen 1932-1937.

Bestand: 5 Sammlungen, Depositen/ 51 Ingenieurschule/ 51 3 Kasse- und Rechnungswesen:

51 3/242: Geschäftsanteile der Ingenieurschule 1930-1936.

51 3/257: Vorverhandlung über die Gewährung eines Darlehns von 15.000 RM und Übernahme für das Darlehn Huppert von 30.000 RM, Bd. 1, 1931-1932.

51 3/259: Bürgschaft über das Darlehn Huppert über 30.000 RM, 1931-1939.

Regionalmuseum Bad Frankenhäusen (Dokumentenarchiv)

IV-154/16: Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des Kyffhäuser-Technikums zu Solbad Frankenhäusen vom 15. bis 17. Mai 1921. Frankenhäusen 1921.

IV-154/20: Taschenbuch für die Studierenden am Polytechnischen Institut Frankenhäusen a. Kyffh. (Kyffhäuser-Technikum). Ausgabe 1929/1930, 2. Auflage, Dresden 1929.

IX/i-9: Protokollbuch der SPD – Ortsgruppe Frankenhäusen 1914-1933.

IX/i-10: Protokollbuch des Frankenhäuser Arbeiterrates 1919.

X 17/111-11: Fotoalbum „Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhäusen am Kyffhäuser“ des ehemaligen Studierenden Max Wüthrich, Absolvent der Fachabteilung Luft- und Kraftfahrzeugbau, September 1930.

Mitteilungen von Archiven und Hochschulen (Hochschularchiven)

Mitteilung des RIKSARKIVET Stockholm, Herr Lars Hallberg, vom 21.03. 2007. Die Mitteilung umfasste Kopien der Bestände Mosaiska Församlingen (Archives of the Jewish Community of Stockholm) und Statens Utlänningskommission (State Aliens Commission), das Ehepaar Huppert betreffend in den Jahren 1938-1945.

Mitteilung des Stadtarchivs Eisenach, Herr Dr. Reinhold Brunner, vom 29.3. 2007. Die Mitteilung umfasste Informationen zu Ingenieur Alfred Frölich und seiner Familie für den Zeitraum 1920 bis 1937.

Mitteilung des Stadtarchiv Ilmenau, Frau M. Arnold, vom 6.7. 2007. Die Mitteilung umfasste Ausschnitte aus dem „Ilmenauer Nachrichtenblatt ‚Die Henne‘“ von 1897 bis 1901 zu Leben und Wirken von Direktor Eduard Jentzen.

Mitteilung des Stadtarchivs Würzburg, Herr Dr. H.-P. Baum, vom 10.04. 2006. Die Mitteilung umfasste Angaben zur Familie von Frau Huppert, geb. Steinberger, aus: Strätz, Reiner: Biographisches Handbuch Würzburger Juden 1900-1945 (Veröffentlichung des Stadtarchivs Würzburg 4, I-II, 1989), den Einwohnermeldebogen und die Aufenthaltsanzeige von Moritz Steinberger, dem Vater von Frau Gisela Huppert.

Mitteilung des Universitätsarchivs TU Ilmenau, Frau Petra Lindner, vom 17.7. 2007. Die

- Mitteilung umfasste Angaben zu den Lebensdaten der beiden Direktoren des „Thüringischen Technikums Ilmenau“, Eduard Jentzen und Prof. Georg Schmidt.
- Mitteilung des Hochschularchivs der Hochschule Mittweida (FH), Frau Dr. Marion Stascheit, vom 20.7. 2007. Die Mitteilung umfasste die Überlassung einer original „Denkschrift über das Technische Unterrichtswesen“ des „Verbandes höherer technischer Lehranstalten“ aus dem Jahre 1925 und die Publikation „Alfred Udo Holzt, Direktor Des Technikums Mittweida – Ein Lebensbild zum 50. Todestag“, Mittweida 1995.
- Mitteilung des Hochschularchivs der FH Zwickau, Frau Sabine Körner, vom 11.4. 2006. Die Mitteilung umfasste Angaben zum Ausscheiden von Fachlehrer S. Huppert aus der Ingenieurschule Zwickau.
- Mitteilung der Fachhochschule Bingen, Herr Holger Riesch, vom 7.4. 2006. Die Mitteilung Die Nachricht, dass über den Fachlehrer Sigmund Huppert keine Unterlagen an der FH Bingen vorhanden sind.

10.2 Literaturverzeichnis

- Aus vergangenen Tagen. Heft 2: Alt-Frankenhausen. Berühmte Frankenhäuser. Druck: Felix Schröder, Frankenhausen a. Kyffh. o. J.
- Chronik von Arnstadt. Zeittafel/Lexikon – Festschrift zur 1300-Jahrfeier der Stadt Arnstadt. Hg. von Kirchschrager, Andrea/ Lappe, Ulrich/ Unger, Peter. (Veröffentlichung des Historischen Vereins für Schwarzburg, Gleichen und Hohenlohe in Thüringen 3), 1. Auflage, Arnstadt 2003.
- Denkschrift über das Technische Unterrichtswesen. Hg. von der „Geschäftsstelle des Verbandes höherer technischer Lehranstalten, Mittweida 1925.
- Der Kyffhäuser und seine Umgebung – Ergebnisse der heimatkundlichen Bestandsaufnahme In den Gebieten von Kelbra und Bad Frankenhausen. Hg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Geographisches Institut, Arbeitsgruppe Heimatforschung. (Werte unserer Heimat – Heimatkundliche Bestandsaufnahme in der Deutschen Demokratischen Republik; Band 29).
- Dittmann, Fred: Zur Geschichte des Kyffhäuser-Technikum in Bad Frankenhausen – Bei besonderer Betrachtung der Sektionen Flugzeugbau und Flugbetrieb, deren Entwicklung und Auswirkungen auf die deutsche Luftfahrt. Eigenverlag Fred Dittmann, Kelbra 2003.
- Domschke, J.-P./Hahn, A./Hofmann, H./Saß, K./Stascheit, M./Stascheit, W.: Vom Technikum zur Hochschule – 125 Jahre technische Bildung in Mittweida. Eigenverlag Hochschule Mittweida, 1.Auflage, Mittweida 1992.
- Domschke, J.-P./Dressel, B./Hahn, A./Hofmann, H./Langhammer, S./Stascheit, M./Stascheit, W.: Alfred Udo Holzt – Direktor des Technikums Mittweida. Ein Lebensbild zum 50. Geburtstag. 1.Auflage, Mittweida 1995.
- Dornheim, Andreas/Post, Bernhard/Stenzel, Burkhard: Thüringen 1933-1945 – Aspekte nationalsozialistischer Herrschaft. (Schriften der „Landeszentrale für politische Bildung Thüringen“, Heft 5), Erfurt/Sömmerda 1997.
- Ferschke, Hermann: Sollbad Frankenhausen am Kyffhäuser. Frankenhausen 1903.
- Frankenhäuser Zeitung – Amtliches Nachrichtenblatt für die Unterherrschaft des Fürstenthums Schwarzburg – Rudolstadt. Jahrgänge 1902, 1905, 1909, 1910, 1912, 1922, 1923, 1926, 1930, 1931.
- Hahnemann, Ulrich: Von Berg- und Salzordnungen – Zum schwarzburgischen Bergrecht vor Einsetzen des Kalibergbaus im Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen 1892. Sondershausen 2005.
- Hahnemann, Ulrich: Von Knopfmachern und Knöpfen – 300 Jahre Knopferstellung im Kyffhäusergebiet. Treuen/Vogtland 1999.

- Heiden, Detlev/Mai, Gunther (Hrg.): Thüringen auf dem Weg ins „Dritte Reich“. (Schriften der „Landeszentrale für politische Bildung Thüringen“, Heft 2), Erfurt/Sömmerda o. J.
- Hendrichs: Entstehung und Entwicklung des Kyffhäuser-Technikums. In: Taschenbuch für die Studierenden a, Polytechnischen Institut Frankenhäusen a. Kyffh. (Kyffhäuser-Technikum). Hg. Vom Verlag für akademische Taschenbücher Dr. Ing. Oskar Spohr, Ausgabe 1929/1930, 2.Auflage, Dresden 1929.
- Hess, Ulrich: Geschichte Thüringens 1866-1914. (Aus dem Nachlaß herausgegeben von Volker Wahl), Weimar 1991, (Regionalgeschichtliche Forschungen im Verlag Hermann Böhlau Nachfolger Weimar).
- Hirschler, Christa/Hahnemann, Ulrich: Das Fürstliche Haus Schwarzburg-Sondershausen. Deutsche Fürstenhäuser, Heft 10. Werl 2004.
- Huppert, Sigmund: Geschichtliche Entwicklung des Kyffhäuser-Technikums Frankenhäusen. In: Festschrift zum 25jährigen Jubiläum des Kyffhäuser-Technikum in Frankenhäusen (Kyffh.) vom 15. bis 17.Mai 1921. Frankenhäusen 1921, S.3-8.
- Ingenieurschule Mittweida – Gegründet im Jahre 1867 als Technikum Mittweida. Informationsschrift, Mittweida 1939.
- Jacobs, Peter: „Ilmenau soll leben ...“ – Die Geschichte des Thüringischen Technikums von 1894 bis 1955 und der studentischen Verbindungen und Vereine von 1894 bis heute. Wehrheim 1994.
- Jonscher, Reinhard: Kleine thüringische Geschichte – Vom Thüringer Reich bis 1945. 1.Auflage, Jena 1993.
- Juden in Jena – Eine Spurensuche. Jenaer Arbeitskreis Judentum (Hg.), Jena 1998.
- Juden in Thüringen 1933-1945. Biographische Daten. Band 1, hg. vom Europäischen Kulturzentrum in Thüringen, Erfurt, Forschungsgruppe „Geschichte der Juden im Nationalsozialistischen Thüringen“. 2.verbesserte Auflage, Erfurt 1996.
- Klein, Thomas (Hg.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945. Reihe B, Band 15: Thüringen. Marburg/Lahn 1983.
- Kreisheimatmuseum Bad Frankenhäusen (Hg.): Bad Frankenhäusen in alten Ansichten und Kurzen Texten. Bearbeitet von Ulrich Hahnemann und Helga Ritter, Reutlingen 1998. (Die Reihe der thüringischen Staaten; Bd. 1), (Mitteldeutsche Stadtgeschichte in Wort und Bild; Bd. 4).
- Langbein, A.: Die Vereinigung der Fürstentümer Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt. Sonder-Abdruck aus „Die Grenzboten“ 1916, Heft 20 und 21, Berlin 1916.
- Lengemann, Jochen: Landtag und Gebietsvertretung von Schwarzburg-Rudolstadt 1821-1952. Biographisches Handbuch. (Parlamente in Thüringen 1809-1952; Teil 1), (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Thüringen; Große Reihe; Bd. 1), Jena/Stuttgart 1994.
- Mast, Peter: Thüringen – Die Fürsten und ihre Länder. Graz/Wien/Köln 1992.
- Mitteilungen vom Kyffhäuser-Technikum – Städtische Höhere Technische Lehranstalt. 2.Jahrgang, Heft 1, Frankenhäusen 1934.
- Mitteilungsblätter der Akademischen Verbindung „Thuringia“. 3. Jahrgang, Heft 1, Frankenhäusen Januar/Februar 1922.
- Mitteldeutsche Zeitung, Halle/Saale, Jahrgang 1993.
- Müller, Erika/Stein, Harry: Jüdische Familien in Weimar vom 19.Jahrhundert bis 1945 – Ihre Verfolgung und Vernichtung. Weimar 1998.
- Nachrichtenblatt für die Vereinigung ehemaliger Schüler des Realgymnasiums zu Solbad Frankenhäusen am Kyffhäuser. Schriftleiter Max Krebs. Jahrgänge 1920 und 1932.
- Pflaumbaum, Liselotte: Beitrag zur Frankenhäuser Stadtgeschichte. Veröffentlichungen des Kreisheimatmuseums Bad Frankenhäusen, Heft 1. Bad Frankenhäusen 1969.
- Programme und Lehrpläne – Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhäusen am Kyffhäuser/

- Thüringen, 17. Auflage, Bad Frankenhausen um 1930.
- Raßloff, Steffen: Fritz Sauckel – Hitlers „Muster-Gauleiter“ und „Sklavenhalter“. (Schriften der „Landeszentrale für politische Bildung Thüringen“, Heft 29), Erfurt 2007.
- Rittig, Franz: Ingenieure aus Ilmenau – Historische Skizzen aus einem Jahrhundert Technischer Bildung und Wissenschaftsentwicklung. 1.Auflage, Ilmenau 1994.
- Schlossmuseum Sondershausen (Hrg.): Juden in Schwarzburg – Beiträge zur Geschichte der Juden Schwarzburgs. Band 1. Sondershäuser Kataloge IV, Dresden/Sondershausen 2006.
- Studienprogramm der ersten deutschen Ingenieurschule für Luft- und Kraftfahrzeugbau am Kyffhäuser-Technikum Bad Frankenhausen am Kyffhäuser, Bad Frankenhausen um 1929.
- Taschenbuch für die Studierenden a, Polytechnischen Institut Frankenhausen a. Kyffh. (Kyffhäuser-Technikum). Hg. vom Verlag für akademische Taschenbücher Dr. Ing. Oskar Spohr, Ausgabe 1929/1930, 2.Auflage, Dresden 1929.
- Thüringen – Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995. Hg. von Bernhard Post und Volker Wahl, Redaktion Dieter Marek. Weimar 1999, (Veröffentlichungen aus Thüringischen Staatsarchiven; 1; Veröffentlichung des Thüringischen Hauptstaatsarchivs Weimar).
- Witzke, Harald: Das Technikum Strelitz. In: Mecklenburg-Strelitz – Beiträge zur Geschichte einer Region, hg. vom Landkreis Mecklenburg-Strelitz. 2. geänderte Auflage, Friedland in Mecklenburg 2001, 530-534.

10.3 Abkürzungsverzeichnis und Fußnotenindex

a.a.O.	-	am angeführten Ort
Abschn.	-	Abschnitt
Abt.	-	Abteilung
Abth.	-	Abteilung
Abthlg.	-	Abtheilung (alte Schreibweise bei Aktensignaturen)
AG	-	Aktiengesellschaft
ASTA	-	Allgemeiner Studierendenausschuss
Bearb.	-	Bearbeiter
bearb.	-	bearbeitet
betr./ betr.	-	betreffend
bzw.	-	beziehungsweise
dergl.	-	dergleichen
ds. Mts.	-	des Monats
Dipl.	-	Diplom
Dipl.-Ing.	-	Diplom-Ingenieur
ev./eventl.	-	eventuell
Fa.	-	Firma
FH	-	Fachhochschule
Fürstl.	-	Fürstliche
GmbH	-	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
gn.	-	genannte
Hg./Hrsg.	-	Herausgeber
Ing.	-	Ingenieur
Kyffh.	-	Kyffhäuser
MdI	-	Ministerium des Innern
Mk.	-	Mark (Währungseinheit)

OB	-	Oberbürgermeister
o. F.	-	ohne Folierung
Prof.	-	Professor
Rep.	-	Repertorium
StadtA	-	Stadtarchiv
Se.	-	Seine
Stellv./stell.	-	Stellvertreter/stellvertretend
titl.	-	titulierte
THStA	-	Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar
Vergl.	-	Vergleiche
z. B.	-	zum Beispiel
z. T.	-	zum Teil
z. Zt.	-	zur Zeit
&	-	und